

Zeitschrift: Itinera : Beiheft zur Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte = supplément de la Revue suisse d'histoire = supplemento della Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 36 (2014)

Rubrik: Gesellschaft, Sozialpolitik und Institutionen = Société, politique sociale et institutions

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

I. Die literarische Utopie als volklicher Apparat

Die Anfänge der Zürcher Volkshochschule: Vorkurs und

Gesellschaft, Sozialpolitik und Institutionen

Société, politique sociale et institutions

Die Zürcher Volkshochschule ist eine der ältesten Volkshochschulen in der Schweiz. Sie wurde 1897 gegründet und ist seitdem eine der wichtigsten Institutionen der Erwachsenenbildung in der Schweiz. Die Volkshochschule ist eine Einrichtung, die sich der Weiterbildung der Bevölkerung widmet. Sie bietet eine Vielzahl von Kursen und Veranstaltungen an, die von der Erwachsenenbildung bis zur Hochschulbildung reichen. Die Volkshochschule ist eine Einrichtung, die sich der Weiterbildung der Bevölkerung widmet. Sie bietet eine Vielzahl von Kursen und Veranstaltungen an, die von der Erwachsenenbildung bis zur Hochschulbildung reichen.

Die Zürcher Volkshochschule ist eine Einrichtung, die sich der Weiterbildung der Bevölkerung widmet. Sie bietet eine Vielzahl von Kursen und Veranstaltungen an, die von der Erwachsenenbildung bis zur Hochschulbildung reichen. Die Volkshochschule ist eine Einrichtung, die sich der Weiterbildung der Bevölkerung widmet. Sie bietet eine Vielzahl von Kursen und Veranstaltungen an, die von der Erwachsenenbildung bis zur Hochschulbildung reichen.

Geschichtliche Ueber

Nicht einmal das von der Bevölkerung sehr beliebte Frühlingsfest, das jeweils im Herbst durchgeführt wurde, geriet im 19. Jahrhundert zu Bruch. Zwar sei der

1. Für die literarische Utopie siehe z.B. S. 100.
2. Zitiert nach: S. 100. Die Zürcher Volkshochschule ist eine Einrichtung, die sich der Weiterbildung der Bevölkerung widmet. Sie bietet eine Vielzahl von Kursen und Veranstaltungen an, die von der Erwachsenenbildung bis zur Hochschulbildung reichen.
3. S. 100. Die Zürcher Volkshochschule ist eine Einrichtung, die sich der Weiterbildung der Bevölkerung widmet. Sie bietet eine Vielzahl von Kursen und Veranstaltungen an, die von der Erwachsenenbildung bis zur Hochschulbildung reichen.
4. S. 100. Die Zürcher Volkshochschule ist eine Einrichtung, die sich der Weiterbildung der Bevölkerung widmet. Sie bietet eine Vielzahl von Kursen und Veranstaltungen an, die von der Erwachsenenbildung bis zur Hochschulbildung reichen.

Die christliche Utopie als weltlicher Alptraum. Die Anfänge der Zürcher Rettungsanstalt Freienstein

Urs Hafner

Johann Georg Blocher, der Hausvater der Zürcher «Rettungsanstalt» Freienstein, einer Institution für «arme und verwahrloste Kinder», fühlt sich einmal mehr unwohl in seiner Haut.¹ Im Dorf gebe es ein Gerede über die Anstalt, schreibt er am 1. August 1846 einem Mitglied des Vorstands, weil Pfarrer Dändliker sich in der gestrigen Predigt abschätzig über das anstehende Jahresfest geäussert habe. Während sich die Besucher verlustieren würden, verweise man einige in die Schranken. Mit den Einigen, folgert Blocher, habe der Pfarrer sich selbst gemeint. Man hätte ihn, den Pfarrer, eben doch als Festredner einladen müssen.²

Der aus Württemberg eingewanderte Blocher, der die Anstalt seit neun Jahren, seit ihrer Gründung 1837, als «Hausvater» führt, befindet sich in einer ungemütlichen Lage.³ Unter Druck fühlt sich der nun 35-jährige Erzieher nicht nur seitens des Vorstands der Anstalt, der sich wiederholt unzufrieden mit Blochers Arbeit gezeigt hat, sondern auch seitens der Gemeinden Freienstein und Rorbas und ihres Pfarrers Dändliker, die der Institution misstrauisch begegnen, weil sie pietistisch ausgerichtet ist; der Heimvater und die Vorstandsmitglieder teilen das missionarische und bibelfeste Gedankengut der konservativen Erweckungsbewegungen, die seit dem Ende des 18. Jahrhunderts an Terrain gewonnen haben.⁴ Als Vizepräsident der Bezirksschulpflege Bülach steht Dändliker der Rettungsanstalt gar als Inspektor vor. Ferner ist Blocher mit Kindern konfrontiert, die ihm nicht gehorchen, und kämpft gegen die chronische ökonomische Not der Institution an, die sich hauptsächlich über die Arbeit der Insassen finanzieren soll.

Geschmacklose Lieder

Nicht einmal das von der Bevölkerung gut besuchte Freienstein-Fest, das jeweils im Herbst durchgeführt wurde, gereichte dem Hausvater zur Freude. Zwar sei der

1 Für ihr hilfreiches Gegenlesen danke ich Sara Galle.

2 Zit. in: Gottfried Bürgi, *Die Anfänge der Rettungsanstalt Freienstein 1837–1848* (Neujahrsblatt für Bülach und das Zürcher Unterland 1951/16), Bülach 1951, S. 77f. – Die vom damaligen Heimleiter Bürgi zusammengestellte Quellensammlung bildet die Grundlage für die folgenden Ausführungen. Die Publikation versammelt Auszüge aus den Briefen der Betreiber des Heims, aus Monats- und Jahresberichten, aus Lebenserinnerungen, Protokollen des Vorstands, Zeitungen und kirchlichen Periodika.

3 Johann Georg Blocher ist ein Vorfahre des Zürcher Rechtspopulisten und alt Bundesrats Christoph Blocher.

4 Ulrich Gäbler, Erweckungsbewegungen, in: *Historisches Lexikon der Schweiz* (online, 23.02.2012).

Opferstock nach dem Fest, dessen Hauptzweck die finanzielle Alimentierung der Anstalt war, jeweils gut gefüllt gewesen, hielt er fest. Doch der Anlass habe für ihn und für die Insassen der Anstalt jeweils eine grosse Belastung bedeutet. Es seien immer viele «Unverschämte» aufgetaucht, die sich gratis verköstigt hätten, und er habe sich mit den Krämern herumschlagen müssen, die auf dem Areal Geschäfte machen wollten. Nicht nur Pfarrer Dändliker ist schlecht auf das Fest zu sprechen: Die *Kirche der Gegenwart*, ein Organ der liberalen Theologen, bezeichnet es als «bedauerlichen pietistischen Unfug», bei dem «geschmacklose Lieder» gesungen und zweifelhafte «Traktätchen» verteilt würden.⁵ Nein, der ohnehin zur selbstquälerischen Introspektion neigende Blocher war wirklich nicht zu beneiden.

Spannungen bestanden jedoch auch innerhalb des Vorstands der Anstalt, der sich aus vier Geistlichen sowie dem wohlhabenden Ingenieur und ehemaligen Zürcher Regierungsrat Friedrich von Sulzer zusammensetzte; die Gattinnen bildeten den Frauenausschuss. Sulzer, der mit seinem Kapital die Gründung Freiensteins ermöglicht hatte, hielt den Pfarrern und dem Hausvater wiederholt vor, sie seien nicht fromm genug; 1849 trat er deswegen aus dem Vorstand aus. Es sei ihm nicht gelungen, resümierte er, den Verein im «Ernst christlicher Busszucht zu üben».⁶ Kennengelernt hatten sich die Männer in der Evangelischen Gesellschaft des Kantons Zürich, die um 1833 vom Stäfner Pfarrer Hans Kaspar Grob – nun im Vorstand der Anstalt – gegründet worden war. Die Evangelische Gesellschaft lässt sich ebenfalls den Erweckungsbewegungen zurechnen. Ihr Ziel waren die Diakonie und die «innere Mission». Grob wurde 1839 einer breiten Öffentlichkeit als Autor zweier Streitschriften bekannt; in der einen tadelte er die Zürcher Stimmbürger, weil sie die Liberalen an die Macht gewählt hatten, in der anderen polemisierte er gegen den als Atheisten verschrien deutschen Theologen David Friedrich Strauss, der soeben an die Universität Zürich berufen worden war.⁷

Strauss' Berufung löste den reaktionären «Straussenhandel» von 1839 aus, der zum Sturz der liberal-radikalen Regierung führte.⁸ Zumindest bis 1845, als die Liberalen die Wahlen wieder für sich entschieden, war Zürich erneut konservativ dominiert; kurzzeitig hatte der Widerstand gegen den politischen und theologischen Liberalismus obsiegt. Doch die liberale Wende liess sich nicht mehr rückgängig machen. Die neue Verfassung brachte neben dem Grundsatz der Volkssouveränität die Rechtsgleichheit sowie die Eigentumsfreiheit, die Presse- und die Religionsfreiheit. Zwar wurde die evangelisch-reformierte Konfession zur privilegierten Landes-

5 Zit. in: Bürgi 1951, *op. cit.*, S. 76–78.

6 Zit. in: Bürgi 1951, *op. cit.*, S. 98.

7 Helmut Meyer, Bernhard Schneider, *Mission und Diakonie. Die Geschichte der Evangelischen Gesellschaft des Kantons Zürich*, Zürich 2011, S. 9f., 26–28.

8 Bruno Schmid, Straussenhhandel, in: *Historisches Lexikon der Schweiz* (online, 23.02.2013).

religion erklärt, doch fortan sollte – ganz im Geist des kirchenkritischen Liberalismus – der Glaube Privatsache sein. Damit tat sich zwischen der Kirche und dem Staat eine tiefe Kluft auf.⁹

Turbulent waren die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts nicht nur in politischer, sondern auch in ökonomischer Hinsicht. Die Frühindustrialisierung und der durch keinerlei sozialstaatliche Massnahmen abgefederte Manchesterkapitalismus, das seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gesteigerte Bevölkerungswachstum, dazu die verheerenden Missernten und Hungersnöte in den Jahren 1816 und 1817 führten zur Verelendung weiter Teile der Bevölkerung. Die um sich greifende Armut, die mit dem zeitgleich zunehmenden Wohlstand bürgerlicher Schichten kontrastierte, war ein nicht mehr zu übersehendes Massenphänomen. Es tangierte auch die Kinder. Mehr denn je dürften sich verarmte, hungrige und verlassene Kinder in der Öffentlichkeit bewegt haben.¹⁰

Die Segnung des Hausvaters

Während dieser tiefgreifenden Umwälzungen wurde die Freiensteinsche Institution ins Leben gerufen – als Reaktion auf die Pauperisierung und Säkularisierung der Gesellschaft also. Freienstein gehörte zu den ersten in privater Initiative betriebenen und staatlich anerkannten Rettungsanstalten für arme und verwahrloste Kinder, die in der Schweiz im Lauf des 19. Jahrhunderts in grosser Zahl entstanden.¹¹ Allein in der reformierten Deutschschweiz wurden rund 65 solcher Heime gegründet; um 1900 bestanden im ganzen Land etwa 160 Armenerziehungs- und Waisenhäuser sowie 35 Rettungs- und Zwangserziehungsanstalten – das 19. Jahrhundert als Anstaltenjahrhundert.¹² Eröffnet wurde die ausserhalb des Dorfes untergebrachte Anstalt Freienstein am 1. Oktober 1838 mit einer religiös geprägten Feier. Gleich drei Pfarrer segneten Hausvater Blocher im Beisein von Behördenvertretern. «Nach des Herrn Leitung ist die Anstalt entstanden», hielten die Statuten fest, «im Glauben an ihn eingerichtet, auf dem wahren Felsen und Eckstein wird sie stehen, so lange es

9 Urs Hafner, *Kult, Macht und Glaube. Eine kleine Geschichte des Zürcher Grossmünsters*, Zürich 2007, S. 108f.

10 Urs Hafner, *Heimkinder. Eine Geschichte des Aufwachsens in der Anstalt*, Baden 2011, S. 62–65.

11 Peter Chmelik, *Armenerziehungs- und Rettungsanstalten. Erziehungsheime für reformierte Kinder im 19. Jahrhundert in der deutschsprachigen Schweiz*, Zürich 1978. Ebenfalls grundlegend: Jürg Schoch, Heinrich Tugener, Daniel Wehrli (Hg.), *Aufwachsen ohne Eltern: Verdingkinder, Heimkinder, Pflegekinder, Windenkinder. Zur ausserfamiliären Erziehung in der deutschsprachigen Schweiz*, Zürich 1989. Für die neuere Literatur: Hafner 2011, *op. cit.* Die folgenden Ausführungen basieren auf dieser Publikation.

12 Chmelik 1978, *op. cit.*, S. 8; Gaby Sutter, «Erziehung und Gewöhnung zur tüchtigen Arbeit». Diskussionen über die Armenerziehung im Schweizerischen Armenerzieherverein (Mitte 19. bis Anfang 20. Jahrhundert), in: Heimverband Schweiz (Hg.), *Schritte zum Mitmenschen. Vom VSA zum Heimverband, 150 Jahre*, Aarau 1994, S. 9–51, hier S. 15.

ihm gefällt. Die Liegenschaft selbst hat nur den Herrn zum wahren Eigentümer und den jeweiligen leitenden Verein zum Verwalter [...].»¹³ Deutlicher konnte man die tiefreliigiöse Fundierung der Anstalt nicht zum Ausdruck bringen.

Freienstein war vielfältig mit den zeitgenössischen religiösen und philanthropischen Initiativen verbunden, die sich verwahrloster Kinder und Jugendlicher annahmen. Bevor Ingenieur Sulzer, der die Anstalt finanzierte, in Paris studierte, hatte er den in ganz Europa bekannten, von Philipp Emanuel von Fellenberg ins Leben gerufenen Erziehungskomplex im bernischen Hofwil besucht. Die Einrichtung umfasste neben landwirtschaftlichen Werkstätten eine Armenschule, eine Realschule sowie eine höhere wissenschaftliche Schule für Söhne aus grossbürgerlichen Schichten und dem Adel. Der entscheidende Erziehungsfaktor war die Arbeit in der Landwirtschaft. Während die Zöglinge aus den höheren Ständen einen Einblick in das Leben des einfachen Volkes gewinnen sollten, würden die Armen sich auf ihr späteres Leben vorbereiten können; der Unterricht sollte ihnen nur zur Erholung dienen. Hofwils Einfluss auf die Armenerziehung und die Volksschulbildung war enorm; mehr als die Hälfte der Leiter der im 19. Jahrhundert in der Deutschschweiz bestehenden reformierten Armenerziehungs- und Rettungsanstalten erhielt hier ihre Ausbildung.¹⁴

Verbunden war Freienstein auch mit der ebenfalls berühmten Anstalt von Beuggen, die von Christian Heinrich Zeller geführt wurde. Dieser nahm sogar am Freiensteiner Eröffnungsfest teil, weil Blocher, der Heimvater, von ihm ausgebildet worden war.¹⁵ Zeller, der aus einer Theologenfamilie stammte, hatte seine juristische Laufbahn aufgegeben, um 1820 im Schloss Beuggen am Oberrhein eine «freywillige Armenschullehrer- und Armenkinderanstalt» zu eröffnen. Ihre Pädagogik orientierte sich unter anderen an Fellenberg, den Zeller persönlich kannte. Im Vordergrund standen die Disziplinierung und Rettung der grundsätzlich bösen Menschenseele. Die Strafen, die für Handlungen vollzogen wurden, die als grobe Verfehlungen galten, sollten diese korrigieren, indem sie sie widerspiegeln; der «Faule» musste also mehr arbeiten, der «Unordentliche» mehr aufräumen und so weiter. Gefördert wurde Beuggen von der in Basel gegründeten deutschen Christentumsgesellschaft, die sich als Teil der Erweckungsbewegungen die Propagierung christlicher Wahrheit und Gottseligkeit auf die Fahnen geschrieben hatte. Nicht nur die Heiden Afrikas, sondern auch die vielen aufgrund von Industrialisierung und Kriegen verarmten und verwaisten Kinder in Europa sollten gerettet werden.¹⁶

13 Zit. in: Bürgi 1951, *op. cit.*, S. 9.

14 Hans Scherpner, *Geschichte der Jugendfürsorge*, Göttingen 1966, S. 121; Maria Crespo, *Verwalten und Erziehen. Die Entwicklung des Zürcher Waisenhauses 1637–1837*, Zürich 2001, S. 48f.

15 Bürgi 1951, *op. cit.*, S. 19.

16 Hafner 2011, *op. cit.*, S. 74ff.

Fresserei und Trunkenheit

In Freienstein waren etwa vierzig Kinder zwischen fünf und 13 Jahren untergebracht, Knaben wie Mädchen, wohl meist Waisenkinder und uneheliche Kinder. Sie mussten einen Taufschein, einen Heimatschein, ein ärztliches Zeugnis sowie ein Dokument besitzen, das auswies, wer für das Kostgeld aufkam. Der Tagesablauf war streng reglementiert: Vom Aufstehen um fünf Uhr – im Winter eine Stunde später – bis zur Nachtruhe um acht Uhr abends war fast jede Minute durch Arbeit, Gebet und schulischen Unterricht verplant. Hausvater Blocher lehrte Schreiben, Lesen, Rechnen, Singen, Zeichnen, Geschichte, Geografie und Bibelkunde. Während der Verrichtung der landwirtschaftlichen und häuslichen Arbeiten wurden die Insassen von einem Knecht und einer Magd beaufsichtigt.¹⁷

Wahrscheinlich wurden die ersten Insassen von den mit dem Anstaltsvorstand in Kontakt stehenden Behörden überwiesen oder, in deren Auftrag, von gemeinnützigen Organisationen. Die Väter der Knaben hätten einige Zeit im Zuchthaus eingesessen, die Mütter sich der «Fresserei» und der «Trunkenheit» schuldig gemacht, hielt der Vorstand fest, die Eltern habe man noch nie in der Kirche gesehen. Einer der Zöglinge wurde so beschrieben: «Ich kann nicht verhehlen, dass gerade in diesem Knaben die böse Art der Ältern sich besonders deutlich zeigt. Er ist sehr verstockt und boshaft und roh, dem wüsten Reden und Fluchen und Lügen ergeben und wie ich fürchte auch jetzt schon zum Trunke geneigt. [...] Nur vom Hang zum Diebstahl hat man noch nichts gemerkt.»¹⁸ Der Vorstand ging davon aus, dass die Kinder aufgrund ihrer Herkunft einen schlechten und verdorbenen Charakter hatten. Arme galten traditionell als moralisch minderwertig. In bürgerlich-philanthropischen Kreisen war die individualisierende Wahrnehmung von Armut verbreitet. Der liberale Thurgauer Jurist Johann Ludwig Sulzberger nannte als deren Ursache die «Genuss- & Verschwendungssucht» sowie den «Unglauben» der Betroffenen.¹⁹ Wer arm war, war also selber schuld.

Primär moralisch konnotiert war auch der vage Begriff der Verwahrlosung, der sich in den 1830er Jahren in der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft etabliert hatte; 1907 sollte er im neuen Zivilgesetzbuch gesetzlich verankert werden.²⁰ Zudem wandte die Anstaltsleitung, wenn sie ihre Insassen beurteilte, die gleichen strengen Massstäbe wie für Erwachsene an. Was man seit dem 20. Jahr-

17 Bürgi 1951, *op. cit.*, S. 29f.

18 Zit. in: Bürgi 1951, *op. cit.*, S. 25.

19 Zit. in: Sabine Lippuner, *Bessern und Verwahren. Die Praxis der administrativen Versorgung von «Liederlichen» und «Arbeitsscheuen» in der thurgauischen Zwangsarbeitsanstalt Kalchrain (19. und frühes 20. Jahrhundert)*, Frauenfeld 2005, S. 32f.

20 Beatrice Schumacher, *Freiwillig verpflichtet. Gemeinnütziges Denken und Handeln in der Schweiz seit 1800*, Zürich 2010, S. 231.

hundert unter «kindlicher Psyche» versteht, lag der Vorstellung der Zeitgenossen von 1850 fern. Eine sensibilisierte Sonderbehandlung für Kinder und Jugendliche, wie sie heute gefordert und praktiziert wird, war nicht vorgesehen.²¹

Blocher nahm seine Zöglinge offensichtlich unter negativen Vorzeichen wahr. «Bei seinem vorgerückten Alter, seiner Unlust zum Lernen, seinem Stumpf- und Leichtsinn ist sehr zu zweifeln, dass er auch nur die notwendigste Schulkenntnisse noch erlernen werde. In seinem ganzen Wesen herrscht ein finsterer Geist. [...] Auch in seinem Herzen haben Hochmut, Falschheit und Heuchelei Eingang gefunden. [...] Aus seinem ganzen Betragen könnte man schliessen, dass er geheime Sünden triebe, woran ich aber noch nichts merken konnte, wenn das öftere Bettpissen kein Kennzeichen sein möchte», notierte er über einen Zögling. Und von zwei anderen Knaben: «Weder T. noch M. wissen einen biblischen Namen.» Wieder von einem anderen: «[...] dass ein verdorbener Geist in ihm wohnt». ²² So wenig beneidenswert seine Lage war, so wenig traute Blocher den ihm anvertrauten Kindern eine positive Entwicklung zu.

Wie Pestalozzi

Anfänglich allerdings war Blocher voll guten Mutes, ja geradezu euphorisch. Er schlief mit drei Jungen im selben Zimmer, weil er ihnen nahe sein wollte – nach seiner Verheiratung im Jahr 1839, zu der ihn der Vorstand gedrängt hatte, dürfte dies nicht mehr der Fall gewesen sein. Auch wehrte er sich gegen das Ansinnen des Kassiers, das Fleisch vom Essensplan der Kinder zu streichen: Entweder dürften alle in der Anstalt Fleisch essen oder niemand. «Ich wollte auf diese Weise es lieber machen wie Pestalozzi, der sich auf die Kinderbank setzte.» Doch bald schon war der Hausvater mit den Insassen überfordert. Besonders mit den Mädchen hatte er Mühe: «In der kurzen Zeit, seit die 4 Mädchen hier sind, habe ich mir schon oft gewünscht, statt diesen lieber 10 verwahrloste Buben zu haben. Ihre Herzen sind so unempfänglich, ihre Köpfe so verworren, ihr Sinn so eitel, dass ihnen gar schwer zu ihrer Besserung beizukommen ist. Reden wir in Liebe zu ihnen, so hören sie nicht; sprechen wir ernst, so verkehren sie das Gesicht und lachen.» ²³ Deutlich treten in den Aufzeichnungen die Voreingenommenheit gegenüber den Mädchen und die Scheu des tieffrommen Hausvaters vor dem weiblichen Geschlecht zutage.

21 Francisca Loetz, *Sexualisierte Gewalt 1500–1850. Plädoyer für eine historische Gewaltforschung*, Frankfurt a.M., New York 2012, S. 89–100. Von sexueller Gewalt betroffene Kinder wurden vor Gericht bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts als Erwachsene behandelt; sie mussten die gleichen Fragen beantworten, allerdings hatten ihre Aussagen auch das gleiche Gewicht.

22 Zit. in: Bürgi 1951, *op. cit.*, S. 34, 40.

23 Zit. in: Bürgi 1951, *op. cit.*, S. 59, 27.

Wohl aufgrund seiner Überforderung verlangte Blocher, dass die Unterrichtszeit zugunsten der Arbeitszeit reduziert werde; vorgesehen waren am Vormittag drei und am späteren Nachmittag zwei Stunden Unterricht. Mit körperlichen Arbeiten beschäftigte Kinder, so das Kalkül des Heimvaters, würden ihm keine Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten bereiten. Durch zu viel Unterricht, begründete er sein Anliegen, würden die Kinder «verwöhnt und aufgeblasen» und kämen «aus der Stellung heraus, die ihnen Gott angewiesen» habe. Diese Stellung befand sich nach Ansicht der Anstaltsbetreiber am unteren Ende der Gesellschaft – dort, wo die Kinder herkamen. Es war denn auch vorgesehen, die Kinder zu Dienstboten, Mägden und Knechten auszubilden.²⁴

Blocher griff mehr und mehr zu drastischen Strafen – er praktizierte nun eine negative Pädagogik. Dem «Bettpisser H.» verhiess er «für den folgenden Tag die Ruthe, wenn er das Bett verunreinigt» habe. Er drohte mit Schlägen. Kaum ein Jahr nach Eröffnung der Anstalt kam es zu einer Eskalation: «In meinem Zimmer wollte ich ihn züchtigen; aber er wehrte sich so mit Wuth, dass bald er bald ich auf dem Boden lag. Ich führte ihn ins Gefängnis, holte einen Strick, um ihn zu binden, aber er riss aus und entfloh zum untern Fenster hinaus, den Rebberg hinab durch Freienstein, Gott weiss wohin!» Als ein anderer Junge erneut Brot stahl, peitschte Blocher ihn mit einem Seil aus, band ihm die Hände auf den Rücken und gab ihm – es war Winter – drei Tage lang nur Wasser und vom gestohlenen Brot. Wahrscheinlich hatte der Junge schlicht Hunger gehabt, der Heimvater aber notierte: «Den meisten Knaben ist eben das Essen die Hauptsache. Nur wenig verstehen das Geheimnis des Segens und können sich mit Wenigem begnügen.»²⁵

Obschon körperliche Bestrafungen als Erziehungsmittel vorgesehen waren, gingen dem Vorstand der Anstalt die Züchtigungen, die teils durch den Knecht vorgenommen wurden, zu weit. 1848 entliess er Blocher, weil es diesem und seiner Gattin am «rechten Glauben» und daher der Anstalt an der «rechten erbarmenden Liebe» fehle. Zudem habe er ein heranwachsendes Mädchen, das verbotenerweise eine Liebschaft eingegangen sei, zu wenig überwacht; es habe sich derart nachlässig bekleidet, dass Schultern und Brust unbedeckt geblieben seien. Als er das Mädchen bestrafte, habe er es zu hart geschlagen, und trotz vorher erfolgter Ermahnungen sei er wieder betrunken angetroffen worden.²⁶ Zwischen den Erziehungsansprüchen der religiös beseelten Anstaltsbetreiber, vor allem des Vorstands, der den Alltag kaum miterlebte, und dem Erfolg ihrer Methoden klaffte eine tiefe Lücke. Die Kinder verhielten sich oft nicht so, wie es sich die Erzieher wünschten. Damit konfrontiert, reagierten sie meist mit harten Strafen. Zwar galten diese als

24 Bürgi 1951, *op. cit.*, S. 9.

25 Zit. in: Bürgi 1951, *op. cit.*, S. 51.

26 Zit. in: Bürgi 1951, *op. cit.*, S. 104–106.

legitim, doch die Schmerzen der Betroffenen, die körperliche wie auch die seelische Pein, dürften deswegen nicht geringer gewesen sein.

Reharmonisierung der Gesellschaft

Der Rettungsanstalt Freienstein lag wie den anderen Anstalten des 19. Jahrhunderts, die von Geistlichen und Philanthropen gegründet wurden, eine Utopie zugrunde: Die Einrichtungen sollten nicht nur die verwahrlosten Kinder retten, sondern die von Massenarmut und Klassengegensätzen bedrohte Gesellschaft reharmonisieren. Zu diesem Zweck mussten sie von den Lasten und Versuchungen der Welt getrennt, ja vor ihnen geschützt werden. Deshalb legten die Gründer die Institutionen ausserhalb der Städte möglichst inmitten der unberührten Natur an, wo sie autark existieren sollten. Das Ziel war die wirtschaftliche Selbstversorgung. Fernab von Luxus und Elend, den Auswüchsen der Industrialisierung, sollten die Kinder mit Natur und Landwirtschaft in Kontakt kommen und zu neuen Menschen werden, die wiederum die Gesellschaft erneuern sollten.²⁷

Die Betreiber der 1819 gegründeten Erziehungsanstalt in Ziegelbrücke, der Linthkolonie – die Johann Georg Blocher besuchte, um sich auf seine Tätigkeit in Freienstein vorzubereiten –,²⁸ fühlten sich wie die Kolonisten in Nordamerika. Das neue Gelände sei geeignet, weil «wie durch eine glückliche Fügung gerade über die bezeichnete Gegend keiner der alten Tagwen [Gemeinden] [...] Rechte besitzt, ein Umstand, der äusserst wichtig ist, da vermöge dessen, die Colonie keinen Beeinträchtigungen ausgesetzt, mit keinen alten Rechten zu kämpfen hat, sondern in eigene eintritt».²⁹ Ausserhalb der menschlichen Zivilisation, gleichsam auf einer Tabula rasa, markierte die Institution einen Neuanfang. Die Verbindung zur Zivilisation wurde abgebrochen: Weder sollten die Kinder von ihren Eltern besucht werden noch mit den nahegelegenen Siedlungen in Kontakt kommen. Ausflüge waren höchstens in die von Gott geschaffene Natur vorgesehen.³⁰ Das Kind sollte in einem von der Aussenwelt und besonders von der verdorbenen Herkunftsfamilie abgeschotteten Raum, einer «totalen Institution» (Erving Goffman), durch Disziplin und Religion vor Verarmung und Sünde gerettet werden. Die Anstalt wurde als utopische Gegenwelt konzipiert, die einen besseren Menschen hervorbringen würde, der, wenn auch in sozial subordinierter Stellung, die gesamte Gesellschaft auf eine moralisch höhere Stufe führen sollte.

27 Hafner 2011, *op. cit.*, S. 93–97.

28 Bürgi 1951, *op. cit.*, S. 15.

29 Zit. in: Chmelik 1978, *op. cit.*, S. 70.

30 Peter Chmelik, Die Heimerziehung des 19. Jahrhunderts als sozialpolitische Utopie, in: Paul Cassée, Hans Christen, Max Furrer *et al.* (Hg.): *Betrifft: Sozialpädagogik in der Schweiz. Beiträge zu Ideengeschichte und aktuellen Fragen der Sozialpädagogik*, Bern, Stuttgart 1984, S. 65–80, hier S. 65ff.

Grösste Bedeutung für die Erziehung der Kinder und Jugendlichen sprachen die Heimväter der Landwirtschaft zu. Sie verband sich, so ihre Überzeugung, mit der körperlichen und geistigen Gesundheit, moralischen Verfassung, beruflichen Tüchtigkeit und der christlichen Frömmigkeit. Die Landwirtschaft galt als «Urbereuf des Menschen», wie sie ein Heimleiter 1895 bezeichnete – ein Beruf, der den Menschen und besonders den Jugendlichen vor der Armut, vor der «Erschlaffung des Leibes und der Seele», vor «Ungehorsam, Trägheit, Arbeits- und Schulscheu, Vagantität und Bettel» bewahren würde. Die Landwirtschaft wurde als Allheilmittel gehandelt, die Milch, ihr wichtigstes Produkt, als Hauptnahrungsmittel gepriesen. Der Heimvater empfahl über die tägliche landwirtschaftliche Tätigkeit hinaus, dass jeder Zögling sein eigenes Gärtchen besorge: Daran erkenne «der Vater, was mit dem Zögling sei. Ein ordentlicher, fleissiger Knabe hat ein fruchtbares Gärtchen mit allerlei schönen und nützlichen Sachen darin; in demjenigen des Faulpelzes aber gedeiht nichts als Unkraut und ein solcher wird es einer Lebtag nie zu etwas bringen.» Angesichts der Natur, angesichts des «unsichtbaren, göttlichen Wesens, das seit unendlich langer Zeit alles Leben spendet, das Weltall regiert und erhält», erwache im Zögling die «göttliche Andacht»: «An Gottes Segen ist alles gelegen.»³¹

Die Neugründungen, die nach dem Willen ihrer Betreiber das ganze Land überziehen sollten, waren auf Gott gerichtet. Philipp Emanuel von Fellenberg, Gründer der Reformatanstalt Hofwil, sah in seinem Erziehungswerk göttliche Bestimmung und Auserwählung am Werk. Der 1854 verstorbene Jeremias Gotthelf nannte den Heimleiter «Haushalter Gottes», seine Aufgabe ein «heiliges Amt» und die Rettungsanstalt ein «heiliges Münster». «Wo ehemals Ritter Schlösser bauten zu weiter Übersicht nach zu raubenden Gütern, zu fahrenden Menschen, zu sicheren Herbergen des Raubes und der Räuber», so Gotthelf, «da erheben sich als tröstende, versöhnende Luegisland Freistätten für arme Kinder und winken herein übers Land, aufzuheben die an der Erde klebenden Augen heiteren Höhen zu, aufzuheben die im Schlamm der Erde sich wälzenden armen Kinder, sie emporzutragen auf die freie Höhe, näher dem Himmel zu.» Johann Konrad Zellweger, ein in Hofwil ausgebildete Appenzeller Heimleiter, verglich die Anstalten gar mit Klöstern: «Was die Klöster einer in Unwissenheit und Aberglauben schmachtenen Vorzeit gewesen, das können in einer andern Richtung unsere Armenschulen, in hinreichender Zahl eingerichtet, der Gegenwart werden.»³²

31 [?] Nyffeler, Bedeutung der Landwirtschaft in der Armenerziehung, in: *Verhandlungen des Schweizerischen Armenerziehervereins im Jahre 1865*, Zürich 1895, S. 11–35.

32 Zit. in: Chmelik 1978, *op. cit.*, S. 73f.

Bete und arbeite!

Eine weltliche Pädagogik brauchte die Rettungsanstalt, die nach dem Willen ihrer Betreiber das Modell für die neue Gesellschaft abgab, nicht. Die Kinder lebten zusammen mit anderen Kindern in einer christlichen Familie, unter der Obhut der Anstaltseltern – oder katholischer Ordensschwwestern. Sowohl die prägenden Musteranstalten – Hofwil und Beuggen etwa – als auch die in ihrem Gefolge in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstandenen Rettungshäuser der Deutschschweiz waren alle von einem pietistischen Protestantismus geprägt. In Reaktion darauf wurden nach 1850 zahlreiche katholische Anstalten gegründet. Auf organisatorischer Ebene war der Unterschied gross: Das reformierte Heim orientierte sich mit seinem über allen Kindern wachenden «Elternpaar» an der idealen weltlichen Familie, das katholische Heim hingegen wurde von einem gleichgeschlechtlichen Kollektiv geführt, meist einer weiblichen Kongregation, die stärker das Jenseits im Blick hatte.

Beide Anstaltstypen jedoch ähnelten sich darin, dass sie der Religion sowie der Arbeit und den bürgerlichen Tugenden wie Fleiss und Gehorsam einen hohen Stellenwert einräumten – «Bete und arbeite!» lautete denn auch das Motto dieser Einrichtungen. Doch für viele der Insassen dürfte sich die hochfahrende christliche Utopie als schmerzhafter Alptraum entpuppt haben. Die Religion brachte ihnen in der Regel keinen Wärmestrom, wie er viele Passagen des Neuen Testaments durchzieht, sondern einen Kälteschock. Autoritär beriefen sich die Erzieher und Erzieherinnen auf einen übermächtigen Gott, in dessen Namen sie überwachten und strafte.

Ihre tiefreligiöse Fundierung prägte die Schweizer Erziehungsanstalten und Kinderheime lange. Noch um die Mitte des 20. Jahrhunderts nahmen sie nur in seltenen Fällen Angehörige einer anderen als der eigenen Konfession auf – und noch darüber hinaus wurden die Insassen massiv misshandelt, wie sich viele ehemalige Zöglinge erinnern. Entkonfessionalisiert und geöffnet wurde das Heimwesen erst mit den gesellschaftspolitischen Umwälzungen der 1970er Jahre. Sie bilden für die Fremdplatzierung in der Schweiz eine Zäsur – den Übergang von der in vielem noch durch das 19. Jahrhundert geprägten religiösen Heimerziehung zu einem differenzierten ausserfamiliären Betreuungsangebot, das eine Professionalisierung des Personals mit einschloss.³³ Ob allerdings die modernen Einrichtungen den ihnen anvertrauten «dissozialen» und «verhaltensauffälligen» Kindern und Jugendlichen immer gerecht werden, darf bezweifelt werden. Auch sie kommen oft nicht ohne Strichlisten aus, ohne Kontroll- und Strafsysteme.

33 Peter Schallberger, Organisationale Selbstverständnisse und Diagnosepraxis in der Heimerziehung, in: *Sozialer Sinn. Zeitschrift für hermeneutische Sozialforschung*, 12 (2011) S. 247–278, hier S. 260–267.

Kinderheime im Kanton Luzern im Zeitraum von 1930 bis 1970

Martina Akermann, Markus Furrer und Sabine Jenzer

Ausgangslage und Rahmen der Studie

Im Frühjahr 2010 berichteten Medien über Gewalt und Missstände in ehemaligen Luzerner Kinderheimen von den späten 1920er bis in die 1960er Jahre.¹ Die Luzerner Regierung erteilte daraufhin im Mai 2010 den Auftrag, die Vorkommnisse in den Kinder- und Jugendheimen in der Stadt und im Kanton Luzern historisch aufzuarbeiten.² Einige wichtige Resultate aus dem anschliessend erarbeiteten Zwischen- sowie dem Schlussbericht werden hier vorgestellt. Der Zwischenbericht diente der Regierung am 17. März 2011 als Basis für ihren Entscheid, sich bei den Betroffenen zu entschuldigen. Aufgrund der Faktenlage sah sich der Regierungsrat als heutiger Vertreter der damaligen Behörden in der moralischen Mitverantwortung:

Der Regierungsrat bedauert die Vorkommnisse in den Luzerner Kinder- und Jugendheimen und die damit verbundenen psychischen und physischen Verletzungen. Als Zeichen des Mitgefühls und der Anerkennung des Leids bittet er Sie in aller Form um Entschuldigung, dass sich die damaligen kantonalen Instanzen zu wenig um das Wohl der betroffenen Kinder und Jugendlichen gekümmert haben und nicht hingeschaut, nicht hingehört und nicht eingegriffen haben, als es nötig war.³

Der Kanton Luzern ist der erste und bislang einzige Schweizer Kanton, der eine historische Aufarbeitung der Thematik einleitete. Auf Bundesebene wird eine ge-

- 1 Vgl. zum Film *Das Kinderzuchthaus von Rathausen* von Beat Bieri (2010) *Kulturmagazin*, 3. März 2010. Die Vorpremiere des Films fand am 27. März 2010 im 'Stattkino' Luzern statt; vgl. auch *Zentralschweiz am Sonntag*, 2. Mai 2010; *Neue Luzerner Zeitung*, 15. Juni 2010.
- 2 Der Auftrag erging an Markus Furrer, Professor für Geschichte an der PHZ Luzern sowie Titularprofessor an der Universität Fribourg. Für die Projektarbeit konnten die Historikerinnen lic. phil. Martina Akermann und Dr. des. Sabine Jenzer gewonnen werden. Der vorliegende Beitrag stützt sich auf die Ergebnisse der beiden folgenden Berichte: Martina Akermann, Markus Furrer, Sabine Jenzer, *Bericht Kinderheime im Kanton Luzern im Zeitraum von 1930–1970*. Schlussbericht zuhanden des Regierungsrats des Kantons Luzern, unter der Leitung von Markus Furrer, pdf-Ausgabe, Luzern 2012; http://www.disg.lu.ch/schlussbericht_aufarbeitung_kinderheime_120731.pdf (Stand: 16. Dezember 2012); Martina Akermann, Markus Furrer, Sabine Jenzer, *Zusammenfassung des Zwischenberichts. Untersuchung Kinderheime im Kanton Luzern (1930–1970er Jahre)*, unter der Leitung von Markus Furrer, vom 18. Februar 2011; http://www.lu.ch/download/sk/mm_photo/8771_20110317_GSD-ZB.pdf (Stand: 16. Dezember 2012). Die Aufnahmen der Interviews sind mit den Transkripten im Staatsarchiv Luzern hinterlegt (StaLu A 1618/1 – A 1618/42).
- 3 Siehe Schreiben von Regierungsrat Guido Graf im Auftrag des Regierungsrates an die Betroffenen von Missständen in Kinder- und Jugendheimen, 15. März 2011; <http://www.verdingkinderreden.ch/index.php?pid=60> (Stand: 16. Dezember 2012).

samtschweizerische Aufarbeitung bis heute abgelehnt und in dieser Frage stets auf die Kantone, die für die Durchführung der Heimerziehung zuständig waren, verwiesen.

Parallel zur kantonalen Untersuchung erteilte die Römisch-katholische Landeskirche des Kantons Luzern den Auftrag für eine erweiterte interdisziplinäre Studie, die sich neben der historischen Aufarbeitung auch mit theologischen und ethischen Fragen beschäftigt. Die beiden Studien wurden in enger Zusammenarbeit entwickelt und im September 2012 gemeinsam präsentiert.

Von Wichtigkeit sind solche Aufarbeitungsprozesse für die Betroffenen, die dadurch, dass die im Kollektiv angelegten Mechanismen ausgeleuchtet werden, nicht (mehr) allein mit ihrer Individualgeschichte konfrontiert sind. Damit wird die Geschichte der Betroffenen in einen Kontext gestellt, und es wird bewusst, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt. Die Geschichte wird geteilt.⁴ Einige der Betroffenen versuchten schon in ihrer Jugend oder auch als Erwachsene, die Missstände ans Tageslicht zu bringen, kamen jedoch gegen die Mauer des Schweigens nicht an. Viele ehemalige Heimkinder hatten ein Schuldbewusstsein verinnerlicht, galten sie doch in der Gesellschaft als mitschuldig für die eigene Anstaltseinweisung. Gegen solche gesellschaftliche Stigmatisierungen vermochten sie nicht anzutreten, und wenn sie es taten, wurde ihnen kaum Glauben geschenkt.⁵ Eine nicht unwichtige Rolle für die Aufarbeitung spielte der zunehmende zeitliche Abstand zum damals Geschehenen, der mit einem Generationenwechsel einherging. Die Verantwortlichen sind nicht mehr in ihrer damaligen Funktion tätig oder bereits verstorben, auch viele Betroffene stehen nicht mehr im Erwerbsleben. Diese zeitliche Distanz ist nicht zu unterschätzen. Erst sie legte Macht- und Definitionsstrukturen frei. Im Falle Luzerns waren es einzelne Betroffene, die während Jahren zur Aufarbeitung drängten. Im Krienser Museum Bellpark erinnerte man mit einer Sonderausstellung 2009 bis 2010 an die 'Erziehungsanstalt Sonnenberg'.⁶ Den Stein ins Rollen brachte dann der im Frühjahr 2010 im Schweizer Fernsehen ausgestrahlte Dokumentarfilm von Beat Bieri, *Das Kinderzuchthaus von Rathausen*. Als grösste damalige Anstalt im Kanton Luzern wurde Rathausen zum Symbol der Missstände in Kinderheimen. Auch wenn in Hinblick auf andere Kantone von ähnlichen Missständen in einem ähnlichen Ausmass ausgegangen werden muss, geriet der Kanton Luzern unter spezifischen Druck. Die in den Schweizer Medien

4 Siehe auch Markus Furrer, Erinnerung und Aufarbeitung – am Beispiel der Untersuchung der Vorkommnisse in Kinderheimen im Kanton Luzern, in: Peter Gautschi, Barbara Sommer Häller (Hg.), *Beiträge von Hochschulen zu Erinnerungskulturen*, Schwalbach/Ts. (Erscheinungsjahr 2013).

5 Vgl. Beat Grossrieder, Erinnern und Vergessen. Warum sich Kollektive so schwertun, dunkle Kapitel ihrer Vergangenheit aufzuarbeiten, in: *NZZ*, 10. Dezember 2012, S. 42.

6 <http://www.bellpark.ch/html/esonnenberg.html> (Stand: 16. Dezember 2012).

dargestellten Schicksale von Heimkindern in ehemaligen Luzerner Kinderheimen warfen Fragen auf, inwieweit es sich um Einzelfälle oder systematische Überschreitungen handelte, und es drängte sich die Frage nach den Zuständigkeiten der kantonalen Behörden auf. Diese Fragen zu beantworten war der politische Auftrag der historischen Aufarbeitung.

Für die Untersuchung wurden 54 Interviews und Berichte von ehemaligen Heimkindern eingearbeitet, deren Kontakte meist die vom Kanton Luzern eingerichtete *Anlaufstelle Vorkommnisse im Erziehungsheim* vermittelte. Die befragten Ehemaligen hatten ihre gesamte Kindheit oder zumindest einige Jahre in den Heimen Rathausen (20), Waisenhaus Luzern (8), Mariazell (5), Malters (4) und Knutwil (3) sowie in vier weiteren Heimen verbracht. Die verschiedenen Angaben und Hinweise in den Interviews dienten zur Orientierung bei den folgenden Archivrecherchen. So wurden die Aktenbestände der obigen Heime, sofern sie erhalten sind, im Staatsarchiv oder in den Heimarchiven gesichtet und ausgewertet. Hinzu kamen die Untersuchung von Gerichtsakten sowie für Fallbeispiele auch jene von Vormundschaftsakten aus Gemeindearchiven. Die katholische Heimpädagogik der 1930er bis 1960er Jahre wird anhand einschlägiger erziehungswissenschaftlicher Schriften, insbesondere der Publikationen des Freiburger Professors für Heilpädagogik Eduard Montalta, skizziert. Methodisch orientiert sich diese sozial- und kulturwissenschaftlich angelegte Studie an den Erkenntnissen der Oral History sowie an der Diskursanalyse.

Aufbau der Studie

Als historische Untersuchung angelegt, erfasst die Studie wirtschaftliche, gesellschaftliche und pädagogische Rahmenbedingungen der entsprechenden Zeitperiode, wobei der Kanton Luzern den Untersuchungsrahmen bildet. Eingangs werden unter dem Thema 'Annäherungen an die katholische Heimpädagogik der 1930er bis 1960er Jahre' gesellschaftliche, sozialpolitische sowie pädagogische und religiöse Entwicklungen und Vorstellungen erörtert, um einen Einblick in den historischen Kontext zu schaffen. Anschliessend wird die Luzerner Heimlandschaft im untersuchten Zeitraum dargestellt. Unter dem Thema 'System Heimerziehung' befasst sich die Studie mit der Versorgungspraxis, der Finanzierung des Heimbetriebs sowie der Aufsicht und Kontrolle über die Heime. Dabei stellen sich Fragen bezüglich der gesetzlichen Grundlagen. An Fallbeispielen werden Vorgehensweisen bei der Versorgungspraxis vorgestellt und typologisiert. Vergleichende Betrachtungen vom Umgang Luzerner Kinderheime mit Fragen der Heimfinanzierung sowie der Aufsicht verdeutlichen, welche Probleme sich damals stellten und wie man diese anging. Unter dem Thema 'Heimalltag' beleuchtet die Studie auf

der Basis der analysierten Interviews sowie der schriftlichen Quellen die Bereiche 'Arbeit und Freizeit', 'Schule', 'Essen' sowie den 'Stellenwert der Religion'. Ferner wird das Strafwesen analysiert und den Hinweisen auf sexuelle Übergriffe nachgegangen. Die einzelnen Fälle werden wiederum typologisierend dargestellt. In der Bilanz werden abschliessend die grundlegenden Probleme damaliger Heimerziehung und Heimorganisation sowie die Dimension des untersuchten Missbrauchs festgehalten. Es stellen sich gleichzeitig Fragen, ob in der Gegenwart und auch künftig solche Vorkommnisse verhindert werden können.

Die Luzerner Heimlandschaft

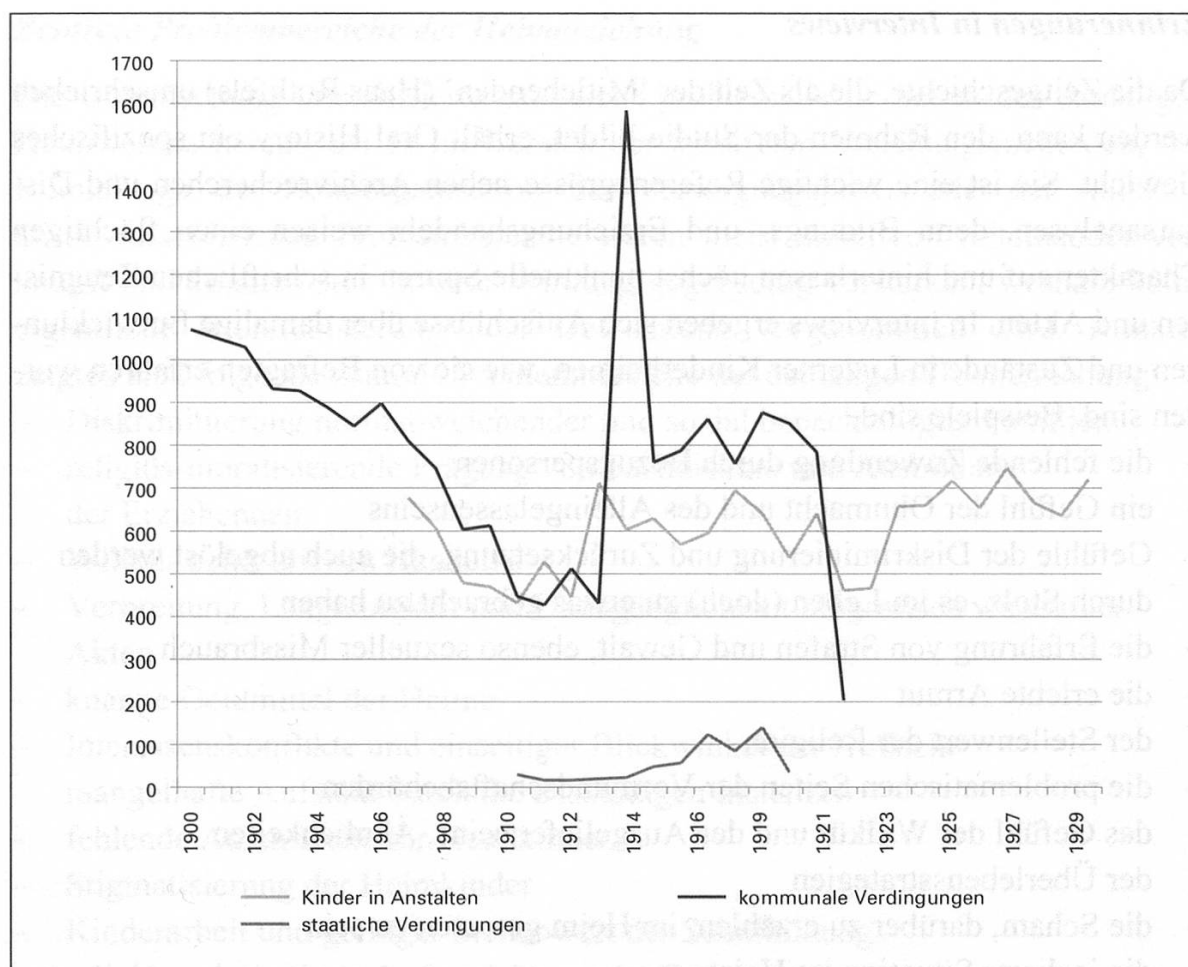
Im untersuchten Zeitraum gab es rund 15 Kinder- und Jugendheime im Kanton. Die Heimlandschaft war stark katholisch geprägt. In mindestens 10 der hier untersuchten 15 Heime arbeitete Ordenspersonal; der Einsatz von Ordensleuten war äusserst kostengünstig. Neben diesen Einrichtungen dominierten private Heime. Rathausen war offiziell eine Privatanstalt, jedoch wurde der Status dieser Anstalt bis zur Stiftungsgründung 1951 nie gänzlich geklärt und bereinigt; es handelte sich um eine Mischform.

Im Zeitraum zwischen den 1930er und 1970er Jahren machte der Anteil der in Anstalten versorgten Menschen (inklusive Erwachsener) im Kanton Luzern rund 1 Prozent der Wohnbevölkerung aus (1930: rund 1,3 Prozent; 1960: rund 1 Prozent); rund ein Fünftel bis ein Viertel davon waren Kinder. Die Anzahl der in Luzerner Anstalten versorgten Kinder bewegte sich dabei zwischen 538 und 746 Kindern pro Jahr.⁷

Im Untersuchungszeitraum ist keine klare Tendenz einer Zu- oder Abnahme in Hinblick auf die Zahl der eingewiesenen Kinder auszumachen; sie bleibt bis 1970 auf ähnlichem Niveau. Ein Ausreisser in der Statistik ist jedoch augenfällig: Die Anstaltskrise in Rathausen von 1949 und die anschliessenden Umbauten schlugen sich auch in den Zahlen nieder, so dass 1950 nur noch 401 Kinder in Anstalten versorgt waren (1948: 641); die Zahlen blieben bis Mitte der 1950er Jahre in diesem Bereich. Doch schon ab 1957 (658) pendelte sich die Anzahl Kinder wieder auf dem Niveau der 1940er Jahre ein.

Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts waren für Kinder neben wenigen Erziehungsanstalten vor allem Armenanstalten auf der Landschaft zuständig, in denen diese neben Erwachsenen untergebracht waren. Eine umfassende Spezialisierung

⁷ Thomas Meier, Entstehung und Entwicklung des Sozialstaats, in: *Luzerner Kantonsgeschichte des 20. Jahrhunderts*, im Druck.



Grafik 1: Statistik über die Verdingkinder und in Anstalten versorgten Kinder im Kanton Luzern (Thomas Meier, Entstehung und Entwicklung des Sozialstaats, in: *Luzerner Kantonsgeschichte des 20. Jahrhunderts*, im Druck).

der Heimtypen fand erst in der zweiten Jahrhunderthälfte statt; in ihrem Zuge verschwanden die traditionellen, multifunktionalen Armenanstalten.

Im landwirtschaftlich geprägten Kanton Luzern war auch das Verdingen von Kindern weit verbreitet. Noch um 1900 waren über 1000 Kinder verdingt. Die Zahlen nahmen danach kontinuierlich ab, woran Kinderheimgründungen ihren Anteil hatten. Bis zur Jahrhundertmitte überwog die Verdingung an Bauern gegenüber den Anstaltsversorgungen, dies besonders während der krisenhaften 1930er und 1940er Jahre. In dieser Zeit wurden gar von staatlicher Seite Verdingungen angeordnet. Obwohl diese Form der Fremdplatzierung seit Beginn des 20. Jahrhunderts bei den kantonalen Behörden umstritten war, nahm sie erst in den 1950er Jahren deutlich ab, und die Kinder wurden vermehrt in 'Pflegefamilien' untergebracht.⁸

⁸ Seit 1939 ist in den Staatsverwaltungsberichten nicht mehr die Rede von Verdingkindern, sondern von 'bei Privaten versorgten Pflegekindern'.

Erinnerungen in Interviews

Da die Zeitgeschichte, die als Zeit der 'Mitlebenden' (Hans Rothfels) umschrieben werden kann, den Rahmen der Studie bildet, erhält Oral History ein spezifisches Gewicht. Sie ist eine wichtige Referenzgrösse neben Archivrecherchen und Diskursanalysen, denn Bildungs- und Erziehungshandeln weisen einen flüchtigen Charakter auf und hinterlassen höchst punktuelle Spuren in schriftlichen Zeugnissen und Akten. In Interviews ergeben sich Aufschlüsse über damalige Entwicklungen und Zustände in Luzerner Kinderheimen, wie sie von Befragten erfahren worden sind. Beispiele sind:

- die fehlende Zuwendung durch Bezugspersonen
- ein Gefühl der Ohnmacht und des Alleingelassenseins
- Gefühle der Diskriminierung und Zurücksetzung, die auch abgelöst werden durch Stolz, es im Leben (doch) zu etwas gebracht zu haben
- die Erfahrung von Strafen und Gewalt, ebenso sexueller Missbrauch
- die erlebte Armut
- der Stellenwert der Religion
- die problematischen Seiten der Vormundschaftsbehörden
- das Gefühl der Willkür und des Ausgeliefertseins, Ähnlichkeiten der Überlebensstrategien
- die Scham, darüber zu erzählen, im Heim gewesen zu sein
- die isolierte Situation im Heim
- die Stigmatisierung als Heimkind und die daraus resultierende Diskriminierung in Gesellschaft und externer Schule
- die Leere nach dem Heimaustritt und die damit verbundenen Schwierigkeiten beim Übergang in eine bürgerliche Existenz
- die ambivalente Bindung an das Heim als Bezugspunkt während einer prägenden Phase des Lebens, die mitunter schmerzhaft in Erinnerung bleiben kann
- die Last der Erinnerung im späteren Leben

Solche Muster werden von vielen, aber nicht von allen Befragten geteilt. Es gibt Interviewte, die überwiegend positive Erinnerungen an den Heimaltag haben. Die meisten berichten sowohl von positiven wie von negativen Erlebnissen. In der Mehrzahl der Interviews lässt sich eine deutliche Dominanz negativer Erinnerungen ausmachen. Zeitlich fallen diese, wie auch die in Archivdokumenten gefundenen Hinweise zu Gewalt und Missbrauch, vorwiegend in die Jahre vor 1960.

Zentrale Problembereiche der Heimerziehung

Die Untersuchung kristallisierte zahlreiche problematische Seiten des damaligen Heimwesens heraus, sei es im Bereich der konkreten Erziehungsmethoden, des Heimalltags, der Heimorganisation, der Versorgungspraxis oder der Aufsicht. Diese verschiedenen Problembereiche waren meist unheilvoll miteinander verknüpft und konnten sich in ihrer Wirkung gegenseitig verstärken, weshalb keine eigentliche Hierarchisierung oder Gewichtung vorgenommen wird. Konkret zeigten sich folgende zentrale Problembereiche der damaligen Heimerziehung:

- Diskriminierung normabweichender und sozial benachteiligter Familien
- religiös-moralisierende Prägung von Fachdiskurs und Ausbildung der Erziehenden
- Willkür behördlichen Handelns
- Verbreitung, Langlebigkeit und Unzugänglichkeit biografisch wirksamer Akten
- knappe Geldmittel der Heime
- Interessenskonflikte und einseitiger Blickwinkel der Aufsicht
- mangelhafte Aufsicht durch die zuständigen Instanzen
- fehlende Anlaufstelle für Heimkinder
- Stigmatisierung der Heimkinder
- Kinderarbeit und geringer Stellenwert der Schulbildung
- religiös-missionierende Ausrichtung der Erziehung
- repressives Strafwesen und dessen Auswüchse
- sexuelle Gewalt
- gesellschaftlicher Konsens über die 'Schwererziehbarkeit' der Heimkinder

Diese Problembereiche werden in der Luzerner Studie näher ausgeleuchtet. Wir gehen hier auf sechs Punkte näher ein, nämlich auf die behördliche Willkür bei Heimeinweisungen, die knappen finanziellen Mittel der Heime, die religiös-missionierende Ausrichtung der Erziehung, das repressive Strafwesen, die unklaren Zuständigkeiten sowie die Stigmatisierung der Heimkinder.

Willkür behördlichen Handelns bei Heimeinweisungen

Rechtlich stützten sich die Behörden bei Versorgungen massgeblich auf die 'Kinderschutzartikel' des eidgenössischen Zivilgesetzbuches (Artikel 283–289) von 1907, das 1912 in Kraft trat. Das Einführungsgesetz zum ZGB des Kantons Luzern vom 21. März 1911 erliess die kantonalen Bestimmungen zur Einführung des Zivilgesetzbuches. Bei «pflichtwidrigem Verhalten» der Eltern (Art. 283 des

ZGBs) sowie bei «Verwahrlosung» oder «dauernder Gefährdung» des «leiblichen oder geistigen» Wohles eines Kindes (Art. 284 des ZGBs) musste die kommunale Vormundschaftsbehörde als zuständige Instanz einschreiten und konnte «nötigenfalls» die Anstaltseinweisung des Kindes verfügen. Ein solches Einschreiten war bereits bei «Gefährdung» des Kindes möglich, bevor dieses beziehungsweise die Eltern überhaupt auffällig geworden waren. Vage Begrifflichkeiten eröffneten den Behörden einen sehr weiten Handlungsspielraum.

So erlebten es die Familien und Kinder, deren Geschichten anhand von Vormundschaftsakten genauer untersucht werden konnte. Den Familien wurden die Kinder weggenommen, weil entweder eines der Elternteile nicht der gängigen Norm entsprach, meist aufgrund angeblicher psychischer Beeinträchtigung oder Suchtbetroffenheit. Mädchen erlebten eine Heimeinweisung etwa wegen sogenannt «sittlicher Gefährdung», das heisst, wenn sie wegen angeblicher sexueller Devianz in Verruf gerieten, was auch bei Opfern sexueller Gewalt geschah. Gegen die Versorgungsentscheide hatten die Eltern wenig Einfluss. Sie wurden kaum in die Entscheidungsfindung einbezogen. In den untersuchten Fällen versuchten sie sich jedoch zu wehren, sei es mittels Rekursen oder mittels Verweigerung, anfangs teilweise sogar erfolgreich.

Knappe Geldmittel der Heime

Im gesamten Untersuchungszeitraum war die finanzielle Lage vieler Heime, gerade privater, angespannt. Die Einnahmen durch Pflegegelder waren nicht kostendeckend. Staatliche Subventionen fielen sehr unterschiedlich aus. Heime waren in der Folge auf verschiedene Einnahmequellen angewiesen. So bildete die Arbeitsleistung der 'Zöglinge' eine existentielle Finanzierungsquelle, was gegen aussen zudem mit pädagogischem Nutzen legitimiert wurde. Die Schulbildung hatte hingegen einen geringen Stellenwert. Eine höhere Bildung entsprach nicht dem für die Heimkinder vorgesehenen Lebensentwurf.

Die schwierige finanzielle Lage der Heime wirkte sich bis in die 1950er Jahre direkt auf die Lebenshaltung der Kinder aus. Wenig und kaum ausgebildetes, meist geistliches und damit günstiges Personal umsorgte eine viel zu grosse Kinderschar, die militärisch organisiert wurde. Das Essen musste billig sein und war streng rationiert, die Kleider waren oft ärmlich und abgetragen. Die Trägerschaften und Behörden stellten kaum Geld für Umbauten der alten Gebäude sowie für Neubauten zur Verfügung, was zu veralteten und beengten Räumlichkeiten führte.

Die religiös-missionierende Ausrichtung der Erziehung

Die Religion und die religiösen Praktiken nahmen einen zentralen Stellenwert im Tagesablauf der Kinder ein. Wie in Klöstern herrschte der Grundsatz 'ora et labora'. Religion galt als zentrales Erziehungsmittel. In den meisten Heimen besuchten die Kinder häufig die Messe, wobei sie auch für 'ihre Wohltäter' zu beten hatten, und sie verrichteten regelmässig Mahlzeiten-, Abend- und Rosenkranzgebete. Der Empfang der Sakramente und die Beichte besaßen einen zentralen Stellenwert. Der Religionsunterricht genoss in der schulischen Bildung höchste Aufmerksamkeit, andere Fächer galten als vernachlässigbar. Es entsteht der Eindruck, dass gerade bei den geistlichen Erziehenden die sogenannte 'Rettung der Kinderseelen' durch die Erziehung zum 'richtigen Glauben' und zur 'richtigen' religiösen Lebensführung absoluten Vorrang hatte, und dass dieses Ziel mit grossem Eifer verfolgt wurde.

Der Katholizismus, der den von uns untersuchten Heimaltag beeinflusste, war von den damals dominierenden antimodernistischen Kräften geprägt. Die Direktoren und das Erziehungspersonal förderten bei den Kindern eine Frömmigkeit, die stark von einem angsteinflössenden, jenseitsgerichteten und auf Rituale fokussierten Glauben ausging. Die Heime unternahmen Wallfahrten und Ausflüge zu Kirchen; Heiligenlegenden sowie Geschichten vom allwissenden und strafenden Gott wurden als Erziehungsmittel eingesetzt. Die Keuschheit beziehungsweise die sogenannte 'Sittlichkeit' galt dabei den geistlichen Erziehenden als zentrale religiöse Tugend. Der Alltag der Kinder war von dieser Haltung geprägt – von der Kleidung über Freundschaften bis zur Körperhygiene –, und auch in der Beichte fokussierten gewisse Priester ausschliesslich auf das Reinheitsgebot.

Repressives Strafwesen und sexuelle Gewalt

Ausführungen zu den Strafpraktiken, die oft als willkürlich empfunden wurden, bilden einen gewichtigen Teil der Interviews, sie finden sich aber auch in schriftlichen Quellen. Von den 42 näher ausgewerteten Interviews und Berichten schildern 38 Befragte, dass sie in den Heimen mit Strafpraktiken in Berührung gekommen sind. Diese überstiegen die Akzeptanz der damals autoritär geprägten und an Körperstrafen gewöhnten Gesellschaft, wie sie bis weit in die 1960er Jahre vorherrschte. Es scheint, dass besonders rebellische Kinder hart bestraft wurden. Im Heimaltag waren viele Kinder zudem einer 'Hackordnung' ausgesetzt. Weiter fällt der verbreitete und auf Demütigung sowie Züchtigung ausgerichtete Umgang mit bettnässenden Kindern auf. Betrachten wir die konkreten Körperstrafen, so sind Karzer und massive Schläge zu nennen. Einige der angewandten Strafpraktiken gelten nach heutigen Massstäben als Foltermethoden, wie das Unterwasserdrü-

cken des Kopfes oder das Einsperren in dunkle, verliesähnliche Räume. Die Strafpraktiken hinterliessen neben körperlichen auch psychische Narben. In den Aussagen der Interviewten wird allerdings differenziert: Nicht alle Erziehenden werden negativ eingestuft – häufig werden Einzelpersonen genannt.

Mehr als die Hälfte der Befragten weist zudem direkt oder indirekt auf die Erfahrung sexueller Gewalt hin. Begünstigt wurden sexuelle Übergriffe durch verschiedene Faktoren: die abgeschottete Heimsituation, Vertuschungstaktiken von Tätern und Drittpersonen, die tabuisierende Sexualmoral, die fehlende Aufklärung der Heimkinder, die Einstufung der Betroffenen als tendenziell unglaubwürdig und triebhaft, den Fokus auf sexuelle Handlungen der Heimkinder untereinander, die fehlende Sensibilität gegenüber möglichen Übergriffen durch das Personal sowie die fehlenden Anlaufstellen für die Betroffenen.

Unklare Zuständigkeiten

Im Heimwesen hatten verschiedenste private, parastaatliche und staatliche Akteure eine Funktion in der Aufsicht, Erziehung oder Versorgung inne und waren entsprechend direkt oder indirekt für die Erziehung der Kinder und die Missstände in Heimen mitverantwortlich. In den Heimen waren die massgeblichen Akteure die Anstaltsleitung und das Personal als erziehende und leitende Kräfte. Die unmittelbare Aufsicht über eine Anstalt war einer Aufsichtskommission unterstellt, die üblicherweise von der jeweiligen Trägerschaft eingesetzt wurde. Bei einer staatlichen Subventionierung des Heimbetriebs forderten die Behörden meist Einsitz in diese heiminterne Aufsichtskommission. Dies traf insbesondere auf Rathausen zu, wo auch Regierungsvertreter Einsitz nahmen. Meist waren auch Gemeinde- und Kantonspolitiker in den Aufsichtsgremien. Die Politik steht deshalb deutlich mit in der Verantwortung für die misslichen Zustände in Rathausen und anderen Kinderheimen. Der Regierungsrat hatte überdies die Oberaufsicht inne und stand in dieser Funktion auch in der Pflicht, zu handeln. Darüber hinaus bildeten beispielsweise Amtsgehilfen, Gemeinderäte, Jugendschutzkommissionen und private Organisationen wie Frauenvereine ein dichtes Netz von Akteuren im System Fremdplatzierung und Heimerziehung. Die Vielfalt an involvierten Personen dürfte mit dazu geführt haben, dass sich niemand wirklich zuständig fühlte, genau hinzuschauen.

Die Stigmatisierung der Heimkinder

Wie eingangs erwähnt, wurden die Missstände in den Kinderheimen lange Zeit vertuscht und in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen. Ein Grund dafür liegt in der Stigmatisierung der Heimkinder, die lange Zeit und bis vor wenigen Jahren in der Schweizer Gesellschaft vorherrschte. Heimkinder galten vielfach als mitschul-

dig an ihrer Anstaltseinweisung und hatten sich an eng abgesteckte gesellschaftliche Grenzen sowie an die ihnen zugewiesenen marginalisierenden Plätze in der Gesellschaft zu halten. Viele Heimkinder hatten ein Schuldbewusstsein verinnerlicht. In der Folge verschwiegen viele ihren Heimaufenthalt. Aber selbst wenn Heimkinder die Zustände anklagten, schenkten ihnen Umfeld und Behörden kaum Glauben.

Hinzu kam der Umstand, dass Kinderheime lange Zeit als gemeinnützige Institutionen galten, die von karitativ tätigen Organisationen und Kongregationen geleitet wurden. Diese waren primär positiv konnotiert und galten als gesellschaftliche Errungenschaft.

Kontinuitäten

Vieles scheint hinter uns zu liegen und gilt als abgeschlossen, dennoch wirkt die gesellschaftliche Tektonik weiter. Sind wir heute gegen Missstände in der Heimerziehung gefeit, weil wir Kindern generell einen höheren Stellenwert zukommen lassen? Oder zeigen sich Kontinuitäten im Handeln von Behörden, bei der Aufsicht oder im Umgang mit Randständigkeit und Normabweichung im Rahmen kommunaler und kantonaler Strukturen? Verschliessen wir die Augen vor neuen sowie weiterhin wirksamen Problembereichen – auch aufgrund der (vielleicht allzu) beschwichtigend wirkenden Ansicht, dass in den heutigen Heimen 'alles besser' sei?

Offenkundig wird, welche Folgen gesellschaftlicher Ausschluss, ein stigmatisierender Umgang mit Randständigkeit und Armut, religiös-missionierende oder eugenische Vorstellungen mit Rückhalt in der Wissenschaft sowie Sparanstrengungen zu Ungunsten sozial Benachteiligter haben können, aber auch, wie fragil die Gegenwart ist und wie gewisse Strukturen bis heute nachwirken.

Gewalt in der kirchlichen Heimerziehung. Strukturelle und weltanschauliche Ursachen für die Situation im Kanton Luzern in den Jahren 1930 bis 1960

Valentin Beck und Markus Ries

In der Geschichte kirchlicher Sozialarbeit des 19. und 20. Jahrhunderts nimmt die Auseinandersetzung mit Fremdplatzierung und Erziehung von Kindern ausserhalb ihrer Familien einen besonders exponierten Platz ein. Kirchliche Institutionen gehörten zu den ersten, die auf moderne soziale Herausforderungen reagierten; denn sie verstanden Fürsorge und Caritas traditionell als Teil ihres Auftrages. So entstanden in grosser Zahl Einrichtungen zur Betreuung armer, kranker oder benachteiligter Personen, noch ehe private oder staatliche Kräfte sich unter dem Druck gesellschaftlicher Verwerfungen auf diese Herausforderungen einlassen mussten. In einer Epoche, in der Armut und Hilfsbedürftigkeit als Schande galten, setzten kirchliche Einrichtungen als primäre und meist alleinige Therapie auf anzuerziehende und auch auf erzwungene Gottesfurcht. Vor diesem Hintergrund erhielten viele Kinder, die nicht in ihren Familien aufwachsen konnten oder durften, eine Bleibe. Indes wirkten spezifische Konstellationen, welche in der kirchlichen Verankerung, in der religiösen Ausrichtung der Akteurinnen und Akteure und in materiellen Rahmenbedingungen grundgelegt waren, sich mitunter äusserst verhängnisvoll aus: Kinder konnten in kirchlich geführten Heimen Opfer unbarmherziger, repressiver, ja gewalttätiger Erziehung werden.

Einrichtungen der katholischen Kirche liessen sich in hohem Masse für ein Engagement im Bereich der Kinderbetreuung mobilisieren; denn jene Gebiete der Schweiz, deren Bewohnerinnen traditionell dieser Konfession zugehörten, blieben im 19. Jahrhundert hinsichtlich wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit hinter den reformierten Nachbarn zurück und waren deshalb stark mit Armut konfrontiert. Es entstanden hier in grosser Zahl neuartige religiöse Frauengemeinschaften, welche sich die soziale Arbeit zur Kernaufgabe machten. Nachgeborenen Töchtern boten sie willkommene Betätigungsfelder, weshalb sie sich grosser Attraktivität und damit eines geradezu explosiven Mitgliederwachstums erfreuten, das bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts anhielt.¹ Die Frauengemeinschaften stellten das not-

1 Gérard Cholvy, *Le XIX^e «Grand Siècle» des religieuses françaises*, Perpignan 2012; Esther Vorburger-Bossart, «Was Bedürfnis der Zeit ist ...». Identitäten in der katholischen Frauenbildung, Fribourg 2008; Jan De Maeyer et al. (Hg.), *Religious Institutes in Western Europe in the 19th and 20th Centuries* (= KADOC Studies on Religion, Culture and Society 2), Leuven 2004; Patrick Braun, Einleitung. Die religiösen Kongregationen im 19. und 20. Jahrhundert, in: *Helvetia Sacra* VIII/2, Basel 1998,

wendige Personalreservoir bereit, das es erlaubte, im Bereich der Kinderbetreuung Einrichtungen zu begründen und zu führen. Nachdem in den 1970er Jahren angesichts gewandelter gesellschaftlicher und kirchlicher Umstände die meisten kirchlichen Erziehungseinrichtungen ihre Tore hatten schliessen müssen, dauerte es noch mehrere Jahrzehnte, ehe Schuld und Versagen im Bereich der Erziehungsarbeit im ganzen Umfang ins Bewusstsein traten und zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen gemacht wurden. Die Aufarbeitungen kamen zeitgleich mit den Debatten über sexuellen Missbrauch durch Geistliche in Gang, welche die katholische Kirche weltweit in ihrem Innersten erschütterten. Beide Themenkomplexe überschneiden sich, weil auch in kirchlichen Erziehungseinrichtungen solche Verbrechen stattfanden. Im Folgenden wird anhand einiger Beispiele aufgezeigt, wie sich die besonderen Lebensumstände in diesen Heimen auswirkten und welches die Ursachen für solche Zustände waren.

Der Umgang mit Vorwürfen

Um 1960 erhoben zwei ehemalige Heimkinder massive Vorwürfe gegen die Behandlung, die sie im damaligen Kinderheim Schüpfheim erfahren hatten. Es waren zwei von vielen Stimmen, welche sich in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder und oft ungehört gegen erlebte oder beobachtete psychische, physische und sexuelle Gewalt in kirchlich geführten Erziehungsanstalten im Kanton Luzern erhoben und sich bis heute erheben. Viele Opfer von Misshandlung und Geringschätzung blieben aber auch stumm. Angestossen vom hartnäckigen Appell einzelner Betroffener an die Öffentlichkeit begann in den vergangenen Jahren die wissenschaftliche Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels der Schweizer Geschichte. Im vorliegenden Artikel wird insbesondere der Frage nachgegangen, welche Faktoren gerade in kirchlich verantworteten Institutionen Missstände begünstigt und ihre Bekämpfung verhindert haben.²

Die beiden angesprochenen Fallbeispiele aus Schüpfheim betreffen ehemalige Heimkinder, die sich wenige Jahre nach ihrer Entlassung aus dem Heim vergeblich

S. 19–67; Brigitte Degler-Spengler, Katholizismus auf weiblich, in: *Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte*, 6 (1987) S. 239–251.

2 Der vorliegende Artikel stützt sich vorwiegend auf folgende Studien: Markus Ries, Valentin Beck (Hg.), *Hinter Mauern. Fürsorge und Gewalt in kirchlich geführten Erziehungsanstalten im Kanton Luzern*, Zürich 2013; sowie: Martina Akermann, Markus Furrer, Sabine Jenzer, *Bericht Kinderheime im Kanton Luzern im Zeitraum von 1930–1970*, Luzern 2012. Beide Studien stützen sich sowohl auf Archivdokumente als auch auf Interviews mit ehemaligen Heimkindern. Es wurden folgende kirchlich geführten Erziehungsanstalten untersucht: Städtisches Waisenhaus Baselstrasse, Luzern; Kantonale Anstalten Hohenrain; Erziehungsanstalt und Aufnahme- und Durchgangshaus St. Georg Wilihof, Knutwil; Kinderheim Malter; Kinderheim Mariazell, Sursee; Erziehungsanstalt Rathausen; Kinderheim Schüpfheim; Kinderheim Wesmeln, Luzern.

an verantwortliche Instanzen wandten, mit dem Ziel, für das erfahrene Leid Gerechtigkeit zu erwirken. Die Argumentationsmuster im Umgang mit dieser Kritik weisen auf eine weit verbreitete Geringschätzung von Heimkindern hin, die ihre schlechte Behandlung bzw. Misshandlung ermöglicht hat.³

Der eine Kläger, der über längere Zeit vergeblich versucht hatte, sich bei verschiedenen Autoritäten Gehör zu verschaffen, verstand sich als stellvertretende Stimme der Vielen, denen der Mut für eine Anklage fehlte.⁴ Er beschuldigte die betreuenden Schwestern, in den 1940er Jahren «grausame und harte Strafen»⁵ erteilt zu haben. Als Beispiele nannte er das Schlagen mit Brennnesseln oder das Hochziehen an den Wangen. Als besonders stossend empfand er den Widerspruch zwischen den religiösen Idealen und der Erziehungspraxis:

Es ist eine Schande das (sic) unter ihnen Leute sind, die kalt und brutal wehrlose Kinder misshandeln. Diese Klosterfrauen sind doch geweihte Personen und man sollte Achtung vor ihnen haben, aber das ist in meinem Fall nicht möglich. Ich kann nicht verstehen das (sic) diese Hyänen straflos davon kommen sollten. Und der Gerechtigkeit entgehen.⁶

Symptomatisch ist die Reaktion der adressierten Autoritäten: Die Generaloberin der betroffenen Kongregation beschwerte sich beim örtlichen Waisenvogt über die «Schmäh- und Drohbriefe» und bat ihn darum, «[...] dass der Kläger [...] zum Schweigen gebracht wird».⁷ Der Waisenvogt wiederum bezog Position für die Schwestern, indem er den Ehemaligen als «haltlosen, nervös-boshaften Burschen»⁸ disqualifizierte. Weil die Proteste nicht verstummten, kam es am 12. Juli 1957 im Regierungsgebäude in Luzern zu einer Aussprache zwischen Kläger, Waisenvogt, beschuldigter Heimoberin und einem Regierungsrat.⁹ Das Ziel bestand darin, den Kläger von weiteren Anschuldigungen abzuhalten.¹⁰ Die prominente Zusammensetzung lässt erkennen, dass es zur Hauptsache die Sorge um die Reputation war, welche dieses Vorgehen veranlasste. Darauf deutet auch die zynisch anmutende weihnachtliche Versöhnungsbitte des Waisenvogtes an den Kläger:

3 Zur ausführlichen und kontextualisierten Darstellung vgl. Ries, Beck 2013, *op. cit.*, S. 232–235.

4 Generalarchiv der Schwesternkongregation Baldegg (folgend: ABa) B II. 9,1, [Name] an Generaloberin der Kongregation Baldegg, 5. Dezember 1957.

5 *Ibid.*

6 *Ibid.*

7 *Ibid.*, Generaloberin der Kongregation Baldegg an den Waisenvogt von Schüpfheim, 1. Juli 1957.

8 *Ibid.*, Waisenvogt von Schüpfheim an die Generaloberin der Kongregation Baldegg, 13. Juli 1957.

9 *Ibid.*, Präsident Balmer-Enzmann an die Generaloberin der Kongregation Baldegg, 6. Juli 1957; *ibid.*, Generaloberin an Balmer-Enzmann, 8. Juli 1957; *ibid.*, Balmer-Enzmann an die Generaloberin, 13. Juli 1957.

10 «[...] in seiner väterlichen und lieben Art nahegelegt hat, den Kampf gegen gewisse Ordensleute mit denen sie z.Z. im Kinderheim in Schüpfheim zusammenleben mussten aufzugeben.» *Ibid.*, Waisenvogt von Schüpfheim an [Name], 20. Dezember 1957.

Für Ihr geistiges und leibliches Wohl ist es von grösstem Vorteile, einmal über die Vergangenheit hinwegzugehen und hoffnungsvoll in die Zukunft zu schauen. Wie ich aber in Erfahrung bringen musste, haben Sie leider Ihre Verbitterung gegen gewisse Ordensschwestern noch nicht ganz aus dem Kopfe schlagen können. Ich möchte von Ihnen nicht falsch verstanden werden, denn ich habe vollstes Verständnis für Sie, indem ich weiss, dass es schwer hält, sich mit geschehenen Tatsachen abzufinden. Ich möchte sie jedoch in aller Liebe und Güte aufmuntern, nicht mehr in der verbissenen Schale zu verweilen [...] forschen Sie ja nicht bei jeder Gelegenheit alten Sachen nach, die wieder neue Wunden aufreissen.¹¹

Der zweite Kläger benannte, ebenfalls als junger Erwachsener, die Missstände im damaligen Kinderheim Schöpfheim öffentlich: Unter dem Pseudonym «E.R.» erschien 1963 seine Anklageschrift *Ich war im Heim – Erschütternder Tatsachenbericht*.¹² Als Hauptschuldige bezeichnete er ebenfalls die Schwestern:

Ein triumphales Lächeln erscheint auf dem Gesicht meiner Vorgesetzten. Ob sie wohl ein Herz hat? Immer hören wir die Schwestern nur schimpfen und beten, sehen in ihren Gesichtern keine andere Regung als die des Hasses, des Triumphes und der Schadenfreude.¹³

E.R.s pointierten Anklagen waren vielfältig: Er berichtete über regelmässige Körperstrafen, militärische Disziplin, Gebetszwang, medizinische Vernachlässigung sowie die Enteignung privaten Besitzes. Zudem schilderte er die Positionskämpfe unter den Kindern, die empfundene Einsamkeit sowie die Stigmatisierung der Heimkinder durch die Dorfbevölkerung.

Der in der katholischen Schweiz als pädagogische Autorität geltende Ehrenpräsident des Schweizerischen katholischen Anstaltenverbandes (SKAV), Johann Frei, sah in der Anklageschrift einen weltanschaulich motivierten Angriff auf das katholische Erziehungswesen, war primär um den drohenden Reputationsverlust besorgt und interpretierte die bezeugten Vorfälle als Einzelfälle überforderter Schwestern:

Es ist natürlich leid, dass ein so heftiger Angriff heute von reformierter Seite aus erfolgt. [...] Das Leide ist, dass Hunderte, ja Tausende von guten Schwestern, die sich opfern, damit angegriffen sind, wegen vielleicht Verfehlungen von einzelnen Schwestern, die ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind. [...] Leider, leider ist schon die halbe Schweiz informiert.¹⁴

11 *Ibid.*

12 E.R., *Ich war im Heim. Erschütternder Tatsachenbericht* (= Soziale Schriftenreihe des Landesverbandes freier Schweizer Arbeiter 38), St. Gallen 1963, S. 26.

13 *Ibid.*, S. 5.

14 ABa B II. 9,1, Johann Frei an die Generaloberin der Kongregation Baldegg, 21. März 1963.

Zwar gestand Frei zunächst ein, dass sich die Vorwürfe weitgehend als berechtigt herausgestellt hatten, und hielt eine Selbstprüfung für notwendig,¹⁵ relativierte jedoch später die Vorwürfe, indem er die Glaubwürdigkeit des Klägers generell anzweifelte.¹⁶ Gleichzeitig entlastete er die Schwestern, indem er deren Überbeanspruchung, den Sparwillen örtlicher Behörden und die Fehlplatzierung schwererziehbarer Kinder als Hauptgründe für die Missstände nannte.¹⁷ Die infrastrukturellen, organisatorischen und personellen Mängel in Schüpfheim waren nach 1950 tatsächlich so gross, dass selbst der Bischof darüber informiert worden war:

Auch die Kinder haben kein richtiges Heim. Massenbetrieb. Es sind auch zu viele Sorten Kinder im Asyl untergebracht. Die Schwestern können nicht so ausgebildet werden, dass sie allen Sorten gerecht werden können.¹⁸

Die Schwestern ihrerseits hatten ebenfalls mehrfach auf die Missstände aufmerksam gemacht und deswegen sogar mit ihrem Rückzug gedroht.¹⁹ Trotzdem ging niemand auf die Klagen ein, vielmehr wurden sie als Verleumdung abgetan. Eine beschuldigte Schwester etwa bezeichnete sie als Fantasiekonstrukt und bagatellierte die körperlichen Erziehungsmassnahmen:

Auch das Strafen in dem Masse und der Art ist stark übertrieben und verallgemeinert. Schläge waren sicher nicht an der Tagesordnung und wenn einmal die Nerven einer Schwester durchbrannten, ist das wirklich nicht so an den Pranger zu stellen. Welcher Erzieher hat nicht schon einmal eine Ohrfeige ausgeteilt, die er gleich nachher bereute?²⁰

Daraufhin zweifelte auch die Generaloberin am Wahrheitsgehalt der Anklageschrift und bezeichnete deren Verfasser als «Psychopathen».²¹

Bei beiden Beispielen zeigen sich in den Rechtfertigungsmustern und im Zusammenwirken der verschiedenen Instanzen eine ausgeprägte Geringschätzung gegenüber (ehemaligen) Heimkindern und Strukturen, denen die Betroffenen machtlos ausgeliefert waren. Anders als noch am Anfang des Jahrhunderts wurden Körperstrafen zwar nicht mehr offen als Erziehungsmittel verteidigt, doch wurde –

15 «Leider hat die Konfrontation ergeben, dass ein grosser Teil der beschriebenen Sachen wahr ist. [...] Das Schwere ist, dass genug Zeugen da sind, und zwar gute Zeugen, die die Sache zum grossen Teil bestätigen.» *Ibid.*

16 *Ibid.*, Johann Frei an die Generaloberin der Kongregation Baldeg, 16. April 1963.

17 *Ibid.*

18 Bistumsarchiv des Bistums Basel, Solothurn (folgend: BiASo) 1715, Pfarrer Steinmann an Bischof Franz von Streng, 24. September 1957.

19 «Die erzieherischen Verhältnisse im Kinderheim Schüpfheim sind dermassen, dass wir es den Kindern und den Schwestern gegenüber als unverantwortlich finden, die Leitung der Heime weiterhin beizubehalten, wenn nicht in absehbarer Zeit das Heim den heutigen Bedürfnissen entsprechend umgebaut oder ein neues Heim geschaffen wird.[...] Für die individuelle Erziehung der Kinder fehlen die geeigneten Räume. [...] Desshalb ist ein Massenbetrieb nicht zu umgehen.» ABa B II. 9,1, Generaloberin der Kongregation Baldeg an die Aufsichtskommission des Kinderheimes Schüpfheim, 25. Mai 1957.

20 *Ibid.*, Sr. [Name] an die Generaloberin der Kongregation Baldeg, 16. April 1963.

21 *Ibid.*, Generaloberin der Kongregation Baldeg an den Waisenvogt von Schüpfheim, 1. Juli 1957.

wie auch bei anderen Gelegenheiten – Kritik (von innen und aussen)²² vorschnell und ungeprüft als ideologisch motiviert abgetan, um vom Inhalt abzulenken. Oft stand nicht das Wohl des Kindes, sondern das Ansehen der einzelnen Institution und des katholischen Erziehungssystems insgesamt im Vordergrund – den Heimkindern wurde allein schon aufgrund ihrer Biografie lediglich geringe Glaubwürdigkeit zuerkannt. Die Betroffenen selbst sahen sich einem engen Netzwerk von Autoritäten und Seilschaften gegenüber und befanden sich am untersten Ende eines steilen Machtgefälles. Die gesellschaftliche Geringschätzung von Heimkindern und die Machtstrukturen waren zusammen mit der Tabuisierung von Sexualität und autoritären Erziehungsformen wichtige Gründe dafür, dass Kinder im Heim Missbrauch und Gewalt besonders ausgeliefert waren. Im Folgenden werden drei spezifische Aspekte dargestellt, welche dieses Ausgeliefertsein im katholischen Umfeld besonders begünstigen konnten: die katholische Pädagogik, die Heimerziehung als Aufgabe von Kongregationsschwestern und das Versagen der kirchlichen Aufsicht.

Katholische Pädagogik²³

Kindererziehung unter katholischer Aufsicht war seit der Mitte des 19. Jahrhunderts einem neuscholastisch geprägten Menschenverständnis und einem davon abgeleiteten Bildungsideal verpflichtet: Ziel war die Verwirklichung eines vorgegebenen Ideals mit dualistischer, weltabgewandter Prägung.²⁴ Der Mensch sollte in erster Linie seiner «übernatürlichen Bestimmung» gerecht werden – innerweltliche Wohlfahrt, Prosperität und Ertüchtigung zum freien Gebrauch der eigenen Kräfte standen im Hintergrund. Seiner Anlage nach war dieses Ideal vom Misstrauen gegen Grundlagen und Errungenschaften der Aufklärung und dem daraus hervorgegangenen Liberalismus verpflichtet – dies insbesondere auch in den Bereichen Bildung und Erziehung. Die Grundlagen waren entschieden religiös: Defizite im Charakter und in der Lebensführung galten als Zeichen vernachlässigter Frömmigkeit und mangelnden Glaubens. Umgekehrt stand gegen alle Schwächen die Religion als universelles Heilmittel zu Gebote. Wer ein intensives Gebetsleben pflegte, die Vorschriften der Kirche achtete und sich innerhalb der gesetzten Grenzen be-

22 Wie andere Fallbeispiele zeigen, wird nicht nur die Kritik von Direktbetroffenen, sondern auch jene von Mitarbeitenden, internen wie externen, als ungerechtfertigt oder als rein ideologisch motiviert abgetan. Vgl. dazu Ries, Beck 2013, *op. cit.*

23 Vgl. Ries, Beck 2013, *op. cit.*, S. 188–204.

24 Klaus-Peter Horn, Katholische Pädagogik vor der Moderne, in: Jürgen Oelkers, Fritz Osterwalder (Hg.), *Das verdrängte Erbe. Pädagogik im Kontext von Religion und Theologie*, Weinheim/Basel 2003, S. 161–185; Werner Hürlimann, Sylvia Bürkler, Daniel Goldsmith, Körperliche Züchtigung und Angst als Erziehungsmittel, in: Ries, Beck 2013, *op. cit.*, S. 245–299.

wegte, musste – so die Überzeugung – geradezu zwangsläufig zu einem gottgefälligen Leben finden. Mit entsprechender Entschlossenheit wurde daher das Ziel durchgesetzt – unabhängig von der konkreten religiösen Disposition des betreffenden Kindes. Erziehung zum religiösen Leben beruhte auf Zwang und Disziplinierung, kaum hingegen auf Empathie und Förderung individueller Kompetenzen.

Zu besonderen Belastungen führten diese Voraussetzungen im Hinblick auf die Strafpraxis: Ein Gott, den Theologen als «retribuens et consumens» zu beschreiben wussten, eignete sich ganz selbstverständlich zur Legitimierung von Sanktionen gegen Unbotmässige – einerseits, weil der Strafe dadurch eine therapeutische Wirkung zugeschrieben werden konnte, andererseits, weil das Erdulden von Qualen auch überzeitlich als mögliche Konsequenz angedroht war (und entsprechend gar in «pädagogischer» Absicht drastisch vor Augen geführt zu werden pflegte). Der Erzieher wirkte als Stellvertreter Gottes und hatte auch die Stelle des strafenden Gottes einzunehmen – die harte Hand war legitim.²⁵ Dass es durchaus Bestrebungen gab, sie mit Mass zu gebrauchen, war als anzustrebende Temperantia und damit als Tugend ins System integrierbar, tat aber im Verständnis der Zeit der Legitimität der Sache an sich keinen Abbruch; zu Irritationen scheint es kaum gekommen zu sein. Wer gegen Kinder gewalttätig wurde und sich deswegen Vorwürfen ausgesetzt sah, meinte noch in der Mitte des 20. Jahrhunderts, sich mit dem Hinweis auf das eingehaltene Mass verteidigen zu können. Weil Gewaltanwendung in bestimmten Grenzen noch immer als legitim galt, brauchte sie auch niemand zu seiner Verteidigung in Abrede zu stellen. Noch drastischer wirkt der Versuch, harte Bestrafung gar zum religiösen Gebot emporzustilisieren: Der Sünder zog sich Schuld und zeitliche Sündenstrafen zu. Von Schuld befreite das Sakrament, die Sündenstrafe war abzuleisten. Ein entsprechend handelnder Erzieher tat dem Jugendlichen in dieser Sicht auch deshalb Gutes, weil er gleichsam das überzeitliche Strafkonto entlastete.

Heimerziehung als Aufgabe von Kongregationsschwestern²⁶

Ein besonders signifikantes Merkmal der katholischen Heimerziehung im 20. Jahrhundert ist die Tatsache, dass die Erziehungs- und Betreuungsarbeit grösstenteils von geistlichem Personal geleistet wurde.²⁷ Während Leitungsfunktionen und Bildungsaufgaben meist in der Hand von Priestern lagen, war die häusliche Betreuung

25 Hürlimann, Bürkler, Goldsmith 2013, *op. cit.*, S. 271–283.

26 Vgl. Ries, Beck 2013, *op. cit.*, S. 205–215.

27 Vgl. z.B. Bernhard Frings, Uwe Kaminsky, *Gehorsam, Ordnung, Religion. Konfessionelle Heimerziehung 1945–1975*, Münster 2011, 55–58; Marlis Betschart, Sozialarbeit um Gottes Lohn? Die Ingenbohrer Schwestern an Anstalten im Kanton Luzern in: *Helvetia Franciscana* 32 (2002), S. 121–183.

und Erziehung der Kinder Aufgabe von Ordensschwestern. Diese gehörten grösstenteils Frauenkongregationen an, die im Kontext der sozialen Frage entstanden waren und sich bis ca. 1950 in einer Blüte befanden. Ein wichtiges Argument für den Einsatz von Baldegger, Ingenbohrer oder Menzinger Schwestern, um die bedeutendsten von ihnen zu nennen, war ein finanzielles: Sie waren die billigsten und flexibelsten Arbeitskräfte.²⁸ Zudem zählten die Armen- und Waisenpflege sowie die Kindererziehung zu ihren zentralen Wirkungsfeldern.

Es gab bei den Kongregationen sowohl strukturelle als auch lebensweltliche Besonderheiten, welche eine Anfälligkeit für Gewaltanwendung oder -tolerierung gegenüber den anvertrauten Heimkindern bewirken konnten. Erste Grundlage bildete eine ungenügende personelle und finanzielle Ausstattung.²⁹ Der Mangel an Schwestern, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg verschärfte, hatte Auswirkungen auf die Qualität der Ausbildung, weshalb vermehrt Kompromisse eingegangen werden mussten.³⁰ Die Schwestern führten ihre Tätigkeit ihrem Selbstverständnis nach nicht in einem Angestelltenverhältnis aus, sondern verstanden sie als integralen Bestandteil ihrer Lebensberufung. Die gewollte Vermischung von Beruf und Privatleben äusserte sich in extrem langen Präsenzzeiten sowie in einem Verzicht auf Erholungsphasen und Privatsphäre.

Die Trägerschaften wussten um die Unverzichtbarkeit des Engagements der Kongregationen und gerieten damit in gefährliche Abhängigkeit, die sich insbesondere bei Kritik von aussen verhängnisvoll auswirkte: Mit ihrem Rückzug zu drohen war ein wirksames Druckmittel, das die Schwestern oft zum Wohl der Kinder anwandten (beispielsweise um Investitionen durchzusetzen),³¹ teilweise aber

28 *Ibid.*

29 «Viele Oberinnen und Werke klagen über diesen Schwesternmangel. Folge davon ist Überarbeitung und Misstimmungen nach Innen und Aussen.» BiASo A 1714, Bischöflicher Bericht über die Visitation im Mutterhaus Baldegg 1945. Zum Schwesternmangel in Deutschland siehe Frings, Kaminsky 2011, *op. cit.*, S. 81–92; Vortrag auf der Zentraltagung des Deutschen Caritasverbandes, in: *Herder-Korrespondenz*, 4 (1949/50) S. 233–235.

30 Diese Problematik hatte die Basler Bistumsleitung erkannt: «Schwestern, die unter Kindern und Jugendlichen – vielleicht Schwererziehbare – zu arbeiten haben – wenn auch nicht in der Schule sondern im Haushalt – müssen eine pädagogische Schulung durchgemacht haben. Neutrale Anstalten stellen nur geschultes Personal ein. Die von Ordensleuten geführten Anstalten dürfen hinter diesen nicht zurückstehen. Manche Enttäuschungen nach Abschluss des Noviziates und manche Krisen und Zusammenbrüche an den ersten Posten haben in der mangelhaften beruflichen Ausbildung einen Grund.» BiASo A 1714, Bischöflicher Visitationsbericht zum Mutterhaus Baldegg 1943. – Die Forderung wurde zwei Jahre später bekräftigt: «Zur beruflichen Ausbildung der Schwestern vor dem Noviziat weisen wir auf den Bericht von 1943 hin mit besonderer Betonung, dass in Kinderheimen und zu Schwererziehbaren nur Schwestern angestellt werden sollen, die pädagogische Eignung besitzen.» *Ibid.*, Visitationsbericht 1945, S. 2f.

31 «Auf die letzten Ereignisse hin, wird die Anstalt voraussichtlich neu organisiert werden müssen. Es ist dies auch unsererseits sehr zu begrüssen, müssen aber hierzu bemerken, dass wir unsere Schwestern nur dann in Rathausen belassen können, wenn die fehlende Zahl der Schwestern durch entsprechendes Laienpersonal ergänzt wird.» Archiv des Generalates der Schwesternkongregation Ingenbohr (folgend: IAI / Genarch) AI 3.701–14 99/49.

auch zum Schutz fehlbar gewordener oder unfähiger Schwestern.³² In diesen Kontext gehört ein weiteres symptomatisches Problem in der damaligen Heimorganisation (auch in Schüpfheim)³³: die oftmals unklar verteilten Kompetenzen verschiedenster Instanzen. Da waren eine private Trägerschaft oder eine öffentliche Aufsichtsbehörde, weitere lokale Behörden, die Kongregationsleitung, das Bistum sowie der für die Seelsorge verantwortliche Hausgeistliche. Heftige und zähe Kompetenzstreitigkeiten liessen manche Reformbestrebungen scheitern und wurden nicht selten auf dem Buckel der Kinder ausgetragen.

Noch wirksamer als die genannten strukturellen Merkmale waren die lebensweltlichen Besonderheiten der Kongregationsschwestern. Das betrifft zunächst die absolut zentrale Stellung der Religion.³⁴ Sie bestimmte Weltanschauung und Werthaltungen – die geistliche Wirklichkeit stand über der materiellen. Eine stark dualistisch geprägte Weltanschauung äusserte sich beispielsweise in der Tendenz, das kirchlich geführte Heim als Hort des Guten zu betrachten, der «familiär vorbelasteten» und «gefährdeten» Kindern Schutz bot vor bedrohlichen Einwirkungen der verdorbenen Aussenwelt. Davon hing nicht nur das Seelenheil der Schutzbefohlenen, sondern auch jenes der Schwestern ab. Zusammen mit der moralischen Verurteilung von Scheidung und unehelicher Geburt begründete diese Sichtweise die Negativzuschreibungen gegenüber Heimkindern.

Ein weiteres Merkmal in der kirchlichen Heimerziehung stellte die klösterliche Tagesstruktur dar, die sich stark am Gebetsrhythmus orientierte.³⁵ Ihre Durchsetzung war für den Heimalltag pädagogisch inadäquat, führte oft zu Konflikten und wurde von vielen Heimkindern als belastendes Korsett empfunden.³⁶

Als ethische Leitlinien waren bei den Schwestern die im Gelübde versprochenen Evangelischen Räte Keuschheit, Armut und Gehorsam besonders wirksam. Alle drei bildeten einen jeweils wichtigen Hintergrund für die Tätigkeit in der Heimerziehung. Das Keuschheitsgelübde und die gewählte Ehelosigkeit waren eine

32 «Es ist in Betracht zu ziehen, dass die Ordensobern eine Zurückberufung aller Schwestern ventilieren, falls Dr. Gügler Sr. Oberin weiter so ungerechtfertigt angreift.» ABa B II. 10/1, Generalleitung Baldegg an Generalvikar Gustav Lisibach, 11. Dezember 1956.

33 Die Baldegger Generaloberin z.B. beschwert sich beim Bischof von Basel, dass allzu viele Instanzen in die Entscheidungsprozesse in Schüpfheim involviert und deren Kompetenzen nicht klar umschrieben seien: ABa A 1403, Generaloberin der Kongregation Baldegg an Bischof Franz von Streng, 1. März 1957.

34 «[...] dass der Geist der Anstaltsleitung vor allem religiös sein muss. Dass alle, die am Ziel der Anstalt mitarbeiten, aus dem Glauben leben müssen. Und wir als Ordensleute sollen erst recht durchdrungen sein vom Glauben. [...] Es muss unser Leben ein religiöses Vorbild sein, ein Vorleben und Vorbeten des Glaubens.» Karl Rohner, Der Geist der Anstaltsführung (Fortsetzung), in: *Theodosia*, 61/4 (1946), S. ?? – Vgl. Urs Hafner, *Heimkinder. Eine Geschichte des Aufwachsens in der Anstalt*, Baden 2011, S. 91.

35 Frings, Kaminsky 2011, *op. cit.*, S. 58.

36 «Es läutet. In die Reihe stehen, beten, essen, beten, in die Reihe stehen, in den Schlafsaal marschieren, waschen, beten und einschlafen, all das löst sich ab, eins nach dem andern.» E.R. 1963, *op. cit.*, S. 23.

wichtige Voraussetzung dafür, die Schwestern- und auch die Heimgemeinschaft als Ersatzfamilie zu interpretieren.³⁷ Das bedeutete einerseits ein oftmals positiv wirksames «mütterliches» Verantwortungsgefühl, weckte andererseits aber auch hohe und oft schmerzhaft enttäuschte Erwartungen gegenüber Schwestern («mütterliche» Nähe und Liebe) und Kindern (Ehrfurcht gegenüber ihren neuen «Eltern»).

Das Armutsgelübde als in der Nachfolge Christi begründetes Demuts-, Verzichts- und Opferideal konnte dazu beitragen, dass die Schwestern die ihnen zugemuteten Arbeitsbedingungen eher akzeptierten, anstatt sie zu verweigern und damit Reformen zu beschleunigen.³⁸ Ausserdem wurde Opferbereitschaft auch von den Kindern erwartet, was beidseitig zu Überforderungen und Enttäuschungen führte.

Das Gehorsamsgelübde entfaltete eine doppelte Wirkung: Einerseits waren die Schwestern gegenüber ihren Vorgesetzten, also Kongregationsoberen, Anstaltsgeistlichen und Bischöfen, verpflichtet, was offene Kritik und Reformen erschwerte.³⁹ Andererseits wurde der Gehorsam auch von den anvertrauten Kindern eingefordert; Verstösse galten als Vertrauensbruch und sündhaftes Verhalten.⁴⁰

Schwestern, die durch belastende Arbeitsbedingungen und in vielen Fällen wegen ungenügender Ausbildung überfordert waren, übertrugen die Ideale ihrer eigenen Religiosität auf Heimkinder und provozierten damit auf beiden Seiten Enttäuschungen. Die Erzieherinnen waren nicht in der Lage, sich auf die Situation der Kinder einzulassen, und diese konnten den überzogenen Erwartungen nicht entsprechen. Auf verhängnisvolle Weise verstärkte sich so die ohnehin bestehende Geringschätzung der Heimkinder; das Konflikt- und Frustpotential wuchs.

37 «So weit als nur immer möglich, die Mutter zu ersetzen, ist daher die heilige grosse Aufgabe der Schwestern im Asyl. Vor allem ist es die ehrw. Sr. Oberin, die den Namen Asylmutter führt. Je mehr sie Mutter ist, umso segensreicher ist ihr Wirken.» ABa B II. 9,1, Jahresbericht Schöpfheim 1940/1 (zum silbernen Jubiläum 1916–41), S. 12f.

38 In ermahnenden Worten erinnert z.B. eine Generaloberin eine ihrer Schwestern an die religiöse Dimension der Opferbereitschaft: «Ohne Opfer geht es nirgends in der Welt und das liegt ja auch gar nicht im Willen Gottes. Wofür wollten wir sonst dem Himmel erwarten?» BiASo 1715, Generaloberin der Kongregation Baldegg an Sr. Enrica, 10. November 1958.

39 «Ich kann mich noch gut erinnern, wie es hie und da gegangen ist. Sr. Oberin hat irgendeinen Befehl gegeben, der pädagogisch nicht einwandfrei war. Die Schwestern haben diese Unmöglichkeit oft durchschaut, haben ihn aber doch ausgeführt, weil sie sich zum Gehorsam verpflichtet fühlten.» *Ibid.*, Stellungnahme des Theologiestudenten Franz Kuhn, 27. Februar 1958. «[...] die Schwestern vom Mutterhaus strikte Weisung erhalten haben, sich nicht zu mucken und sich allen Anordnungen der Schwester Oberin zu fügen. Was blieb da anderes übrig, als den Dingen den Lauf zu lassen. Eine wunderbare Logik: Man raubt den Schwestern jede Initiative, fordert einen Kadavergehorsam und beschuldigt sie nachher der Passivität.» *Ibid.*, Alois Gügler an Ernst Müller und P. Böhi, 3. März 1958.

40 «Weil die Vorgesetzten des Kinderheimes an den Zöglingen Elternstelle vertreten, so sollen die Kinder denselben mit Ehrfurcht begegnen, ihnen demütigen und willigen Gehorsam leisten und gegen sie aufrichtig und offenherzig sich bezeigen. [...] Als dankbare Zöglinge werden die Kinder mit den Anordnungen der Vorgesetzten sich zufrieden geben und notwendige Zurechtweisungen ohne Empfindlichkeit in Demut annehmen [...].» Staatsarchiv Luzern (folgend: StALU) PA 269/108, Hausordnung im Kinderheim Wesemlin (1921).

Diese Konstellation erschwerte es, wirksame Schutzmechanismen gegen Masslosigkeit und Gewalt zu entwickeln. Insbesondere sexuellen Übergriffen waren die Kinder nahezu schutzlos ausgeliefert; denn angesichts besonderer (oft auch religiös grundlegender) Ängste und Tabus herrschten eine kaum vorstellbare Sprachlosigkeit und Repression. Dieser beim kirchlichen Personal verbreitete Mangel an Sprache und Reflexion im Bereich der Sexualität förderte nicht nur die Gefährdung der Heimkinder, Opfer sexueller Gewalt und sexueller Ersatzhandlungen zu werden, sondern verhinderte im Missbrauchsfall auch deren Aufklärung.

***Kirchliche Aufsicht*⁴¹**

Früher und stärker als staatliche oder wirtschaftliche Institutionen war die katholische Kirche in hierarchischen Stufen organisiert und bürokratisch strukturiert. Das kirchliche Recht schuf einen universell durchsetzbaren und transparenten Rahmen, welcher auch institutionelle Sicherungen und Kontrollen mit einschloss. Seit dem 16. Jahrhundert war durch Visitationen das Kontrollwesen gegenüber Bischöfen und Pfarrern, aber auch innerhalb von Ordensgemeinschaften institutionalisiert: Schon im 17. Jahrhundert gab es standardisierte Kontroll- und Sanktionsmechanismen, die wesentlich zur Zentralisierung und inneren Vereinheitlichung des Katholizismus beitrugen.⁴² Das moderne kirchliche Engagement in der Sozialfürsorge und in der Erziehung von Kindern stützte sich nahezu vollständig auf die Arbeit von Orden und Kongregationen und damit auf einen Bereich, für den ein ausgereiftes, über Jahrhunderte bestehendes Kontrollwesen etabliert war. Umso stärker erschreckt es, dass ausgerechnet hier und speziell im Bereich der Gewaltexzesse die Aufsicht versagte. Zurückzuführen war dies im Falle kirchlicher Erziehungsanstalten zunächst auf komplexe, unübersichtliche Strukturen. Häufig waren an der Führung von Heimen mehrere Instanzen und Behörden beteiligt: Eine Schwesternkongregation stellte das Personal, ein Geistlicher wirkte als Direktor, eine aus lokalen Behördenvertretern zusammengesetzte Kommission führte die Aufsicht, und ein privater Verein bildete die Trägerschaft. Dieser Pluralität stand auch eine Vielfalt voneinander unabhängiger Kontrollinstanzen gegenüber: Die Generaloberin war zuständig für die Schwestern, der Bischof für den Direktor, die kantonalen Behörden für die Aufsichtskommission und ein Vorstand für den Verein. Die etablierten Kontrollmechanismen mit regelmässigen Visitationen betrafen je-

41 Vgl. Ries, Beck 2013, *op. cit.*, S. 215–240.

42 Peter Thaddäus Lang, Die katholischen Kirchenvisitationen des 18. Jahrhunderts. Der Wandel vom Disziplinierungs- zum Datensammlungsinstrument, in: *Römische Quartalschrift*, 83 (1988) S. 265–295; ders., Die Bedeutung der Kirchenvisitation für die Geschichte der Frühen Neuzeit, in: *Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte*, 3 (1984) S. 207–212.

weils nur isoliert die Schwestern oder den Geistlichen, nicht aber das übergeordnete Ganze. Das Zusammenspiel der Instanzen funktionierte bei «Schönwetter», war aber im Fall von Konflikten und Kompetenzstreitigkeiten überfordert, ausserdem bestand stets das Risiko, dass Instanzen sich gegenseitig blockierten. Kam einmal – was nur selten geschah – ein schwerer Fall an die Oberfläche, so waren die Beteiligten meist in erster Priorität auf die Wahrung ihrer institutionellen Reputation bedacht; denn von ihr waren sie abhängig, weil sie für den Betrieb auf Spenden angewiesen waren und weil sie sich permanent weltanschaulicher Konkurrenz und Infra-gestellung ausgesetzt sahen. Die Aufdeckung eines Skandals galt es unter allen Umständen zu vermeiden, weil dies die Geldflüsse gefährdet und dem liberalen oder sozialistischen Gegner in die Hände gespielt hätte. Mehrere Fallbeispiele vermitteln im Rückblick den erschütternden Eindruck, dass diese Sorge das Denken beherrschte und selbst dem Wohl der anvertrauten Kinder vorgeordnet wurde. Kamen Missstände ans Licht, so behinderte die weltanschauliche katholisch-konservative Geschlossenheit eine rasche und wirksame Korrektur: Den Gutachtern und Experten, die beigezogen wurden, fehlte es an Unabhängigkeit und Distanz gegenüber angeschuldigten Akteuren, weil man geradezu zwangsläufig durch die Politik oder durch Verbandsarbeit untereinander verbunden und bekannt war.

Späte, aber notwendige und weitergehende Aufarbeitung

Die wissenschaftliche Aufarbeitung von Gewalt in kirchlichen Erziehungsinstitutionen zeigt ein Mehrfaches: Zum einen wird deutlich, wie bedeutsam dieser Prozess nach Jahrzehnten des Relativierens, Beschwichtigens und Abstreitens insbesondere für die noch lebenden Betroffenen ist, um ihr eigenes Erleben und ihre Erinnerung in die offizielle Geschichtsschreibung einordnen zu können. Die Suche nach den Gründen zeigt zum andern aber auch, welche grosse Herausforderung es darstellt, zwischen verheerenden zeitgenössischen strukturellen, gesellschaftlichen und weltanschaulichen Voraussetzungen einerseits und individueller Verantwortung und Schuld andererseits zu differenzieren. Das zeigt sich insbesondere dann, wenn Einzelfälle mit juristischen Methoden aufgeklärt werden sollen. Trotzdem lassen sich aus sozialhistorischer Perspektive einige sich wiederholende Konstellationen und Dispositionen gerade im kirchlichen Bereich herauschälen, durch welche die zur Erziehung anvertrauten Kinder und Jugendlichen versteckter oder auch offener Gewalt hilflos ausgesetzt und ein vorzeitiges Einschreiten oder zumindest eine nachträgliche Sanktion der Täterinnen und Täter verhindert wurden. Aus wissenschaftlicher Sicht ist es erstrebenswert, die Aufarbeitungsarbeit mit derjenigen in anderen sozialen, geografischen und weltanschaulichen Kontexten, in denen das Phänomen der Gewalt in der Erziehung ebenfalls vorgefunden wird, zu vergleichen und zu ergänzen.

Konflikte um Fremdplatzierung in zwei Schweizer Städten (1920–1955). Eingriffe in Familien zwischen lokaler Eigenmächtigkeit und nationalen Homogenisierungsbestrebungen

Mischa Gallati und Gisela Hauss

Einleitung

Mit der Nationalisierung des Zivilrechtes 1912 wurde der bis anhin kantonal organisierte Vormundschafts- und Jugendfürsorgebereich in der Schweiz auf einen national einheitlichen Rahmen hin ausgerichtet. Eine der Institutionen, die die damit eingeläutete Vereinheitlichung vorantrieb, war das schweizerische Bundesgericht. Bundesgerichtsurteile wirkten vereinheitlichend auf die Anwendung der Gesetze ein und verengten diese auf ihre Interpretationen hin. Das Bundesgericht konnte das Wiederaufrollen von Prozessen veranlassen und verlangen, dass das Rechtsgebaren gerügter Instanzen korrigiert und künftig seinem Richtspruch angepasst wurde. Die Ausrichtung auf das Zivilrecht war jedoch keine reibungs- und widerspruchslöse Nationalisierung 'von oben'. Die Ausgestaltung der konkreten Praxis blieb den Kantonen und Gemeinden überlassen. Diese trachteten danach, ihre historisch gewachsenen Handlungsspielräume und die darin entwickelten Handlungslogiken möglichst zu erhalten.

Forschungsperspektiven, die Widersprüchlichkeiten und Ungleichzeitigkeiten zwischen nationalen und territorialen Dimensionen des Sozialstaates in den Blick nehmen, gewinnen aktuell an Bedeutung. Dies ist für die Schweiz mit ihrer relativ spät erfolgten nationalen Organisation staatlicher Wohlfahrt und ihren regional unterschiedlichen *mixed welfare economies* mit lokal verzweigten Delegationsstrukturen von besonderem Interesse. Bis anhin wurde unter der Perspektive traditioneller nationalstaatlicher Analysekategorien nicht selten (und nicht immer explizit) angenommen, dass Diskurse, Rechtsprechung und Massnahmen auf nationaler Ebene sozialstaatliche regionale Realitäten genügend beschreiben.¹ Erst neuer-

¹ Vgl. Gosta Esping-Andersen, *The Three Worlds of Capitalism*, Cambridge 1990, die aber vor allem den Einbezug der Geschlechterdimension verlangt (vgl. für die Schweiz Brigitte Studer, Der Sozialstaat aus der Geschlechterperspektive. Theorien, Fragestellungen und historische Entwicklung in der Schweiz, in: *Itinera* 20/1980, S. 184–208); die nationalstaatliche Dimension ist aber weiterhin dominant, vgl. etwa Anthony Giddens, *Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie*, Frankfurt a.M. 1997.

dings geraten Städte und Regionen als Akteure des Sozialstaates vermehrt in den Fokus, und Studien zu 'Wohlfahrtsregionen' eröffnen neue Perspektiven.²

Der folgende Beitrag nimmt eine regional vergleichende Perspektive ein. Auf der Grundlage einer exemplarischen Analyse von Fremdplatzierungsprozessen von Kindern und Jugendlichen durch kommunale Vormundschaftsbehörden in Bern und St. Gallen werden lokale Eigenheiten analysiert. Dabei ist von Interesse, wie sich die Auseinandersetzung zwischen städtischen Behörden und nationalen Vorgaben regional jeweils unterschiedlich gestaltete.³ Für die Analyse ausgewählt wurden besonders einschneidende rechtliche Massnahmen: der Antrag auf Entzug der elterlichen Gewalt⁴ und Entscheide zur geschlossenen Unterbringung.⁵ Bei beiden Massnahmen handelt es sich um starke, oft konfliktreiche Eingriffe. Beide im Folgenden analysierten Fälle wurden an das Bundesgericht weitergezogen und dort nochmals aufgerollt. Die Analyse zeigt, wie städtische Handlungsselbstverständlichkeiten es möglich machten, gesetzlich verankerte Persönlichkeitsrechte und verfassungsrechtlich zugesicherte Freiheitsrechte im Netzwerk lokaler Fürsorgestrukturen zu unterlaufen.

Unsere Untersuchung ist im Zeitraum zwischen 1920 und 1955 angesiedelt und liegt somit in einer Phase, in welcher Eugenik als Sozialtechnologie in vielen wissenschaftlichen, sozialfürsorgerischen und politischen (Teil-)Öffentlichkeiten Bedeutung erlangte. Eugenik wird hier verstanden als Sozialtechnologie, die unter Berufung auf naturwissenschaftliche Konzepte der Vererbung Gesellschaft biologisierte und so steuerbar zu machen versuchte. Sozialstaatliche Akteure nutzten Eugenik also nicht nur als 'Brille auf dem Kopf', die ihnen erlaubte, individuelles Handeln («pflichtwidriges Verhalten») in eugenischen Kategorien als im Menschen angelegt («schlechte Anlagen») zu dekodieren, sondern sie hielten damit

2 Zur regionalen Ausdifferenzierung vgl. Christoph Conrad, Vorbemerkung zum Themenheft Sozialpolitik transnational, in: *Geschichte und Gesellschaft* 32/2006, S. 437–444; hier S. 439; Pierre-Yves Saunier, Shane Ewen (Hg.), *Another Global City. Historical Explorations into the Transnational Municipal Moment, 1850–2000*, New York 2008; Maurizio Ferrera, *The Boundaries of Welfare: European integration and the new spatial politics of social protection*, Oxford 2006.

3 Vgl. das Forschungsprojekt NFP 51, Schweizer Nationalfonds, Projekt 40-69130/1: Béatrice Ziegler, Gisela Hauss, *Städtische Fürsorge im Kräftefeld von Eugenik, Geschlecht und medizinisch-psychiatrischen Normalisierungsdiskursen in Bern und St. Gallen (vom Ende des Ersten Weltkrieges bis in die 50er Jahre)* (Laufzeit 2003–2007), Mitarbeitende: Mischa Gallati, Karin Cagnazzo und Patsch Guggenheim-Ami; vgl. Gisela Hauss, Béatrice Ziegler, Karin Cagnazzo, Mischa Gallati, *Eingriffe ins Leben. Fürsorge und Eugenik in zwei Schweizer Städten (1920–1950)*, Zürich 2012.

4 Beim Antrag auf Entzug der elterlichen Gewalt waren Amtsstellen, die kommunale Vormundschaftsbehörde sowie als Rekursinstanzen das Regierungsstatthalteramt beziehungsweise der Regierungsrat beteiligt. Oberste Berufungsinstanz war das Bundesgericht (Art. 284 und 285 ZGB).

5 Das hier analysierte Fallbeispiel bezieht sich auf Anstaltsversorgungen aufgrund vormundschaftlicher Bestimmungen (Art. 406 und 421 ZGB). Rechtssystematisch sind diese zu unterscheiden von administrativen Versorgungen, die ohne beziehungsweise mit eingeschränkter Rechtsgrundlage durch kantonale Regierungen ausgesprochen wurden.

zugleich einen Hebel in der Hand, der Eingriffe in individuelle Rechte («zum Wohl der ganzen Gesellschaft» beziehungsweise des sogenannten «Volkskörpers») legitimierte.⁶

Eine Untersuchung, die zwischen Bundesgericht und lokalen Behörden angesiedelt ist, kommt nicht umhin, Aussagen darüber zu treffen, welchen Stellenwert Eugenik im Reden und Argumentieren innerhalb der städtischen Behörden einnahm und inwieweit eugenische Logiken in der Kommunikation zwischen lokalen und nationalen Instanzen auch strategisch genutzt wurden, um Einigkeit herzustellen. In ihrer Vielgestalt lag wohl die grosse Anschlussfähigkeit der Eugenik, die sich sowohl innerhalb medizinisch-psychiatrischer (und weiterer humanwissenschaftlicher) Fachdiskurse jener Zeit als strategisches Argument zur Verständigung zwischen unterschiedlichen institutionellen Akteuren etablierte als auch als Legitimationsgrundlage einer traditionell sozialdisziplinierenden Praxis diente; Letztere definierte sich über die Eugenik als fortschrittlich und vermochte sich somit sozusagen einen 'modernen' Mantel umzulegen.

Armut oder Minderwertigkeit? Legitimationen beim Entzug elterlicher Rechte (Bern)

Ein paar hundert Stadtberner Kinder standen jährlich unter der Aufsicht des städtischen Jugendamtes, wuchsen also nicht bei ihren Eltern auf.⁷ Die Stadt Bern hatte sehr früh, 1914, eine Pflegekinderaufsicht installiert. Aufgebaut und während Jahrzehnten geleitet wurde die Stelle von Klara Zaugg. Sie schreibt im ersten Jahresbericht beinahe erstaunt, die Institution stosse bei den Pflegeeltern auf «erheblich geringeren Widerstand [...] als anfänglich befürchtet», und versucht dies damit zu erklären, «dass von Anfang an mehr Gewicht auf den fürsorglichen Charakter der neuen Einrichtung gelegt wurde, als auf das behördliche Aufsichtsrecht».⁸ Die Aufsicht richtete sich eher «gegen widerspenstige, pflichtvergessene und

6 Vgl. in unserem Zusammenhang insbesondere Regina Wecker, Sabine Braunschweig, Gabriela Imboden, Hans Jakob-Ritter, *Eugenik und Sexualität, Die Regulierung reproduktiven Verhaltens in der Schweiz, 1900–1960*, Zürich 2013; Hans Jakob Ritter, *Psychiatrie und Eugenik. Zur Ausprägung eugenischer Denk- und Handlungsmuster in der schweizerischen Psychiatrie, 1850–1950*, Zürich 2009; Véronique Mottier, Laura von Mandach (Hg.), *Pflege, Stigmatisierung und Eugenik. Integration und Ausschluss in Medizin, Psychiatrie und Sozialhilfe*, Zürich 2007; Carlo Wolfisberg, *Heilpädagogik und Eugenik. Zur Geschichte der Heilpädagogik in der deutschsprachigen Schweiz (1800–1950)*, Zürich 2002.

7 Vgl. Marco Finsterwald, *Kindswegnahmen durch das Jugendamt Bern (1945–1960)*, unver. Lizentiatsarbeit Uni Bern 2006; Katharina Lustenberger Moser, *Kindswegnahmen und Fremdplatzierungen. Die Praxis der Vormundschafts- und Armenbehörden der Stadt Bern 1920–1940*, unver. Lizentiatsarbeit Uni Bern 2006.

8 Verwaltungsbericht der Stadt Bern, 1914, S. 19.

zahlungsflüchtige Eltern» und sah in den Pflegeeltern Partner der Kinder- und Jugendfürsorge.

In der Stadt Bern wurde der weitaus grösste Teil der fremdbetreuten Kinder in Pflegefamilien untergebracht. Das entsprach der gängigen Praxis im reformierten Kanton Bern, wo die Fremdplatzierung von Kindern in Pflegefamilien traditionell eine grössere Rolle spielte als namentlich in katholischen Regionen.⁹ Lediglich «geistig oder körperlich anormale Kinder, [...] denen eine besondere Behandlung und Ausbildung zuteil werden muss», oder «stark verwahrloste, schwer erziehbare, regelwidrig oder krankhaft veranlagte Kinder»¹⁰ seien in Anstalten oder Heimen unterzubringen. Heime und Erziehungsanstalten erfüllten die Rolle von Nischenangeboten mit der Funktion eines abgesonderten Auffangbeckens für all jene Abnormitäten, welche die bürgerliche 'Normalfamilie' zu überfordern und deren Stabilität zu gefährden drohten.

Den Entzug der elterlichen Gewalt beantragte die Stadtberner Vormundschaftskommission beim Regierungsstatthalteramt relativ oft, in den Jahren 1920 bis 1950 im Schnitt 21 Mal pro Jahr. Diese scharfe Massnahme kann demnach als gängige Praxis bezeichnet werden.¹¹ Dabei kam es – wenig überraschend – zu vielen Konflikten zwischen Eltern und Vormundschaftsbehörden.¹²

1925 beurteilte der Berner Stadtarzt die Wohnung der Familie S. als sehr schlecht und ungesund: «Durch den ganz ungenügenden Wohnbetrieb [sieht] die Wohnung eher einem Stall ähnlich.»¹³ Auch das vom Arzt alarmierte Jugendamt nannte «die schlimmen häuslichen Verhältnisse und die unzweckmässige Ernährung» als Hauptgrund dafür, dass «die Kinder sowohl geistig, wie körperlich zurückgeblieben sind und sich in einem schlechten Ernährungszustande befinden».¹⁴ Die zwei Knaben mussten tatsächlich unverzüglich ins Inselspital eingeliefert werden. Das Jugendamt ordnete den Entzug der elterlichen Gewalt an. Die Kinder sollten, so hiess es, fremdplatziert werden, hierfür sei jedoch die Heimatgemeinde

9 Marco Leuenberger, *Verdingkinder. Geschichte der armenrechtlichen Kinderfürsorge im Kanton Bern 1847–1945*, unver. Lizentiatsarbeit Uni Freiburg i.Ü. 1991, S. 34–35.

10 Verwaltungsbericht der Stadt Bern, 1924, S. 79.

11 Vgl. die Verwaltungsberichte der Stadt Bern, 1920–1950.

12 Vgl. auch Stadtarchiv Bern (SAB), EB 4.12 1 62, Fürsorge, Direktionsakten, Akten 1910–1960, 303 Beschwerden 1927–1940.

13 Der zwischen 1922 und 1939 amtierende Berner Stadtarzt Alfred Hauswirth war ein bekennender Anhänger der Eugenik, vgl. Béatrice Ziegler, *Frauen zwischen sozialer und eugenischer Indikation, Abtreibung und Sterilisation in Bern*, in: Veronika Aegerter et al. (Hg.), *Geschlecht hat Methode, Ansätze und Perspektiven in der Frauen- und Geschlechtergeschichte, Beiträge der 9. Schweizerischen Historikerinnentagung 1998*, Zürich 1999, S. 293–301; Gutachten Hauswirth zit. nach, SAB, EB 4.61 1, Vormundschaft, Vogtswesen, Waisen, Protokolle der Vormundschaftskommission, 1924/25, S. 485.

14 SAB, EB 4.61 1, Vormundschaft, Vogtswesen, Waisen, Protokolle der Vormundschaftskommission 1924/25, S. 485.

der Eltern im St. Galler Rheintal zuständig. Eine finanzielle Unterstützung bringe nichts, da die Eltern «wegen Beschränktheit und Unfähigkeit schlechthin ausserstande» seien, die Kinder «recht zu pflegen».¹⁵

1928 stellten die Eltern ein Begehren um Wiederherstellung der elterlichen Gewalt. Auf Anraten der städtischen Vormundschaftsbehörden lehnten das Regierungsstatthalteramt und der als Rekursinstanz angerufene Regierungsrat das Ansinnen ab. Doch die Eheleute S. legten gegen den regierungsrätlichen Entscheid Beschwerde beim Bundesgericht ein. Dieses wies die Angelegenheit zur erneuten Beurteilung an den Berner Regierungsrat zurück.

Das Bundesgericht führte in der (nicht publizierten, jedoch im Protokoll der Vormundschaftskommission teilweise wiedergegebenen) Urteilsbegründung aus, dass die Wegnahme der Kinder aus dem Elternhaus durchaus berechtigt gewesen sei, die Behörden es jedoch versäumt hätten, den viel schwerwiegenderen Entzug der elterlichen Gewalt ausreichend zu begründen. Dieser dürfe nur als letztes Mittel ausgesprochen werden. Die «behauptete geistige Minderwertigkeit der Beschwerdeführer sei nicht in einem Grade vorhanden, dass dieselben als zur Ausübung ihrer Elternrechte schlechthin unfähig erachtet werden müssten.»¹⁶ Armut allein stelle keine Legitimation für den Entzug der elterlichen Gewalt dar.

Die Berner Behörden waren alarmiert, sahen sie ihre Handlungsspielräume doch akut bedroht. Im Protokoll der Vormundschaftskommission heisst es: «Sollte in Zukunft der vom Bundesgericht gewiesene Weg eingeschlagen werden müssen, so würde es praktisch unmöglich gemacht[,] den Entzug der elterlichen Gewalt noch durchführen zu können.»¹⁷ Das Ehepaar S. erhielt erneut eine Vorladung beim Stadtarzt, der sie ein weiteres Mal untersuchte. Sein Gutachten rückte nun nicht mehr die miserablen Wohnverhältnisse ins Zentrum, sondern verlegte den Missstand in die psychische Konstitution der Eltern, wobei diese auf eine für eugenische Denkmuster typische Weise medizinisiert wurde: Beide Eheleute seien tatsächlich «geistig minderwertig», der Ehemann leide ausserdem «an einer angeborenen Imbecillität mit schizophrener Einschlag.»¹⁸

Am 18. Dezember 1928 befand der Berner Regierungsrat ein zweites Mal über das Gesuch der Eheleute S. um Rückgabe der elterlichen Gewalt. Gestützt auf die Akten wies er dieses wiederum ab und bürdete dem Ehepaar S. zudem die gesamten Kosten des Verfahrens auf.¹⁹ Nun hatte auch das Bundesgericht nichts mehr am

15 *Ibid.*, S. 486.

16 SAB, EB 4.61 1, Vormundschaft, Vogtswesen, Waisen, Protokolle der Vormundschaftskommission, 1928, S. 309.

17 *Ibid.*

18 *Ibid.*, S. 395.

19 SAB, EB 4.61 1, Vormundschaft, Vogtswesen, Waisen, Protokolle der Vormundschaftskommission, 1929, S. 80–81.

Entzug der elterlichen Gewalt auszusetzen. Im neuen Gutachten des Stadtarztes sah es den Beleg, dass das Ehepaar S. unfähig sei, die elterliche Gewalt auszuüben. Das Stadtberner Jugendamt konnte sich letztlich also durchsetzen.²⁰

Das skizzierte Fallbeispiel illustriert, wie zwischen 1920 und 1950 auf einer diskursiven Ebene vermehrt eugenische Argumentationsmuster gebraucht wurden, während auf der Ebene der Praxis eine Kontinuität sozialdisziplinierender Praktiken bestand. Im föderalistischen System der Schweiz trachteten lokale und kantonale Behörden auch nach der Einführung des Zivilgesetzbuches 1912 danach, ihre historisch gewachsenen Handlungsspielräume gegenüber nationalen Homogenisierungstendenzen möglichst zu erhalten und normativ zu schützen. Gegen Eingriffe etwa des Bundesgerichts in ihre Handlungskompetenzen opponierten sie energisch. Auf einer diskursiven Ebene begünstigte jedoch gerade dieses Streben nach Handlungsautonomie Homogenisierungstendenzen. Als Vehikel dazu eignete sich aufgrund ihrer guten Anschliessbarkeit an die unterschiedlichsten Diskurse die Eugenik. So konnten sich lokale Fürsorgebehörden gerade durch die strategische Übernahme von durch das ZGB scheinbar intendierten, vom Bundesgericht gestützten, psychiatrisch-eugenischen Argumentationsweisen Handlungsspielräume bewahren.

Sexuelle Verfehlung oder Anerkennung der Rolle als junge Mutter?

Konflikte um die geschlossene Unterbringung einer Jugendlichen (St. Gallen)

Neben dem Entzug der elterlichen Gewalt waren Anstaltseinweisungen, die gegen den Willen der betroffenen Jugendlichen oder jungen Erwachsenen durchgeführt wurden, ein starker jugendfürsorgerischer Eingriff in die persönliche Freiheit und tangierten die verfassungsmässig gesicherten Persönlichkeitsrechte. Nur sehr selten, in St. Gallen im Untersuchungszeitraum lediglich zwei Mal, wurden die Einweisungsbeschlüsse bis vor das Bundesgericht gezogen,²¹ in allen anderen Fällen lag es in der alleinigen Kompetenz der städtischen Behörden – bei Unstimmigkeiten unter Beizug des Regierungsrates –, über einen möglichen Freiheitsentzug für ‘unliebsame’ Bürger zu entscheiden.²² Es lag daher nahe, dass sich in St. Gallen

20 *Verwaltungsbericht der Stadt Bern*, 1928, S. 83.

21 Ein erster BGE zum Thema der administrativen Versorgung datiert vom 29. Juli 1943, vgl. Stadtarchiv St. Gallen (StadtASG), 5/8/74ff., Waisenbücher, Nr. 15205. Ein zweiter BGE, der im Folgenden ausführlicher dargestellt wird, publiziert 12. März 1952, vgl. *ibid.*, Nr. 16259. In den von uns untersuchten Waisenbüchern und Vormundschaftsakten finden sich noch drei weitere Hinweise auf Konflikte zwischen Betroffenen und Behörden, die bis zum Bundesgericht weitergezogen wurden: Entzug der elterlichen Gewalt, vgl. *ibid.*, Nr. 14467; Auseinandersetzung um Heiratsbewilligung, vgl. *ibid.*, Nr. 14574; Eheverbot vgl. *ibid.*, Nr. 15260.

22 Von dieser Kompetenz wurde rege Gebrauch gemacht. Der Jahresbericht der Armen- und Vormundschaftsverwaltung listet zum Beispiel 1930 59 Anstaltseinweisungen durch die Vormundschafts-

wie in anderen Städten in relativer Unabhängigkeit von nationalen Vorgaben eine eigene städtische 'Versorgungskultur' entwickelte. Wie diese eine gewisse Selbstverständlichkeit gewinnen konnte, lässt sich an einem Bundesgerichtsurteil aus dem Jahr 1952 exemplarisch aufzeigen.

Im Juni 1952 publizierte das St. Galler Tagblatt unter dem Titel «Anstaltsversorgung bevormundeter Minderjähriger»²³ den Entscheid des Bundesgerichtes in Bezug auf die Rechtmässigkeit der «unbedingten Unterbringung» der minderjährigen Erika M.²⁴ Die Hintergründe des Zeitungsartikels werden in den Protokollauszügen des Waisenbuches, in der Vormundschaftsakte der Betroffenen sowie im Bundesgerichtsentscheid ersichtlich.²⁵ Erika M. hatte vergeblich beim St. Galler Regierungsrat gegen die Verfügung einer Einweisung durch den Vormund und die Vormundschaftsbehörde rekurriert und war schliesslich an das Bundesgericht gelangt. Der angefochtene Entscheid wurde von diesem wegen Verletzung von Art. 4 BV als willkürlich aufgehoben. Das Bundesgericht betonte den starken Eingriff in die persönliche Freiheit, der mit einer Anstaltsversorgung verbunden sei, und kam zum Schluss, dass die Voraussetzungen für eine so strenge Massnahme bei Erika M. nicht gegeben waren. Das St. Galler Tagblatt bemerkte dazu: «Dem Entscheid des Bundesgerichtes kommt insofern allgemeine Bedeutung zu, als aus ihm hervorgeht, dass auch bei der allfälligen Versorgung Minderjähriger sehr einlässlich zu prüfen ist, ob die erforderlichen Voraussetzungen für eine solche weitgehende Massnahme wirklich erfüllt sind.»²⁶ Offensichtlich waren also die Voraussetzungen für derartige Einweisungen bisher nicht entsprechend geprüft worden.

Hinter jener Beschwerde stand – vertreten durch einen engagierten Rechtsanwalt – eine Tochter geschiedener Eltern, die 15-jährig nach St. Gallen zu ihrer Mutter gezogen war. Sie fiel in der Stadt durch den Besuch von Dancings und Bars auf. Noch nicht 16-jährig ging sie ein Liebesverhältnis zu einem Mann mit Bürgerrecht im Kanton Tessin ein; dieser wurde Vater eines von ihr geborenen unehelichen Bubens und 13 Monate später eines Mädchens. Die beiden Kinder wurden in Heimen platziert, und die junge Mutter kümmerte sich um sie, soweit es ihre verschiedenen Arbeitsstellen erlaubten. Zwei Monate nach der Geburt des Mädchens zog Erika M. aufgrund von Streitigkeiten bei ihrer Mutter aus und mietete ein Zimmer. Zu diesem – man könnte sagen ungeschützten – Zeitpunkt griff der Vormund verstärkt in das Leben der jungen Frau ein. Sie wurde angewiesen, in der Frauenzentrale Kost und Logis zu nehmen. Da sie dies ablehnte, beschloss das

behörde und 7 durch die Armenbehörde auf, vgl. Geschäftsbericht der Stadt St. Gallen, 1930, S. 31.

23 St. Galler Tagblatt, 25. Juni 1952.

24 Die Namen sind anonymisiert.

25 Vgl. Fussnote 21.

26 St. Galler Tagblatt, 25. Juni 1952.

Waisenamt auf Antrag des Vormundes, sie bis zur Mündigkeit, eventuell bis zum Abschluss einer Berufslehre, in einem Heim in Zürich zu «versorgen». Gleichzeitig sprachen sich das Waisenamt sowie der Regierungsrat dagegen aus, der zu diesem Zeitpunkt 18-Jährigen die Zustimmung zur Heirat des Tessiners zu erteilen.

Der Vormund sah in der Beziehung des Paares vor allem «sexuelle Leidenschaft» und «geschlechtliche Beziehungen», die auf «Schleichwegen» auch nach der Schwangerschaft fortgesetzt worden seien. Er sprach vom «Italiener», wenn er über den Tessiner schrieb, und forderte, die Beziehung zu unterbinden. Er beschrieb Erika M. als «frech» und «renitent». Man kann auf eine gekränkte Autorität schliessen, wenn man liest, wie er sich in der Fallbeschreibung darüber empört, dass das Mädchen ihm einmal hinter seinem Rücken die Zunge herausgestreckt habe.²⁷ Der Regierungsrat begründete die Ablehnung der Beschwerde gegen den «Versorgungsbeschluss» mit der «geistig, sittlich und erzieherisch prekären Situation» der jungen Frau und einer «bedenklichen Verdorbenheit», die sich darin äussere, dass sie der Überzeugung sei, dass an ihrer Beziehung zu ihrem Liebhaber nicht viel auszusetzen sei.²⁸ Als der Fall vor das Bundesgericht weitergezogen wurde, schrieb der Vormund: «Eine staatsrechtliche Beschwerde wird bestimmt abgewiesen werden, denn es sind keine verfassungsmässigen Rechte verletzt worden. Es kann keine unrichtige rechtliche Beurteilung der Tatsachen nachgewiesen werden.»²⁹ Die gewohnten, als zuverlässig erlebten Verfahrenswege im regionalen Alltagsgeschäft gaben dem Vormund ein unhinterfragbares berufliches Selbstverständnis.

Das Bundesgericht beurteilte die Ablehnung der Beschwerde durch den St. Galler Regierungsrat und damit den Einweisungsbeschluss der Vormundschaftsbehörde sowie den Antrag des Vormundes als «sachlich nicht zu rechtfertigen» und «nicht zulässig». In der Begründung wurden vor allem der Zeitpunkt des vormundschaftlichen und behördlichen Eingreifens, das Verfahren und der unmittelbare Anlass kritisch in Erwägung gezogen. Unter jugendfürsorgerischer Perspektive fällt auf, dass das Bundesgericht es klar ablehnte, die Trennung der damals 17½-jährigen jungen Frau von ihrer Mutter und das Beziehen einer eigenen Wohnung als zureichenden Anlass für einen vormundschaftlichen Eingriff gelten zu lassen, im Sinne einer Gefährdung, «jeglichen Halt zu verlieren». Die Beziehung des Paares wurde nicht in Frage gestellt, und der sexuelle Kontakt der nunmehr 18-jährigen nicht als zu unterbindende Gefahr gedeutet. Erika M. wurde vielmehr als junge Mutter wahrgenommen und eine Trennung von den eigenen kleinen Kin-

27 StadtASG, 5/8/74ff., Waisenbücher 1920–1950, Nr. 16259, Eingabe des Vormundes bei der Vormundschaftsbehörde, 25. Oktober 1950.

28 *Ibid.*, Schreiben des Regierungsrates, 21. Dezember 1951.

29 *Ibid.*, Schreiben des Vormundes an die Vormundschaftsbehörde, 19. Januar 1952.

dern – ganz anders als in St. Gallen – als nicht wünschenswert eingestuft. Ebenso wurde die zum Zeitpunkt des Einweisungsbeschlusses erbrachte Arbeitsleistung an einer «guten Stelle» als positiver Wendepunkt im Leben von Erika M. gewichtet. Vorgeschlagen wurden mildere Massnahmen, die nicht mit den grossen «Unzukömmlichkeiten der sofortigen Unterbringung in eine Anstalt verbunden sind».³⁰

Es stellt sich die Frage, aufgrund welcher Mechanismen und Voraussetzungen man in St. Gallen eine innerbehördliche Logik aufrechterhalten konnte, die scheinbar unabhängig von national verbürgten und einschlägigen Bundesgerichtsurteilen³¹ der städtischen Praxis eine Sonderstellung gab. Fallanalysen zeigen, dass man in St. Gallen zwischen Behörden und ehrenamtlichen sowie im Milizsystem arbeitenden Freiwilligen einen Verfahrens- und Deutungsraum konstruierte, innerhalb dessen etwa die Handlungsspielräume der Behörde in Bezug auf die Einweisung junger Frauen in geschlossene Anstalten vielfältig und vielschichtig gesichert waren. Die Einweisungen wurden in ‘fortschrittlichen’ Kreisen nach eugenischer Logik legitimiert: Es musste verhindert werden, dass die jungen Frauen Geschlechtsverkehr hatten und ihre «schlechten Anlagen» weitergaben. Die geschlossene Unterbringung wurde gleichzeitig von einer wertkonservativen Behörde forciert, mit dem Anliegen, die Frauen zur Arbeit zu erziehen und moralisch zu festigen. Man sprach von «Handreichungen» zwischen amtlich und ehrenamtlich Tätigen in der Jugendfürsorge. In der Schnittmenge von eugenischen und moralischen Denkbezügen konstruierte man ein Verständnis von Fürsorge, nach dem die Einschliessung junger Frauen einen Beitrag darstellte, eine «gesunde und geistig wie leiblich glückliche Gesellschaft» aufzubauen.³² «Schlechte Anlagen» und ein «schlechtes Milieu» wurden verknüpft und dienten als Begründung langfristiger Einschliessungen. Versorgungen in geschlossene Anstalten bedeuteten für die (Amts-)Vormünder weniger Arbeit und Ärger. Eine langjährige Unterbringung erschien somit auch unter ganz pragmatischen Gesichtspunkten logisch, praktisch und sinnvoll.

Das Bundesgerichtsurteil macht deutlich, dass es in St. Gallen im Hinblick auf die Einweisung junger Frauen in geschlossene Anstalten ein verzögertes Einschwenken auf die lenkenden Ansprüche nationaler Instanzen gab. In der Verflechtung unterschiedlicher politischer Interessen, pragmatischer Überlegungen, abwertender Kategorisierungsprozesse, Kränkungen in den behördlichen Machtansprüchen und letztlich dem ‘Zusammenstehen’ im Falle aufkommender Kritik konstruierte man eine in sich stimmige, breit abgestützte städtische Selbstverständlichkeit. Der Sozialstaat wurde – in gewissen Bereichen – regional beziehungs-

30 *Ibid.*, BGE vom 12. März 1952.

31 *Ibid.*

32 Geschäftsbericht der Stadt St. Gallen, 1929, S. 27.

weise städtisch ausgestaltet. Die gegenseitigen Anschlussfähigkeiten in innerstädtischen Vernetzungen und diskursiven Bearbeitungen gaben diesem Muster über Jahrzehnte hinweg eine Eigenwilligkeit, die im Blick auf das für die Betroffene positive Bundesgerichtsurteil sichtbar wird. Die durch das Bundesgericht vorgegebene Verhältnismässigkeit bei Einweisungen in geschlossene Anstalten wurde in der städtischen Praxis in eigener Logik ausgelegt.

Schluss

Die Beispiele aus den beiden Städten Bern und St. Gallen zeigen, dass der sozialstaatliche und bürgerrechtliche Regelungsanspruch des schweizerischen Bundesstaates auf lokale Handlungslogiken stiess, deren Spielraum die entsprechenden Behörden nicht ohne Weiteres aufgeben mochten. Wenn es auch auf Dauer unvermeidlich war, die nationalstaatlichen Vorgaben – in den geschilderten Fällen die des Bundesgerichtes – zu beachten, zeigt das Beispiel aus Bern doch, dass der Eintritt in die diskursive Ebene bundesstaatlicher Argumentationen dazu führen konnte, dass die eigenen Interessen und Handlungsmuster umso besser und wirkungsvoller weiterverfolgt werden konnten.

Die Strategien St. Gallischer Behörden wichen davon ab: Gesicherte Handlungslogiken mit einer breiten lokalen, ja sogar regionalen Trägerschaft führten dazu, dass nationalstaatliche, in diesem Falle rechtliche Regelungsvorgaben lange gar nicht beziehungsweise in der Konsequenz sehr verzögert umgesetzt wurden. Ungleich dem bernischen Beispiel setzte sich das Bundesgericht gegenüber St. Gallen schliesslich durch, möglicherweise, weil die sozialdisziplinierende, mit eugenischen Versatzstücken versehene lokale Logik zu deutlich den Argumentationssträngen des nationalen bürgerrechtlichen Diskurses entgegenstand.

Wie sich im Falle des bernischen Beispiels zeigte, war der eugenische Diskurs – zumindest disparat – in lokalen Behörden verankert. Aber auch Bundesbehörden waren über eugenische Argumente erreichbar. So diente der eugenische Diskurs der Verständigung zwischen den verschiedenen behördlichen Ebenen. Der diskursive Ausgleich konnte sogar dazu führen, dass sich die lokalen oder regionalen Interessen – national akzeptierbar begründet – partiell auf bundesstaatlicher Ebene durchzusetzen vermochten.

Der sehr unterschiedliche Umgang der lokalen Behörden mit nationalstaatlichen Vorgaben stützt die These, dass Regelungsansprüche und diskursive Verständigungen des zentralen Sozialstaats noch lange nicht dessen Einheitlichkeit hervorbrachten. Gerade im Hinblick auf regionale und institutionelle Unterschiede im Umgang mit 'pflichtwidrigen Eltern', 'gefährdeten Kindern und Jugendlichen' sowie mit Pflegeplätzen in Familien und offenen beziehungsweise geschlossenen

Heimen erscheint es sinnvoll, zunächst einmal zwischen Diskursen und Praktiken analytisch zu unterscheiden, um auf diese Weise deren Differenz, aber gerade auch deren Verflochtenheit und gegenseitige Bezugnahme in den Blick zu bekommen. So lassen sich voreilige Kurzschlüsse vermeiden, mit denen Praktiken, die entweder als diskursiv überformt oder als Orte der Resistenz gegen Homogenisierungsbestrebungen verstanden werden, einseitig dem Lokalen zugewiesen werden. Gerade in Anbetracht der heute in der Forschung vielfach thematisierten mit der Ebene des Nationalstaates konkurrierenden über- und untergeordneten Ebenen kann eine sorgfältige Prüfung lokaler Eigenständigkeit zeigen, welche Rolle regionale und kommunale Gesellschaften im Kontext von Fremdplatzierungsprozessen spielten und inwieweit sie mit nationalstaatlichen Vorgaben interagierten.

Die Ingenbohler Schwestern und ihre 'Zöglinge' in Hohenrain

Carlo Moos

1941 gab es weltweit 9600 und in der Schweiz 2500 Ingenbohler Schwestern; Ende 2011 waren es weltweit noch etwa 3500 und in der Schweiz rund 600.¹ Immer wieder waren diese in Bereiche vorgestossen, aus denen staatliche Instanzen sich heraushielten und wohin Alte, Arme, Kranke, Waisen, Behinderte, 'Schwererziehbare' und andere Randständige abgeschoben wurden. Die im Folgenden vertretene These lautet, dass Hohenrain, eines der vier im Kanton Luzern von Ingenbohler Schwestern geführten Kinderheime,² nicht als Gegenmodell zum in jüngster Zeit stark beachteten Erziehungsheim Rathausen zu sehen ist, sondern dass die Welt der Ingenbohlerinnen eine Art Erziehungskosmos darstellte, in dem alle Institutionen zusammenwirkten und ein Ganzes bildeten.

Das heutige Heilpädagogische Zentrum Hohenrain (HPZH) ist eine kantonale Institution für lern- oder geistig behinderte, aber praktisch bildungsfähige sowie für hör- und sprachbehinderte Kinder und Jugendliche bis zum Schulaustritt.³ 1847 war in der einstigen Johanniterkommende Hohenrain eine kantonale Taubstummenanstalt entstanden, an welche 1873 Ingenbohler Schwestern berufen wurden. Seit 1906 unterrichteten und betreuten diese in zwei Abteilungen hörbehinderte und schulbildungsfähig geistig behinderte Kinder. 1999 wurden die letzten Schwestern abgezogen.⁴ Auf dem Höhepunkt ihrer Präsenz in den 1960er Jahren waren rund 40 Schwestern in diesem Heim tätig; ihnen waren etwa 200 Kinder und Jugendliche anvertraut.⁵ Im HPZH sind es wegen der Zunahme externer Lern- und geistig Behinderter gegenwärtig über 300.⁶

Bis 1958 waren die Direktoren stets Geistliche und standen durch die Priesterweihe weit über den Schwestern. Diese trugen als 'Kulis' alle Lasten, während die

1 Nach Angaben der Ingenbohler Institutshistorikerin Sr. Dr. Zoe Maria Isenring. Der folgende Text ist eine Kurzfassung meines Beitrags zum Expertenbericht Ingenbohl vom 23. Januar 2013: <http://www.kloster-ingenbohl.ch/>. Namentlich genannt werden nur Provinzoberinnen, Provinzrätinnen und die Institutshistorikerin, ebenso kantonale Funktionsträger wie Erziehungsdirektoren, Erziehungsräte und Schuldirektoren.

2 Neben Hohenrain waren dies Rathausen, Luzern und Malters.

3 Vgl. http://www.volksschulbildung.lu.ch/index/syst_schulen/ss_hpz-hohenrain/ss_hpz-ho_portraet.htm (Stand: 27. August 2012).

4 Vgl. Marlis Betschart, «Das Gold entdecken, das in jedem Menschen verborgen liegt.» *Die Ingenbohler Schwestern an den Sonderschulen Hohenrain 1873–1999*, Emmenbrücke [1999].

5 Vgl. Betschart, *op. cit.*, S. 18f.

6 Vgl. Bruno Bachmann et al., *100 Jahre Abteilung für lern- und geistig behinderte Kinder und Jugendliche, 1906–2006*, Emmenbrücke 2006, S. 91 u. 102.

Priester-Direktoren vom Gipfel herab Gehorsam forderten. Als der letzte von ihnen (Josef Christian Müller, Direktor 1948–1958) selbst für kirchliche Usancen zu weit ging, führte dies zu seiner Absetzung. Die Luzerner Erziehungsdirektoren Gottfried Egli (im Amt 1934–1955) und Hans Rogger (1955–1970) bekundeten Mühe, sich gegen den Direktor einer wichtigen kantonalen Anstalt zu stellen. In den Unterlagen ihres Departements findet sich viel Korrespondenz mit den Direktoren, etliche mit den weltlichen Lehrkräften und dem Personal, allgemein viel Administratives, aber wenig in Hinblick auf den Kontakt mit den Oberinnen, nicht viel mehr mit dem Mutterhaus Ingenbohl und nahezu nichts zu den einzelnen Schwestern. Es ist, als sei der Schwesternbereich eine Welt für sich gewesen.

Die Schwestern

In den Heimen muss die Stellung der Oberinnen eine schwierige gewesen sein, weil sie zwischen den Fronten standen. Auch in Hohenrain waren sie für die gesamte Ökonomie mit Küche, Bauten, Reparaturen usw. und daneben vor allem für die Gemeinschaft, das heisst für das leibliche, geistige und geistliche Wohl der Schwestern zuständig.⁷ Die Lehrerinnen für die Gehörlosen verbrachten aufgrund ihrer Spezialausbildung einen grossen Teil ihrer Schwesternexistenz in Hohenrain. Die anderen Schwestern (Erzieherinnen, Lehrerinnen der Abteilung für geistig Behinderte, Handarbeitslehrerinnen) wurden häufiger 'gewechselt'. Gespräche mit Schwestern, die im Juli und September 2012 in Ingenbohl geführt wurden, ergaben erhebliche Unterschiede zwischen Erzieherinnen und Lehrerinnen sowie zwischen den beiden Abteilungen.⁸ Eine einschneidende Neuerung war 1961 die Einführung des Pavillon- oder Familiensystems mit Wohngruppen, das heisst vier Pavillons für je vier Gruppen von rund 16 Kindern statt vorher acht Abteilungen mit Schlafsälen. Dies empfanden die Erzieherinnen als befreiend, ebenso die Lehrerinnen, die jetzt von der Arbeit als Erzieherinnen entlastet waren. Früher waren sie für alles zuständig gewesen, auch für die Aufsicht beim Essen und in den Schlafsälen. Anton Bucher (Direktor 1942–1944) wies 1943 das Erziehungsdepartement darauf hin, es sei «Bedacht zu nehmen», dass für die Betreuung ausserhalb der Schule Erzieherinnenschwestern angestellt würden.⁹ Walter Schönenberger (Direktor

7 Angaben der Institutshistorikerin Sr. Dr. Zoe Maria Isenring.

8 Die Erzieherinnen besuchten das zweijährige sozialpädagogische Seminar in Ingenbohl. Die Gehörlosenlehrerinnen mussten über die Lehrerinnenausbildung hinaus eine Zusatzausbildung absolvieren, die ersten von ihnen noch in Deutschland; 1924 wurde ein heilpädagogisches Institut in Zürich gegründet, 1932 ein Institut für Heilpädagogik in Luzern, 1935 ein Heilpädagogisches Seminar an der Universität Fribourg; vgl. Betschart, *op. cit.*, S. 26–29, sowie Markus Furrer et al., *Bericht Kinderheime im Kanton Luzern im Zeitraum 1930–1970*, datiert 31. Juli 2012, S. 21.

9 16. Dezember 1943; Institutsarchiv Ingenbohl [IAI], Nr. 05–176.

1959–1966) schrieb 1963 dem Personalchef des Kantons, dass die Erzieherinnen bei ihren Kindern wohnten und diese ausserhalb der Schulzeit betreuten; sie hätten die Verantwortung während des Tages und der Nacht, würden zwar jede Woche einen Tag abgelöst, müssten aber um 20 bis 21 Uhr zurück sein und hätten kein weiteres Personal zur Verfügung.¹⁰

Wie einzelne Schwestern ausführten, seien Neuerungen nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil, abgesehen vom 1967 eingeführten neuen Ordenskleid, nur langsam umgesetzt worden. Freie Tage habe es erst unter der Oberin Sr. L.H. (1982–1988) gegeben, aber sie seien knapp bemessen gewesen. Sr. P.S. habe sich als Oberin (1973–1982) dafür eingesetzt, dass die Löhne angepasst würden; sie habe Hans Hägi (Direktor 1966–1986) vorgeworfen, dass er die Schwestern ausnütze. Sr. Stephanie Lüchinger, die 1988 als Provinzoberin einen neuen Vertrag unterzeichnete, der endlich die Gleichstellung der Schwestern mit den übrigen Lehrern brachte, war der Meinung, man habe die Entlohnungsfrage früher nicht beachtet, weil man als Schwester ohnehin von dem Geld nichts bekomme; doch mit der Zeit habe man in der Provinzleitung die Ausbeutung zu sehen begonnen und sich zu wehren versucht.¹¹

Wie bei allen von Schwestern geführten Heimen wäre die Existenz Hohenrains finanziell ohne diese kaum möglich gewesen. Die laut Vertrag von 1879 zunächst drei, bis Beginn des 20. Jahrhunderts rund zehn, dann etwa zwanzig und auf dem Höhepunkt während der 1960er Jahre über vierzig eingesetzten Schwestern waren gleichsam rund um die Uhr tätig.¹² In den Aufzeichnungen über ihre ersten Jahre berichtet Sr. Z.G., Jahrgang 1928, die zwischen 1953 und 1972 mit einer Spezialausbildung für sprachgeschädigte Kinder und einer berufsbegleitenden Zusatzausbildung als Lehrerin in Hohenrain wirkte, dass sich ihre Schlafstelle in einer Ecke des Schlafsaals hinter einem Bretterverschlag befunden habe, dass die Tage lang gewesen seien und sie oft «furchtbar Schlaf» gehabt habe und dass die «einzige sogenannte Freizeit» der Sonntagsspaziergang mit den Kindern im Wald gewesen sei.¹³ Ab den 1960er Jahren änderte sich mit dem Familiensystem und seit den 1970er Jahren mit der inneren Erneuerung nach dem Zweiten Vatikanum vieles. Gleichzeitig ging die Zahl der Schwestern aber immer mehr zurück. Trotzdem spielten die Schwestern in Hohenrain dank ihrer langen Permanenz weiter eine zentrale Rolle. Über die letzte Lehrschwester für schulbildungsfähig geistig Behinderte, die 31 Jahre (1968–1999) hier wirkte, schrieb der Leiter der Abteilung 1991 an Provinzrätin Sr. Luitgard Bühler, sie werde auch als einzige Schwester im Team

10 2. Oktober 1963; Staatsarchiv Luzern [StALU], A 635/5364.

11 Gespräch mit Sr. Stephanie Lüchinger; 18. September 2012.

12 Vgl. Betschart, *op. cit.*, S. 40.

13 Auszug aus der Lebensbeschreibung von Sr. Z.G., erstellt von Sr. Reto Lechmann.

von allen akzeptiert, sie sei eine «begnadete Sonderschullehrerin» und verstehe schwierige Kinder mit einer «Mischung von Liebe und Strenge» zu führen. Neben einer wertvollen Kollegin, Lehrerin und Fachfrau sei sie «eine echte, berufene Klosterfrau»; er habe in zwanzig Jahren Zusammenarbeit mit Schwestern ein wenig gelernt, echte von unechten zu unterscheiden; es gebe beide.¹⁴

Der Schwesternmangel war ein Dauerthema. Während er in früheren Jahren vor allem mit dem immer weiteren Ausgreifen der Kongregation zusammenhing, so war er in den letzten Jahrzehnten schlicht die Folge ausbleibender Berufungen. Wie die Korrespondenzen im Provinzarchiv erweisen, litten die Schwestern selber am meisten unter dem fehlenden Nachwuchs. Auch die Briefwechsel der Provinzleitung mit den Direktoren handeln vornehmlich vom Wechsel der Schwestern und von der Kündigung von Stellen. Dass die Direktoren diesen Wechsel bedauerten, zieht sich ebenfalls als roter Faden durch die Briefe. Aus diesen spricht jeweils klare Wertschätzung, so etwa aus der Beurteilung der Erzieherin Sr. D.E. durch Direktor Hägi, der befürchtete, aus der Gruppe vornehmlich elternloser und schwieriger Kinder, die sie betreue, könne ohne sie eine eigentliche Problemgruppe werden.¹⁵ Seitens der Provinzleitung wurde die Lage erstaunlich nüchtern kommentiert. Als Hägi am 31. August 1973 an Provinzoberin Sr. Leonis Lachenmeier schrieb, seit seinem Amtsantritt sieben Jahre früher seien 13 Schwestern zurückgezogen worden und ihr für das «Verständnis für unsere Anliegen» dankte, antwortete diese am 21. September, es bestehe «in andern Häusern» die gleiche Not, und wenn «das gegenseitige Verständnis genügen würde, wäre Ihnen und uns schnell geholfen».¹⁶ Auch in den Akten der Erziehungsdirektion finden sich Hinweise auf dieses Problem. So wurde im Frühjahr 1960 in den Unterlagen zu einer Sitzung des Regierungsrats festgehalten, Ingenbohl leide unter einem grossen Schwesternmangel, weshalb die Generaloberin empfohlen habe, «nach weltlichen Lehrkräften Umschau zu halten».¹⁷ Fünf Jahre später musste «unsere älteste Lehrerin» im 81. Lebensjahr «gesundheitshalber» ins Mutterhaus zurückkehren; sie war seit 1924 in Hohenrain und wurde durch einen weltlichen Lehrer ersetzt, weil es «aus disziplinarischen Gründen» wichtig schien, die grösseren Knaben von Lehrern unterrichten zu lassen.¹⁸

Mit den Visitationen, die von einer oder zwei Provinzrätinnen durchgeführt wurden, sollte die Verbindung zum Mutterhaus gestärkt und festgestellt werden,

14 5. November 1991; Provinzarchiv Ingenbohl [PA], Ordner Korrespondenz Hohenrain.

15 Dir. Hägi an Frau Heliodora Meister, 18. April 1972; PA, Ordner Korrespondenz Hohenrain.

16 PA, Ordner Korrespondenz Hohenrain.

17 14. April 1960; StALU, A 635/5359.

18 Dir. Schönenberger an Erziehungsdepartement, 23. Dezember 1965; StALU, A 635/5361.

ob allfällige Wechsel nötig seien.¹⁹ Die Berichte illustrieren die jeweilige Zeitlage und ihre Prioritäten und liefern ab und zu auch Anweisungen zu Ordnung und Reinlichkeit bei den Kindern. 1909 wurde Zurückhaltung bei Strafen gefordert, insbesondere bei körperlichen Strafen, zu denen nur gegriffen werden sollte, wenn sie unumgänglich seien, und auch dann nicht mehr als zwei «Tatzen». 1919 wurde darauf hingewiesen, dass «verbotene Strafen» nie angewendet werden dürften; hier ist auch an die wiederholten Ermahnungen in der institutseigenen Zeitschrift *Theodosia* zu denken.²⁰ 1923 wurde ebenfalls Zurückhaltung bei körperlichen Strafen angemahnt.

Die Berichte von 1973 und 1992 spiegeln die in den letzten Hohenrainer Jahrzehnten eingetretenen Veränderungen. 1973 waren noch dreissig Schwestern im Einsatz: neun als Erzieherinnen in je einer Gruppe von 14 Kindern verschiedenen Alters, sieben unterrichteten geistig Behinderte, elf wirkten bei der Ausbildung der Gehörlosen oder Gehörgeschädigten mit. Der Konvent sei relativ jung, einige Schwestern seien gesundheitlich aber etwas angeschlagen. Obwohl die Schwestern gern in Hohenrain seien, herrsche «in der Schwesternfamilie nicht eine sehr gelöste Atmosphäre»; es bestehe eine «gewisse Spannung» zwischen den Schwestern der drei Berufsgruppen. Anscheinend dominierten die Gehörlosen-Lehrerinnen, während sich die Lehrerinnen der Schwachbegabten benachteiligt fühlten. Die Erzieherinnen vermissten «den spontanen Kontakt mit den Lehrerinnen, die ihre Kinder in der Schule unterrichteten». Manche Lehrerinnen müssten in schlecht isolierten Zimmern schlafen, die durch Unterteilung der Schafsäle entstanden seien. Erneuerungs- und Konventkapitel würden nur sehr selten gehalten; im Allgemeinen hätten die Schwestern «Angst, mit einander ins Gespräch zu kommen, weil die Meinungen und Ansichten zu verschieden» seien.²¹

1992 waren noch acht Schwestern in Hohenrain, zwei von ihnen im «Ruhestand mit verschiedenen Diensten»; von den anderen war eine über 50, vier waren über 55, eine über 65 Jahre alt. Die Arbeitszeiten der Lehrerinnen und Erzieherinnen würden auseinandergehen. Die Gemeinschaft sei nur am Wochenende und am Sonntag «sichtbar». Die drei Erzieherinnen würden sich «recht gut» verstehen, während sich die Lehrerinnen und die beiden Schwestern im Ruhestand «manchmal schwer miteinander» täten. Einst hätten die Schwestern die Mehrheit des Personals gebildet und den Geist des Hauses geprägt. Jetzt seien sie «eine ver-

19 Regelmässige Berichte aus Hohenrain finden sich zwischen 1909 und 1956 im Abstand von zwei bis fünf Jahren; dann nur noch je einer von 1973 und 1992; PA, Schachtel Hohenrain 01-08, Umschlag 05 Visitation, Inspektion.

20 Vgl. das Kapitel Pädagogik im Expertenbericht Ingenbohl (wie Anm. 1).

21 Wie Anm. 19. Bericht der Schwestern M. Alice Fisch und Stephanie Lüchinger; die Visitation fand vom 12.–16. Februar 1973 statt.

schwindende Minderheit». Sie seien «teilweise auch müde geworden» und fühlten sich «manchmal auf verlorenem Posten». Aber ihre Präsenz sei noch immer wichtig; der Gehörlosenunterricht sei sehr anspruchsvoll, und erfahrene Fachleute seien rar. Ausserdem bildeten die Schwestern «sozusagen einen festen Punkt im heutigen häufigen Personalwechsel». ²²

Zweifellos war der Stellenwert der Visitationen und der Berichte hoch. Es ging aber vornehmlich um das Innenleben der Gemeinschaft. Insofern können die Visitationen nicht als Inspektionen des Schul- oder Erziehungsbetriebs gesehen werden.

Die Ingenbohlerinnen blieben, am Ende noch zu fünft, bis 1999 in Hohenrain. Aus Rathausen hatten sie sich schon 1972 zurückgezogen, aus der Psychiatrischen Klinik St. Urban 1982. ²³ 1980 waren die Verantwortlichkeiten neu fixiert worden. Die Oberin war jetzt als «Leiterin der Versorgung» für das «Führen der gesamten Versorgung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten [...] und im Rahmen des Budgets» zuständig. Nach Aufzählung aller Kompetenzen lautete die letzte Aufgabe lapidar, als Oberin sei sie «zuständig für die persönlichen Anliegen der Mitschwestern». ²⁴ In einem vom Erziehungsrat im September 1984 genehmigten Organigramm erscheinen die Schwestern nicht mehr. Es verzeichnet im Leitungsteam unter dem Direktor zwei Schulleiter, zwei Internatsleiter, den Werk-schulleiter, den Leiter Versorgung und den Leiter Technische Dienste. Um die beiden Abteilungen mit ihren Lehrern, Erziehern, Spezialisten und der nachgehenden Fürsorge gruppieren sich die Zentralen Dienste, die Versorgung und die Technischen Dienste. ²⁵ Fast scheint es, als hätten sich die Schwestern schon jetzt, andert-halb Jahrzehnte vor ihrem Rückzug, in Luft aufgelöst. Als 1999 das wirkliche Ende kam, wurden sie eindrücklich verabschiedet. Wie die damalige Provinzoberin erinnert, führte die Schule eine Orchestermesse auf und lud neben der Erziehungs-direktorin und dem Bischof alle Schwestern ein, die je in Hohenrain gewirkt hatten. ²⁶

Die 'Zöglinge'

Die Erinnerungen von Hohenrainer Absolventen stellen sich eher positiv oder jedenfalls nicht massiv negativ dar. Sehr positiv erinnert sich E.E. an das Heim, in dem er zwischen 1949 und 1953 lieber als zu Hause gewesen sei. In den Ferien daheim sei er mit dem gängigen Spottvers «Sieben Jahre Hohenrain und immer noch

22 Bericht von Sr. M. Luitgard Bühler über die Visitation vom 15.–19. Januar 1992.

23 Betschart, *op. cit.*, S. 43.

24 Stellenbeschreibung Leiterin der Versorgung vom Dezember 1980; PA, Schachtel Hohenrain 01-08, Umschlag 02 Rahmenbedingungen.

25 PA, Schachtel Hohenrain 01-08, Umschlag 03 Struktur.

26 Gespräch mit Sr. Christiane Jungo; 28. September 2012.

ein Dubelein» gehänselt worden.²⁷ Die einzige negative Wortmeldung bei der Anlaufstelle stammt von einem ehemaligen Gehörlosenschüler der Zeit zwischen 1940 und 1960, der in einer Mail um einen Entschuldigungsbrief bat, weil er viel erlebt habe, «mit Kinderschlägen, Haarkopfschütteln, mit Stockschlägen auf Po etc.»²⁸ Die von Markus Furrer durchgeführten sechs Hohenrain betreffenden Interviews sind nicht transkribiert.²⁹ In einem von ihnen wird von gesetzlich nicht erlaubten Schlägen, die im Affekt erteilt worden seien, sowie von kalten Duschen bei Bettnässern gesprochen.³⁰

Aus der Zeit selber sind wenig Klagen überliefert. Am 3. Februar 1932 schrieb eine Frau aus Basel der Generaloberin, ihr Kind sei in Hohenrain von zwei Schwestern mit Schlägen und Drohungen misshandelt worden, weshalb sie es nach Hause genommen habe. Mutter Theresia Beck antwortete am 15. Februar, das Kind sei viel gebrechlicher als andere und ausserdem trotzig; dennoch sei es nicht geschlagen worden. Darauf erwiderte die Frau am 21. Februar, sie habe gewusst, dass sich die Schwestern herauswinden würden: Die sind zu raffiniert! Es sei nur das Ordenskleid, das sie schütze.³¹

Die Feststellung der Kommission Furrer, dass in allen Heimen gestraft wurde, gilt auch für Hohenrain.³² Regelrechte Straf- und Gewaltexzesse wie das 'Dünkeln' und andere folterähnliche Methoden sind indessen nicht bezeugt.

Was das schwierige Feld des sexuellen Missbrauchs anbelangt, ist auf einen Gärtner zu verweisen, der 1955 «wegen Verfehlungen» entlassen wurde. Direktor Müller hatte den Betreffenden 1951 dem Personalamt Luzern als ruhig, fleissig und sehr gewissenhaft empfohlen.³³ In den von Regierungsrat Egli im Rahmen des Konflikts zwischen Lehrern respektive Schwestern und dem Direktor durchgeführten Besprechungen des Jahres 1955 kamen auch die vom Gärtner 1953 an Mädchen vorgenommenen «Berührungen» zur Sprache. Müller versuchte, den Gärtner in Schutz zu nehmen, mit verharmlosenden Äusserungen wie jenen, dass die Aussagen der Kinder «sehr widerspruchsvoll gewesen» seien, dass Mädchen gerne übertreiben und sich wichtig machen würden, dass man die Sache aufgebauscht und «gross gemacht» habe und dass Kinder auch daheim verführt worden seien.

27 [E.E.], *Wie aus dem Ernstli der Ernst des Lebens wurde*, [2010]. Es handelt sich um ein 78-seitiges 'Büchlein', das der 1940 geborene Verfasser selber hergestellt und vertrieben hat. Von Hohenrain handeln acht nicht nummerierte Seiten.

28 Vgl. die Stellungnahmen Ehemaliger im Expertenbericht Ingenbohl (wie Anm. 1).

29 Vgl. Furrer et al., *op.cit.*, S. 4.

30 Furrer et al., *op. cit.*, S. 102.

31 IAI, 05–176. Vgl. auch Markus Ries, Valentin Beck (Hg.), *Hinter Mauern. Fürsorge und Gewalt in kirchlich geführten Erziehungsanstalten im Kanton Luzern*, Zürich 2013, S. 222f.

32 Vgl. Furrer et al., *op. cit.*, S. 103, und das ganze Kapitel 4.7. Zu den Körperstrafen auch Ries, Beck, *op. cit.*, S. 199–204, sowie das Kapitel Pädagogik im Expertenbericht Ingenbohl (wie Anm. 1).

33 StALU, A 635/5342 und 5343.

Man müsse als Priester denken und – wenn man nicht ganz sicher sei – von einer Entlassung absehen.³⁴ Am 1. April 1955 reichte die Jugendanwaltschaft Strafklage «wegen Unzucht mit Kindern» ein.³⁵ In der Zivilstreitsache, die Müller wegen seiner Entlassung gegen den Kanton Luzern anstregte, wurde dieser Straffall ebenfalls aufgerollt. Hier findet sich der Hinweis, dass der Gärtner mit Urteil des Kriminalgerichts vom 23. November 1956 wegen Unzucht mit Kindern mit einem Jahr Gefängnis bestraft worden sei. Die Oberin Sr. V.A. habe dem Direktor den Fall schon 1953 gemeldet, dieser habe aber eine Meldung unterlassen und keine Strafanzeige erstattet.³⁶

Auch ohne Straffall war der sexuelle Bereich ein Dauerthema. Eine der Schwestern, mit denen in Ingenbohl gesprochen werden konnte, wies explizit auf die «Angst vor der Sexualität» hin. 1929 äusserte Hermann Bösch (Direktor 1921–1940) gegenüber der Generaloberin, junge Schwestern seien den taubstummen und schwach begabten Knaben oft nicht gewachsen, bei denen häufig gegenseitige Verführung zu Onanie und Unzucht vorkämen. Im Jahr zuvor hätten wieder zwei Rädelsführer entlassen werden müssen, die es fertig gebracht hätten, «mehrere unschuldige Kinder in verborgene Winkel zu locken und zu verführen».³⁷ Aus den frühen 1960ern stammt ein kleines Dossier mit dem Titel «Sexualabwegigkeiten bei Heimzöglingen». Es handelt von der Entlassung eines Zöglings, über den Direktor Schönenberger am 31. Mai 1961 ans Erziehungsdepartement schrieb, er zeige ein ungemein freches Betragen gegenüber der Erzieherin, und es gelinge ihm, die ganze Gruppe für sich zu gewinnen; in der Nacht habe er zusammen mit einem anderen Knaben zwei Mädchen geweckt. Auf dringenden Wunsch der Oberin sei dem Vater mitgeteilt worden, er solle den Burschen sofort abholen. Alois Gügler, Präsident der Aufsichtskommission, präziserte zwei Tage später, es sei bei den «Gehörlosen» zu nächtlichen Zusammenkünften von zwei Knaben und zwei Mädchen und zu Berührungen an der Brust gekommen, während bei den «Hörenden» mehrmals mutuelle Onanie betrieben worden sei. Seitens des Erziehungsdepartements wurde Gügler am 20. Juni 1961 beschieden, man wolle von einem Einbezug der Jugendanwaltschaft absehen, aber Sexualaufklärung und Sexualerziehung «fachlich richtig» erteilen (von wem wurde nicht gesagt). Ausserdem werde für die weltlichen Lehrer vermehrt ausserschulische Aufsicht angeordnet.³⁸

34 Protokoll der Besprechung vom 10. Februar 1955; IAI, A II 3.5 b.

35 StALU, A 635/5420.

36 StALU, A 635/5349, S. 31. Vgl. auch Furrer et al., *op. cit.*, S. 117ff.

37 20. September 1928 und 14. August 1929; IAI, Nr. 05–176.

38 StALU, A 635/5423.

Dass seitens der Aufsichtsorgane und Direktoren bei Problemen mit der Sexualität gerne ausweichend auf Handlungen unter Zöglingen verwiesen wurde, scheint – wie die Studie von Markus Furrers Team zeigt – System gehabt zu haben.³⁹ Welche Formen sexueller Gewalt existierten, erweisen die von Stephanie Klein im Bericht der Landeskirche zitierten Äusserungen aus Oral-History-Befragungen eindrücklich.⁴⁰

Ein Problem, das in den Akten oft auftaucht, ist das der Bettnässer. In den Prozessunterlagen zum Fall Müller findet sich ein Bericht von Aufsichtskommissionsmitglied Traugott Steger vom 16. Juli 1957. Der Direktor habe ihn aufgesucht, um über «die misslichen Verhältnisse» im Erziehungsheim zu reden. Nach längeren Ausführungen über die Vertrauenskrise zwischen ihm, der Oberin und der Lehrerschaft sei er auf die Bettnässer zu sprechen gekommen und habe erklärt, «dass einzelne oft in unvernünftiger, brutaler Weise bestraft würden»; konkret habe er Schuhtritte sowie Schläge mit Ruten und Lederriemen erwähnt. Steger habe über diese Aussagen in der Kommission berichtet, und die Kommission habe Frl. J. und ihn beauftragt, die Angelegenheit zu untersuchen. Dies hätten sie unangemeldet getan. Ausser, dass alle Betreffenden die nasse Bettwäsche in die Waschküche tragen müssten, seien in einem Fall mehrmals und in einem anderen einmal Schläge vorgekommen. Als Ergebnis hielt Steger fest, das Vorgehen der Schwestern verdiene «in dieser Angelegenheit keinen Tadel». Persönlich sei er überzeugt, «dass eine vernünftige Körperstrafe, je nach den Umständen richtig angewendet und dosiert[,] sehr oft eine heilsame Wirkung» habe; auch durch die «gerechte und wohlverdiente Körperstrafe» könne das Kind «die Liebe und Güte des Erziehers verspüren».⁴¹ Was bei Bettnässern «wohlverdient» sein soll, sagte das Kommissionsmitglied nicht.

Disziplinarisch dürfte die Situation auch in Hohenrain nicht einfach gewesen sein, insbesondere bei den grösseren Knaben. So zog Provinzrätin Sr. M. Alice Fisch am 6. Juli 1972 eine Erzieherin nach nur zwei Jahren zurück, weil diese überfordert sei; sie sei bereits die dritte Schwester, die dieser Gruppe «unterliegt», weshalb es nicht verantwortbar sei, «nochmals eine Schwester diese bittere Erfahrung machen zu lassen».⁴² 1977 sollte das Pensum der Haushaltslehrerin aus gesundheitlichen Gründen reduziert werden, wogegen sich die Schwester mit dem Argument wehrte, sie fühle sich der Schule weiterhin gewachsen und könne sich

39 Vgl. Furrer et al., *op. cit.*, S. 114.

40 Stephanie Klein, Erfahrungen von ehemaligen Heimkindern in kirchlich geführten Erziehungseinrichtungen im Kanton Luzern, in: Ries, Beck, *op. cit.*, S. 147–159. Hohenrain erscheint hier allerdings nicht.

41 Beleg N. 42, visitiert Obergericht Luzern, StALU, A 635/5351.

42 PA, Ordner Korrespondenz Hohenrain.

besser unter Kontrolle halten. Ein Jahr später teilte Direktor Hägi Provinzrätin Sr. Stephanie Lüchinger mit, es gebe leider weiterhin Klagen, dass die Schwester Kinder schlage, an den Haaren reisse und ihnen Ohrfeigen gebe, obwohl sie eine fachlich sehr qualifizierte Lehrerin sei und den Unterricht methodisch sehr gut aufbaue. Er bat um ihre Ersetzung, denn es gehe auch um das generelle Ansehen der Schwestern, deren Einsatz nicht mit dem Ausspruch, es sei «halt eine Klosterfrau» gewesen, «in ein falsches Licht gerückt werden» dürfe.⁴³

Zweifellos müssen die hohen Insassenzahlen eine disziplinarische Herausforderung dargestellt haben. Allerdings war in Hohenrain weniger die Grösse der Klassen ein Problem, sondern mehr die Schwierigkeit im Umgang mit der doch speziellen 'Klientel'. Zwar waren die Familienverhältnisse bei den «Gehörlosen» oft 'intakt'; dagegen dürfte die Lage bei manchen «Minderbegabten» nicht anders als in Rathausen oder Lütisburg gewesen sein. Laut Bericht über das Rechnungsjahr 1923 galten in diesen Fällen als Gründe für die Einweisung «Ableben von Vater und Mutter [...]; Ehetrennung; Wegnahme der Kinder durch Kinderschutzvereine; körperliche und geistige Gebrechen: Sprache, Gehör, schwaches Talent; Versorgung durch Armenbehörden; Zerrüttung des Familienlebens durch Alkoholmissbrauch».⁴⁴ Spätere Zusammenstellungen enthalten ähnliche Argumente.

Hohenrain dürfte diese Probleme ebenfalls gekannt haben. Allerdings muss die Situation der «Minderbegabten» und erst recht jene der «Gehörgeschädigten» differenzierter gesehen werden, weil hier oft gesundheitliche Implikationen zu berücksichtigen waren. So wies Direktor Schönenberger 1960 darauf hin, dass man die ärztliche Betreuung überdenken müsse. Nicht nur müsse der Arzt den körperlichen Zustand aller Kinder kennen, von denen viele eine psychiatrische Abklärung bräuchten, sondern es sei eine teammässige Erledigung der schwierigen Erziehungsprobleme nötig.⁴⁵

Ein heisses Eisen waren Renitenzfälle seitens Eltern, die sich weigerten, ihre Kinder in Hohenrain abzuliefern. Ein Grund hierfür konnte neben dem fast durchgängig genannten Geldmangel die in bäuerlichen Verhältnissen bestehende Notwendigkeit sein, die Kinder zu Hause einzusetzen, insbesondere in der Kriegszeit, als die Männer zum Militärdienst einrücken mussten. Bei Hörgeschädigten spielte allenfalls eine Rolle, eine Anstalt besuchen zu müssen, die mehrheitlich von Minderbegabten frequentiert wurde, was als rufschädigend empfunden wurde.

Immer wieder mussten Eltern gemahnt werden, und oft wurden Kinder polizeilich eingebracht. So weigerte sich der Vater von Hans St. bei Schuljahresbeginn

43 24. Februar 1977 und 15. März 1978; PA, Ordner Korrespondenz Hohenrain.

44 Zit. in: [Albert Breu], *100 Jahre St. Iddaheim, Lütisburg*, Bazenheid [1977], S. 52f.

45 29. März 1960, ans Erziehungsdepartement; StALU, A 635/5422.

1941, seinen taubstummen Sohn wieder nach Hohenrain zu schicken; die anderen Söhne seien fast immer im Dienst und er brauche den 15 Jahre alten Knaben in der Landwirtschaft. Der Erziehungsrat entschied – trotz eines Unterstützungsgesuchs des Ortspfarrers – gegen den Vater, dessen Sohn ein halbes Jahr später «arretiert und eingebracht» wurde; die Oberin musste auf dem Rapportbogen des Polizeiwachtmeisters die Einlieferung bestätigen.⁴⁶

Im Fall von Erich E. (geb. 1932) belegt ein umfangreiches Dossier eine heftige Auseinandersetzung zwischen Direktor Bucher und dem Pfarrrektor von S., der Hohenrain vorwarf, Erich sei an Weihnachten 1942 ganz abgemagert nach Hause gekommen, weswegen ein weiterer Aufenthalt in diesem Heim unverantwortlich wäre. Die Angelegenheit zog sich über Monate hin, weil der Pfarrer der Meinung war, dies sei nicht der richtige Ort für den sprachgestörten Knaben, der in fünfviertel Jahren kein bisschen besser sprechen gelernt habe. Umgekehrt bezeichnete der zuständige Schularzt in einem vom 18. Juli 1943 datierten Gutachten Hohenrain als die beste katholische Anstalt im Kanton Luzern. Darauf verlangte das Erziehungsdepartement, der Knabe müsse wieder eintreten. Der Pfarrer konterte am 12. August, er ziehe die Erziehung durch die Familie derjenigen der frechen und schmutzigen Anstaltsdirektion vor. Das Departement gab nach und teilte am 28. September mit, Eltern und Pfarrer sollten den Knaben so gut wie möglich selber unterrichten.⁴⁷

Über den Gehörlosen C.D. (geb. 1945) schrieb Direktor Schönenberger am 27. Oktober 1960 dem Erziehungsdepartement, die verwitwete Mutter weigere sich, den 15-jährigen Achtklässler in die Schule zu schicken, er sei ungerecht behandelt worden, die Kinder würden geschlagen und bekämen wenig zu essen. C.D. sei kein angenehmer Zögling, drohe oft mit dem Messer, bringe Streit und Unruhe in die Abteilung, er sei aber begabt und müsse sofort eintreten. Die Mutter hatte dem Departement ihrerseits geschrieben, bis zur sechsten Klasse sei es gut gegangen, in der achten Klasse habe der Sohn aber den «Verleider» bekommen, die Schwester habe ihn nicht leiden können und ihm vorgehalten, seine Brüder seien Kommunisten. Das Departement lehnte eine Entlassung ab. Der Schüler erschien aber nicht mehr.⁴⁸

Wie die Beispiele zeigen, war es für die Behörden nicht einfach, die Schulpflicht konsequent durchzusetzen. Ob den Schwestern ein Dienst erwiesen wurde, wenn ihre 'Zöglinge' polizeilich eingeliefert wurden, bleibe dahingestellt.

46 StALU, A 635/5416.

47 StALU, A 635/5417.

48 StALU, A 635/5418.

Folgerung

Das 125-jährige Wirken der Ingenbohler Schwestern in Hohenrain fällt in seinen letzten Jahrzehnten in die Zeit nach dem grossen Paradigmenwechsel im Heimwesen, der hier etwas verspätet, im Jahr 1961, erfolgte. Die Aufgabe der Erzieherinnen in ihren 'Familien' wurde jetzt angenehmer, zumindest was die Zahl der Betreuten anbelangt, gleichzeitig wegen der grösseren menschlichen Nähe anspruchsvoller. Angesichts der stetig abnehmenden Schwesternzahlen und ihres Älterwerdens muss aber von struktureller Überforderung gesprochen werden.

Rathausen und 'Anstalten' vergleichbarer Art waren – wie der Bericht Furrer aufzeigt – das letzte Glied einer Instanzenkette, in welcher über 'verwahrloste' Kinder von 'liederlichen' Müttern oder 'alkoholisierten' Vätern entschieden wurde.⁴⁹ Diesen Kindern sollten die Schwestern jenes Zuhause bieten, das ihnen (jedenfalls in der Optik der für die Einweisung Verantwortlichen) fehlte. Dass die Schwestern darin oft scheiterten, kann ihnen angesichts der generellen Strukturprobleme im Heimwesen nicht allein angelastet werden. Zwar war ihre Aufgabe in Hohenrain eine andere, aber keineswegs einfachere. Hier ging es darum, die 'Schwachbegabten' so gut wie möglich zu fördern und die 'Hörgeschädigten' in auf Sprache fundierte Kommunikationsnetze einzubinden.

Unter den Ingenbohler Heimen scheint Hohenrain dank der zwei grundverschiedenen Abteilungen eine besondere Bedeutung gehabt zu haben. Sicher hatte jene für Hörbehinderte eine Ausnahmestellung, weil hier methodisch sehr gut ausgebildete und besonders interessierte Schwestern am Werk waren. Dagegen hatte die Abteilung für schulbildungsfähig geistig Behinderte eine schwierigere 'Klientel', die jener anderer Heime ähnelte. Allerdings ist anzunehmen, dass Behinderte bei Erzieherinnen und Erziehern anderes auslösen als 'Schwererziehbare'. Dennoch dürfte es kaum möglich sein, mit Bestimmtheit zu sagen, wer schwieriger zu betreuen war, 'Schwererziehbare' in Rathausen oder geistig Behinderte in Hohenrain. Eine solche Unterscheidung macht auch wenig Sinn, weil die Herausforderungen ohnehin unverhältnismässig gross waren. Insofern könnten die Gefahr des «Handausrutschens» und das Gefühl von Überforderung und Ermüdung bei den Schwestern beider Heime vergleichbar gewesen sein, und auch nicht kleiner als bei den Hörgeschädigten oder Gehörlosen, die «einen mehr in Anspruch [nahmen] als die anderen», weil man «mit jedem separat sprechen» musste.⁵⁰

Alles in allem dürfte der einzige 'echte' Unterschied gewesen sein, dass es bei den hochspezialisierten Lehrerinnen der Hörgeschädigten weniger Wechsel gab,

49 Vgl. Furrer et al., *op. cit.*, passim, und v.a. die Tabelle S. 52f.

50 Interview mit Sr. I.B., 2011.

Les 'orphelins de frontière' à la *Casa del fanciullo* de Domodossola: des familles migrantes désagrégées

Saffia Elisa Shaukat

Le placement des enfants de travailleurs italiens dans des instituts à la frontière italo-suisse permet d'engager une réflexion inédite sur la protection sociale des enfants de migrants en Suisse. Dépourvus de la citoyenneté helvétique et des droits sociaux qui y sont liés, ces enfants se révèlent en effet très vulnérables. Cet article croise la problématique du placement d'enfants avec celle de l'intégration et de la protection des enfants de migrants dans la seconde moitié du XX^e siècle.

Dans les années 1960–1970, les premières recherches scientifiques sur l'intégration des enfants de migrants sont venues s'ajouter à une littérature essentiellement militante, pour enrichir le débat dans un contexte politique de plus en plus tendu. Dans les années 1980–1990, cette question est progressivement remplacée par celle de l'immigration d'enfants réfugiés non accompagnés. Par ailleurs, au cours des années 1990, le thème du placement d'enfants acquiert une nouvelle visibilité¹ grâce à l'internationalisation des références autour de la protection de l'enfance et à l'émergence en Suisse de travaux historiques.² Toutefois, ces travaux ne rendent pas compte des enfants issus de la migration. Plus spécifiquement, l'histoire de la séparation au sein de la famille migrante reste à écrire et rares sont les ouvrages à notre disposition.³

Cet article propose une réflexion sur le placement des enfants de migrants italiens à la *Casa del fanciullo* de Domodossola⁴ à partir de l'analyse des dossiers retrouvés dans les Archives privées des Frères capucins de cette même ville. Notre enquête fait surgir des informations de nature objective, notamment la durée du placement de l'enfant, sa situation familiale, son origine, son âge et son lieu de naissance. A cela s'ajoutent des sources qui relèvent de l'expérience du placement,

1 Geneviève Heller, Pierre Avanzino, Cécile Lacharme, *Enfance sacrifiée. Témoignages d'enfants placés entre 1930 et 1970*, Lausanne: Les Cahiers de l'EESP, 2005, p. 13.

2 Marco Leuenberger, Loretta Seglias (dir.), *Enfants placés, enfances perdues*, Lausanne: Editions d'En Bas, 2009.

3 Pour la problématique des enfants de migrants italiens illégalement présents en Suisse: Marina Frigerio, *Bambini proibiti. Storie di famiglie italiane in Svizzera tra clandestinità e separazione*, Trento: Il Margine, 2012; Simone Burgherr, Marina Frigerio, *Versteckte Kinder. Zwischen Illegalität und Trennung. Saisonniere Kinder und ihre Eltern erzählen*, Stuttgart, Luzern: Rex Verlag, 1992. Elisabeth Müller, *Versteckt und alleingelassen. Über die Situation der Kinder ohne legalen Aufenthaltsstatus in der Schweiz*, Unicef Schweiz, Pro Juventute, Profamilia, Schweizer Kinderschutzbund, Zürich, 1992.

4 Cette intervention s'insère dans une thèse de doctorat en cours, portant sur les stratégies – entre famille et travail – des saisonnières italiennes en Suisse entre 1949 et 2002, année de l'abolition du statut de saisonnier grâce à l'entrée de la Suisse dans l'espace européen de libre circulation.

d'une valeur plus subjective: par exemple la correspondance privée entre famille et institut, et les observations semestrielles des enseignants. Toutefois, il nous reste à effectuer un recueil de témoignages, afin d'enrichir ces traces écrites par la mémoire des acteurs/trices. Comme le rappelle Oliver Schwartz, cette 'parole privée' est importante pour documenter le point de vue d'en bas.⁵ La composition des dossiers révèle la présence d'acteurs collectifs tels que l'Eglise et l'Etat, mais permet aussi de repérer et parfois reconstituer des trajectoires individuelles, notamment celles des pensionnaires et de leur famille. Ainsi, dans cette histoire de placement et d'émigration, se croisent des intérêts collectifs et des intérêts individuels; permettant de combiner l'histoire institutionnelle et celle des parcours de vie.

L'engagement des Frères Capucins pour les migrants italiens

L'institution de la *Casa del fanciullo*⁶ s'inscrit dans un contexte plus large de restauration par les Frères capucins d'un quartier entier de Domodossola peuplé par des migrants. Dès les années cinquante, la région est le théâtre d'importants flux migratoires originaires du sud de l'Italie.⁷ Par ailleurs, sa situation proche de la frontière helvétique la désigne comme point stratégique pour l'émigration frontalière et saisonnière vers la Suisse.

C'est ainsi qu'à la périphérie de Domodossola se constitue l'Abissinia, le quartier 'africain', qui doit son nom à une apparence pauvre et désertique. Selon un schéma de chaîne migratoire,⁸ des familles entières, surtout calabraises, s'établissent progressivement dans la région en suivant une personne de référence partie en premier, issue de la famille ou de la communauté.⁹ Toutefois, le réseau de solidarité matérielle et émotionnelle de la communauté migrante induit un processus relevant de la 'ghettoïsation'. La concentration spatiale des migrants permet l'aide mutuelle, mais constitue en même temps une entrave considérable à l'intégration.¹⁰

5 Olivier Schwartz, Le baroque des biographies, in: *Les Cahiers de Philosophie*, 10 (1990), pp. 173–183, p. 176.

6 En 2000, l'institut devient la CASA Letizia Francescana, avec une fonction d'assistance sociale plus générale.

7 L'exploitation des bassins hydriques de l'Ossola et l'arrivée de l'industrie lourde dans la plaine de l'Anza stimulent une reprise économique qui attire les travailleurs des régions plus démunies du pays. Ces mouvements migratoires ne sont pas nouveaux dans la région: déjà à la fin du XIX^e siècle, les travaux du Simplon attiraient une importante main-d'œuvre.

8 John MacDonald, Chain migration reconsidered, in: *Bollettino di Demografia Storica*, 16 (1992), pp. 35–44.

9 En 1954, le quartier compte presque 4000 habitants sur un total de 14 000 à Domodossola.

10 Un exemple de cette problématique est visible par la prise en charge des travaux d'urbanisation du quartier par les migrants eux-mêmes durant leur temps libre, à la place des techniciens de la commune.

C'est dans cette atmosphère que Père Michelangelo s'établit en 1953 dans le quartier avec les Frères capucins. En s'insérant dans la mouvance du clergé engagé, ce religieux prend la direction d'une série d'œuvres sociales importantes.¹¹ La *Casa* est instituée en 1962, à côté d'autres projets de soutien à la famille migrante travailleuse: une crèche, un jardin d'enfants, un centre récréatif, des écoles primaires. Ces initiatives sont possibles grâce à l'institution d'un comité *ad hoc* en 1954, où siègent le maire de la ville et les hautes autorités ecclésiastiques locales. Le *Comitato Opere della Cappuccina* récolte les donations et informe la communauté – migrants, autochtones et bailleurs de fonds – par le biais du journal du quartier *La Cappuccina*.

On peut déjà observer que l'acteur religieux n'est pas simplement responsable du développement spirituel et matériel de la communauté migrante. Acteur légitime au niveau social et spirituel, le clergé est dépositaire d'une culture religieuse partagée par la communauté migrante et les autochtones. Cette culture religieuse permet aux migrants une réappropriation identitaire renouvelée, après l'abandon de la communauté d'origine; par ailleurs, à travers la participation directe aux œuvres des Frères capucins, la population autochtone se rapproche de l'Autre. Ainsi, la mise en place des différentes initiatives stimule un véritable processus d'intégration.¹²

Auprès de la Casa del fanciullo: familles migrantes face au provisoire

La Maison de l'enfant a pour but de recueillir des enfants entre 4 et 10 ans qui ne peuvent pas, pour différentes raisons, disposer de l'assistance nécessaire à l'intérieur de la famille. [...]. L'hospitalité de cette maison de l'enfant sera de trois types: continue (pour qui est orphelin ou n'a pas la possibilité d'assistance familiale), journalière (pour les enfants qui entrent le matin et sortent le soir car les deux parents travaillent toute la journée), périodique (pour une période limitée car pour cause de maladie ou d'absence de la mère, etc. l'enfant ne peut pas rester en famille). Les sœurs seront les mères des enfants: la sœur Marcellina, la mère supérieure, est venue tout exprès. Elle a de nombreuses expériences, un diplôme d'éducatrice et elle pourra ainsi contribuer efficacement à la réalisation de cette initiative dont le but principal est de créer autour de l'enfant une atmosphère familiale.¹³

11 Une vingtaine de jours après son arrivée, la première messe est célébrée dans un garage du quartier. La ville compte déjà une église, un couvent et une maison du pèlerin qui accueille des indigents depuis 1654 déjà, jusqu'aux années soixante. Antonio Ciurleo, Luca Ciurleo, *Da Abissinia a Cappuccina 1956–2006*, Parrocchia Cappuccina di Sant'Antonio di Padova, Domodossola, 2006, p. 136.

12 Dans son engagement en faveur des migrants, le Père Michelangelo organise, à la fin des années 1950, des cours de formation professionnelle. En 1957, on atteste 150 inscrits à des cours de soudure, maçonnerie, dactylographie et couture, lancés par les frères en collaboration avec le secteur privé, et approuvés par le Ministère du travail et de la sécurité sociale. *Il Popolo dell'Ossola*, n. 21 (21 novembre 1957), in Ciurleo 2006, *op. cit.*, p. 52.

13 *Il Popolo dell'Ossola*, n. 1, 5 gennaio 1962, in: Ciurleo 2006, *op. cit.*, p. 73.

C'est avec cette annonce, publiée en 1962 dans le journal *Il Popolo dell'Ossola*, que s'ouvre la *Casa*. Le besoin de cet institut d'accueil pour enfants de travailleurs migrants est attesté par le nombre de pensionnaires. Les statistiques et données précises manquent, mais la presse nous apprend qu'en 1963 la *Casa* en accueille déjà une quarantaine.¹⁴ En 1966, les pensionnaires sont tellement nombreux que les locaux disponibles ne sont plus suffisants. L'institut se consacre alors à l'accueil des plus petits, alors que la *Casa San Francesco*, espace récréatif pour les jeunes du quartier, devient la deuxième 'maison', pour les plus âgés.

Notre témoin, le Père Vincenzo, arrivé au milieu des années 1960 chez les Frères capucins, confirme que les enfants sont principalement issus de migrants frontaliers, saisonniers et annuels, travaillant en Suisse, et qui ne peuvent pas bénéficier du droit au regroupement familial.¹⁵ Les stratégies familiales sont variées: à côté des nombreuses expériences de séjour illégal, les enfants sont souvent laissés dans le pays d'origine avec la mère ou auprès de la parenté. Si cela n'est pas possible – et c'est le cas qui nous intéresse ici – les enfants sont placés dans des instituts d'accueil.

La vingtaine de dossiers de pensionnaires que nous avons analysés¹⁶ sont hétérogènes et souvent lacunaires. Selon le Père Vincenzo, ils sont représentatifs de l'ensemble des hôtes de la *Casa*; faute d'accès à tous les dossiers, cette assertion n'a pu être vérifiée pour l'instant. Pour notre corpus de vingt dossiers, ouverts entre 1965 et 1994,¹⁷ la durée du placement varie d'une à plusieurs années et l'âge des pensionnaires s'échelonne entre 8 et 16 ans. Les raisons du placement sont définies par l'expression «Emigration» dans les formulaires standardisés, informatisés pour les années plus récentes. Par contre, la présence dans les dossiers de permis de saisonniers, tout comme les notices indiquant la profession des parents, nous indiquent que le placement n'est souvent pas tout à fait volontaire.¹⁸ Le cas de

14 *Rassegna di vita ossolana*, n. 47, 6 dicembre 1963, in: Ciurleo 2006, *op. cit.*, p. 77.

15 «Alcune delle famiglie si sono stabilite qui (a Domodossola) e andavano a lavorare in svizzera facendo i frontalieri. Però i figli avevano la fortuna di essere qui, in Italia. [...] Altre famiglie non potevano stabilirsi a Domodossola restavano nel paese d'origine, però il papà e la mamma, restavano in Svizzera per il lavoro, in tutti i cantoni. Il problema è molto delicato. I bambini non potevano per una legge elvetica seguire i genitori in Svizzera. Dove restavano? Al loro paese con i nonni senza vedere i genitori per un anno intero o più.» L'entretien a eu lieu au couvent des Frères capucins de Domodossola le 22 septembre 2012. Je remercie Padre Vincenzo pour sa disponibilité.

16 Les archives des Frères capucins ne sont pas ouvertes au public, mais j'ai pu consulter les dossiers sélectionnés par le Père Vincenzo. Pour des raisons de respect de la vie privée, les noms et prénoms des personnes sont abrégés. Les dossiers consultés concernent exclusivement des garçons. La section masculine était gérée par les Frères capucins, la section féminine par l'institut Orsolano, qui n'existe plus.

17 Les dates limites prennent en compte la date d'arrivée et la date de départ des pensionnaires; la majorité des dossiers date des années 1980.

18 Les parents de U. travaillent dans l'agriculture, branche reconnue comme saisonnière par l'OFIAMT. L'ordonnance de 1949 stipule que le permis A doit être octroyé le plus souvent possible dans ces

la famille de D. relaté ci-dessous est un exemple particulièrement représentatif du phénomène de désagrégation familiale induit par la politique helvétique.

L'enfant, arrivé à l'âge de 11 ans en septembre 1982, quitte l'institut en juin 1984 avec son frère cadet. Grâce au permis saisonnier octroyé par la police cantonale des étrangers de Berne en mars 1983, on dispose de quelques détails sur la situation professionnelle du père, occupé comme machiniste dans une entreprise de construction de la campagne bernoise. La couverture du permis rappelle au saisonnier ses droits et surtout ses devoirs.¹⁹ Autre document utile figurant au dossier, l'état de famille établi par la commune d'origine nous informe que la famille est bien plus nombreuse, car elle compte cinq enfants, tous nés dans la province de Teramo.

La mère ne travaille pas, du moins pas officiellement, mais elle vit toutefois en Suisse: sa présence est probablement illégale, ou rendue possible par un visa touristique. Deux plus grands enfants sont placés à la *Casa*, et deux filles cadettes de 7 et 5 ans sont restées en Italie et ne sont pas scolarisées; enfin, l'aînée de 16 ans n'est pas employée et vit en Suisse, on imagine aussi illégalement. La notice qu'on trouve au dos du formulaire d'inscription nous informe implicitement de la 'normalité' de cette configuration familiale:

Situation familiale: famille normale, nombreuse, partie à l'étranger pour des raisons de travail, travail saisonnier, certains enfants sont avec les grands-parents au pays, deux sont pensionnaires ici, les plus grands sont placés afin de fréquenter les écoles intermédiaires dans un lieu plus proche des parents, situation normale.²⁰

L'intérêt particulier de ce type de documents, apparemment très synthétiques, réside dans le fait d'attester de l'expérience de séparation et d'illégalité d'une partie de la famille. A ce jour en effet, ce phénomène n'est recensé que par le biais de brochures et documentaires militants, qui visent à dénoncer ces situations, ou par le recueil de témoignages d'enfants de migrants qui valorisent la mémoire et permettent l'élaboration de l'expérience traumatique.²¹ D'autre part, la complexité des stratégies des migrants est ici confirmée. Il ne s'agit pas de décider de manière simpliste entre l'illégalité, le placement ou la garde des enfants auprès de la parenté au pays d'origine. Plus souvent, il s'agit d'une combinaison de solutions familiales temporaires, constamment modifiée. L'impossibilité d'un développement équilibré dans un cadre familial stable est évidente, déniait à l'enfant des droits internatio-

branches; cela nous amène à déduire qu'ils sont les deux saisonniers. Cela expliquerait indirectement le placement de l'enfant dans l'institut. Dans le cas de la famille de D. qui va suivre on a par contre la photocopie du permis.

19 Le permis indique une date d'entrée au 11 mars 1983 et une validité jusqu'au 11 décembre 1983, soit 9 mois.

20 «Situazione familiare», Dossier de l'élève G., Archives privées des Frères capucins, Domodossola.

21 C'est le cas des travaux de Marina Frigerio Martina. Cf. note 3.

nalement reconnus à l'époque: «La famille est l'élément naturel et fondamental de la société et a droit à la protection de la société et de l'Etat.»²²

Autre exemple, la trajectoire de L. suggère une mobilité constante de ces enfants placés. L. a en effet effectué toute son école primaire auprès de l'*Istituto Svizzero della Provvidenza* de Lucino, à Côme, un autre établissement de placement à la frontière tessino-italienne, dirigé par des religieuses. Une lettre envoyée par la mère supérieure au Père Michelangelo en 1981 atteste du transfert auprès de la *Casa* de Domodossola, qui peut accueillir des enfants plus âgés.²³ Dans le dossier, on retrouve aussi une lettre des parents de l'enfant, qui, ayant eu connaissance du transfert d'autres pensionnaires, souhaitent que leur propre enfant ne perde pas les quelques relations stables tissées lors du séjour précédent.²⁴ Un certificat de résidence nous permet de comprendre qu'il ne s'agit pas d'une famille de saisonniers;²⁵ la notice retrouvée dans le dossier explique que l'enfant est placé à cause de l'impossibilité «d'assistance pour raisons de travail» et de l'«émigration des parents» qui habitent le canton de Zurich. L'enfant est placé auprès de l'institut de Domodossola pour fréquenter les écoles intermédiaires. Ce cas révèle que le placement n'est pas toujours motivé par l'interdiction au regroupement familial; les entraves à la possibilité de bien élever son enfant en Suisse ne sont pas seulement de nature légale mais aussi économique, sociale, culturelle, linguistique. Les difficultés des enfants migrants en termes de scolarité et d'intégration sont attestées par de nombreux travaux scientifiques.²⁶ Dans les années 1970, la politique d'assimilation prônée par la Suisse entrave en effet une intégration respectueuse de l'identité culturelle de l'enfant du migrant.²⁷

Il est possible d'entrer plus en profondeur dans l'expérience des enfants ainsi placés en consultant les bulletins scolaires parfois présents dans les dossiers. F., né en 1971 à Münsingen, est l'enfant d'un agriculteur. Lors de la naissance d'une pe-

22 Déclaration universelle des droits de l'Homme, 1948. Article 16, Alinéa 3. En ligne sur le site de l'ONU: <http://www.un.org>, consulté le 4 mai 2013.

23 «Dichiaro che il ragazzo [...] nato a Bülach il [...] 1970, ospite di questo Pio Istituto per tutto il ciclo delle Scuole elementari ha fatto al sua Prima comunione il giorno 8 aprile 1979. Durante questo ultimo anno scolastico si è preparato a ricevere la Cresima con lo studio del Catechismo e l'impegno di una condotta lodevole. In fede, la Superiora. Adriana Ravizza», Dossier de l'élève L., Archives privées des Frères Capucins, Domodossola.

24 «Ora chiedo a voi se avete un posto per mio figlio. Ora abbiamo saputo che dallo stesso collegio dov'è mio figlio avete preso altri bambini. Saremmo contenti dato che anche lui se fatto tanti amici e così si trova a suo agio», Bülach 08.02.1981, Dossier de l'élève L., Archives privées des Frères Capucins, Domodossola.

25 Selon le consul général, le père réside en Suisse de manière stable depuis 1961. *Certificat de résidence*, 1961, Dossier de l'élève L., Archives privées des Frères capucins, Domodossola.

26 Armin Gretler et al. (dir.), *Etre migrant. Approches des problèmes socio-culturels et linguistiques des enfants migrants en Suisse*, Berne: Peter Lang, 1981.

27 Cf. la source publiée: Problèmes actuels de la politique de l'éducation, in: *Bulletin du Centre suisse de documentation en matière d'enseignement et d'éducation*, 48 (septembre-décembre 1973), p. 1.

tite sœur en 1979, il est envoyé à l'âge de 8 ans auprès des Frères de Domodossola, peut-être faute de place, de temps ou d'un problème d'intégration dans l'école primaire suisse. Il est difficile de reconstituer précisément cette trajectoire en raison de contradictions dans les données. Il semblerait que F. ait accompli toutes les écoles primaires à Domodossola, logé auprès de la *Casa*, et qu'il ait été placé ensuite dans une école suisse. Dans les bulletins scolaires qui nous sont parvenus, on découvre que les enseignants attribuent les difficultés d'expression et de coordination de l'enfant placé à des «carences affectives». Voici une traduction partielle de ce premier bulletin:

Sa situation environnementale extrascolaire particulière ne lui a pas permis d'atteindre une certaine capacité de coordination motrice. Plutôt fermé et peu expressif, il s'adapte avec une certaine difficulté à la vie de groupe même s'il apparaît désireux d'y participer et de s'y intégrer. Le processus de socialisation est ralenti par des carences affectives particulières, toutefois, par rapport aux mois précédents il démontre une certaine sérénité et une ouverture relative à la vie de groupe. [...] Il est admis en deuxième classe. Le 6 juin, (1978?)²⁸

L'enfant, passif et fermé, est présenté comme plutôt agressif et impulsif au cours des années suivantes. A nouveau, les enseignants attribuent son comportement à sa situation familiale.

L'enfant a acquis cette année une confiance majeure et démontre un contrôle croissant de son émotivité, même si quelquefois émerge la tendance à des réactions impulsives de colère ou de découragement. [...] Toutefois, toutes ces dernières manifestations sont en lien avec des moments précis de sa vie scolaire et affective: par exemple l'attente de la venue des parents ... (1979?)

[...] le tempérament versatile de l'enfant lui a permis de s'adapter aux situations dans lesquelles il s'est retrouvé suite à l'enlèvement de la famille et de la naissance d'une petite sœur (1980?, il est admis en classe IV).

Mesurer les effets psychologiques d'une telle expérience de séparation ne relève pas du travail de l'historien. Toutefois, il est important de relever le sentiment de solitude et d'insécurité des enfants, exprimé dans les recueils de témoignages.²⁹ Les différents acteurs de soutien sont conscients de la gravité du problème de la séparation familiale et du caractère temporaire de cette situation. Enfin, lors d'entretiens avec les familles migrantes, j'ai pu vérifier cette dimension provisoire du projet migratoire, qui prévoit souvent un retour. En réalité, celui-ci n'a souvent pas lieu, mais il implique une scolarisation des enfants dans le pays d'origine afin de privilégier et faciliter une future réintégration dans la communauté de départ.

28 Valutazione trimestrale adeguatamente informativa sul livello globale di maturazione raggiunto, Dossier de l'élève L., Archives privées des Frères capucins, Domodossola.

29 Marina Frigerio Martina, *op. cit.*, p. 31 es.

Ainsi, dans tous les cas examinés, le placement des orphelins de frontière reflète une déstabilisation de toute la famille sur une longue période.

Quelle protection pour la famille et l'enfance migrante?

Cet article focalisant sur les stratégies familiales des migrants, nous avons volontairement omis de traiter des placements gérés directement par les autorités helvétiques. Si les arrangements familiaux privés dans le cadre de familles 'normales' sont censés échapper à l'emprise de l'Etat libéral, ces stratégies témoignent néanmoins d'un espace de précarité induit par ce même Etat: les politiques migratoires sont en effet clairement responsables de ces placements à la frontière.

Au lendemain de la Seconde Guerre mondiale, la Suisse a un important besoin de main-d'œuvre. Mais le souci de sélection, la peur d'une surpopulation étrangère et la volonté de défendre le marché du travail intérieur amènent les autorités à élaborer une politique de rotation basée sur l'octroi de permis de séjour temporaires, strictement liés aux contrats de travail. Au centre de cette politique, le permis de saisonnier, qui instaure un encadrement strict du travail sans garantir protection sociale conséquente.

De son côté, l'Italie est le théâtre d'importantes transformations économiques et sociales. Les déséquilibres de la Péninsule influencent les mouvements migratoires et, aux flux internes d'exode rural, s'ajoutent ceux vers d'autres pays européens, dont la Suisse. La crise de l'après-guerre incite le gouvernement italien à favoriser l'émigration des chômeurs et des ressortissants moins formés, afin de réduire les tensions sociales et de profiter des envois de fonds des Italiens émigrés.

Les intérêts des deux Etats amènent ainsi à des accords internationaux sur la main-d'œuvre.³⁰ Pendant les négociations de la Convention établie en 1952,³¹ l'Etat italien essaie d'améliorer les mesures de sécurité sociale et les conditions pour l'obtention du regroupement familial. Malgré ces tentatives minimales, les difficultés restent considérables et induisent les migrants à adopter différentes stratégies familiales d'urgence.

Le placement des enfants de migrants permet de mettre en évidence les discriminations à l'égard des familles migrantes, qui ont participé au développement économique de la Suisse et à la reconstruction italienne. Le droit de l'étranger à une vie familiale normale n'étant pas reconnu en termes clairs et précis dans les

30 L'accord italo-suisse de 1948 relatif à l'émigration de travailleurs italiens en Suisse, révisé en 1964, permet de reconstruire l'évolution du droit au regroupement familial.

31 Un point de discussion, dans le cadre de la Convention, porte précisément sur les allocations pour les enfants restés en Italie.

textes juridiques nationaux ou internationaux,³² on assiste à un décalage entre citoyens à part entière et travailleurs migrants dans ce domaine.³³ Si les étrangers sont insérés dans le processus de production et participent à la sécurité sociale du pays d'accueil par le moyen des cotisations, ils n'accèdent toutefois pas à la citoyenneté sociale et donc à une véritable intégration.³⁴

L'interdiction du regroupement familial par l'Etat helvétique se combine avec l'absence de protection des émigrants de la part de l'Etat italien. De ce fait, l'espace de la frontière se révèle une zone grise, en marge des politiques de sécurité sociale des deux Etats-nations. Dans cet espace de précarité, l'Eglise, acteur traditionnel dans l'accueil des orphelins et dans le soutien des migrants, intervient pour pallier le manque de protection sociale de l'Etat-nation envers ses citoyens 'doublement absents'.³⁵

Le cas des Frères capucins de Domodossola le confirme et n'est pas une exception. Le dossier de L. nous a également permis de repérer des liens entre différents instituts d'accueil d'enfants de migrants, confirmant la présence d'un réseau religieux. De plus, dans les dossiers d'enfants d'Italiens nés en Suisse (près de la moitié des vingt dossiers consultés), on retrouve les certificats de baptême, de communion et de confirmation, octroyés par les *Missioni Cattoliche* en Suisse.³⁶ Il s'agit de certificats qui attestent la foi ou au moins la 'culture catholique' de la famille accueillie dans l'institut, mais surtout de la collaboration entre des acteurs religieux en Suisse et en Italie. A différentes échelles, de nombreux acteurs religieux collectifs et individuels s'activent par conséquent autour du phénomène migratoire, plus précisément pour la protection de l'enfance migrante dans cet espace des frontières.

L'interdiction du regroupement familial, les difficultés d'intégration, l'absence de droits sociaux (logement, scolarisation dans un pays étranger), et le caractère

32 Milène Nys, *L'immigration familiale à l'épreuve du droit. Le droit de l'étranger à mener une vie familiale normale*, Bruxelles: Bruylant, 2002, p. 2, thèse de doctorat en droit, Université Libre de Bruxelles: .

33 Malgré les conditions sévères mises au regroupement familial, l'administration helvétique ne peut pas empêcher l'établissement de familles italiennes. Face aux problèmes croissants d'intégration, les élites helvétiques réalisent l'importance de passer à une politique de stabilisation, toutefois lacunaire au niveau de la protection de la famille. Au cours des années 1960, la problématique de l'intégration des étrangers et de la situation de leurs enfants émerge dans l'espace public. La participation de la Suisse, représentée par le chef de la police des étrangers, à un colloque international de 1973, est un signe tangible. Centre international de l'enfance, *Les enfants de travailleurs migrants en Europe*, Colloque international organisé à Paris 19–22 mars 1973, Les Editions ESF, 1974.

34 Jean-Pierre Tabin, *Les paradoxes de l'intégration. Essai sur le rôle de la non-intégration des étrangers pour l'intégration de la société nationale*, Lausanne; Antipodes, 1999, p. 123.

35 L'expression est empruntée à Abdelmalek Sayad, *L'immigration ou les paradoxes de l'altérité*, Bruxelles: Editions Universitaires De Boeck-Wesmael, 1991.

36 Pour plus d'informations sur le rôle des *Missioni cattoliche* en Suisse, voir Paolo Barcella, *Emigrati italiani e missioni cattoliche in Svizzera (1945–1975)*.

provisoire du projet migratoire sont autant de raisons qui aboutissent au placement des enfants de migrants italiens dans des établissements religieux à la frontière. L'Eglise pallie les manques de l'assistance publique et entre en compétition avec les associations laïques de soutien aux migrants. Il semble ainsi de plus en plus nécessaire, dans le contexte de mobilité actuelle, et par souci de compréhension historique, d'engager une réflexion autour des droits sociaux des migrants et des mineurs qui les accompagnent.

Cette étude de cas suscite de nouvelles questions. Elles portent sur le vécu du placement par les enfants mêmes, sur les liens conservés avec les parents malgré la distance et sur l'impact du placement sur le destin des enfants en termes de difficultés persistantes ou de résilience. J'espère les explorer dans mon travail de thèse à partir des entretiens.

Le Village Pestalozzi, un modèle de communauté d'enfants pour l'Europe: entre utopie pédagogique et propagande politique, 1944–1954

Mathias Gardet et Martine Ruchat

Depuis le XVIII^e siècle, la Suisse a fait de la pédagogie une de ses spécialités grâce à ses grands pédagogues et à leurs modèles. Mondialement connues sont les figures de Johan Heinrich Pestalozzi, Philipp Emmanuel von Fellenberg, Johan-Jakob Guggenbühl, Edouard Claparède, Adolphe Ferrière, Jean Piaget et leurs établissements respectifs: le Neuhoff, Hofwyl, l'Institut de l'Abendberg, l'Institut Jean-Jacques Rousseau et la Maison des Petits, le Home chez Nous, l'Ecole des sciences de l'éducation. S'est aussi ajoutée depuis 1863 la Croix-Rouge, modèle d'intervention en matière de conflits jusque et y compris auprès des civils et des enfants.¹ Il restait à glisser dans ce panthéon le Village Pestalozzi de Trogen, conçu en 1944 par Walter Corti (1910–1990), en soulignant ce qui tient de l'histoire politique et ce qui relève de l'histoire de l'éducation spéciale.

L'histoire des communautés d'enfants est devenue, depuis 2010, un objet de recherche pour le Laboratoire d'histoire culturelle et sociale de la Faculté de psychologie et des sciences de l'éducation de l'Université de Genève et pour le Centre interdisciplinaire de recherche, culture, éducation, formation, travail (CIRCEFT) de l'Université Paris 8, comblant ainsi l'absence de travaux sur cette période de l'éducation spéciale internationale.² Les archives de l'UNESCO, celles d'autres ONG comme l'Œuvre de secours aux enfants (OSE), les Semaines d'études pour l'enfance victime de la guerre (SEPEG), l'Union internationale de protection de l'enfance (UIPE), l'Union internationale de secours aux enfants (UISE) notamment, ainsi que celles des établissements d'éducation donnent à voir, dès la Seconde Guerre Mondiale, un nouveau modèle éducatif. Reposant sur la tradition des internats correctionnels, du Neuhof de Pestalozzi au XVIII^e siècle à la *George Junior Republic* à Freeville (Etat de New York) de William Reuben George au XIX^e siècle, il offre un syncrétisme pédagogique, entre éducation nouvelle et pédagogie sociale: le *self-government*, appliqué aux enfants victimes de la guerre. Pendant une dizaine d'années, la «communauté d'enfants» apparaîtra comme une pratique éducative origi-

1 Martine Ruchat, «On a beaucoup à dire, et peu à raconter». Correspondance entre Romain Rolland et Frédéric Ferrière 1914–1924, in: *Romain Rolland et la Suisse*, Revue *Etudes de Lettre*, n° 291 (2012/3), pp. 143–172.

2 Voir <http://plone2.unige.ch/aref2010> et ISCHE 34, 2011.

nale et un projet politique, qui s'éloigneraient de l'éducation philanthropique tout en renouant avec le courant de l'éducation nouvelle en perte de vitesse dans l'après-guerre, en proposant un modèle d'éducation internationale.³

Notre article vise à montrer l'origine de la communauté d'enfants qu'a été le Village Pestalozzi de Trogen (Appenzell RE), son utilisation politique, sa diffusion et sa distorsion entraînant sa disparition comme modèle éducatif pacifiste et démocratique, ne laissant qu'une idée politique: celle de la Suisse, modèle de fédération et pays d'accueil. Grâce aux archives du XX^e siècle (photographies de presse, émissions de radio, ciné-journaux,⁴ films⁵), l'accent a aussi été mis sur l'usage médiatique de la communauté d'enfant internationale comme modèle pédagogique et politique.

Construire un monde nouveau par l'éducation internationale

Ce n'est pas seulement une idée, mais un projet, qui se révèle lorsque Walter Corti rédige son manifeste le 1^{er} août 1944 dans la revue *DU* dont il est le rédacteur.⁶ Son article, «Un village pour les enfants malheureux», est un appel pour venir en aide aux enfants victimes de la guerre: des enfants estropiés, infirmes, malades, contagieux, névrosés de guerre, menacés de tuberculose, lesquels pourraient bénéficier non seulement d'un abri, mais aussi – et surtout – des avancées de la science et de la médecine. Ancien étudiant en médecine, passionné de philosophie de la responsabilité, Corti veut s'engager à construire un monde nouveau. Il s'entoure d'amis, Hans Fischli, architecte de Zurich, Marie Meierhofer, connue sur les bancs de la Faculté, Elisabeth Rotten, quaker engagée et vice-présidente de la *New-education Fellowship*. L'originalité de leur projet, son «esprit», est de concevoir une fédération d'enfants de différentes nations tout en respectant la langue et les coutumes du pays d'origine. Chaque maison nationale comprend huit garçons et huit filles, et un couple éducatif (un «père» instituteur et une «mère» auxiliaire familiale), de la même origine nationale.⁷ S'y exercerait une éducation pacifique dans la tradition

3 Daniel Hameline a souligné ce déclin: «Après la Seconde guerre mondiale, la Ligue [internationale pour l'éducation nouvelle] ne parviendra pas vraiment à renaître. Le temps du cosmopolitisme militant a fait place à la période d'organisation mondiale des grands programmes d'éducation (UNESCO, 1946) et à la politique des Blocs relayée, à l'Ouest, par les conflits idéologiques que cette politique exacerbe», *L'éducation dans le miroir du temps*, Lausanne: Editions des sentiers, 2002, p. 240.

4 Vingt-trois ciné-journaux sont conservés aux archives de la RTS à Lausanne.

5 *Everybody's Child*, Réal.: Othmar Gurtner en nitrate/990 m; *Unser Dorf*, Réal.: Leopold Lindtberg, 1953 Suisse, Grande-Bretagne; *Ein Dorf für den Frieden: das internationale Kinderdorf*, Réal.: Hans Zickendraht, 1971 Suisse; *Village Pestalozzi Let Us Light*, Réal.: Phil Dänzer.

6 Urs Knoblauch, 60 Jahre Kinderdorf Pestalozzi in Trogen – ein Beispiel der humanitären Schweiz, in: *Horizons et débats*, 7^e année, n° 14 (16 avril 2007) p. 4.

7 Archives de l'UNESCO, ED/Conf.1/21 Rapport de M. Fritz Wetzel, directeur du village d'enfants Pestalozzi à Trogen, lors de la rencontre des directeurs de villages d'enfants de juillet 1948.

de l'éducation nouvelle. Un gouvernement supranational, l'assemblée d'enfants représentants les différentes maisons, incarnerait le modèle démocratique. Il semblerait, selon Martin Naef, qu'entre 1945 et 1946, Corti et Paulus Geheeb de l'*Odenwaldschule* aient discuté ensemble, à plusieurs reprises, du projet.⁸ Geheeb aurait même envisagé de rejoindre Corti et d'en être le premier directeur.⁹ Ce qui l'intéressait alors n'était pas tant la question du *self-government* que l'opportunité de faire de Trogen un modèle d'une culture mondiale basée sur le respect mutuel et la compréhension. C'est Fritz Wetzel qui est placé au départ à la tête du village et sur lequel nous n'avons pour le moment aucune information.

Parallèlement, depuis 1944, la question de la formation des éducateurs de home d'enfants victimes de la guerre se pose. L'OSE cherche à former des éducateurs de maisons d'enfants juifs,¹⁰ l'UIPE et les SEPEG s'en préoccupent aussi. C'est alors que se crée à Genève un Cours international pour les moniteurs de home d'enfants victimes de la guerre, sis à la Grande Boissière, 60, route de Chêne.¹¹ Il s'agit, selon le but que s'était assigné son fondateur, André Oltramare (1884–1947),¹² de participer à «l'amitié internationale et la compréhension mutuelle des peuples».¹³ Ce cours, dirigé par Guy Rieser (1911–2008), professeur au collège de Genève, sera donné par plusieurs professeurs de l'Ecole des sciences de l'éducation mais aussi, dès les années suivantes, par des représentants français des Centres d'entraînement aux méthodes d'éducation active (CEMEA).¹⁴ L'objectif est d'enrichir la culture sociale et internationale des participants et de «former une communauté familiale, basée sur le *self-government* dans une atmosphère de franche camaraderie inspirée de l'idéal de servir».¹⁵ Cette communauté est internationale et regroupe des

8 Oso, *Odenwald Schule Ober-Hambach*, est le nom de l'école fondée et dirigée par Paulus Geheeb – ancien directeur de l'établissement de Haubinda créée par Hermann Lietz en 1901 – et sa femme Edith (née Cassirer), qui s'ouvre en 1910. Avec la prise du pouvoir des nazis, les Geheeb et 24 élèves quittent l'Allemagne pour la Suisse et fondent l'Ecole d'humanité en 1934. Après une tentative de fusion avec l'école Ferrer de Lausanne, ils s'installent à Goldern (BE).

9 Courriel de Martin Naef, spécialiste de Geheeb et de l'Oso, à Martine Ruchat du 31 mai 2010.

10 Elle soutient ainsi l'initiative d'Isaac Pougatch (1897–1988), ancien directeur du chantier rural géré par les éclaireurs israélites de France et l'OSE à Charry (Tarn et Garonne, de mars 1941 à décembre 1942), puis délégué en Suisse par les Résistants juifs, pour s'occuper des enfants réfugiés, jusqu'à fin 1945. De retour à Paris, il fonde en 1946, à Plessis Tréville, le centre de formation de moniteurs pour maisons d'enfants de déportés et pour les mouvements de jeunesse, qui durera quatre ans.

11 G. Heller, C. Pahud, P. Bossy, P. Avanzino, *La passion d'éduquer. Genèse de l'éducation spécialisée en Suisse romande, 1954–1964*, Lausanne: EESP, 2004, pp. 72–73.

12 Ancien professeur de latin au collège, ancien chef du Département de l'instruction publique, il a été professeur de langue et de littérature latines à l'Université de Genève et conseiller national.

13 *Le Home*, organe officiel des anciens élèves du Cours de moniteurs pour homes d'enfants victime de la guerre, n° 2, 1947, †Professeur André Oltramare, p. 2.

14 Martine Ruchat, *Le cours international de moniteurs pour home d'enfants victimes de la guerre: une formation originale pour le «rapprochement des peuples», 1944–1956*, AREF, 2010.

15 Archives de l'UNESCO, 371.935(04). Fondation Archives Institut J.-J. Rousseau, Genève, Archives de Raymond Uldry, Cours international de moniteurs de Genève. Lettre de l'Association des Anciens

jeunes gens entre 18 et 30 ans venant de plusieurs pays (France, Grèce, Hongrie, Italie, Pologne).

En janvier 1946 est créée l'Association Village Pestalozzi. On y trouve, entre autres, dans le comité, Adolphe Ferrière, le grand militant de l'éducation nouvelle. En avril de la même année, lors du 200^e anniversaire de la naissance de Pestalozzi, la première pierre est posée. Parmi les principaux fondateurs, il y a non seulement la commune même de Trogen qui offre le terrain, mais aussi la Fondation *Pro Juventute*. Les premiers trente-cinq enfants du village de Saint-Lo, en Basse-Normandie, peuvent alors arriver, envoyés par la Croix-Rouge par l'intermédiaire de la *New Education Fellowship*.¹⁶ Et Trogen peut recevoir en stage les élèves du cours international genevois.

Un village suisse alémanique à la mesure d'une Europe rêvée

L'image de la Suisse comme terre d'accueil fait partie d'une tradition. Lors de la Première Guerre mondiale un réseau important d'œuvres pour l'enfance avait été déployée (Croix-Rouge Suisse, UIPE, Secours catholique français, «Sauvez les enfants», la «Société des amis» notamment) visant l'hospitalisation ou l'accueil pour des séjours en Suisse ainsi que le soutien de projets d'aide sociale et médicale. La contribution du gouvernement helvétique au relèvement de l'Europe, après la Seconde Guerre mondiale, s'inscrit donc dans cette même logique de politique humanitaire.

Avec la création de l'UNESCO en 1945, un des axes privilégiés pour cette reconstruction européenne, et en particulier pour la prise en charge des enfants victimes du conflit, est l'éducation. En mai 1947, quinze organisations, parmi lesquelles figure en bonne place le Don suisse, organisation créée par le Conseil fédéral en 1944 pour venir en aide aux victimes de la guerre,¹⁷ se réunissent en son sein dans le but de fonder un *Temporary international council for educational reconstruction*

élèves du cours de moniteurs, le président G. Cohen à J. Guiton, chef de la section d'éducation, 18 février 1948.

16 *Le courrier de l'UNESCO*, mai 1948. La *New Education Fellowship* est l'association du mouvement de l'éducation nouvelle créée lors du congrès de Calais en 1921 et qui édite la revue *Pour l'Ere Nouvelle*. Dans les fondateurs, il y a Béatrice Ensor, Rotten et Ferrière. Elle organisera de nombreuses conférences.

17 En 1945, le Conseil fédéral verse un montant important de dons (50 millions) pour l'aide et la reconstruction dans les régions détruites par la guerre, en y ajoutant 150 millions supplémentaires sur la base d'une décision du Conseil fédéral comme cotisation versée aux pays endommagés par la guerre». Knoblauch 2007, *op. cit.* Le «Don suisse» comprend aussi de l'argent provenant du *National Emergency Fund* et de la section canadienne de l'*Unitarian Service Committee*. Fondation Archives Institut J.-J. Rousseau, Genève, Archives de Raymond Uldry, Réunion du comité du cours de moniteurs, Genève, le 18 décembre 1947.

(TICER).¹⁸ Ce relèvement de l'éducation est soutenu par des fonds américains importants, puisqu'en 1946 la Fédération américaine a déjà donné la somme d'environ 46'887 dollars. Le projet prend de l'ampleur en s'appuyant sur le département de la reconstruction mis en place dès janvier 1947 et dirigé par le Polonais Bernard Drzewieski (1888–1953). Cet ancien proviseur de lycée est reconnu comme un spécialiste des questions pédagogiques.¹⁹

Entre mai et septembre 1947, Drzewieski effectue une tournée dans toute l'Europe pour dresser un bilan de la situation des différents pays en matière d'éducation et proposer des orientations pour la première séance du TICER qui se réunit à Paris à la Maison de l'UNESCO, 19 avenue Kléber, les 23 et 24 septembre. Si le constat est alarmiste – l'aide apportée jusqu'alors ne représentant qu'«une goutte dans l'océan des besoins» – il rend hommage au Don suisse pour son soutien économique à la Tchécoslovaquie et à la Pologne, et rend compte d'une visite effectuée au Village Pestalozzi de Trogen qu'il érige en exemple, même si on y «soigne une centaine d'enfants seulement, alors que les orphelins se comptent par millions». ²⁰ Trogen, dirigé dès 1947 par Arthur Bill – ancien maître primaire à Hoffwyl, pilote militaire au début de la guerre et colonel d'état-major des troupes aériennes –, incarne l'image rêvée d'un «avant-après»: l'avant étant la situation misérable de l'éducation (écoles en ruine, classes données dans des caves, toits détruits, terrain de football sur un cimetière d'ossements; scène illustrées par les photographies de David Seymour (1911–1956) et qui donneront lieu à la publication d'un ouvrage largement diffusé et publié dans plusieurs langues *Enfants sans foyer* et *Enfants d'Europe* édité par l'UNESCO en 1949); l'après étant ce village de chalets en bois (avec chauffage central) offrant, au milieu d'un paysage montagnard, la vision bucolique de grands champs où paissent des vaches bien grasses, caquètent des poules et trottent des chevaux de trait.

18 La Suisse est présente dans le TICER à travers le Conseil international des Femmes (basé à Zurich), le Comité international pour le Placement des intellectuels réfugiés (dont le secrétariat est à Genève), ainsi que la Ligue internationale de Protection de l'enfance, la Ligue des sociétés Croix-Rouge, l'Union OSE, l'Alliance universelle des Unions chrétiennes de Jeunes gens et l'Alliance universelle des Unions chrétiennes de Jeunes filles, le Conseil œcuménique des Eglises, le Fonds international de Secours aux Etudiants qui ont tous leur siège à Genève. *Operation TICER: spotlight on twenty-nine international voluntary organizations in the front line of educational reconstruction*. Paris: UNESCO, 1949.

19 Après ses études à l'Université de Genève, puis à la Sorbonne à Paris, il obtient un diplôme de littérature comparée de l'Université de Varsovie; à Londres dès 1940, représentant du département de l'éducation pour le gouvernement polonais en exil puis attaché culturel de son ambassade en 1945, il collabore avec le Conseil des ministres alliés de l'éducation et devient vice-président du comité exécutif qui décide de la création de l'UNESCO; il est le chef de file de la délégation polonaise lors de la première conférence générale de novembre 1946, avant de rejoindre le secrétariat en janvier 1947 comme chef de ce département.

20 Archives de l'UNESCO, IVO 3 Conf/Rec & Rech/SR 1.2.3.4, p. 7, PV de la première séance du 23 septembre 1947.

Drzewieski est suffisamment marqué par cette tournée pour consacrer une partie de son activité, l'année suivante, à l'organisation d'une rencontre internationale des directeurs de villages d'enfants sous les auspices de l'UNESCO et il choisit sans surprise comme lieu de réunion le village de Trogen. La rencontre se déroule du 5 au 10 juillet 1948, réunissant quatorze délégués appartenant à six pays différents, onze experts, originaires également de six pays, quatre participants à titres divers et douze observateurs venus de Suisse, Angleterre, Belgique, France, Hongrie, Italie, Norvège, Pologne, Etats-Unis et Chine.

Trogen, ce petit village, devient ainsi la référence internationale et le fer de lance de cette utopie onusienne de la paix par l'éducation ainsi que l'indique Rotten qui est invitée à inaugurer les débats. Selon elle, trois idées principales ont inspiré la fondation du village de Trogen:

Premièrement le désir de créer des foyers pour les enfants victimes de la guerre, [...]; en second lieu, le désir de démontrer que des enfants et des adultes de diverses nations, dont quelques-uns sont d'anciens ennemis, peuvent vivre ensemble dans un esprit de concorde, [...]. En troisième lieu, le désir de collaborer avec tous ceux qui se consacrent, dans divers pays, à une tâche semblable ...²¹

A l'issue de cette première rencontre est créée la Fédération internationale des communautés d'enfants (FICE), dont l'objectif est d'«unir les efforts des organisations éducatives ou rééducatives présentant un caractère permanent et fondées sur la participation active des enfants ou adolescents à la vie de la communauté, dans le cadre des méthodes d'éducation ou d'instruction modernes, et dans lesquelles la vie de famille se combine de diverses façons aux modalités de la vie collective».²² Malgré les différences de conceptions éducatives exprimées durant les débats, il va de soi que Trogen en sera le siège, Meierhofer est nommée trésorière et Rotten secrétaire.²³

Une philanthropie nouvelle: reconstruire l'image de la Suisse

C'est aussi à l'intérieur du pays que le modèle du Village Pestalozzi sera diffusé sous forme publicitaire. Trogen, petit village d'un petit pays, au centre de l'Europe, offre dans le désastre des conflits une «île de paix»²⁴ sur laquelle flottent au haut de leur mât les drapeaux des différents pays d'Europe avec, au centre, celui de la Suisse.

21 Archives de l'UNESCO/ED./CONF.1/SR.1, PV de la première séance tenue le 5 juillet 1948.

22 REC/CONF/9/3, p. 2.

23 Marco Hüttenmoser, Sabine Kleiner, *Marie Meierhofer 1909–1998. Ein Leben im Dienst der Kinder*, Baden : hier + jetzt, 2009; Georges Panchaud, *Le village d'enfants Pestalozzi à Trogen: une expérience pédagogique exceptionnelle*, Lausanne, tirés à part de *Etudes pédagogiques*, 1962.

24 Expression utilisée par Fritz Wetzel lors de la rencontre de Trogen.

Cette paix signifie aussi, dans la rhétorique des promoteurs et plus encore des successeurs, avoir été épargné par la guerre alors que tout autour l'Europe n'est que champ de ruines. Le peuple suisse redevable s'engage dans le relèvement de l'Europe et en particulier de l'éducation. Dans cette propagande, l'œuvre de Trogen devient un récit mythique, une sorte de roman moral, pour tous les écoliers suisses qui auront la joie d'y participer en allant vendre l'insigne de la coccinelle (750 000 sont vendus en 1946), des parts de forêts coupées mises en stères, des calendriers avec un bulletin de versement et le journal réalisé par les enfants de Trogen eux-mêmes: *Amitié-Freundschaft*. Les subsides proviennent du Don suisse (dont Rotten dirige depuis 1948 la division des relations culturelles), mais aussi des Américains et des Canadiens, sorte de dédouanement vis-à-vis des massacres. Or, déjà les fonds américains s'amenuisent: en 1948, la somme n'est plus que de 10 000 dollars pour des «bourses et subventions à des fins professionnelles aux pays ex-occupés». ²⁵ On crée alors à Trogen une commission spéciale appelée «centre d'initiative» dont l'objectif est de chercher de l'argent auprès des villes et des cantons, des entreprises privées (Migros, Ciba), des loges maçonniques (Alpina), des associations professionnelles et sportives, des écoles (à travers les départements cantonaux de l'Instruction publique) et de tout individu charitable qui subventionnerait la construction de nouvelles maisons. C'est aussi une politique sociale d'aide à la jeunesse qui s'y incarne. On organise des campagnes de presse (photographie, radio, télévision, cinéma) stimulant cette générosité helvétique. Ainsi la publicité sert doublement l'image du pays et le budget du village qui dépassera bien souvent les espérances.

Pendant quelques années, le Village Pestalozzi de Trogen devient un objet de propagande mêlant un rêve, celui de la paix entre nations, et plusieurs images de la Suisse (pays neutre, fédération de cantons, peuple généreux au secours des enfants malheureux dont la famille a été disloquée par la guerre). On souhaite que d'autres villages Pestalozzi s'ouvrent dans d'autres pays.

La réception du modèle en Europe

Le modèle de la communauté d'enfants incarné par Trogen, qui en devient le symbole incontesté, rencontre en Europe un fort engouement, d'autant plus que l'UNESCO coordonne une vaste campagne internationale de collecte en argent comptant et en nature (matériel scolaire, literies, mobiliers ...), relayée par certains organismes charitables de portée nationale comme le Don suisse, Rädä Barnen

25 Conseil international temporaire pour le relèvement de l'éducation. Conférence générale 1950. Activité du TICER en 1949 (UNESCO TICER Conf.5/3), Paris, 28 décembre 1949.

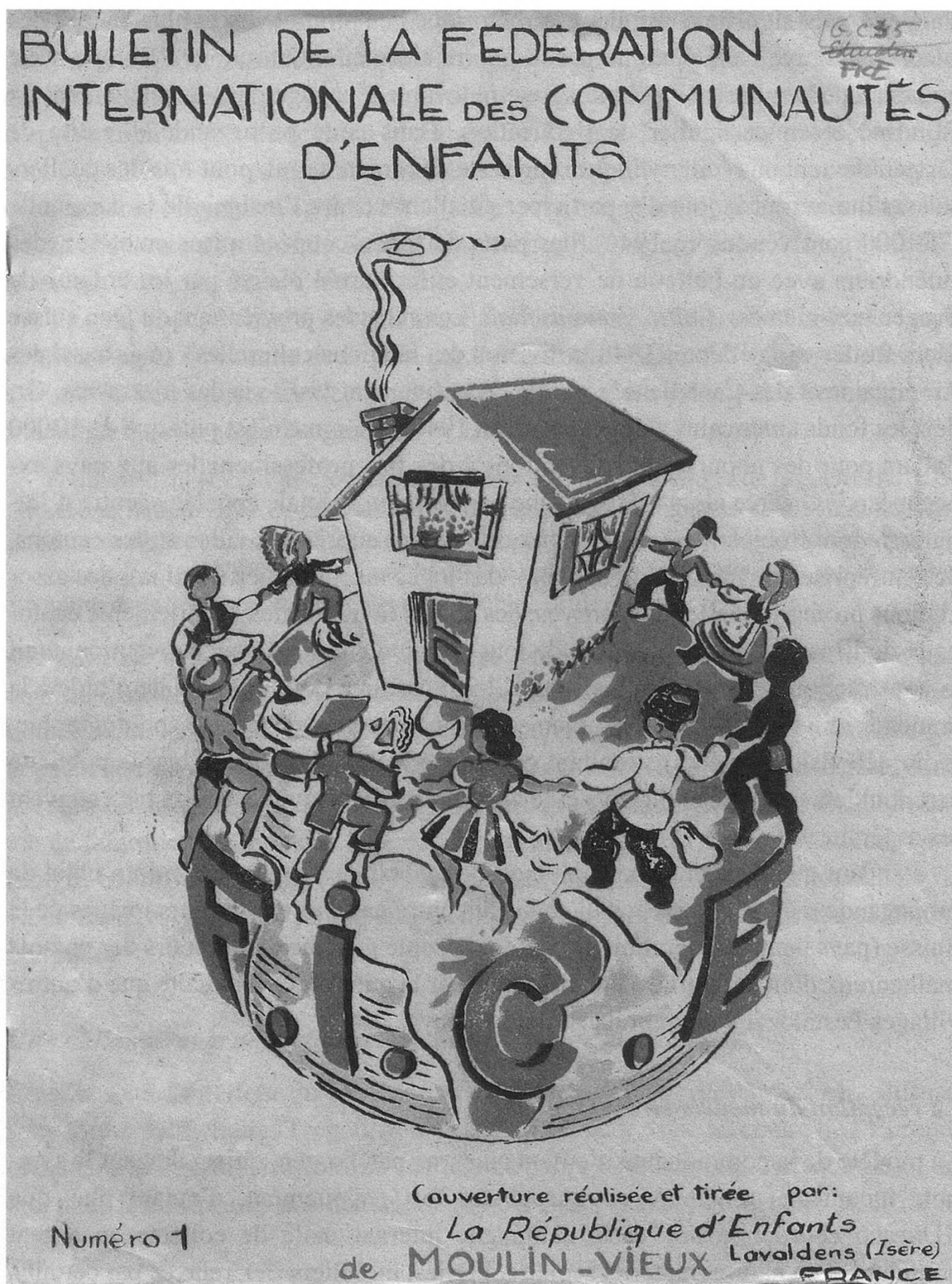


Figure 1: Couverture du premier bulletin de la FICE en 1950 figurant à la fois l'internationalisme du projet de Trogen et son idée de maisons nationales (Archives de l'Unesco, Genève).

(section suédoise de *Save the children* fondée en 1919), le Don canadien etc. Ces fonds et aides matérielles sont destinés en priorité aux collectifs d'enfants ayant adopté la formule de communauté d'enfants définie par la FICE lors de la rencontre de Trogen de juillet 1948; ces collectifs deviennent des avatars du Village Pestalozzi, reprenant presque mot pour mot la même allégorie de la métamorphose pour ces enfants arrivés en haillons, traumatisés par leur expérience de la guerre et retrouvant dans ces villages la paix et, par la force du collectif, un foyer, une vie familiale et une solidarité internationale. *Le Courrier de l'UNESCO* se fait l'écho de ces expériences et à chaque réunion de la FICE la liste des communautés, recensées et «adoubées» comme telles, s'allonge.

Dans le fonds «Adolphe Ferrière» de la Fondation Archives Institut J.-J. Rousseau à Genève, on peut ainsi consulter les nombreuses coupures de presse collectées par ce dernier dans les quotidiens suisses des années 1950, montrant le succès de la formule importée de toute pièce ou plaquée sur des expériences plus anciennes, mais qui affiche cette même volonté de sauvetage de l'enfance victime de la guerre et cette velléité de s'inscrire dans un mouvement internationaliste. Tour à tour sont mis en avant le *Villaggio del fanciullo* à Santa Marinella-Civitavecchia fondé par les prêtres Daniel Goens (Belge) et Don Antonio Rivolta, La *Scuola-città Pestalozzi* de Florence créée par le professeur de pédagogie Ernesto Codignola, le Village de Silvi Marina du père Don Guido Visendaz près de Rimini, *Gaudiopolis* (ville des garçons), *Filis Tildi* (ville des filles) et *Zoltana* (château des filles) fondées par le Pasteur Gabor Sztehlo (1909–1974), créateur de la «Fondation sociale Pax» de Budapest, la Cité de l'enfance à Charleroi et la Cité joyeuse de Molenbeek en Belgique,²⁶ le Village d'enfants de Zandbergen à Amersfoort en Hollande, créé par Anthonie Ortt, ancien officier de l'Armée, le Hameau-école de l'Ile-de-France à Longueuil-Annel (Oise, fondé en 1945 par le médecin-psychiatre Robert Préaut²⁷), le Rayon de soleil de Pomeyrol à Saint-Etienne-du-Grès ou encore la «République d'enfants de Moulin-Vieux» par Levaldens (Isère, fondée en 1944 par les instituteurs Henri et Henriette Julien) ...

Bien que l'adaptation ou la récupération du modèle de Trogen se combine de diverses façons, la référence suisse est omniprésente; les divers directeurs ont presque tous été à Trogen ou intégré par la suite la FICE, ils ont reçu pour la plupart des aides du Don suisse et certains ont été invités à enseigner dans le cours international de la Grande Boissière à Genève. C'est le cas de Geheeb, d'Ernest Jouhy-

26 Sylvain Wagon, *La cité joyeuse – foyer des orphelins de Molenbeek – Saint-Jean (Bruxelles: une préfiguration des communautés d'enfants et un laboratoire pédagogique d'éducation nouvelle?, AREF, 2010.*

27 Samuel Boussion, *La République d'enfants à l'épreuve de la pédagogie curative: Le Hameau-école de l'Ile-de-France (1945–1950), AREF, 2010.*

Jablonsky de Fontenay-aux-Roses, du couple Julien de Moulin Vieux, de Robert Préaut du Hameau-école de l'Ile-de-France et président de la FICE, de Jean Roger, président des CEMEA et directeur de l'ANCE dès 1949, de Jacques Dietz (meneur de chant au centre de rééducation de Ker Goat), d'Yves Kreuger, fondateur du centre de la Coûmes dans les Pyrénées, de l'abbé Goens.²⁸

La République d'enfants de Moulin-Vieux, en devenant le réceptacle du tout premier camp international pour enfants organisé en août 1949 (38 étrangers arrivés de différents pays: 5 Anglais, 2 Autrichiens, 3 Belges, 1 Finlandais, 6 Français – hors République –, 7 Hollandais, 7 Italiens, 5 Suédois, 2 Polonais de Trogen, des Allemands et des Danois), symbolise tellement la réplique française de Trogen qu'un film de propagande de 16 mn, tourné en 1950 par la Swiss cultural Films de Zurich, avec le label UNESCO, sous le nom de *Everybody's Child*, est en réalité un montage d'images fusionnées des deux communautés.

Cet unanimisme apparent autour d'un nouveau modèle pédagogique, pacifique et internationaliste, dont l'outil de marketing est le Village Pestalozzi de Trogen, se heurte cependant rapidement à la nouvelle conjoncture politique de la guerre froide. En 1949–1950, la FICE se trouve ainsi prise entre deux feux. Elle est accusée de sympathies pour le Bloc de l'Est, du fait de la présence de Drzewieski représentant toujours le gouvernement polonais; du choix contesté de Moulin-Vieux pour accueillir le premier camp international d'enfants, alors que le couple Julien est suspecté d'être membre du Parti communiste (des prises de position tranchées lors de ce camp ne font qu'apporter du grain à moudre à ces dires); et surtout de l'aide apportée par l'UNESCO via la FICE à des communautés recevant des enfants réfugiés grecs en Bulgarie, en Roumanie et en Tchécoslovaquie (alors que le nouveau gouvernement grec évoque plutôt l'idée de rapt d'enfants par les communistes grecs à la fin de la guerre civile et réclament leur retour au pays). A l'inverse, la FICE est petit à petit assimilée aux représentants du Bloc de l'Ouest comme en témoigneraient les financements canadiens et américains qui menacent de s'interrompre en cas de subvention accordée aux communautés d'enfants des pays de l'Est; même la présence active de l'Américain Carleton W. Wasburne (1889–1968), créateur de la méthode de Winnetka dans l'Illinois et chargé par les armées alliées de réorganiser l'éducation en Italie; tout comme la politique de la chaise vide adoptée par les représentants des pays de l'Est dans les instances de la FICE, au grand dam du président Robert Préaut qui affirme que sans eux, «cette 'internationale de l'enfance' que l'on veut créer ne mériterait pas véritablement son nom»¹²; et enfin, à partir de 1950, le «rapatriement» *manu militari* de tous les

28 Fondation Archives Institut J.-J. Rousseau, Genève, Archives de Raymond Uldry, Cours international de moniteurs de Genève. Rapport du 7^e cours, 20 mai 1948–10 février 1949.

enfants réfugiés de Hongrie et de Pologne qui avaient été placés au village de Trogen et qui en sont donc retirés.

Malgré le succès initial, le modèle suisse perd de son influence dès les années cinquante. Ainsi, le cours international pour moniteurs de home d'enfants victimes de la guerre (dit de la Grande Boissière) ferme ses portes. Et ceci malgré son bilan positif, malgré le soutien du *Journal de Genève*, s'inquiétant le 15 mai 1951 de la menace d'une fermeture de ce cours international dans la «grande tradition pédagogique et éducative de Genève et de la Suisse», malgré l'absence de lieu de formation pour les éducateurs en Suisse romande (l'école d'éducateurs de Lausanne n'ouvrira qu'en 1954), malgré les demandes de subsides américains et le signalement des difficultés financières par le comité directeur de la FICE. Il ne reste plus au directeur Ryser qu'à accorder des entretiens radiophoniques à Roger Nordmann dans l'émission «La Chaîne du bonheur» sur les communautés d'enfants. Malgré des inscriptions, le cours ne sera pas ouvert en automne 1951.

Une perte d'âme?

En 1950, dans une nouvelle version de son ouvrage sur *L'autonomie des écoliers*, qu'il avait consacré en 1921 aux expériences d'éducation nouvelle dans les établissements scolaires, Ferrière intègre ce nouveau modèle pédagogique en rajoutant comme sous-titre: «dans les communautés d'enfants». Il se félicite que l'après-guerre ait mis «en vedette» les villages d'enfants et les communautés,²⁹ tout en glissant quelques critiques: il y aurait dans celles-ci des directeurs «de l'espèce des marchands de soupe» (avec cette différence qu'au lieu d'exploiter des parents naïfs, ils émargent au budget d'œuvres sociales en faveur de l'enfance), ainsi que des «dames riches», «qui n'entendent goutte en matière de pédagogie» et «sont convaincues qu'elles font œuvre pie et se donnent des airs de douairières»; même chez les «idéalistes authentiques» le pragmatisme souvent s'impose, puisque «si vous les interrogez six mois avant l'ouverture de leurs colonies et six mois après, vous constaterez que leur ton a changé».³⁰

Ferrière propose ensuite un panorama international des communautés qui, selon lui, méritent l'attention des lecteurs de par leur innovation pédagogique. Il évoque Moulin-Vieux, la Cité des enfants de Hadjduhadhaza fondé par Zigmond Adam en Hongrie; il consacre un chapitre entier aux communautés d'enfants en Italie; il s'attarde sur l'Amérique en rappelant la tradition ancienne du village d'enfants de Dobbs Ferry dans l'Etat de New York (datant de 1851) ou celle du Boy's

29 A. Ferrière, *L'autonomie des écoliers dans les communautés d'enfants*, Genève, Delachaux & Niestlé, 1950, p. 11.

30 *Ibid.*, pp. 87-88.

Town fondé par le père Flanagan dans le Nebraska (en 1917); il poursuit son tour du monde des expériences notables en Asie avec la Cité des jeunes de Bombay, pour revenir sur l'Europe avec des initiatives allemandes, anglaises, françaises et hollandaises. S'interrogeant sur la place qu'occupe la Suisse dans ce tableau, il regrette alors qu'un certain nombre de réalisations signalées dans la première édition de son livre appartiennent dorénavant au passé. Il précise en note qu'il a choisi de ne pas mentionner ici le village d'enfants Pestalozzi, du fait «qu'un grand nombre de nationalités y disposent chacune d'une ou deux maisons; à elles seules les différences de langues constituent pour le moment un obstacle à une organisation commune de la part des enfants»³¹.

L'internationalisme affiché par Trogen devient, sous sa plume, davantage un obstacle qu'un ingrédient essentiel. La référence au Village Pestalozzi rencontre pour la première fois une baisse de popularité, comme si le mirage de cette «île de paix» s'estompait une fois la reconstruction en marche, rendant plus lointaines les horreurs de la guerre. L'article publié dans la revue française *Rééducation* de février 1950 par le père Goens (pourtant lui-même fondateur avec Don Antonio Rivolta de la *Repubblica dei ragazzi* de Civitavecchia et propagandiste des communautés d'enfants) est révélateur à cet égard. «Pour l'instant, écrit-il, nombre d'œuvres arborent cette étiquette [de village d'enfants]. Quelques fois on en gratifie un groupe d'institutions d'enfants, réunis dans un endroit isolé. L'ensemble prend l'allure d'un 'village'; et comme les enfants y sont nombreux, on l'appelle 'village d'enfants'. C'est ce qui est arrivé pour le Village Pestalozzi à Trogen, en Suisse.» Il remet en cause par la suite la «nouveau pédagogie» et le soi-disant système de *self-government* supposé y régner, puisque la proportion des adultes par rapport aux enfants y serait d'environ de 1 sur 4. Il critique le luxe des installations; «le confort de la vie de ces chalets», qui «paraît naturel à des Suisses étant donné leur standard de vie élevé», lui semble disproportionné par rapport au public visé, au risque «d'en faire des inadaptés» quand ils devront se réinsérer dans la société. Il conteste enfin le coût de l'entreprise et sa valeur de modèle: «L'idéalisme de ses créateurs et la générosité de ceux qui les ont aidés par leurs deniers, n'eussent-ils pas été davantage satisfaits, si l'on avait cherché à Trogen une solution viable partout ailleurs, même sans ressources extraordinaires, en un mot une solution pédagogique? Grâce à la générosité de ses créateurs, le Village Pestalozzi de Trogen demeure un 'symbole', celui du secours qui doit être apporté à l'enfance victime de la guerre. Très coûteux, il est regrettable qu'il ne cherche pas à évoluer vers une formule d'organisation moins symbolique, plus réaliste.»³²

31 *Ibid.*, pp. 90–142 et en particulier la note en bas de page, p. 142.

32 Daniel Goens, «Village d'enfants. Etiquette ou réalité?», *Rééducation*, n° 21, février 1950, pp. 19–20.

De fait, le village de Trogen perd petit à petit son caractère de centralité pour le mouvement des communautés d'enfants: dès 1949, les comités de direction de la FICE préfèrent se réunir à la Maison de l'UNESCO à Paris pour des raisons budgétaires, et pour ne pas laisser «à nos amis suisses seuls, la charge d'une fédération internationale», écrit son président Robert Préaut.³³ Le 27 août 1950, l'Association Village Pestalozzi est dissoute et remplacée par une Fondation qui, conformément au Code civil suisse, peut ainsi recevoir des legs et des dons, avec un comité de surveillance pour le contrôle des fonds. Celle-ci sera présidée par Walter Stampfli, un ancien conseiller fédéral; Rotten et Corti n'en font plus partie. Si le siège juridique de la FICE est maintenu à Trogen, son secrétariat administratif est déplacé à Paris pour se rapprocher du siège central de l'UNESCO. En contrepartie, Trogen gagne une «Maison de l'UNESCO», inaugurée en 1951 grâce à 25 000 dollars du Don canadien et à une somme équivalente donnée par l'Association Village Pestalozzi dissoute. Le 27 septembre 1950, Trogen est reconnu par la FICE, réunie à Lyon, comme une «communauté d'enfants» parmi les autres avec, pour la Suisse, le Home chez Nous et l'école d'Humanité de Geheeb: une consécration qui peut aussi être comprise comme une façon de la détronner de sa position exemplaire.

Ce revirement s'explique en partie par la fragmentation propre à la structuration de l'UNESCO et par ricochet de ses ONG, l'internationalisme prôné au lendemain de la guerre devant jongler avec les stratégies de chaque nation membre. En suscitant dès 1946 la création de commissions nationales, l'UNESCO se dote d'organes de liaison avec les différentes expériences qui se développent dans chaque pays, mais ces commissions doivent parfois se plier aux enjeux des politiques intérieures.³⁴

Il en va de même pour la FICE qui choisit, à partir de janvier 1949, de susciter la création d'associations nationales de communautés d'enfants. Dès les années 1949–1951, ces associations constituées en Belgique, en France, en Italie et en Suisse³⁵ vont s'éloigner de plus en plus nettement des orientations de Trogen. Pour le recensement des communautés d'enfants, il ne s'agit plus tant de traquer les collectivités répondant à la définition originale, mais de se positionner avec force dans le panorama des institutions prenant en charge les enfants inadaptés. En France par

33 Archives de l'UNESCO, 370.185 A01IFCC/106. Lettre de Préaut envoyée à A. Bill, R. de Cooman, E. Codignola, E. Rotten, 1948.

34 Mathias Gardet, *Les clubs Unesco ou comment fédérer un idéal*, Rapport pour la Fédération française des clubs Unesco, 1998; *Le modèle idéalisé des communautés d'enfants à l'épreuve de la réalité française, 1948–1955*, AREF, 2010.

35 En 1951, Bill est mis à la tête de l'Association suisse des communautés d'enfants, où on retrouve aussi Corti, Rotten, Meierhofer, la présidente de la sous-commission «Education et reconstruction» de la commission suisse de l'Unesco, l'ancien secrétaire général du Don suisse, le président de la société des instituteurs, Ryser et Ferrière.

exemple, entre 1949 et 1952, la question de la participation des enfants et des innovations pédagogiques exaltées à Trogen passe au second plan, pour défendre progressivement la constitution d'une organisation nationale regroupant les maisons d'enfants gérées principalement par des instituteurs spécialisés, revendiquant un idéal laïque et une place prépondérante du Ministère de l'éducation nationale, tant au niveau de la tutelle administrative et financière que de la formation du personnel.³⁶

La seconde raison de ce changement de positionnement à l'égard de Trogen est liée à l'évolution inévitable de la population d'enfants accueillie. La cause des enfants victimes de la Seconde Guerre mondiale et la nécessité de leur offrir en réparation une prise en charge éducative exemplaire rencontrent l'unanimité dans l'immédiat après-guerre, tous les pays européens se sentant touchés par cette question à caractère d'urgence. Dix ans plus tard, ces communautés sont appelées à disparaître ou à se reconverter à d'autres causes si elles souhaitent poursuivre leur action. Les cohortes d'enfants de la guerre, ces «sans foyers», estropiés, orphelins, déportés, réfugiés ont grandi et sont presque tous en âge de quitter ces lieux d'accueil. L'élan solidaire et les financements internationaux qui découlaient de cette conjoncture exceptionnelle sont eux aussi appelés à disparaître, d'autant que les crispations de la guerre froide ont dévoilé de nombreuses dissensions. S'il est possible d'observer au sein de la FICE un glissement relativement consensuel du problème des enfants victimes du conflit à celui des bandes de jeunes, révélées en partie par leur abandon et déshérence durant la guerre, la transposition pure et simple des méthodes déployées pour les premiers au profit des seconds est loin de rencontrer l'adhésion. Bien que la formule des républiques et villages d'enfants ait été expérimentée bien avant la Seconde Guerre pour un public de mineurs délinquants, notamment en Amérique, sa systématisation dans les années 1950 se heurte à d'autres traditions de prise en charge, à d'autres formes d'établissements (internat notamment), au champ médico-psychologique en pleine expansion et à l'apparition d'un nouveau corps de métier, l'éducateur spécialisé qui, depuis 1951, s'est lui aussi constitué en association internationale des éducateurs de jeunes inadaptés (AIEJI) cherchant à avoir le label UNESCO.

Si renouvellement de l'éducation spécialisée il y a, teinté de méthodes d'éducation active, la dimension éducation nouvelle et internationaliste est en revanche très peu présente. Malgré le succès médiatique des expériences qui s'affichent comme républiques ou villages d'enfants, les critiques sur l'efficacité de ces méthodes se multiplient. C'est le cas de Henri Joubrel, ancien magistrat, permanent des éclaireurs de

36 Mathias Gardet, *L'Association nationale des communautés d'enfants et les écoles de plein air. D'un idéal de vie à un idéal laïque (1949-1959)*, in: D. Lerch, A.-M. Chatelet, J.-N. Luc (Ed.), *L'école de plein air. Une expérience pédagogique et architecturale dans l'Europe du XX^e siècle*, Paris: éditions La Recherche, 2003, pp. 247-254.

France, délégué général de l'association générale des éducateurs de jeunes inadaptés puis président de l'AIEJI à partir de 1955. Dans un article de la revue *Rééducation* de janvier 1951, il affiche son scepticisme après une tournée auprès des communautés d'enfants italiennes et s'interroge sur l'application de telles méthodes pour des jeunes qui sont passés en justice: «est-ce que les enfants ne sont pas, même entre eux, de mauvais juges, trop sévères la plupart du temps, parce qu'incapables de saisir les éléments environnants une infraction?»; et en général pour ceux qu'ils qualifient de «vrais inadaptés» que «l'on entraînerait à organiser eux-mêmes leur vie, selon les plus beaux principes d'amour et d'équité, et à qui l'on apprendrait à se diriger seuls ou même à diriger les autres, que seront-ils demain? Des ouvriers d'usine, des manœuvres. Obligés d'obéir, de subir sans discuter. Accepterait-on donc d'en faire des déçus, des aigris, de profonds inadaptés?»³⁷

Il en va de même, et de façon plus surprenante, pour Alfred Brauner qui avait pourtant lui-même tenté des expériences de *self-government* pour les enfants victimes de la guerre en Espagne, puis au sein de l'OSE en 1939 au Château de la Guette, et qui publie un article très critique dans la revue *Enfance*: «Les enfants prodiges nous intéressent, certes, mais nous nous demandons s'ils intéresseront leurs concitoyens à la charge de qui ils vivront très probablement. Notre tâche d'éducateur est de donner au monde des êtres capables, capables de gagner leur vie en contribuant à l'effort ensemble. Voilà ce qui suppose une éducation 'sociale'...»³⁸

En conclusion

Trogen, surveillé désormais en tant que Fondation par le Conseil fédéral, poursuit son œuvre accueillant d'autres enfants victimes de Suisse et de l'étranger (du Tibet notamment dès 1960). Le Village maintient son fonctionnement par maisons nationales qui a fondé son caractère de fédération internationale, métaphore de la Suisse, fédération de cantons. Son directeur Arthur Bill poursuit ses missions internationales comme représentant de la Suisse lors de conflits internationaux et comme membre de la mission suisse à l'Unesco.³⁹ Or, la Fondation Village Pestalozzi s'isole des débats pédagogiques et semble disparaître de la scène internationale, même si la promotion de la communauté pédagogique se poursuit. Trogen reste encore un temps un modèle à citer avec quatre grands concepts qui auraient fait son

37 H. Joubrel, A propos des villages d'enfants, in: *Rééducation*, n° 28 (janvier 1951) pp. 32-36.

38 A. Brauner, Méthodes factices en maison d'enfants, in: *Enfance*, n° 5 (1950) p. 422; republié sous forme de fascicule in L. Le Guillant, F. Cortez et al. (Ed.), *Les Maisons d'enfants*, Paris: Presses universitaires de France, 1950.

39 En 1961, Arthur Bill sera délégué suisse auprès des Nations Unies, délégué général pour l'approvisionnement, etc. et représentant de l'ONU pour l'aide humanitaire (jusqu'en 1972); il participe à fonder le Corps suisse d'aide en cas de catastrophes.

originalité: le système fédératif (cohabitation avec les «parents»), le *selfgovernment*; l'enseignement intellectuel, moral et pratique (école active) et l'importance donnée à la communauté internationale, et à la patrie.⁴⁰ Mais que reste-t-il de l'idéal philosophique de Walter Corti face à la mise en scène du modèle politique dans des campagnes de propagande, reléguant les idéaux pacifistes et pédagogiques, et loin des controverses politiques sur les meilleures méthodes d'éducation? En 1954, Corti lance un nouvel appel dans la revue *DU* pour la fondation d'une académie d'esprits libres dans un monde libre (sur le modèle de Platon), une académie de gens instruits qui discuteraient des grandes questions contemporaines et notamment la suppression des guerres.

40 Délinquance juvénile. Nations Unies, Division des activités sociales. Cycle d'études sociales européennes, Rapport synthétique final, in: *Rééducation*, n° 21 (février 1950) p. 18.

Non solo vitto, alloggio e un poco d'istruzione. L'Istituto von Mentlen: gli anni della svolta (1960–1980)

Lorenza Hofmann

Gli anni Sessanta del Novecento segnarono un progressivo cambiamento nell'assistenza sociale all'infanzia e alle famiglie ticinesi. Nel 1963, con un certo ritardo rispetto ad altri cantoni, il Ticino emanò la prima legge di protezione dell'infanzia e della maternità:¹ introdusse l'aiuto alle madri e le norme per l'accoglienza extra-familiare di bambini e adolescenti; istituzionalizzò il Servizio sociale cantonale quale referente per le famiglie, le autorità e gli enti coinvolti nel collocamento di un minorenne; pose le basi per la vigilanza sugli affidamenti di minorenni a terzi (famiglie o strutture) e per il finanziamento statale degli istituti.²

La legislazione ottocentesca assegnava ai Comuni e ai Patriziati l'assistenza agli indigenti ma le autorità locali, essendo povere quanto i loro cittadini, non furono in grado di adempiere a compiti sociali. Per buona parte del Novecento, la società civile e le congregazioni religiose (prevalentemente cattoliche), si prodigarono con mezzi propri e di provenienza benefica, a soccorrere le famiglie in difficoltà, ad aprire culle, asili, orfanotrofi, ricoveri e ospizi per l'infanzia senza una guida familiare o bisognosa di cure. Solo la Città di Lugano ebbe la volontà politica e la forza finanziaria di edificare nel 1910 un *Ricovero comunale di assistenza* per accogliere sotto un unico tetto anziani e bambini.³

Nel 1960, nell'ambito dei lavori preparatori delle prime politiche sociali ticinesi, il neo-istituto *Dipartimento delle opere sociali* promosse un'indagine presso case assistenziali, istituti e collegi allo scopo di conoscere la situazione familiare, le carenze fisiche, psichiche e intellettuali dei bambini ospiti nonché la capienza, l'organizzazione, il personale di ogni singola struttura. L'indagine incontrò parecchie difficoltà, soprattutto per la mancanza di documentazione – dati sociali dei bambini, registri di ammissione e dimissione – e probabilmente anche per una forte reticenza del privato a informare l'ente pubblico sulla propria attività. Fu possibile censire 36 strutture appartenenti a fondazioni o con-

1 ASTi, *Bollettino ufficiale delle leggi della Repubblica e Cantone Ticino (BU)*, 63, 85, Legge sulla protezione della maternità, dell'infanzia, della fanciullezza e dell'adolescenza.

2 Lorenza Hofmann (a cura di), *Il von Mentlen. Da Ricovero per l'infanzia abbandonata a Centro educativo per minorenni. 1911–2011*, Bellinzona, 2011, pp. 79–94.

3 Luca Cao, *Istituti sociali comunali della Città di Lugano. 1910–2010: 100 anni di solidarietà*, Lugano 2011.

gregazioni⁴ e più di 3 mila minorenni di età inferiore ai 15 anni collocati fuori dalla famiglia⁵ (su una popolazione di 36 130 bambini e adolescenti⁶), di cui circa 500 bisognosi di cure particolari «epilettici, oligofrenici, mongoloidi, debili rieducabili, intelligenti ma difficili, debili ma difficili, con difficoltà di linguaggio, sordomuti, sordastri e strabici»,⁷ circa 300 «con deficienze di carattere fisico (gracili, tarati per tubercolosi, infermi o invalidi)»⁸ e circa 900 «privi dell'appoggio e della cura di una famiglia regolare (orfani, illegittimi, figli di genitori divisi o divorziati, figli di degenti all'Ospedale neuropsichiatrico, di carcerati, ecc.)».⁹ Fu constatata la «mancanza di caratterizzazione degli istituti»,¹⁰ con la conseguente convivenza di soggetti con bisogni sociali e di cura molto diversi, al beneficio di vitto, alloggio e un poco di istruzione. Il personale, prevalentemente religioso, risultò numericamente insufficiente e perlopiù privo di formazione pedagogica o psicologica atta ad accompagnare adeguatamente i minorenni.¹¹

Agli inizi degli anni Sessanta del Novecento, il Cantone individuò le debolezze di iniziative private di assistenza alle famiglie e all'infanzia, i limiti finanziari delle opere cattoliche e benemerite, e assunse – finalmente – un ruolo regolatore fra pubblico e privato preoccupandosi di assicurare un'equa socialità ai suoi cittadini, in particolare a madri e bambini.¹²

4 *Risultati dell'indagine sulle case assistenziali, gli istituti e i collegi per fanciulli del Cantone Ticino*, Bellinzona, Dipartimento delle opere sociali, dicembre 1960, 24 p., dattiloscritto conservato presso la sede, a Bellinzona, della Divisione dell'azione sociale e delle famiglie del Dipartimento della sanità e della socialità – Repubblica e Cantone Ticino.

Riportiamo la classificazione degli istituti, indicando luogo e anno di fondazione. Istituti per l'infanzia: Culla San Marco, Bellinzona (1932); Nido d'Infanzia, Lugano (1929); Kinderheim Casa Gioia, Sonvico (1943); Istituto Tranquilla Cremetti, Personico (1950); Asilo di maternità Arnaboldi, Lugano (1908); Casa Bianca, Locarno (1930); Culla San Marco, Faido (1938). Istituti di assistenza all'infanzia e all'adolescenza: Istituto comunale di assistenza, Lugano (1910); Istituto von Mentlen, Bellinzona (1911); Casa San Felice, Bissone (1953). Istituti specializzati per l'infanzia e l'adolescenza: Casa di cura per bambini La Motta, Brissago (1938); Istituto Sant'Eugenio, scuola per sordomuti, Locarno (1886); Istituto Sant'Eugenio, scuola ortofonica, Locarno (1951); Collegio Sant'Angelo, Loverciano (1950); Istituto Don Orione, Lopagno (1952). Case di cura: Ospizio Bambini Gracili, Sorengo (1922); Villa Santa Teresina, Bombinasco (1930); Casa di cura Medoscio (1930); Casa dei fanciulli Roseto (1931), Airolo. Collegi con attività anche assistenziale: Orfanotrofio femminile Vanoni, Lugano (1880); San Pietro Canisio, Riva San Vitale (1926); Istituto Santa Maria, Pollegio (1929). Inoltre, Istituto di rieducazione Casa Santa Elisabetta a Lugano (1946).

5 *Ibid.*, p. 8.

6 *Messaggio n. 1040 concernente la Legge sulla protezione della maternità, dell'infanzia, della fanciullezza e dell'adolescenza*, del 23 febbraio 1962; in: *Verballi del Gran Consiglio del Canton Ticino*, sessione ordinaria autunnale 1962, p. 479 (URL: <http://www.sbt.ti.ch/bcbweb/vgc/ricerca/>).

7 *Ibid.*, p. 480.

8 *Ibid.*, p. 480.

9 *Ibid.*, p. 480.

10 *Risultati dell'indagine 1960, op. cit.*, p. 14.

11 *Messaggio n. 1040, op. cit.*, p. 483.

12 Nello stesso periodo, il Ticino progettava lo Stato sociale cantonale.

La legge per la protezione dell'infanzia e della maternità definì l'intervento dello Stato nella sfera familiare a protezione dei minorenni – «con il consenso del titolare della patria podestà, in caso contrario su decisione dell'autorità tutoria e giudiziaria» (art. 2) – che permise, rispetto al passato, di impedire interventi impropri di allontanamento dalla famiglia. Inoltre, le nuove norme costrinsero le istituzioni già operative a rinnovarsi o a chiudere, a rivedere la loro missione optando per un orientamento sociale oppure di cura, ad affrontare un lungo processo di adattamento alle emergenti metodologie di presa a carico dell'infanzia in difficoltà.¹³ Il Cantone sostenne importanti opere di riammodernamento logistico necessarie per migliorare le condizioni di accoglienza in base alla missione di ogni struttura.

Progressivamente, lo Stato, i suoi servizi sociali e psico-sociali e le strutture private impararono a lavorare in modo complementare, ad aprirsi a nuove esperienze di lavoro sociale viepiù in armonia con i diritti dell'infanzia e della famiglia che, più tardi, nel 1989, furono iscritti nella Convenzione delle Nazioni Unite per i diritti del fanciullo.¹⁴

Di particolare interesse risulta l'azione del Cantone per la formazione del personale degli istituti sociali. Nel 1964, il Ticino organizzò il primo *cours en emploi* per educatori e educatrici, in collaborazione con la Scuola di studi sociali e pedagogici di Losanna; in seguito, estese le opportunità di formazione ad altre figure professionali del settore sociale fino a creare, nel 1980, un Centro di formazione per operatori sociali, preludio di ulteriori sviluppi nella formazione socio-sanitaria.¹⁵ Contemporaneamente, il Cantone promosse un'ampia azione di sensibilizzazione attraverso l'orientamento scolastico e professionale per incentivare i giovani a intraprendere nuove formazioni e professioni in ambito sanitario, pedagogico e psico-sociale.¹⁶

La svolta nella concezione dell'assistenza all'infanzia è concretamente illustrata dall'esperienza dell'*Istituto von Mentlen* a Bellinzona che reagì con tempestività ai nuovi orientamenti di politica sociale, adottando nuove metodologie di accoglienza e di sostegno educativo.

Il Ricovero per l'infanzia abbandonata Erminio von Mentlen fu creato nel 1911 per volontà testamentaria di una donna della borghesia bellinzonese, Valeria Bonzanigo vedova von Mentlen, colpita dalla prematura morte del marito e dei loro

13 Lorenza Hofmann, Manuela Maffongelli, Fabrizio Panzera, Luca Saltini, *L'infanzia preziosa. Le politiche familiari nel Ticino dal Novecento a domani*, Lugano 2011, pp. 80–89.

14 Ratificata dalla Svizzera nel 1997.

15 ASTi, *Rendiconto del Consiglio di Stato. Dipartimento delle opere sociali*, voll. 1963–1980.

16 ASTi, *Rendiconto del Consiglio di Stato. Dipartimento delle opere sociali*, vol. 1972, p. 42.



Figura 1: La comunità del *von Mentlen*, 1937, © Fondazione Istituto von Mentlen, CH-Bellinzona.

quattro figli.¹⁷ Primo ricovero del Sopraceneri,¹⁸ il *von Mentlen* fu affidato alle Suore della Congregazione cattolica della Santa Croce di Menzingen con la guida amministrativa della famiglia Bonzanigo, della Parrocchia e del Patriziato di Bellinzona.

Nei primi cinquant'anni di attività, il *von Mentlen* concretizzò la volontà testamentaria della fondatrice e accolse «bambini poveri, orfani o abbandonati dai loro genitori e anche quelli che per miseria o disgraziate condizioni dei genitori si trovassero esposti a sofferenze e pericoli»,¹⁹ fino a oltre duecento minorenni contemporaneamente, in particolare negli anni della Seconda Guerra mondiale. L'assenza

17 Sulla figura della fondatrice, si consulti: Chiarella Rei-Ferrari, *Valeria von Mentlen-Bonzanigo, fondatrice*, in: Hofmann 2011, *op. cit.*, pp. 63–67. Sulla famiglia von Mentlen si veda: Fabrizio Panzera, *La famiglia von Mentlen da Cannobio ad Altdorfe a Bellinzona*, in: Hofmann 2011, *op. cit.*, pp. 29–33.

18 È documentata l'apertura nel 1880 dell'Orfanotrofio femminile Vanoni a Lugano, nel 1886 dell'Istituto per sordomuti Sant'Eugenio a Locarno e nel 1910 del Ricovero comunale d'assistenza del comune di Lugano; in proposito, si veda: Hofmann, Maffongelli, Panzera, Saltini 2011, *op. cit.*, pp. 60–63 e p. 79; inoltre: Fabrizio Panzera, *L'assistenza all'infanzia nel Ticino tra Ottocento e Novecento*, in Hofmann 2011, *op. cit.*, pp. 39–47.

19 Il primo statuto della Fondazione è riprodotto in: Hofmann 2011, *op. cit.*, pp. 132–133.

di una chiara legislazione sulla protezione dell'infanzia²⁰ e la cultura di quel tempo, orientata tanto all'aiuto caritatevole quanto all'educazione autoritaria e punitiva, non risparmiarono gli ospiti del *von Mentlen* e neppure le loro famiglie. Per i bambini allontanati da ambienti giudicati inadatti a educare i propri figli o abbandonati dai genitori, troppo poveri o disperati per provvedere alla loro prole, finire in istituto significava restarci fino alla maggiore età, senza mai ritrovare l'affetto di una famiglia, crescere socialmente emarginati, additati come 'orfanelli', 'illegittimi' o 'discoli'.

Nel 1960, le psicologhe e le assistenti sociali del *Servizio cantonale d'igiene mentale*, esecutrici dell'indagine cantonale sulle case assistenziali, riscontrarono al *von Mentlen* carenze analoghe ad altri ricoveri:

L'Istituto sembra avere gravi difficoltà finanziarie; la proporzione tra personale e bambini è molto bassa e per di più le Suore sono in massima parte anziane. Non viene svolta nessuna attività ricreativa per i bambini che risultano essere particolarmente apatici.²¹

Per gli amministratori del *von Mentlen* suonò un campanello di allarme. La Fondazione si attivò presso la Congregazione di Menzingen alla ricerca di una nuova direttrice. Il 4 settembre 1962, Suor Maria Pascalina Hoffmann, assistente sociale e insegnante, personalità forte che si rivelò carismatica,²² presentò i nuovi indirizzi di conduzione dell'Istituto alla Fondazione che li approvò: assistere al massimo 120 minorenni ripartiti in piccoli gruppi; dimezzare le classi troppo numerose; curare la personalità del bambino dandogli «il senso della responsabilità e della proprietà».²³

Nel 1962, la comunità del *von Mentlen* contava 17 educatrici e sorveglianti e 7 persone di servizio, 139 minorenni (121 interni e 18 esterni), di cui 37 con famiglie separate o divorziate, 17 illegittimi, 43 figli di operai, 9 orfani e 13 bambini provenienti da 'ambiente immorale',²⁴ inquadrati da severe regole, alloggiati in un grande dormitorio, istruiti in classi molto numerose, con scarsi contatti con la famiglia e il mondo 'oltre i cancelli' del ricovero. Era tempo di cambiare!

Dal 1962 al 1982, tanto durò la direzione di Suor Hoffmann, quanto successe nel perimetro del *von Mentlen* assunse il valore di esperienza-pilota: dal mero aiuto

20 Francesca Corti, *Canton du Tessin*, in: Geneviève Heller (a cura di), *Le traitement des orphelins et les placements d'enfants au 20e siècle*, Rapport à l'Office fédéral de l'éducation et de la science. Rapport final, 2004, pp. 3/31–31/31.

21 *Risultati dell'indagine 1960*, op. cit., p. 23.

22 Sulla figura di Suor Maria Pascalina Hoffmann si veda: Mario Gastaldello, *Suor Pascalina Hoffmann ri-fondatrice*, in: Hofmann 2011, op. cit., pp. 73–75.

23 Fondo Istituto von Mentlen, scatola 2, *Verballi della Commissione amministrativa*, 1962 (manoscritto).

24 Fondo Istituto von Mentlen, scatola 17, incarto 201, Statistiche 1962.

materiale dispensato in massa si passò all'accompagnamento individuale e familiare verso progetti di vita, di formazione e di integrazione sociale e professionale.

La trasformazione in istituto sociale introdusse progressivamente quelle innovazioni nel campo psicosociale e psicoeducativo che si annunciavano nell'area europea.²⁵ La prima riguardò l'organizzazione dell'accoglienza in gruppi-famiglia, nei quali convivevano maschi e femmine, bambini, ragazzi e adolescenti fra i 3 e i 17 anni, guidati da una coppia educativa. L'assistenza ai minorenni venne riorientata verso un approccio psico-pedagogico individuale. Il collocamento in istituto non fu più inteso come un fatto ineluttabile e stigmatizzante nella vita di ogni bambino o adolescente, ma come una situazione temporanea, preludio a un ritorno in famiglia.

Fin dall'inizio cercammo di creare un clima familiare [...]. Dopo un attento esame del caso, i bambini vengono inseriti in gruppi-famiglia, cercando di non separare fratelli e sorelle. [...] Questo sistema viene praticato per sostituire nei limiti del possibile la famiglia. Vediamo che i bambini in un ambiente caldo e sereno riacquistano la fiducia in sé stessi e una certa sicurezza per affrontare più coraggiosamente i propri problemi. Cerchiamo di educare il bambino per la società odierna, di adattare l'elemento asociale alla comunità, di far crescere in ognuno la capacità sessuale e l'amore reciproco, di rendere ciascuno abile e forte per la vita futura, affrontando insieme tutte le crisi della sua età evolutiva.²⁶

Il cambiamento organizzativo richiese, a complemento, interventi logistici di una certa importanza. La proprietà *von Mentlen*, il cui edificio principale era stato costruito nel 1927, venne ristrutturata ricavando al suo interno gli appartamenti per i gruppi-famiglia e spazi più funzionali alla vita comunitaria.²⁷ L'ammodernamento fu valutato positivamente dalle autorità cantonali che lo ritennero necessario per «eliminare le conseguenze talvolta gravi per lo sviluppo intellettuale e psichico del bambino ospite di un istituto, di un'esistenza anonima, troppo discriminata e diversa da quella dei bambini allevati in seno alla propria famiglia».²⁸

Il progetto di Suor Pascalina richiese personale qualificato. In assenza di risorse religiose e laiche locali, il *von Mentlen* reperì educatori, educatrici e insegnanti qualificati in Italia, per evidenti ragioni linguistiche. La stessa direttrice, con

25 In proposito: Aurelio Crivelli, «*Se non fai il bravo... ti mando in collegio*», in: Hofmann 2011, *op. cit.*, pp. 15–25.

26 Fondo Istituto von Mentlen, scatola 17, incarto 201, *Relazione sullo sviluppo dell'Istituto von Mentlen*, dell'11.12.1964, p. 4.

27 In proposito, si veda: Mauro Panzera, *L'evoluzione della proprietà Fondazione von Mentlen*, in: Hofmann 2011, *op. cit.*, pp. 103–117.

28 *Messaggio n. 1305 del Consiglio di Stato al Gran Consiglio, concernente la creazione della Casa del Bambino della Fondazione Torriani a Mendrisio e l'ammodernamento dell'Istituto von Mentlen a Bellinzona*, del 6 luglio 1965; in: *Verballi del Gran Consiglio*, sessione ordinaria primaverile 1965, pp. 424–426 (URL: <http://www.sbt.ti.ch/bcbweb/vgc/ricerca/>).



Figura 2: Il gruppo-famiglia, unità educativa di base e di condivisione della quotidianità, anni Sessanta, © Fondazione Istituto von Mentlen, CH-Bellinzona.

una consorella, frequentò il *cours en emploi* promosso dal Cantone per educatori ed educatrici specializzati, sobbarcandosi per due anni un impegno di formazione fra Ticino e Losanna, per poi attivare un programma di formazione continua e di supervisione all'interno dello stesso istituto.²⁹

Sull'arco di un decennio, il *von Mentlen* concentrò la sua attività su minorenni collocati per «motivi di disadattamento sociale, difficoltà comportamentali e scolastiche, turbe caratteriali, anormalità della famiglia, possibilità di incorrere in pericoli di varia natura»³⁰ e fu in grado di elaborare per ogni fanciullo un piano psico-pedagogico atto «ad attivarne le potenzialità, a stimolarle e rafforzandone le motivazioni, a equilibrarne lo sviluppo e a maturarne la responsabilità personale».³¹ Merito anche del 'gruppo-famiglia' che dopo un decennio veniva così valutato:

[...] il piccolo è stimolato nell'apprendimento ed arricchimento del linguaggio e nelle varie attività didattiche, di vita pratica e ludiche, il grande impara a comprendere il piccolo [...] si attuano uno spirito di collaborazione ed una rete di interazioni psicologiche che normalmente il ragazzo vive nell'ambito della sua famiglia.³²

29 Hofmann 2011, *op. cit.*, p. 86.

30 Fondo Istituto von Mentlen, scatola 16, incarto 200, *Relazione attività 1972-1973*, p. 7.

31 *Ibid.*, p. 19.

32 *Ibid.*, p. 13.

Il *von Mentlen* si distinse sin dai primi decenni di esistenza per offrire ai suoi ospiti la scuola materna³³ e l'istruzione scolastica obbligatoria. Durante il ventennio 1960–1980, l'organizzazione della scuola interna fu pure riconsiderata. La scuola materna venne aperta ai bimbi del quartiere, «per garantire ai bambini istituzionalizzati uno sviluppo intellettuale e sociale più completo».³⁴ La scuola elementare adattò i programmi alle direttive cantonali. La scuola maggiore³⁵ fu riservata alle ragazze; i ragazzi, al termine della scuola elementare, lasciavano il *von Mentlen* per essere trasferiti all'Istituto Santa Maria a Pollegio. Nel 1971 la scuola maggiore femminile fu soppressa per un'opzione di integrazione sociale delle allieve fra i coetanei delle scuole cittadine. All'inizio, non fu facile: la direttrice riscontrò difficoltà d'inserimento da parte delle ragazze e una mancanza di accettazione da parte dei compagni e di alcuni docenti. Annotò: «Esse subirono umiliazioni e contrasti di ogni genere e dovettero lottare contro pregiudizi e incomprensioni [...]».³⁶ All'obiezione se non fosse negativo mantenere la scuola interna all'istituto, Suor Pascalina rispondeva:

Trattandosi di bambini provenienti la maggior parte da ambienti disordinati è bene che siano seguiti nelle loro difficoltà e formati allo stesso ambiente da persone qualificate. Un altro aspetto positivo è la cooperazione tra educatrici e docenti e una didattica individuale.³⁷

Scuola interna, ma non isolamento sociale: bambini e ragazzi erano stimolati a intraprendere attività durante il tempo libero sia all'interno dell'istituto sia frequentando le proposte delle associazioni cittadine. Durante i periodi estivi, dal 1934 al 2001, il *von Mentlen* offrì ai suoi ospiti soggiorni di vacanza nella colonia montana a Rodi, in valle Leventina, e, negli anni Settanta, colonie climatiche marine nella zona di Camogli (Italia).

Gli anni della trasformazione segnarono l'apertura al dialogo e alla collaborazione con il settore sociale statale e con altre strutture private di accoglienza dell'infanzia.

Solo con la collaborazione dell'assistente sociale, del tutore ufficiale e privato, dell'Ispettore scolastico (in certi casi), della psicologa, eventualmente della psicoterapista (abbiamo 3 casi in psicoterapia), si può svolgere un lavoro decisivo nel campo educativo. Purtroppo il nostro lavoro è spesso ostacolato dalle famiglie dei minorenni. Innumerevoli sono le difficoltà ed è estremamente difficile avere contatti positivi e duraturi con i

33 L'istituto rinunciò all'attività pre-scolastica nel 1995.

34 Fondo Istituto von Mentlen, scatola 16, incarto 200, *Relazione attività 1972–1973*, p. 14.

35 Questo ciclo di tre anni dopo la scuola elementare consentiva alle ragazze di ottenere una licenza che in genere corrispondeva al proscioglimento dall'obbligo scolastico.

36 Fondo Istituto von Mentlen, scatola 16, incarto 200, *Relazione attività 1972–1973*, p. 17.

37 Fondo Istituto von Mentlen, scatola 17, incarto 201, *Relazione sullo sviluppo dell'Istituto von Mentlen*, dell'11.12.1964, p. 4.

parenti, specialmente quando per motivi gravi il minore viene tolto dietro intervento dell'Autorità.³⁸

Su questo punto critico, nel 1969, si sviluppò un altro progetto: il servizio sociale interno per far da tramite fra famiglie e servizi cantonali, fra figli e genitori.

Definito e motivato il collocamento del bambino, il lavoro del servizio sociale dell'Istituto si svolge nei due aspetti cronologicamente successivi: preparare la famiglia alla separazione dal bambino e di fargliela accettare; di agire sulla famiglia per riadattarla e rimetterla in grado, una volta migliorate le condizioni, di reinserire il bambino in famiglia.³⁹

Ancora una volta, il *von Mentlen* ebbe un ruolo d'avanguardia. E nello stesso anno aggiunse un altro elemento all'opera pionieristica: un foyer per ragazze definite 'disadattate', di età fra i 15 e i 20 anni, che si affacciavano al mondo del lavoro o della formazione post-obbligatoria.

Assistite da due educatrici, si preparano la colazione e la cena, curano il loro guardaroba, lavano e stirano i propri indumenti. Pur non trascurando alcune esigenze di controllo e guida, si cerca inoltre di preparare le ragazze ospiti del Foyer ad un uso responsabile, nella loro vita privata, della libertà, che viene loro concessa in modo più ampio anche se adeguato all'età ed alla maturità raggiunta.⁴⁰

L'esperienza durò una decina di anni e fu abbandonata per ragioni di costi. Anche in questo caso, il *von Mentlen* anticipò le esperienze dei foyer familiari e dei foyer per adolescenti che, alcuni anni dopo, attecchirono in Ticino quale modello di accoglienza extra-familiare alternativa al collocamento in istituto.⁴¹

La grande trasformazione del *von Mentlen* è documentata nei rapporti di attività dei primi anni Settanta, nei quali la direttrice ripercorre l'evoluzione da ricovero a istituto sociale.

Ora l'allontanamento del bambino dal suo ambiente familiare viene accettato dall'Istituto solo per coloro le cui turbe psichiche non possano essere affrontate in seno alla famiglia. Quindi, in generale, il collocamento è di più breve durata (minimo un anno); per i casi più difficili può durare anche vari anni.⁴²

Sono pure descritti i criteri di accettazione: disadattamento sociale, difficoltà comportamentali e scolastiche, turbe caratteriali, anormalità della famiglia, possibilità di incorrere in pericoli di varia natura, eccezionalmente bambini la cui famiglia si

38 *Ibid.*, p. 4.

39 Fondo Istituto von Mentlen, scatola 16, incarto 200, *Relazione Attività 1974-1975*.

40 Fondo Istituto von Mentlen, scatola 16, incarto 200, *Relazione Attività 1972-1973*, p. 14.

41 Si veda in proposito: L. Hofmann, M. Maffongelli, F. Panzera, L. Saltini, *L'infanzia preziosa, op. cit.*, pp. 86-87.

42 Fondo Istituto von Mentlen, scatola 16, incarto 200, *Relazione Attività 1972-1973*, p. 7.

trova coinvolta in una improvvisa disgrazia⁴³ e si precisa che l'istituto evita di accogliere debili mentali.⁴⁴

Infine, due altri elementi caratterizzarono il *von Mentlen* nel periodo 1960–1980: il finanziamento statale ricorrente e la progressiva laicizzazione del personale. Come descritto in precedenza, l'età avanzata delle religiose, il calo delle vocazioni nella Congregazione di Menzingen e la necessità di personale qualificato indusse la Fondazione ad affidarsi a educatrici, educatori e insegnanti laici e, dopo la partenza volontaria nel 1982 di Suor Pascalina, a una direzione laica.⁴⁵

Il *von Mentlen*, consolidata la grande trasformazione pilotata da Suor Pascalina, ha seguito l'evoluzione in ambito socio-educativo. A cento anni dalla sua fondazione, è un *Centro educativo per minorenni*,⁴⁶ elemento della rete sociale ticinese definita dalla *Legge per le famiglie*,⁴⁷ comunità di accompagnamento educativo e pedagogico basato su progetti educativi individuali,⁴⁸ «luogo di riferimento, di crescita e di confronto, a sostegno di giovani provenienti da situazioni di momentaneo disagio familiare».⁴⁹

43 *Ibid.*, p. 9.

44 Questa precisazione, nel contesto di quegli anni, sottolineava l'avvenuta specializzazione dell'istituto e il rispetto delle condizioni poste dalle autorità cantonali.

45 Le Suore della Santa Croce di Menzingen, incaricate sin dal 1911 della conduzione del *von Mentlen*, rimasero attive con altri compiti fino al 1994. Subentrò la Congregazione di San Filippo Neri.

46 Dispone (2013) di 50 posti in internato e di 10 in esternato per l'accoglienza di bambini, ragazzi e adolescenti, fra i 3 e i 18 anni, accolti per necessità di protezione, perché esposti a situazioni di momentaneo disagio familiare, suscettibili di compromettere il benessere e l'evoluzione ottimale del minore, oppure perché presentano importanti problemi comportamentali. Ogni collocamento è temporaneo, avviene su proposta e decisione formulata da professionisti del settore sociale, dalle Commissioni tutorie o dalla Magistratura dei minorenni.

47 Legge sul sostegno alle attività delle famiglie e di protezione dei minorenni (Legge per le famiglie) del 15 settembre 2003, base legale per una politica a favore dell'autonomia, dell'integrazione sociale e della qualità di vita di tutte le famiglie (URL: <http://www3.ti.ch/CAN/RLeggi/public/raccolta-leggi/index/>).

48 Carlo Bizzozero, *Oggi centro educativo per minorenni*, in: Hofmann 2011, *op. cit.*, pp. 121–127. Inoltre, URL: <http://www.istvonmentlen.ch>.

49 Ivano Beltraminelli, *Prefazione*, in: Hofmann 2011, *op. cit.*, p. 9.

Dalla cura all'educazione.

100 anni di accoglienza della prima infanzia in Ticino

Manuela Maffongelli

La mortalità infantile in Ticino

L'infanzia iniziò ad assumere un ruolo importante nella società dalla seconda metà dell'Ottocento: ai bambini si dedicarono vieppiù attenzioni in ambito giuridico (si organizzarono congressi internazionali in favore della protezione dell'infanzia) e sanitario (nacquero la puericultura e la pediatria). Un enorme sforzo di lotta contro la mortalità infantile, che nel 1880 raggiungeva il 15% nei paesi industrializzati d'Europa, fu intrapreso a ritmi e con metodi diversi da ogni nazione. In Francia si crearono gli strumenti più efficaci che si diffusero poi negli altri paesi: Parigi fu la patria delle *crèches* e dei consultori per lattanti, mentre in Alta Normandia si realizzarono le *gouttes de lait*, dispensari di latte artificiale debitamente preparato secondo le prescrizioni mediche.¹

Anche in Svizzera le diverse autorità cantonali si occuparono della questione, soprattutto dal 1876, quando si pubblicarono i primi dati statistici sulla popolazione elvetica. Le disparità tra una regione e l'altra emersero particolarmente all'inizio del Novecento quando nei cantoni urbani e protestanti il tasso di mortalità infantile diminuiva drasticamente per rapporto al secolo precedente, mentre i cantoni rurali e cattolici manifestavano enormi difficoltà nel rimediare alle gravi condizioni socio-sanitarie in cui versavano.²

Diffusione delle malattie infettive, alta mortalità infantile, condizioni igieniche deplorevoli nelle scuole e nelle manifatture, questa era la grave situazione in cui si trovava il Ticino all'inizio del XX secolo. Rispetto ad altre realtà elvetiche, il ritardo igienico era notevole e le autorità, per mancanza di mezzi finanziari, erano impotenti di fronte a tale drammatico scenario. Il Ticino fu l'unico cantone in cui la situazione peggiorava: per rapporto al quinquennio precedente, nel lustro 1900–1905 si registrò un aumento del tasso di mortalità infantile, che si attestò per quel periodo al 18,8%, il più alto della Svizzera.³ Questo grave problema demografico

1 Catherine Rollet, *La protection de l'enfance en France: entre traditions et modernité (1874–1945)*, in: *Salvad al niño: estudios sobre la proteccion de la infancia en la Europa Mediterranea a comienzos del siglo XX*, Valencia 2004, pp. 29–54.

2 Alain Bosson, *La lutte contre la mortalité des nourrissons en Suisse. Enjeux et mesures de prévention (1876–1930)*, in: *Cahiers d'histoire*, 1/2 (2002) pp. 99–100.

3 Servizio ostetrico, in: *Contoreso del Dipartimento Igiene e Lavoro*, Gestione 1911, pp. 83–84.

attanagliò il sud delle Alpi per i decenni seguenti, fin verso la metà del secolo, manifestando così da questo punto di vista un ritardo igienico-sanitario di oltre 30 anni rispetto alla situazione svizzera in generale.

Svariate erano le cause della mortalità infantile ma tutte ricongiungibili alle cattive condizioni economiche e igieniche di buona parte della popolazione. Le morti neonatali, quelle avvenute nei primi giorni di vita, erano attribuite a debolezze congenite dovute all'eccessivo lavoro femminile nelle manifatture e nei campi. I piccoli che riuscivano a superare lo scoglio delle prime settimane di vita non erano però lungi dall'aver scampato la tragedia. Sempre a causa degli impegni extra-domestici delle madri, i bambini smettevano ben presto di essere allattati e subivano degli scriterati svezzamenti precoci, testimonianza di una totale ignoranza delle norme di alimentazione neonatale e di puericultura, che causavano loro delle gravi affezioni gastroenteriche, che spesso e volentieri si portavano via le loro piccole vite.

Per molti anni il lavoro femminile fu elemento di discussione, ma la situazione socio-economica ticinese, caratterizzata dalla mancanza di manodopera maschile a causa dell'emigrazione, impediva di trovare soluzioni concrete al problema, soprattutto nelle vallate in cui la coltivazione dei campi e il lavoro negli alpi rappresentavano la sola risorsa per numerose famiglie:

Nelle campagne l'emigrazione delle nostre migliori forze virili durante il periodo dei lavori agricoli è certamente la più colpevole. Immaginiamoci una povera donna che fino al momento del parto si affatica in ogni sorta di occupazioni domestiche e campestri e che ricomincia la medesima esistenza appena le forze le permetteranno di trascinare fuori dal letto del dolore le sue stanche membra. Di fronte a tali deplorabili condizioni fisiche in che stato vedrà la luce la povera creatura? Che latte materno potrà offrire una donna mal nutrita e affranta dal lavoro?⁴

Il Dipartimento di Igiene tentò di arginare la mortalità infantile perfezionando il servizio ostetrico e diffondendo il manuale di puericultura di Marie Heim-Vögtlin, *L'allevamento del bambino nel primo anno di vita*, edito dalla Società delle donne svizzere d'utilità pubblica. Nel 1911 il Cantone ne comprò un migliaio di copie, distribuite una ad ogni levatrice e una ad ogni giovane sposa.

Non potendo obbligare le donne a restare a casa quando le finanze domestiche contavano anche sul loro contributo, numerosi filantropi iniziarono a occuparsi della presa a carico diurna dei lattanti e del controllo regolare delle loro condizioni di salute. Grazie all'iniziativa privata, dai primi anni del Novecento presero lentamente avvio anche in Ticino la lotta alla mortalità infantile e l'insegnamento della puericultura alle giovani ragazze. L'igiene sociale in favore della protezione

4 *Ibid.*, p. 84.

dell'infanzia conobbe vari strumenti di lotta: dalle culle per lattanti ai dispensari, dalla cattedra ambulate di puericoltura alla creazione dell'ospedaletto del Nido d'Infanzia a Lugano.⁵

Dagli asili per i bambini lattanti ...

Il Canton Ticino fu tra i primi in Svizzera ad annoverare la presenza di asili infantili per l'accoglienza diurna dei bambini dai 3 anni all'età scolastica: il primo fu fondato a Lugano da Filippo Ciani nel 1844, cui seguirono nel 1845 quelli di Tesserete e di Locarno.⁶ L'istituzione di *crèches* per la cura giornaliera dei bambini dalla seconda settimana di vita non avvenne però prima del 1911, mentre in alcune città elvetiche ne esistevano già dal 1870.

Nel 1912 il Dipartimento d'Igiene presentò un messaggio che esortava la creazione di asili per bambini lattanti sul modello di quello fondato l'anno precedente a Novaggio «per iniziativa della distinta signorina Alice Meyer». ⁷ Le autorità cantonali lodarono l'operato della signorina Meyer grazie anche all'ottima impressione che ne ebbe Teresina Bontempi, l'allora Ispettrice Cantonale degli Asili Infantili, che in un rapporto al Dipartimento della Pubblica Educazione scrisse: «dopo che l'istituzione è sorta non si è deplorato un sol caso di mortalità infantile; i bambini guariscono dai mali congeniti, aumentano di statura, di peso; sono veri fiori». ⁸

In quegli anni la Bontempi sostenne tenacemente e a più riprese l'importanza della presa a carico dei lattanti da parte d'istituti preposti affinché si rivolgessero loro le cure necessarie per evitarne la morte prematura. Nel 1912 espresse la sua opinione all'assemblea annuale della Pro Infanzia di Bellinzona:

Di fronte ai casi di grave incuria familiare c'è un rimedio solo: togliere i bambini al loro ambiente. Ma per metterli dove? Gli asili d'infanzia non possono accoglierli o del resto in questi istituti non troverebbero le attenzioni igieniche più indispensabili: bagni, ricostituenti, nutrizione speciale, ecc. Eccettuato Novaggio, non esiste in tutto il Cantone una sola istituzione che offra un ambiente adatto alla prima infanzia.⁹

In Gran Consiglio si discusse a lungo sull'utilità delle *culle* o *case per bambini*, tutti furono concordi sul fatto di cercare soluzioni per offrire un aiuto nella cura dei figli alle madri impegnate per molte ore al giorno nelle fabbriche, nelle botteghe o

5 Manuela Maffongelli, *Una missione d'amore. Storia della lotta alla mortalità infantile in Ticino e del Nido d'Infanzia di Lugano*, Melano 2011, pp. 55-95.

6 Stämpfli-Studer, Die Entwicklung des Krippenwesens in der Schweiz, in: *Jahrbuch der Schweizerischen Gesellschaft für Schulgesundheitspflege*, 1908, pp. 194-207.

7 Messaggio accompagnante il progetto di decreto legislativo, circa l'erogazione di un sussidio cantonale annuo in favore della istituzione di Asili per i bambini lattanti, in: *Verballi del Gran Consiglio*, seduta III del 19 novembre 1912, p. 52.

8 *Ibid.*, p. 53.

9 L'assemblea della Pro Infanzia, in: *Il Dovere*, 28 febbraio 1912, p. 1.

in campagna e per «porre un argine alla mortalità dei bambini». ¹⁰ Il 19 novembre 1912 fu approvato il decreto legislativo che prevedeva di iscrivere a bilancio un credito annuo di 5000 franchi, il cui terzo articolo precisava che qualora il credito non fosse stato speso completamente, il resto sarebbe stato versato nel «Fondo per la protezione dei bambini lattanti».

Il Consiglio di Stato nominò ispettrice degli asili per lattanti Teresina Bontempi, che nella sua relazione annuale 1912–13 cercò nuovamente di convincere dell'utilità di tali istituzioni anche i politici più scettici e sottolineò l'importanza di sostenerne la creazione:

Il bambino si ammala e muore, perché intorno alla sua esistenza non fioriscono le cure necessarie: ebbene leviamolo all'abbandono, alla miseria, all'ignoranza; assumiamo noi, in nome della società, di cui egli rappresenta una promessa o un valore, l'obbligo di allevarlo. [...]

Tale decreto, inavvertito a molti, è una pagina luminosa del nostro progresso civile. Da questo momento cessa lo stato di abbandono fisico, in cui per tanti anni vissero i bambini, e la loro tutela esce dall'ambito della famiglia, per costituire la parte più delicata della cosa pubblica. ¹¹

Nel 1913 il numero degli asili per i bambini lattanti era salito a tre, oltre a quello di Novaggio, v'erano anche la Culla Arnaboldi a Lugano e quella della Pro Infanzia a Bellinzona.

La *crèche* di Novaggio, inaugurata nella primavera del 1911, accoglieva fino a 12 lattanti da maggio a novembre, quando le madri dedicavano la maggior parte del loro tempo alla coltivazione della terra, offriva gratuitamente cure igieniche e favoriva quando possibile l'allattamento materno. Alla *crèche*, dotata di cucina, dormitorio, sala da gioco e vari locali tutti provvisti d'acqua, le assistenti di Alice Meyer si occupavano delle cure, dei bagni e dell'alimentazione quotidiana di ogni piccolo ospite sotto la guida sanitaria del medico di condotta, il dottor Zanini di Curio. Inoltre, per i bambini che non erano allattati al seno si preparavano i pasti per la notte e per i giorni festivi.

La Meyer volle garantire la gratuità del servizio per consentire a tutti i bambini di potervi accedere, visto che il suo scopo non era trarne profitto ma combattere la tendenza al rachitismo e alla tubercolosi fra i bambini. Viste le numerose richieste da parte delle madri novaggese, nel 1913 la direttrice si assunse le spese per l'adattamento dello stabile così da garantire l'accoglienza fino a 24 bambini.

¹⁰ Discussione: Istituzione Asilo per bambini lattanti, in: *Verballi del Gran Consiglio*, seduta III del 19 novembre 1912, p. 41.

¹¹ Teresina Bontempi, Relazione sull'andamento delle «Culle» nell'anno 1912–13, in: *Conto reso del Dipartimento di Igiene e lavoro*, Gestione 1913, cap. 6: Asili per i bambini lattanti, p. 39.

A Lugano entrò in funzione nel dicembre del 1912 presso l'orfanotrofio Maghetti anche la culla voluta da Vincenzo Arnaboldi (1831-1910) che elargì il suo intero patrimonio per la «creazione e mantenimento di un Asilo dei Bambini lattanti e slattati di famiglie povere domiciliate nel Comune di Lugano, sul modello dell'Asilo Laura Mantegazza di Maternità esistente in Milano». ¹² La Culla Arnaboldi, che ospitava da 6 a 9 bambini dal secondo mese di vita tra i più bisognosi della città, era diretta da Suor Maria Dolcino, suora vincenziana. Alla Culla non c'era però una sala destinata all'allattamento materno e non si accettavano bambini di nascita illegittima, aspetto che fu duramente criticato dalla Bontempi.

A Bellinzona Meta Stoffel gestiva dal 1910 la locale Pro Infanzia, costituitasi poi in associazione nel 1912 con l'obiettivo di creare una *crèche* per l'accoglienza di lattanti d'età inferiore ai 3 anni, bambini «che nelle loro famiglie o per miseria, o per negligenza o per assenza della madre trattenuta al lavoro, risulteranno trascurati nel nutrimento o nelle cure igieniche». ¹³ La Pro Infanzia di Bellinzona inaugurò la sua culla nel gennaio del 1913 che fu diretta durante i primi 6 mesi dalla Croce Rossa Svizzera e in seguito dalla maestra d'asilo Maria Medici. Vi si ospitavano in media ogni giorno una decina di bambini delle famiglie più povere del borgo, buona parte di origine italiana. I lattanti erano regolarmente visitati dal dottor Sacchi che nel suo primo rapporto medico lodò con le seguenti parole l'operato della Pro Infanzia di Bellinzona e il raggiungimento degli obiettivi prefissati:

Come tutti sanno, due erano gli scopi precipui che si erano prefissi gli organizzatori della Culla. L'uno, di strappare i bambini malaticci, deboli e mal curati dal grembo delle madri povere, bisognose, cariche di famiglia, di raccogliere queste tenere creature in locali sani e confortabili, di dar loro vitto ed alloggio per lo spazio di una giornata, in modo da permettere alla madre, desiderosa di raggranellare qualche soldo, un lavoro onesto senza lo strazio di lasciare la propria creatura in balia di gente estranea. L'altro intento era quello di migliorare le condizioni igieniche di questi bambini dar loro nutrimento abbondante e sano, sviluppare le energie latenti, assopire le tendenze cattive, in una parola di dare alla *Puericoltura* quel posto d'onore che la scienza le ha tributato. ¹⁴

In generale, i bambini accolti giornalmente nelle tre culle ticinesi presentavano diversi problemi di salute: molti erano affetti da scrofula e manifestavano tendenze alla tubercolosi, i 4/5 erano rachitici; la figura del medico, più di quella dell'educatrice, era di fondamentale importanza visto che l'intento primario restava quello di salvare l'infanzia ticinese dalla morte prematura. Pur palesandosi rapidamente gli effetti benefici della presenza di questi primi tre asili, queste istitu-

¹² Dalmazio Ambrosioni, *Un cuore grande. I cento anni della Culla Arnaboldi a Lugano*, Lugano 2008, p. 9.

¹³ Cronache bellinzonesi, in: *Gazzetta ticinese*, 28 febbraio 1912, p. 1.

¹⁴ Emilio Sacchi, Rapporto medico, in: *Conto reso del Dipartimento di Igiene e lavoro*, Gestione 1913, cap. 6: Asili per i bambini lattanti, p. 52.

zioni conobbero subito le prime difficoltà. Da una parte, le gravi condizioni finanziarie del Cantone minacciavano di ritardare la creazione di altre culle; dall'altra, i radicati pregiudizi consentirono solo molto lentamente la diffusione dell'importanza della puericultura e della creazione di centri d'accoglienza diurni.

... ai dispensari per lattanti

La Grande Guerra pose drasticamente fine alla breve esperienza degli asili per bambini lattanti. Nell'aprile del 1914 Teresina Bontempi prevede già quale sarebbe stata la soluzione che altri filantropi intrapresero per accorrere in aiuto all'infanzia ticinese: «la nascita della Culla segna nel Cantone l'avvento di un'epoca nella quale il medico costituirà la figura principale dei luoghi d'educazione, conducendo i Comuni, le famiglie ed i maestri allo studio dell'organismo infantile [...]».¹⁵ Fu così che, sullo stimolo di quanto avveniva in Francia, anche in Svizzera e in Ticino la classe medica, e in particolar modo i primi pediatri, presero a cuore la questione della salute dei bambini aprendo dispensari per il controllo clinico gratuito dei lattanti, la propaganda dell'allattamento materno e la diffusione delle norme di puericultura.

In Ticino il primo dispensario per lattanti sorse a Lugano nel 1917 per opera del pediatra dottor Ezio Bernasconi e di un comitato di dame patronesse capeggiate da Marietta Crivelli-Torricelli. Circa i due terzi dei bambini della città venivano visitati quindicinalmente e, grazie alle prescrizioni alimentari del medico, in breve tempo si curavano rachitismo, atrofia e patologie gastro-enteriche evitando a molti bambini una morte assicurata. Nel primo triennio d'attività, quando in Ticino si registrava un tasso di mortalità infantile del 14-16%, fra i 325 lattanti frequentanti il dispensario di Lugano si registrò un tasso pari al 2%.¹⁶ Visti gli ottimi risultati riscontrati, oltre una decina di dispensari sorsero sul territorio cantonale grazie a contributi finanziari della Pro Juventute, del Dipartimento di Igiene e dei Comuni.¹⁷ Le condizioni di salute dell'infanzia ticinese iniziarono a migliorare progressivamente e le madri appresero ad applicare coscienziosamente le basilari norme di puericultura.

15 Teresina Bontempi 1913, *op. cit.*, p. 41.

16 Maffongelli 2011, *op. cit.*, p. 99 ss.

17 A.-M. Stahel-Frey, Les consultations de nourrissons en Suisse, in: *Le mouvement féministe*, 22, 1934: cahier 424, p. 24; cahier 425, pp. 26-7; cahier 426, p. 31.

Il Nido d'Infanzia di Lugano: da luogo di cura a luogo d'accoglienza diurna

Dal 1926 il comitato del dispensario luganese per lattanti iniziò a raccogliere fondi per favorire la creazione di un istituto di cura dove ricoverare i bambini con problemi di salute che richiedevano maggiori cure rispetto a quelle ricevute al consultorio e dove accogliere lattanti sani di cui i genitori non potevano occuparsi.¹⁸ Grazie all'importante azione filantropica di matrice laica dell'associazione Nido d'Infanzia, il tanto auspicato ospedaletto fu inaugurato nel marzo del 1929 e la direzione fu affidata all'infermiera pediatrica Marta Vinassa. Accolse inizialmente una decina di bambini che nel 1930 raggiunsero già le 22 unità. Il Nido d'Infanzia non nacque dunque come un asilo infantile, ma come una struttura sanitaria per la lotta alla mortalità infantile. All'epoca, l'allontanamento per lunghi periodi di neonati e lattanti dalle loro famiglie non era un fatto raro: l'offerta di cure quasi gratuite del Nido d'Infanzia rappresentava un'ancora di salvezza per molte famiglie povere del Cantone, che pagavano rette diurne comprese tra 50 cts. a 3,50 fr. a dipendenza delle disponibilità. Al Nido d'Infanzia si ricoveravano fino a totale guarigione, ossia per diversi mesi, bambini appena nati o nel primo mese di vita con patologie quali distrofia alimentare, rachitismo, anemia, gastroenterite, predisposizione alla tubercolosi e nascita prematura.

Gli effetti benefici furono evidenti da subito, grazie alle cure ricevute, nel 1937 nessun bambino ricoverato al Nido d'Infanzia morì:

Grazie al latte da balia e agli alimenti curativi preparati nel sottostante Lactarium, la cura medica dei disturbi digestivi ha portato al successo in tutti i casi presentatisi nell'annata. Numerosi lattanti gracili e specialmente prematuri, entrati in istato di deperimento atrofico, vennero dimessi in istato eutrofico sano. L'affluenza di neonati prematuri con rilevante sottopeso, quindi attaccati alla vita per così dire appena con un filo, è stata ancora più numerosa quest'anno. Anche in questo campo, il più delicato per sé stesso, è consolante rilevare ed affermare che simili prematuri qualora fossero stati allevati al loro domicilio non sarebbero campati, mentre invece le cure speciali che richiedono una paziente e difficile assistenza diuturna da parte delle allieve infermiere, il più delle volte li hanno salvati.¹⁹

In quegli anni si ospitavano fino a 40 bambini, ma la casa era sovraffollata. Il comitato dell'associazione desiderò edificare uno stabile più grande e consona al numero di ospiti ricoverati, ma per mancanza di mezzi finanziari ciò non fu possibile fino al 1952, anno del trasferimento alla nuova sede di Besso. Verso la metà del secolo l'annosa lotta contro la mortalità infantile era finalmente vinta. Nonostante ciò, al Nido d'Infanzia si continuò ad accogliere bambini per lunghi periodi: nel

18 Maffongelli 2011, *op. cit.*, p. 113 ss.

19 *Nido d'Infanzia. Relazione del nono anno, 1937*, S.A. Tipografia Ed., Lugano 1938, pp. 7-8.

1956 furono assistiti complessivamente 120 bambini per un totale di 16'933 giornate di degenza, mediamente oltre quattro mesi per lattante.

Le vicende del Nido d'Infanzia negli anni seguenti testimoniano del cambiamento di mentalità avvenuto nella seconda metà del Novecento, sia per quanto concerne le modalità della presa a carico dei bambini nella fascia d'età dalla nascita ai 3 anni, sia per quel che riguarda il progressivo intervento statale in favore della protezione dell'infanzia. Alla sua creazione nel 1929, l'azione svolta dal Nido d'Infanzia permise di colmare l'impossibilità d'intervento – per mancanza di mezzi e di risorse – dello Stato in materia di lotta alla mortalità infantile, seppur già all'inizio degli anni Trenta il Dipartimento di Igiene auspicava di poter coordinare gli sforzi dell'iniziativa privata.²⁰

Dal secondo dopoguerra le autorità cantonali riuscirono a realizzare i primi interventi: nel 1954 si riformò il codice sanitario vecchio di trent'anni, in cui si decretò la fine dell'epoca dei dispensari per lattanti favorendo la centralizzazione dei consultori materni presso i nosocomi del Cantone;²¹ nel 1963 con la promulgazione della legge sulla protezione della maternità, dell'infanzia, della fanciullezza e dell'adolescenza lo Stato si propose quale principale attore a tutela dell'infanzia ticinese. Per le famiglie povere, dove entrambi i genitori lavoravano, si acconsentì all'affidamento diurno dei figli in tenera età:

I bambini di età inferiore ai 3 anni, i quali per malattia della madre o per difficile situazione familiare debbono essere affidati temporaneamente fuori della loro famiglia, sono accolti in culle, nidi d'infanzia o asili nido diurni, fondati o riconosciuti dallo Stato, fino a che la famiglia non è in grado di riprenderli, ma di regola non oltre il compimento dei tre anni di età.²²

Fu così che dal 1963 il Servizio sociale cantonale intraprese enormi sforzi per trasformare i luoghi d'accoglienza destinati alla prima infanzia da servizi socio-assistenziali a strutture psico-pedagogiche di appoggio alla famiglia. Il Dipartimento delle Opere Sociali (DOS) domandò a più riprese al Nido d'Infanzia di Lugano di modificare le proprie prestazioni abbandonando il ricovero prolungato a favore dell'accoglienza diurna e accettando bimbi fino a tre anni. Parte dell'originale clinica per lattanti fu trasformata in struttura per il pre-asilo. Tali modifiche furono attuate nel 1975 ma il personale, prevalentemente infermieristico e quindi senza

20 *Rendiconto Dip. Igiene* 1933, pp. 9–10.

21 Maffongelli 2011, *op. cit.*, p. 131 ss.

22 Legge per la protezione della maternità, dell'infanzia, della fanciullezza e dell'adolescenza del 15 gennaio 1963, in: *Bollettino Ufficiale delle leggi e degli atti esecutivi* 63, 85. Nel 1960 gli istituti per la prima infanzia presenti sul territorio erano a Lugano l'Asilo di Maternità Arnaboldi e il Nido d'Infanzia, a Locarno la Casa Bianca, a Bellinzona la Culla San Marco, a Sonvico la Casa Gioia e a Personico l'istituto Cremetti. Cfr. DOS, *Risultati dell'indagine sulle case assistenziali, gli istituti e i collegi per fanciulli nel Cantone Ticino* (dattiloscritto), Bellinzona, 1960.

competenze psico-pedagogiche, ebbe molte difficoltà a gestire adeguatamente i bambini più grandi. Per questo motivo, nel 1979 il consiglio direttivo decise di cedere l'attività alla città di Lugano: dal 1981 il nuovo asilo «Nido d'Infanzia» è gestito dagli istituti sociali comunali.

La presa a carico della prima infanzia in Ticino negli ultimi 50 anni²³

Il Servizio sociale cantonale si adoperò fin da subito affinché negli istituti per la prima infanzia operasse personale specializzato: realizzò corsi di studio che non si limitassero all'insegnamento della puericultura, ma che comprendessero anche approfondite nozioni di psicologia, pedagogia, psicomotricità e gioco. Inoltre, il Servizio sociale cantonale lottò accanitamente per l'abolizione dell'internato a favore dell'affidamento diurno dei bambini per garantire un contatto regolare con la famiglia evitando così eventuali disadattamenti sociali dopo mesi o anni di ricovero presso un istituto. Si diffuse il principio che la qualità degli istituti d'accoglienza diurna, concepiti come luoghi d'educazione e non di cura, consistesse nell'organizzazione del servizio, nel progetto didattico di riferimento e nelle competenze professionali degli educatori.

Nel corso degli anni Settanta nacquero secondo i moderni metodi psico-pedagogici gli asili-nido di Locarno, il primo servizio socio-educativo di accoglienza diurna offerto da un Comune, l'asilo-nido Comunità di quartiere a Chiasso e quello Comunità dei bambini Mendrisio, nati per iniziativa privata con il buon auspicio delle autorità, intenzionate a sostenere le madri che decidevano di continuare a lavorare. Nel 1979 gli asili-nido del Cantone accoglievano fino a 370 bambini, ma molti restavano nelle liste d'attesa.

Nonostante l'enorme lavoro svolto dal Servizio sociale cantonale, l'idea che gli asili-nido rappresentassero un servizio d'assistenza per i meno fortunati era ancora ben radicata. A Locarno, per esempio, la precedenza d'ammissione andava ai bambini illegittimi la cui madre lavorava per ovvie necessità, a quelli privi di cure a causa delle precarie condizioni psico-fisiche della madre, a quelli con nucleo familiare disgregato e a quelli la cui madre era costretta a lavorare.²⁴

All'inizio degli anni Ottanta si propose una revisione della legge del 1963 in quanto non rispondeva alle esigenze delle madri lavoratrici e al bisogno dei bambini di socializzare perché basata sull'assistenzialismo. La crisi finanziaria congelò però qualsiasi proposta di rinnovo della legge, gli oneri negli asili-nido passarono

23 Lorenza Hofmann, Manuela Maffongelli, Fabrizio Panzera, Luca Saltini, *L'infanzia preziosa. Le politiche familiari nel Ticino dal Novecento a domani*, [Lugano] 2011, pp. 32-49.

24 Messaggio n. 2067 concernente la costruzione di un asilo-nido nella Città di Locarno e l'acquisto di attrezzature, del 21 maggio 1975; rapporto n. 2067; in: *Verballi del Gran Consiglio*, sessione ordinaria primavera 1975, seduta XVII del 27 ottobre 1975, p. 495.

ai Comuni e s'introdussero le rette differenziate: la politica familiare ticinese fece numerosi passi indietro. Gli asili-nido tornarono a essere riservati ai casi sociali e il numero dei bambini affidati alle cure diurne diminuì drasticamente, provocando anche riduzioni di personale.²⁵ Questa situazione perdurò fino agli anni Novanta e per far fronte alla mancanza di strutture nacquero diversi asili-nido privati autorizzati dal Cantone, ma non sussidiati: la politica sociale continuava a delegare alle famiglie la questione della presa a carico diurna dei bambini da 0 a 3 anni.

Con il mutare della società e della famiglia si susseguì una serie d'iniziative parlamentari che posero le basi per la politica familiare in Ticino, conosciuta come *Tessiner Modell*: nel 1996 furono potenziati gli assegni familiari quale strumento di lotta alla povertà delle famiglie; nel 1998 la Commissione consultiva per la protezione della maternità e dell'infanzia presentò delle proposte per l'orientamento della politica familiare in Ticino,²⁶ che furono sviluppate in un progetto di legge da un Gruppo di lavoro rappresentativo della società civile e dei servizi statali. Finalmente, il 15 settembre 2003 fu approvata l'attuale Legge per le famiglie con la quale lo Stato disciplina l'affidamento diurno dei bambini.

Gli asili-nido – comunali e privati – presenti sul territorio cantonale ticinese sono attualmente una cinquantina. La Divisione dell'Azione sociale e delle Famiglie lavora affinché il numero di posti offerti da Comuni, associazioni e privati risponda alla necessità delle coppie con figli piccoli, a criteri di qualità uniformi, cercando di favorire nel contempo una condivisione della cultura dell'infanzia, proseguendo un cammino intrapreso cent'anni or sono a Novaggio da Alice Meyer.

25 Asili nido: verso lo smantellamento?, in: *I diritti del lavoro*, 9/44 (1984) p. 6.

26 *Politica familiare in Ticino*, Rapporto della commissione consultiva e di vigilanza per la protezione della maternità, dell'infanzia, della fanciullezza e dell'adolescenza, Bellinzona 1998.

Private Erziehungsheime für junge Frauen und die Anfänge des Sozialstaates in der Deutschschweiz, 1870er bis 1930er Jahre. Hinweise zur Delegation von Aufgaben und Kompetenzen an private Heime

Sabine Jenzer

Das irische Filmdrama *The Magdalene Sisters* (dt. *Die unbarmherzigen Schwestern*) von Peter Mullan aus dem Jahr 2002 handelt vom harten, von Arbeit und Strafe geprägten Leben in einem katholischen Erziehungsheim für weibliche Jugendliche im Irland der 1960er Jahre. Vier fiktive Schicksale junger Frauen stehen im Zentrum des Films. Die Erste kam ins Heim, nachdem sie vergewaltigt worden war, die Zweite, eine verführerisch attraktive Waise, wurde eingewiesen, weil sie gerne flirtete, die Dritte, weil sie unehelich schwanger geworden war, und schliesslich die Vierte, weil sie unehelich geboren worden war und eine Lernschwäche hatte. Ähnliche Erziehungsheime für normabweichende weibliche Jugendliche existierten auch in zahlreichen anderen Ländern, so auch in der Schweiz. Oftmals war es ein als sexuell auffällig eingestuftes Verhalten, das zur Einweisung führte. Der Film wurde mit einigen Preisen ausgezeichnet und löste lebhaftere Kontroversen aus. Er trug zusammen mit weiteren Filmen und Medienberichten dazu bei, dass in den folgenden Jahren die Thematik der Magdalenenheime in Irland in der Forschung verstärkt aufgearbeitet wurde und die Regierung eine – nun kürzlich abgeschlossene – Untersuchung zur Thematik dieser Heime in Auftrag gab.¹ Dieser Bericht sollte untersuchen, inwieweit der Staat in das System der privaten *Magdalen Laundries* involviert gewesen ist und dieses mit verantwortete. In Irland wurde 1996 das letzte dieser Heime geschlossen. In anderen Ländern wie der Schweiz oder Deutschland waren sie bereits infolge der 68er Bewegung zunehmend obsolet geworden.

Diese Erziehungsheime für weibliche Jugendliche habe ich zum Thema meiner kürzlich abgeschlossenen Dissertation zur Heimerziehung nachschulpflichtiger weiblicher Jugendlicher in der deutschsprachigen Schweiz im Zeitraum der 1870er bis 1930er Jahre gemacht, wobei die Rolle des Staates einer der Untersuchungsgegenstände ist. Ziel dieses Beitrags ist es, zusammenfassend einige zentrale Er-

¹ Der Bericht an die irische Regierung findet sich unter <http://www.idcmagdalen.ie> (Stand 8. Februar 2012).

kenntnisse dieser Arbeit zu präsentieren.² Während in anderen Ländern teils zahlreiche Untersuchungen zur Thematik entstanden sind, besteht in der Schweiz noch ein grösserer Forschungsbedarf.³ Das Interesse meiner auf kultur- und sozialhistorischen Forschungstraditionen aufbauenden Studie liegt darin, die Heimerziehung nachschulpflichtiger weiblicher Jugendlicher anhand der Jugendheime im entstehenden Schweizer Sozialstaat von verschiedenen Seiten zu beleuchten. Im Zentrum stehen dabei, gezeigt am Beispiel der Sittlichkeitsvereine, die in der Heimerziehung weiblicher Jugendlicher eine wichtige Rolle spielten, die Ausprägung der evangelischen privaten Fürsorge sowie die Rolle des entstehenden Sozialstaates und das Zusammenwirken der privaten und staatlichen Akteure.⁴ Meine Untersuchung konzentriert sich auf die drei Schweizer Kantone Basel, Bern und Zürich, mit einem spezifischen Fokus auf den Kanton Zürich.

Der Quellenkorpus der Arbeit besteht vorwiegend aus den überlieferten Quellenbeständen der Sittlichkeitsvereine sowie der politischen Behörden. Es ist eine Fülle an Material erhalten, das von Jahresberichten über Vereinspublikationen bis hin zu Quellenmaterial aus den untersuchten Heimen, von Berichten und Protokollen über Korrespondenz bis zu Gesetzen und Rechenschaftsberichten reicht. Methodisch stütze ich mich auf Erkenntnisse aus der Sexualitätsgeschichte, der Netzwerkforschung und den *gender studies* sowie auf Überlegungen der Forschung zu Disziplinierungs- und Normalisierungsprozessen und zu Inklusion/Exklusion.

In meiner Arbeit kristallisiere ich einige Themen heraus, die sich als wichtige Kennzeichen für die hier interessierende Ausprägung des Fürsorgesystems in Hinblick auf sogenannt 'sittlich gefährdete' und 'gefallene' junge Frauen und für das Zusammenspiel der privaten und staatlichen Akteure darin erwiesen. Charakteristisch waren ein steigender Zugriff auf die Sexualität der Unterschichtsfrauen; eine zunehmende Engmaschigkeit des Fürsorgenetzes; die Stigmatisierung der 'sittlich gefährdeten' und 'gefallenen' jungen Frauen; eine starke Delegation von Aufgaben und Kompetenzen an die private Fürsorge; eine marginale staatliche Kontrolle der Privatheime; die Geringhaltung der finanziellen Aufwendungen; die Missachtung verfassungsmässiger Grundrechte des liberalen Rechtsstaates; eine Dynamisierung, Vorstrukturierung und Prägung der staatlichen Fürsorge durch die private Wohlfahrt; die Langlebigkeit traditioneller Erziehungskonzepte sowie die Ambivalenz zwischen Hilfe und Zwang.

2 Sabine Jenzer, *Die 'Dirne', die Bürger und der Staat. Private Erziehungsheime für junge Frauen und die Anfänge des Sozialstaates in der Deutschschweiz, 1870er bis 1930er Jahre* (im Druck).

3 Zum Forschungsstand vgl. Jenzer, *op. cit.*

4 Ich verwende für die kommunale, kantonale und eidgenössische Ebene den Begriff 'Staat', auch wenn er für kommunale Verwaltungen nicht einschlägig ist, sondern lediglich für kantonale und eidgenössische.

In diesem Beitrag gehe ich zusammenfassend auf drei dieser Punkte näher ein: Ich präsentiere ausgewählte Aspekte zur Delegation von Aufgaben und Kompetenzen an private Heimbetreiber durch den Staat sowie zur marginalen staatlichen Kontrolle der Privatheime; beides Punkte, die ihrerseits eng mit der Geringhaltung der finanziellen Aufwendungen verbunden waren. In der Schweizer Forschung zur Heimerziehung wurden die Aushandlungsprozesse und die Zusammenarbeit, Aufgaben- und Kompetenzverteilung zwischen den Privatheimen und dem Staat bislang nur am Rande thematisiert; ebenso die gesetzliche Lage und die staatliche Aufsicht spezifisch der Privatheime.

Private Fürsorge und staatliche Institutionalisierung

Im Fokus der Heimerziehung standen 'sittlich gefährdete' oder 'gefallene' junge Frauen aus der Unterschicht, die in prekären materiellen Verhältnissen lebten und die eines sexuell auffälligen Verhaltens bezichtigt wurden oder als gefährdet galten, eines Tages von den sexuellen Normen abzuweichen. Die in Heime eingewiesenen Frauen hatten sich oft keine strafrechtlich relevanten Taten zuschulden kommen lassen. Bei jungen Frauen galt die Verletzung der sexuellen Norm als typisch weibliche Devianz. Die Normabweichung wurde dabei an einer für Frauen sehr eng gesteckten, rigiden Moral gemessen. So gerieten etwa aussereheliche Schwangerschaft, Konkubinat oder Prostitution in den Fokus fürsorgerischer Massnahmen, aber auch Verhaltensweisen, die auf eine 'sittliche Gefährdung' hindeuten schienen, etwa das Herausputzen mit Schminke, Kleidern und Schmuck oder der häufige Besuch von Tanzveranstaltungen.

Das von einer Vielzahl an Akteuren getragene Fürsorgesystem für weibliche Jugendliche lag zunächst in den Händen der privaten Wohltätigkeit. Einen wichtigen Part spielten die seit den 1870er Jahren aus der Sittlichkeitsbewegung hervorgegangenen evangelischen Männer- und Frauenvereine zur Hebung der Sittlichkeit der deutschsprachigen Schweiz. Wie der englische Abolitionismus, dessen Name in Anlehnung an die amerikanische Anti-Sklaverei-Bewegung entstand, riefen auch die von besorgten Bürgerinnen und Bürgern gegründeten evangelischen Sittlichkeitsvereine der deutschsprachigen Schweiz öffentlichkeitswirksam zum Kampf gegen den käuflichen Sex und die white slavery – den Frauenhandel – auf; dies zu einem Zeitpunkt, als in verschiedenen Kantonen – unter anderem als Antwort auf die grassierenden und noch kaum heilbaren Geschlechtskrankheiten – die Einführung einer Reglementierung der Prostitution auf der politischen Agenda stand. Die stark konfessionell geprägten Deutschschweizer Sittlichkeitsvereine stellten sich gegen die herrschende bürgerliche Doppelmoral, die den Männern Geschlechtsverkehr ausserhalb der Ehe gestattete, den Frauen hingegen nicht, und

forderten für beide Geschlechter die Beschränkung der Sexualität auf die Ehe. Die Sittlichkeitsvereine, in erster Linie die Frauenvereine, initiierten neue Fürsorgefelder für 'gefallene' und 'sittlich gefährdete' Frauen und bauten ein Fürsorgenetzwerk für diese Frauen auf, zu dem auch zahlreiche Erziehungsanstalten gehörten. Mit ihren Heimen wollten sie Prostituierten und solchen, die es zu werden drohten, aus dem Sexmilieu heraushelfen beziehungsweise die Betroffenen vor diesem bewahren.

Nach der Jahrhundertwende ist insgesamt ein steigendes Interesse an der Jugendfürsorge auszumachen; der Staat, wissenschaftliche Kreise und neu gegründete private Vereinigungen betätigten sich zunehmend auf diesem Feld. Auch im Bereich der Heimerziehung weiblicher Jugendlicher ist eine steigende Zahl an Akteuren feststellbar. Eine klare Trennung zwischen öffentlichen und privaten Akteuren ist dabei im Grundsatz nicht möglich. So waren etwa die Mitglieder der Sittlichkeitsvereine nicht selten zugleich Privatpersonen und öffentliche Personen, die sich in verschiedenen Systemen bewegten: Sie waren Politiker, Behördenmitglieder, Vormünder sowie Mitglieder staatlicher Patronatskommissionen. Diese personellen Verbindungen und Doppelmandate, die häufig aktiviert wurden, intensivierten und erleichterten die Zusammenarbeit zwischen privaten und staatlichen Institutionen, führten zu engen personellen Verflechtungen innerhalb des Netzwerks und machten die darin bestehenden Kompetenzen und Abhängigkeiten ein Stück unübersichtlicher.

Die verstärkte Tätigkeit in der Fürsorge für weibliche Jugendliche ist auf ein vielfältiges und komplexes Zusammenspiel verschiedener Faktoren zurückzuführen und war eng mit den politischen, gesellschaftlichen und sozialen Zeitumständen verbunden. Zentrale Faktoren waren – hier nur summarisch aufgezählt – die Entdeckung der Jugend und ihrer 'Schutzbedürftigkeit' am Ende des 19. Jahrhunderts, verbunden mit einer nach der Jahrhundertwende steigenden Sorge um ihre Tüchtigkeit und um die zunehmende 'Verwahrlosung der Unterschichtsjugend'; die verstärkte Sensibilität gegenüber der Prostitution und ihren Begleiterscheinungen; der zunehmende Normalisierungs- und Anpassungsdruck auf Personengruppen, die (potentiell) die Armenkasse belasteten und in ihrem Lebensstil herrschenden Moral- und Normvorstellungen widersprachen, was sich insbesondere in der Zwischenkriegszeit in einer verstärkten fürsorgerischen Intervention manifestierte; der verstärkte Ruf nach Ordnung und Sicherheit; ein breiter gesellschaftlicher Konsens über die Erziehungsbedürftigkeit sexuell normabweichender Frauen und über die Grundprinzipien der fürsorgerischen Intervention gegenüber diesen Frauen, der sich politisch von links bis rechts erstreckte, auch von Wissenschaftskreisen mitgetragen wurde und sich lange als stabil erweisen sollte; sowie das Engagement der privaten Wohltätigkeit im Bereich der Heim-

erziehung weiblicher Jugendlicher, darunter nicht zuletzt der Sittlichkeitsbewegung, welche die bürgerlichen Bedrohungsängste aufnahm, die Sensibilisierung für das Thema Prostitution vorantrieb und sich – abgesehen von zahlreichen eigenen Heimgründungen – für die Etablierung und gesetzliche Verankerung der Fürsorge für ‘sittlich gefährdete’ und ‘gefallene’ junge Frauen einsetzte.

Mit dem nach der Jahrhundertwende erwachenden Interesse des Staates an der Fürsorge für nachschulpflichtige Jugendliche wurde ein Prozess der zunehmenden Verrechtlichung und teilweisen Verstaatlichung der Jugendfürsorge in Gang gesetzt – ein Phänomen, das in weiten Teilen Europas und in den USA zu beobachten ist. In der deutschsprachigen Schweiz wurde primär in den 1910er bis 1930er Jahren eine Vielzahl neuer staatlicher Einrichtungen und Gesetze im Bereich der Fürsorge für ‘sittlich gefährdete’ und ‘gefallene’ weibliche Jugendliche geschaffen. Auf institutioneller Ebene kam es – allerdings mit beträchtlichen Unterschieden von Kanton zu Kanton und mit einem ausgeprägten Stadt-Land-Gefälle – zur Einrichtung von Jugendämtern, Amtsvormundschaften, ersten staatlichen Heimen für weibliche Jugendliche und neuen Fürsorgestellen für ‘sittlich gefährdete Mädchen’, für Geschlechtskranke und von der Polizei Verhaftete. Auf gesetzlicher Ebene intervenierte der Staat durch zahlreiche neue kantonale und eidgenössische Gesetze, welche die Versorgung von ‘sittlich gefährdeten’ und ‘gefallenen’ Frauen erheblich erleichterten, indem die Versorgungsgründe ausgeweitet wurden und verschiedene Gesetze ein präventives Eingreifen bereits bei einer konstatierten ‘Gefährdung’ ermöglichten. Der staatliche Zugriff auf diese Frauen wurde insbesondere in der Zwischenkriegszeit verstärkt – einer Zeit, die geprägt war von zunehmender Staatsintervention in die Belange der Bevölkerung, von Wirtschaftskrisen, gepaart mit sozialer Misere, von einer seitens des Staates weiterhin schwachen sozialen Abfederung von Armutsrisiken, von massiven sozialen Spannungen und Arbeiterunruhen, von Angst vor einer physischen und psychischen ‘Entartung’ des Schweizer Volkes, von der Furcht der bürgerlichen Gesellschaft vor dem Kommunismus sowie von einem ausgeprägten Konformitätsdruck.

Diese verstärkten Zugriffsmöglichkeiten schlugen sich direkt auf die Versorgungszahlen nieder: Die Zahl der Heimeinweisungen erreichte in der Schweiz in der Zwischenkriegszeit ihren Höhepunkt.⁵ Grössere Teile der weiblichen Bevölkerung konnten nun einer Nacherziehung und Kontrolle unterzogen werden.

An der Wende zum 20. Jahrhundert ist im Bereich der sozialen Fürsorge ein tiefgreifender Transformationsprozess auszumachen. In zahlreichen europäischen Ländern, so auch in der Schweiz, wurden mit der Formierung des Sozialstaates die

5 Vgl. Tanja Rietmann, *‘Liederlich’ und ‘arbeitsscheu’. Die administrative Anstaltsversorgung im Kanton Bern (1884–1981)*, Zürich 2013; Nadja Ramsauer, *‘Verwahrlost’. Kindswegnahmen und die Entstehung der Jugendfürsorge im schweizerischen Sozialstaat 1900–1945*, Zürich 2000, S. 251.

Arbeitsteilung und die Beziehung zwischen privaten und staatlichen Akteuren neu verhandelt.⁶ Es ging dabei um die zukünftige Rolle privater und staatlicher Organisationen sowie um die Frage, welche Aufgaben vom Staat an Private delegiert und mit welchen Vollmachten die beiden Sektoren ausgestattet werden sollten. Auch wurde verhandelt, welches Mass an Amtsgewalt öffentlichen Repräsentanten zukommen sollte, um private Organisationen und Institutionen zu regulieren und zu beaufsichtigen. Die Auseinandersetzung fand vor allem an internationalen Fürsorgekongressen statt, wie sie an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in zunehmender Dichte stattfanden und wo sich staatliche Repräsentanten und solche der Philanthropie trafen.

In der Schweiz fanden seit 1908 mehrere Jugendfürsorgekongresse statt, an denen für die Zusammenarbeit der öffentlichen und privaten Fürsorge sowie gleichzeitig für die Zentralisierung der Fürsorge in Jugendämtern plädiert wurde. Die in der Folge in verschiedenen Kantonen – jedoch mit einem Stadt-Land-Gefälle – entstandenen kantonalen und städtischen Jugendämter waren als Zentralstellen für sämtliche private und öffentliche Jugendfürsorgeeinrichtungen konzipiert. Diese Zentralisierung, die eine lückenlosere Erfassung der Normabweichenden garantieren sollte und auf eine Rationalisierung der Jugendfürsorge zielte, bedeutete aber nicht, dass die private Fürsorge überflüssig geworden wäre. Vielmehr sollte die Zusammenarbeit und Koordination zwischen den vielen bestehenden Einzelinitiativen verbessert werden. Die Diskussionen um Zusammenarbeit, Aufgabenteilung und Kompetenzverteilung zwischen privaten und staatlichen Akteuren betrafen auch den Bereich der Heimerziehung, wie ich im Folgenden näher ausführen werde.

Delegation von Aufgaben und Kompetenzen an die private Fürsorge

So sehr in den Kantonen Bern, Basel und Zürich die Institutionalisierung, Zentralisierung und Verrechtlichung der weiblichen Jugendfürsorge vorangetrieben wurde, so bescheiden blieb das Engagement des Staates in der praktischen Heimerziehung dieser Jugendlichen, obwohl die verschärften Gesetze nach mehr Heimen verlang-

6 Michael B. Katz, Christoph Sachsse, Introduction, in: Michael B. Katz, Christoph Sachsse (Hg.), *The Mixed Economy of Social Welfare. Public/private relations in England, Germany and the United States, the 1870's to the 1930's*, Baden-Baden 1996, S. 9–22; Christian Topalov (Hg.), *Laboratoires du nouveau siècle. La nébuleuse réformatrice et ses réseaux en France, 1880–1914*, Paris 1999; Colette Bec, *Deux congrès internationaux d'assistance (Paris, 1889–1900). Temps fort des rapports public-privé*, in: Colette Bec u.a. (Hg.), *Philanthropies et politiques sociales en Europe (XVe–XXe siècles)*, Paris 1994, S. 145–157; Beatrice Schumacher, Braucht es uns? Selbstbilder, Arbeitsweisen und organisatorische Strukturen der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft, 1810–1970, in: Beatrice Schumacher, *Freiwillig verpflichtet. Gemeinnütziges Denken und Handeln in der Schweiz seit 1800*, Zürich 2010, S. 39–69, hier S. 55f.

ten. So kam es in der deutschsprachigen Schweiz bis 1940 lediglich zur Gründung von zwei staatlichen Heimen für nachschulpflichtige weibliche Jugendliche (1912 Heimgarten bei Bülach und 1935 Loryheim Münsingen). Zusätzlich erfolgte die Übernahme von zumindest einem privaten Heim, des Tannenhofes in Zürich. Demgegenüber entstanden – seit dem Aufkommen spezifischer Heime für nachschulpflichtige weibliche Jugendliche in der deutschsprachigen Schweiz in der zweiten Hälfte und insbesondere im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts – über 50 meist konfessionelle Privatheime. Der privaten, konfessionellen Heimerziehung kam folglich eine herausragende Bedeutung zu. Die evangelische Sittlichkeitsbewegung war in dieser Heimlandschaft stark präsent. Die aus ihr hervorgegangenen Heime bildeten neben den katholischen Erziehungsheimen, die insbesondere seit den 1910er Jahren entstanden, die grösste Gruppe in der Heimlandschaft.

Der residual tätige Sozialstaat gründete in kompensatorischer Weise dann eigene Erziehungsheime für weibliche Jugendliche, wenn die private Wohlfahrt nicht ausreichte. Es waren nicht zuletzt finanzielle Überlegungen, die dazu beitrugen, dass kaum staatliche Anstalten für weibliche Jugendliche entstanden. Die massgeblich von privaten Geldern und ehrenamtlicher Arbeit getragenen Privatheime bildeten eine attraktive Alternative zu den vergleichsweise teuren staatlichen Pendants. Das reichliche Vorhandensein von Privatheimen liess ein Errichten staatlicher Heime wenig dringlich erscheinen.

Die zögerliche und nur teilweise Verstaatlichung der Heimerziehung ist bezeichnend für die Geschichte des schweizerischen Sozialstaates. Das Modell des residualen Sozialstaates war von nachhaltigem Einfluss auf die schweizerische Sozialstaatsgeschichte. Wir haben es in diesem Bereich der sozialen Fürsorge mit einem ausgeprägten private-public-mix zu tun, einer mixed economy of welfare, in der die private Wohltätigkeit weiterhin stark blieb und mit staatlichen Institutionen des entstehenden Sozialstaates eng zusammenarbeitete. Das Prinzip des 'delegierten Sozialstaatssystems',⁷ in dem der Staat den Privaten sozialstaatliche Aufgaben delegiert, ist in der Heimerziehung deutlich erkennbar. Die privaten Anstalten übernahmen zunehmend staatliche Aufgaben im Bereich des Straf- und Massnahmenvollzugs und wurden Bestandteil des staatlichen Strafsystems. Es setzte sich eine Zusammenarbeit zwischen privaten Heimbetreibern und dem Staat durch, wobei es letztlich der Staat war, der trotz Kompromissen und Entgegenkommen die Regeln festlegte. Gleichzeitig wurde die private Fürsorge verstärkt in die Ziele der öffentlichen Fürsorge eingebunden und Reglementierungen unterworfen.

7 Matthieu Leimgruber, Martin Lengwiler, Transformationen des Sozialstaats im Zweiten Weltkrieg. Die Schweiz im internationalen Vergleich, in: Matthieu Leimgruber, Martin Lengwiler (Hg.), *Umbruch an der 'inneren Front'. Krieg und Sozialpolitik in der Schweiz, 1938–1948*, Zürich 2009, S. 9–43.

Die Behörden delegierten neben weiten Teilen der Heimerziehung verschiedene Fürsorge-, Erziehungs-, Kontroll-, Überwachungs- und Detektivaufgaben an die Sittlichkeitsvereine und bedienten sich der personellen und finanziellen Ressourcen der Vereine. Die Sittlichkeitsvereine entwickelten sich in diesem Fürsorgenetz zu einem parastaatlichen Milizsystem, das eng an den Staat gekoppelt war. Durch die Delegation staatlicher Aufgaben wurden die Sittlichkeitsvereine quasi zum verlängerten Arm des Staates, der zur Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols beigezogen wurde. Das Gewaltmonopol besagt, «dass alle Zwangsgewalt im Staatsgebiet nur vom Staat selbst oder mit seiner Erlaubnis ausgeübt werden darf».⁸ Gewisse an die Sittlichkeitsvereine delegierte Aufgaben tangierten die individuellen Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger; etwa die Detektivdienste, mit dem Ziel, Informationen über bestimmte Frauen einzuholen, die an Vereinsmitglieder übertragenen Vormundschaften und Beistandschaften sowie die den Vereinen übertragene Erziehung junger Frauen in geschlossenen Erziehungsanstalten. Durch die Delegation solcher Aufgaben an die Sittlichkeitsvereine erteilte der Staat diesen die Befugnis zur Ausübung gewisser Zwangsmittel. Damit einher gingen aber politische Auseinandersetzungen, inwieweit und unter welchen Bedingungen der privaten Fürsorge Zwangsmittel übertragen werden durften. Während die private Fürsorge umfangreiche Vollmachten beanspruchte, ist in der Politik in dieser Frage ein harter Aushandlungsprozess auszumachen.

Marginale staatliche Kontrolle der Privatheime

Seitens der privaten Fürsorge wird ein deutliches Interesse an minimaler Regulierung, möglichst grossem Handlungsspielraum und weitreichenden Zwangsmitteln gegenüber den Eingewiesenen sichtbar. Als Gegenleistung für ihre finanziellen Aufwendungen und ihre Arbeit, die sie auch als Druckmittel einsetzten, forderten die Vereine Freiräume, Kompetenzen, Mitbestimmung und die Übertragung staatlicher Aufgaben, verbunden mit weitreichenden Zwangsmitteln. Sie strebten eine Kooperation mit der im Ausbau begriffenen staatlichen Jugendfürsorge an, in der sie eine möglichst starke und eigenständige Stellung einnehmen und ihre Anliegen und ihr Wissen wirkungsvoll einbringen wollten und die ihnen durch staatliche Anerkennung den Zugriff auf 'sittlich gefährdete' und 'gefallene' Frauen erleichtern sollte.

8 Peter Pernthaler, *Allgemeine Staatslehre und Verfassungslehre*, 2., völlig Neubearb. Aufl., Wien / New York 1996, S. 128.

Auf Seiten des Staates hingegen war das Mass an Vollmacht, das der privaten Fürsorge gewährt werden sollte, umstritten. In meiner Studie untersuche ich anhand einer ausgesprochen gut dokumentierten Debatte im Kanton Zürich die Aushandlungsprozesse zur Delegation der Heimerziehung an private Heimbetreiber. Kurz vor der Jahrhundertwende setzte eine von Behörden, Politikern und extern beauftragten Gutachtern geführte Debatte ein, die sich um die Frage drehte, ob beziehungsweise unter welchen Bedingungen Private das Recht haben sollten, Heime zu führen, in denen Freiheitsbeschränkung und Zwangsmittel zur Anwendung kamen, und wenn ja, wie autonom oder wie beaufsichtigt und in ihrer Ausrichtung reglementiert solche Privatheime sein sollten. Dabei werden zwei gegenläufige Diskurse sichtbar. Der eine erachtete die durch Private ausgeübten, in die persönlichen Rechte eingreifenden Massregelungen als problematisch. Die Vollmacht, die seit den 1830er Jahren verfassungsmässig garantierten individuellen Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger einzuschränken, sollte, wie insbesondere aus dem sozialdemokratischen Lager gefordert, allein bei staatlichen Heimen liegen, oder die Privatheime sollten zumindest einer umfassenderen staatlichen Kontrolle unterstellt werden. Der andere Diskurs versuchte, die Einführung stärkerer staatlicher Kontrollen und Regulierungen, die als hemmend für die private Wohlfahrt wahrgenommen wurden, zu verhindern. Er plädierte stattdessen dafür, den grundsätzlich als vertrauenswürdig erachteten Privatanstalten möglichst viel Gestaltungsspielraum zu gewähren, und sah eine gewisse Beschränkung der Freiheit und Anwendung von Zwang schon im Hinblick auf die Hausordnungen als unerlässlich an.

Im hier untersuchten Zeitraum vermochten jene politischen Entscheidungsträger, die den privaten Heimen weiterhin einen gewichtigen Stellenwert und einen weitreichenden Handlungsfreiraum gewähren wollten, trotz Widerstand letztlich die Oberhand zu behalten. Der Staat zeigte ein deutliches Interesse daran, dass Private mitarbeiteten und mitfinanzierten. Mit dem Ausbau der staatlichen Fürsorge seit der Jahrhundertwende wurden die privaten Heime jedoch zunehmend in die staatliche Versorgungspraxis eingebunden und vermehrt Regulierungen und Vorschriften unterworfen. Die kritischen Stimmen, die immer wieder nach verstärkter Kontrolle und Regulierung der privaten Fürsorge riefen, um auf diese Weise Missbräuche zu verhindern, bewirkten in der Folge auf der Ebene der Gesetze allmählich, wenn auch immer wieder verzögert, eine deutliche Verstärkung der staatlichen Aufsicht über die Privatheime, und es wurden neue Aufsichtsorgane geschaffen, die eine Kontrolle der Privatheime zur Aufgabe hatten. Die erlassenen Vorschriften waren aber teils äusserst schwammig formuliert und liessen einen entsprechend grossen Spielraum in der Umsetzung offen. Zudem blieb die Umsetzung der gesetzlich verankerten Aufsichtspflichten in der Praxis mangelhaft. Die Aufsicht über die privaten Anstalten gestaltete sich weiterhin nach dem Grundsatz,

dass sich der Staat möglichst wenig in deren innere Angelegenheiten einmischen sollte, so dass sich diese Einrichtungen möglichst frei entwickeln konnten, schliesslich füllten sie doch manche Lücke im System der staatlichen Anstalten. Die Privatheime scheinen bewusst (noch) weniger stark beaufsichtigt worden zu sein als staatliche Anstalten – und dies, obgleich auch bei Letzteren Mängel hinsichtlich der Aufsicht bestanden.

Letztlich wurden den privaten Heimbetreibern weitreichende Kompetenzen zugestanden. In meiner Arbeit zeige ich auf, dass den Privatheimen in der Praxis Konzessionen beziehungsweise eine Art 'Sonderstatus' gewährt wurde, der sich in einem diffusen gesetzlichen Graubereich bewegte und das Treffen informeller Vereinbarungen (die allerdings stark vom Wohlwollen der zuständigen Einzelpersonen abhingen) sowie eine minimale Regulierung beinhaltete. Dieser Sonderstatus eröffnete den Privaten und den Behörden gleichermassen einen willkommenen Gestaltungsspielraum in ihrer Fürsorgetätigkeit, den beide Seiten zu nutzen wussten. Es ging dabei auch ganz wesentlich darum, die Staatsausgaben für das Fürsorgesystem durch marginale Kontrollen der Privatheime und einen informellen Umgang mit geringeren administrativen Schranken zu begrenzen. Ebenso galt es, die Betreiber von Privatheimen in ihrer Tätigkeit möglichst wenig einzuschränken und ihre Arbeit so unbürokratisch wie möglich zu gestalten. Da die Privatheime komplementär zu kaum existierenden staatlichen Heimen waren, mussten die Behörden ihnen gegenüber ein Stück weit Konzessionen machen. Gestützt wurde der Sonderstatus der Privatheime durch einen gewissen gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit des Eingriffs gegenüber bestimmten Gruppen von Personen.

Die Auslagerung von dem Staat vorbehaltener Gewalt an Dritte barg ein besonderes Gefahrenpotential, da gleichzeitig kaum wirksame und unabhängige Kontrollmechanismen eingeführt wurden.⁹ Obwohl Privatheime teils erhebliche Beschränkungen der persönlichen Freiheit vornahmen, blieb die Aufsicht seitens des Staates bescheiden. Der Fokus der marginalen staatlichen Aufsicht lag zudem auf den hygienischen Verhältnissen im Heim, nicht zuletzt zur Verhinderung von Seuchen, sowie auf der Vermeidung eines 'verschwenderischen' Einsatzes von Steuergeldern. Das persönliche Wohlergehen der Menschen im Heim interessierte hingegen kaum und rückte erst dann ins Zentrum von behördlichen Untersuchungen, wenn massive Missstände aufgedeckt wurden – wobei auch solche Untersuchungen nicht immer zur Beseitigung der Missstände führten.

⁹ Lukas Gschwend, Institutionelle Gewalt und Sozialdisziplinierung gegen Minderheiten, in: Cornelia Bessler u.a. (Hg.), *Neue Gewalt oder neue Wahrnehmung?*, Bern 2009, S. 133–150, hier S. 134f.

La Fondation Saint-Joseph, un exemple de la bienfaisance catholique valaisanne

Marie-France Vouilloz Burnier

Fondée à Beckenried en 1857, l'association catholique Pie IX (Piusverein) compte très rapidement des adeptes dans le clergé valaisan en butte aux velléités étatiques et laïques des radicaux.¹ Quelques ecclésiastiques alliés à des notables de Sion et de Saint-Maurice, membres de cette association pieuse, participent à la création des orphelinats du canton, une fois le pouvoir revenu en mains conservatrices. De 1858 à 1861, trois établissements d'éducation pour les enfants abandonnés voient le jour: à Sion sont fondés en 1858, l'orphelinat des filles et l'Institut Saint-Joseph ou orphelinat des garçons;² à Saint-Maurice, l'orphelinat cantonal des filles ou établissement Sainte-Marie ouvre ses portes en septembre 1861.³ La création de ces trois institutions illustre l'apogée de la prise en charge religieuse des enfants pauvres, abandonnés ou orphelins, dans le canton. Elle se situe également au croisement de deux conceptions différentes de l'assistance: celle traditionnelle de l'Eglise qui porte secours aux nécessiteux par l'intermédiaire de confréries ou d'associations pieuses dans un but d'entraide charitable,⁴ et celle, plus restrictive, de l'Etat qui légifère pour se décharger du financement de l'assistance sur la parenté jusqu'à la 4^e génération et sur les communes d'origine par l'intermédiaire des Bureaux de charité.⁵ Il faut attendre 1898 pour que la législation valaisanne sur l'assistance tienne compte de l'existence de l'enfance malheureuse,⁶ alors que durant le XIX^e siècle de nombreux enfants trouvés, illégitimes abandonnés, orphelins ou enfants légitimes de parents trop pauvres⁷ sont placés soit dans des orphelinats soit dans des familles «à décharge de la caisse de l'Etat». ⁸ Au XX^e siècle, le canton structure progressivement l'assistance publique et la mainmise du clergé sur les

1 Michel Rey, La démocratie radicale, in: *Histoire de la démocratie en Valais (1789–1914)*, Sion 1979, pp. 151–188.

2 AIDB/Sion (Archives de l'Institut Don Bosco de Sion), Protocole des séances du Comité de l'orphelinat Saint-Joseph du 18 décembre 1857.

3 AEV (Archives de l'Etat du Valais) DI (Département de l'intérieur) 32.3.2/9, Orphelinat cantonal des filles à Saint-Maurice (1854–1873). Les fondateurs sont le chanoine Gard, président de la Société Pie IX, et Charles Stockalper, président de la Société Saint-Vincent-de-Paul.

4 Daniel Salamin, *Pauvreté et assistance en Valais au XIX^e siècle. Le cas de la commune de Bagnes*, Genève, Faculté des lettres, 1976.

5 Loi du 23 mai 1827 sur l'abolition de la mendicité, *R. L.*, 1827.

6 Loi du 3 décembre 1898 sur l'assistance, *R. L.*, 1898.

7 AEV DI 269, Assistance (1859–1897).

8 AEV Protocole ordinaire du Conseil d'Etat, Fonds 1101: Lettre du 12 février 1834 de l'hôpital de Sion.

institutions charitables décroît.⁹ Les orphelinats encore en exercice se transforment peu à peu en établissements éducatifs et se laïcisent.

L'orphelinat des garçons de Sion: jalons historiques

Le but de l'Institut Saint-Joseph consiste, lors de sa création, à recueillir des enfants délaissés, abandonnés ou en *grand danger moral* pour leur donner une éducation catholique, leur apprendre à travailler la campagne et les orienter vers des vocations religieuses. Placée sous la bienveillante autorité de l'évêque de Sion et sous la surveillance de l'association catholique Pie IX, cette Fondation diocésaine accueille des jeunes gens dont la situation familiale est déficiente. Durant les 120 premières années de son existence, l'Institut est dirigé successivement par plusieurs congrégations religieuses masculines, soutenues dans leur apostolat par des congrégations féminines, chargées des contingences ménagères et matérielles.¹⁰ Seules les Sœurs de la Sainte-Croix d'Ingenbohl exercent effectivement des tâches de surveillance et d'instruction des plus jeunes enfants de 1872 à 1908.

Les Frères de Marie dirigent cette institution jusqu'en 1869, date à laquelle ils se retirent pour cause de dénuement extrême, peu favorable à une activité éducative, ce que relève d'ailleurs la presse de l'époque: «[...] l'orphelinat des garçons ressemblait à une colonie pénitentiaire bien plus qu'à une maison d'éducation.»¹¹ De 1870 à 1929, plusieurs directeurs se succèdent à la tête de l'orphelinat: le recteur Pierre-Joseph de Riedmatten, le chanoine François-Xavier Blatter, membre du Comité de l'orphelinat, le curé Jérémie Jean, et enfin le chanoine de Courten qui recherche activement une congrégation pour reprendre la direction de l'Institut. Il réussit à convaincre les religieux de Saint-Vincent-de-Paul; le révérend Père Koenig endosse la charge de directeur, qu'il est contraint d'abandonner en 1940 après des plaintes de pensionnaires. Plusieurs abbés se suivent alors à la tête de cet établissement, le temps pour le Comité de persuader les Salésiens que les ressources financières de l'Institut sont équilibrées, les orphelins scolarisés, l'orientation professionnelle intégrée et les propriétés agricoles rentables. Dès 1941, les Salésiens marquent de leur empreinte la gestion de l'institution. «Après plus de 40 ans de collaboration, l'Institut Saint-Joseph et Don Bosco semblent si étroitement unis qu'il est parfois difficile de les distinguer», affirme un rapport de 1981.¹² Le départ

9 Marcelle Mayor-Gay, *L'assistance publique en Valais de 1800 à nos jours*, Lausanne, EESP, 1978.

10 Les Sœurs de la Sainte-Croix d'Ingenbohl (1872–1908), les Sœurs de Saint-Joseph d'Annecy (1909–1944), les Ursulines de Sion (1944–1948) et les Salésiennes ou Filles de Marie Auxiliatrice (1944–1979).

11 *Le Confédéré du Valais*, 5 décembre 1869.

12 AES (Archives de l'évêché de Sion) 422.6-001, Institut Saint-Joseph. Réflexions pastorales de janvier 1981 du Père Lagger.

des Salésiens, en 1986, permet la laïcisation de l'institution et sa transformation en un institut d'éducation spécialisée.

Les conditions d'admission: le poids des contraintes financières

Pour être reçus à l'Institut Saint-Joseph, les candidats doivent être Valaisans et issus principalement de la ville de Sion. Leur admission dépend ensuite d'éléments pécuniaires et moraux. En 1859, les 15 enfants inscrits trouvent à l'orphelinat un refuge contre certaines violences familiales, contre la pauvreté ou certains périls moraux et religieux tels que le risque d'être éduqué dans la religion réformée. La candidature du futur pensionnaire est présentée au Comité avec la recommandation d'ecclésiastiques, de politiciens, de dames patronnesses ou de parents. Ces âmes charitables se portent garantes du paiement de la pension annuelle, qui varie selon la provenance des enfants et les raisons de leur placement. Tous les enfants doivent, en plus, disposer d'un trousseau complet contenant des vêtements et du linge de maison.¹³

A ses débuts, vu l'état financier déplorable de la maison, le Comité de l'orphelinat est plus sensible aux propositions financières des répondants qu'à la situation réelle des enfants. Il diffère donc l'admission d'un garçon d'Evolène, âgé de 10–11 ans, maltraité par son beau-père, car la commune ne s'engage à payer qu'une partie de la pension. Il en va de même pour un garçon abandonné de Sion, âgé de 9 ans, recommandé par un orfèvre qui ne peut payer que «150 francs une fois pour toutes». ¹⁴ En revanche, il accepte un garçon de 10 ans appartenant à une famille très pauvre de Loèche-les-Bains, car le Dr Mengis, qui dépose 150 francs avec sa recommandation, s'engage à fournir le trousseau nécessaire et promet de payer la pension annuelle pendant au moins quatre ans. Quand les jeunes gens proposés atteignent un âge où ils peuvent être productifs, ils sont plus facilement acceptés si les fonds nécessaires sont réunis.¹⁵ C'est le cas d'un enfant illégitime de Naters, âgé de 14–15 ans, admis provisoirement pour 6 mois, à la demande de son beau-père. La pension annuelle est payée à la fois par le beau-père, demandeur, et par un bienfaiteur de Sion qui souscrit 50 francs par année pour ce garçon. Un jeune homme de 18 ans, d'Ernen, est accepté facilement car non seulement il peut travailler, mais sa bienfaitrice paie aussi 200 francs et fournit le trousseau. Quand les pensions ne sont pas réglées, le Comité s'arrange avec les communes d'origine

13 AEV DI 32.3.1, Lettre du 4 février 1869 du recteur Emmanuel Kuntschen, président de la Commission de l'orphelinat Saint-Joseph au Département de l'intérieur.

14 AIDB/Sion, Protocole des séances du Comité de l'orphelinat Saint-Joseph du 14 novembre 1859.

15 Anne-Lise Head-König, Les formes de garde des enfants placés en Suisse: politiques ambiguës, résistances et objectifs contradictoires (1850–1950), in: *Paedagogica Historica: International Journal of the History of Education*, 46, 6 (2010) pp. 763–773.

pour que soit acquittée la somme correspondant au temps passé à l'orphelinat.¹⁶ En 1866, le premier règlement arrête l'âge d'admission à l'orphelinat à 8 ans et l'âge de sortie à 18 ou 20 ans. Tout pensionnaire doit passer au moins 4 ans dans l'établissement quel que soit son âge à l'arrivée.¹⁷

Dès 1885, le travail des enfants les plus âgés ne paie plus que partiellement leur entretien; leurs bienfaiteurs doivent s'acquitter d'une pension annuelle complémentaire de 100 francs, alors qu'elle s'élève à 300 francs pour les plus jeunes dont une participation mineure aux travaux de la campagne est tout de même requise.¹⁸ Il arrive que de très jeunes enfants soient acceptés gratuitement en cas d'urgence; ainsi en est-il de ce petit de 2 ans qui, baptisé catholique, «est sur le point d'être emmené par sa mère protestante et sera ainsi exposé à devenir protestant».¹⁹ Si la mère consent à l'abandonner, l'institution le reçoit sans contrepartie financière pour veiller au salut de son âme.

Les dispositions réglementaires de 1929 stipulent que les pensionnaires sont admis de 6 à 16 ans et que le prix annuel de la pension est unifié à 250 francs, dont 200 francs sont versés à l'arrivée puis 50 francs par trimestre.²⁰ Les candidats sont également tenus de présenter un acte de naissance, un certificat de baptême catholique et un certificat médical. Comme de nombreuses communes ne s'acquittent pas des frais d'hébergement de leurs ressortissants, la direction de l'Institut propose, en 1938, «de reconduire chez eux un certain nombre d'enfants dont les pensions sont en souffrance».²¹

A leur arrivée en 1941, les Salésiens se contentent de demander un certificat de vaccination et un certificat médical attestant l'absence de maladies telles que la tuberculose. Pour la première fois, «à titre d'exception et seulement s'il y a de la place disponible, on accepte en pension des garçons non orphelins, de bonne santé et de bonne conduite pour une pension de 2.– par jour payable au mois».²² Dans les années soixante, les orphelins et les enfants de famille nombreuse ou modeste sont encore admis en priorité pour une pension modique. Mais l'institution accueille également «des enfants issus de bonnes familles chrétiennes qui peuvent, dans une ambiance de travail, de piété et de joie et, avec la grâce de Dieu, découvrir la beauté et l'attrait de la vie sacerdotale ou religieuse».²³ Dès 1965, elle admet de

16 AIDB/Sion, Protocole des séances du Comité de l'orphelinat Saint-Joseph du 25 septembre 1859.

17 AIDB/Sion, Protocole des séances du Comité de l'orphelinat Saint-Joseph du 27 avril 1866.

18 AIDB/Sion, Protocole des séances du Comité de l'orphelinat Saint-Joseph du 13 décembre 1885.

19 AIDB/Sion, Protocole des séances du Comité de l'orphelinat Saint-Joseph du 10 mars 1885.

20 AIDB/Sion, Protocole des séances du Comité de l'orphelinat Saint-Joseph du 22 février 1929.

21 AIDB/Sion, Protocole des séances du Comité de l'orphelinat Saint-Joseph du 23 avril 1938.

22 ASCS (Archives des Salésiens de la communauté de Sion) s.d., Conditions d'admissions des jeunes gens à l'orphelinat.

23 AES 422.6.001, Institut Saint-Joseph. Lettre du 24 février 1963, Les conditions d'admission à l'Institut.

plus en plus d'enfants dont les parents veulent qu'ils reçoivent une bonne éducation ou rattrapent les années scolaires perdues pour des raisons de maladie ou d'éloignement.²⁴ La diversification des admissions atteste du désir des Pères de Don Bosco de promouvoir un établissement qui ne marginalise pas les enfants en situation difficile. Tous les parents ou répondants s'acquittent d'une pension de cinq francs par jour et par enfant. Jusqu'à la vente des propriétés de l'Institut Don Bosco en 1980, l'exploitation agricole permet aux Pères de nourrir correctement tous les pensionnaires.

Une fois remise en mains laïques, la Fondation Saint-Joseph redéfinit ses buts en conservant l'héritage des Pères salésiens. Elle crée «des structures éducatives et pédagogiques, plus particulièrement pour les jeunes en situation de difficultés personnelles, familiales ou relationnelles. La Fondation contribue à une éducation chrétienne dans l'optique de Don Bosco».²⁵ Pour répondre à son objectif, «la Fondation est autorisée à créer un institut appelé 'Institut Don Bosco'».²⁶ Les élèves sont placés à l'internat de l'Institut par l'Office de l'enseignement spécialisé, puis par l'AI.

Les conditions de vie: discipline stricte et maltraitances

Placés par leurs communes d'origine, les curés des paroisses ou leurs familles, les «orphelins» de la fin du XIX^e siècle vivent dans des conditions rigoureuses. Cependant, la vie quotidienne des pensionnaires reste un mystère tant que leur soumission aux différentes autorités les oblige à rester silencieux. Il faut attendre que la révolte gronde pour que soient connus quelques épisodes douloureux qui émaillent les années passées dans cette œuvre de bienfaisance.

Une fois inscrits, les orphelins doivent se soumettre à la discipline de la maison jusqu'à leur majorité. Aucun document ne permet de connaître précisément la discipline mise en œuvre dans cette institution. Par exemple, les rapports du Comité de l'établissement restent étrangement silencieux sur les réclamations de l'orphelin Hallenbarter qui demande à sortir de l'orphelinat «au prétexte du traitement subi». A quoi fait référence le jeune homme? Les archives de la maison ne nous livrent pas d'explication mais nous laissent entrevoir que le Comité se concerta pour refuser de lui accorder la sortie «par crainte des précédents» alors qu'il n'a pas atteint 18 ans.²⁷

24 AES 422.6.001, Institut Saint-Joseph. Rapport du Père Hannauer pour 1965.

25 AIDB/Sion, Statuts de la Fondation Saint-Joseph, art. 2.

26 AIDB/Sion, Statuts de la Fondation Saint-Joseph, art. 7.

27 AIDB/Sion, Protocole des séances du Comité de l'orphelinat Saint-Joseph du 19 octobre 1868.

Certains enfants ne supportent pas de rester éloignés de leur famille et fuient l'établissement. S'ils sont rattrapés en route, ils sont ramenés de force à l'orphelinat et sévèrement punis.²⁸ Evasions et enlèvements se confondent: souvent les enfants fuient l'orphelinat à l'instigation de leur parenté qui veut les récupérer pour les faire travailler à la campagne. Parfois, la famille qui demande officiellement à retirer l'enfant est confrontée à un refus net, comme l'illustre le cas du fils Guntern, placé à 17 ans à l'orphelinat par la commune de Ried. Quand sa mère demande son retour, l'institution refuse de le laisser partir. Les parents supplient le chef du Département de justice et police de s'intéresser à leur cas pour «obtenir de garder auprès d'eux leur enfant qui rend de grands services par son travail».²⁹ On ne sait pas précisément quelle suite a été donnée à cette supplique. Mais, lorsque quelque temps plus tard, une veuve réclame son fils pour lui faire apprendre le métier de cordonnier, le Comité, bien que réticent, accepte de le rendre à sa mère: «On ne veut pas le garder par la force.»³⁰ C'est seulement en 1869 que le Comité accepte de réfléchir à la conduite à tenir en cas d'écart de conduite des orphelins. Le Frère directeur a relevé quelques faits d'insubordination et demande une prise de position du Comité. Des mesures disciplinaires sont définies pour la bonne marche de l'établissement mais, comme dans le cas d'Hallenbarter, on arrête la conduite à tenir sans rien laisser filtrer des mesures réellement prises.³¹

Quelle que soit la direction de l'orphelinat, elle poursuit avec ardeur les fugitifs. Quatre enfants s'étant enfuis en mai 1885, le Comité ne s'adresse rien moins qu'au Département de justice et police pour les réintégrer par la force. La famille de l'un d'eux, considérée comme responsable de sa fuite, est passible de punition par le Tribunal de police de Sion, car une plainte a été déposée contre les «ravis-seurs» de l'enfant.³² Quand le fuyard récidive, il est définitivement exclu, tel ce jeune garçon dont la conduite avait donné lieu à des plaintes sérieuses. Au président du village qui s'insurge contre cette décision, le Comité affirme que les 300 francs versés par la commune n'ont pas suffi à son entretien pendant quatre ans, à un âge où il ne s'est pas rendu utile à l'institution; d'autre part, ajoute-t-il, «l'orphelinat ne retient dans son sein que des enfants susceptibles d'éducation».³³

Tout est mis en œuvre pour ôter le goût de la fuite aux pensionnaires, ainsi qu'en atteste l'affaire relatée dans la presse radicale de 1891. Des cris déchirants provenant de l'orphelinat alarment les voisins qui apprennent «qu'un enfant [avait]

28 AIDB/Sion, Protocole des séances du Comité de l'orphelinat Saint-Joseph du 3 août 1860.

29 AEV DI 32.3.1, Lettre du 6 juin 1861 de l'avocat Ribordy au Département de justice et police.

30 AIDB/Sion, Protocole des séances du Comité de l'orphelinat Saint-Joseph du 28 mars 1867.

31 AIDB/Sion, Protocole des séances du Comité de l'orphelinat Saint-Joseph du 17 mai 1869.

32 AIDB/Sion, Protocole des séances du Comité de l'orphelinat Saint-Joseph du 14 mai 1885.

33 AIDB/Sion, Protocole des séances du Comité de l'orphelinat Saint-Joseph du 15 janvier 1886.

a été brutalement frappé à coups de verge par les religieuses de l'orphelinat». La police alertée se rend sur place pour obtenir des explications, mais les religieuses nient avoir battu un enfant; elles reconnaissent cependant en avoir enfermé un pour faute grave; le sergent de ville découvre alors «dans une cave, un jeune homme de douze à quatorze ans, les mains liées derrière le dos», qui affirme pourtant ne pas avoir été battu. L'enquête ne permet pas d'identifier l'enfant qui a hurlé; elle est brutalement suspendue par l'intervention du chancelier, accusant la police de violation de domicile. Cette soudaine interruption paraît étonnante à la presse d'opposition, qui s'interroge sur les agissements des religieuses: «[...] comme des rumeurs de ce genre ont déjà, à différentes reprises, circulé à tort ou à raison, au sujet des deux orphelinats, on aimerait une fois à savoir ce qu'il y a de vrai et si les pauvres orphelins sont traités d'une manière humaine et convenable.»³⁴ Poursuivant ses investigations, le journaliste découvre que l'enfant était enfermé dans la cave par décision du Tribunal de police, et conclut: «Il n'y a rien à dire sur ce cas où tout s'est passé correctement.» Il apprend toutefois que l'enfant qui poussait des cris perçants avait effectivement été fouetté, «à tel point qu'on dut l'aider à se relever. Le motif était qu'il s'était enfui de l'établissement.»³⁵ De tels sévices auraient rendu cet enfant malade. Le journaliste du *Confédéré* s'indigne de l'interruption de l'enquête: «[...] nous ne pouvons pas admettre ce principe que parce qu'il s'agit de nonnes, un établissement public [...] soit soustrait à la police et à la justice locales.»³⁶ Tout en se disant «prêt à croire à l'innocence des sœurs [...]», le journaliste demande que la justice puisse s'exercer dans tous les cas, même ceux impliquant des religieux. Il n'est malheureusement pas possible de connaître les mesures qui ont été prises à la suite de ces événements: de novembre 1888 à novembre 1892, il ne subsiste aucun procès-verbal des séances du Comité de l'orphelinat. Les Sœurs d'Ingenbohl ne semblent pas avoir été inquiétées, puisqu'elles poursuivent leur apostolat à l'Institut Saint-Joseph. Elles sont encore présentes dans l'institution en 1898, lorsque le Comité diligente une enquête sur les agissements de la directrice; cette dernière a puni sévèrement un jeune garçon pour une faute vénielle en l'enfermant deux jours et deux nuits dans un caveau. Sœur Stanislas, outrée de ne pas être soutenue dans son action éducative, regagne secrètement la Maison mère d'Ingenbohl. Sa Supérieure demande que l'orphelin puni soit renvoyé de l'institution, avant de permettre le retour à Sion de la directrice. Pourtant, le Comité décide de ne pas exclure le garçon car «les fautes qu'il a commises ne justifient en aucune façon une punition aussi sévère». Il charge le curé Jean de chercher à «substituer un ordre religieux d'hommes à celui de femmes qui ren-

34 *Le Confédéré*, 11 juillet 1891.

35 *Le Confédéré*, 25 juillet 1891.

36 *Le Confédéré*, 25 juillet 1891.

contrent des difficultés insurmontables pour l'éducation des orphelins âgés de plus de 14 ans».³⁷

Malgré de nombreuses et patientes recherches, ce vœu ne pourra être exaucé qu'en 1929 avec l'arrivée à l'Institut Saint-Joseph de la congrégation de Saint-Vincent-de Paul, dirigée par le révérend Père Koenig. Ce dernier substitue un régime de terreur à la discipline déjà sévère de l'établissement. La répression ne s'applique pas seulement aux fuyards et aux récidivistes, mais elle est érigée en discipline quotidienne, de telle sorte que de très nombreux enfants s'enfuient de l'orphelinat; pour les retrouver, le Père Koenig n'hésite pas à mobiliser la gendarmerie; la presse s'empare de l'affaire, s'étonne de ces nombreuses évasions et se dit curieuse d'en connaître les raisons.³⁸ André Marcel, rédacteur du *Confédéré*, traque infatigablement la vérité sur l'orphelinat des garçons. Il veut savoir si la raison de ces évasions vient du fait que les enfants sont maltraités, dans une institution qui n'a pourtant pas la mission d'une maison de correction: «Nous sommes résolus à aller jusqu'au bout de cette enquête et à en publier les conclusions.»³⁹ Le directeur de l'orphelinat et la commission de surveillance, interrogés sur de possibles maltraitances, gardent le silence. L'enquêteur s'enflamme: «Ou les enfants qu'il [le Père Koenig] doit éduquer sont heureux dans son institution et il faut le crier sur les toits, ou ils sont malheureux et il convient d'en rechercher la cause.»⁴⁰ Plusieurs jeunes gens affirment avoir été battus avec «un fouet tressé semblable à celui qu'on utilise pour les chevaux»; tous se disent prêts à signer leurs déclarations, à témoigner devant un tribunal et même à être confrontés au directeur. Arnold Kaufmann, pensionnaire de l'Institut Saint-Joseph de 1920 à 1936, témoignera en 1980 des conditions particulièrement douloureuses qu'il a vécues dans cet établissement.⁴¹

Les accusations sont si graves que le régime intérieur de la maison est soumis à une analyse approfondie. Le directeur de l'orphelinat est jugé responsable de la discipline qu'il y fait régner. Le Père Koenig rétorque que sa tâche est ingrate et pénible; refusant de s'expliquer, il préfère démissionner, se déclarant victime de «la persécution de ceux qui désirent plus que tout [mon] son départ et qui voudraient [me] le traduire devant les juges».⁴² Cette démission semble pourtant insuffisante aux détracteurs de l'institution. Ne faut-il pas également soulever la question de la responsabilité du Comité dans cette affaire? A-t-il exercé son rôle de sur-

37 AIDB/Sion, Protocole des séances du Comité de l'orphelinat Saint-Joseph des 29 avril et 2 mai 1898.

38 *Le Confédéré*, 13 novembre 1939.

39 *Le Confédéré*, 17 novembre 1939.

40 *Le Confédéré*, 24 novembre 1939.

41 AIDB/Sion, Témoignage d'Arnold Kaufmann, 1980.

42 *Le Confédéré*, 1^{er} décembre 1939.

veillance? Est-il compétent? Malgré le discrédit dont il se dit victime, le Comité refuse de poursuivre la polémique dans les journaux, «même si on l'accuse d'avoir été au-dessous de sa tâche». ⁴³ Ce choix du silence révolte les partisans des orphelins, qui partagent l'indignation du rédacteur du *Confédéré*: «Nous disons qu'il [le Père Koenig] a outrepassé son droit de correction en se livrant à des sévices sur des enfants confiés à sa charge et nous prétendons que cela est intolérable.» ⁴⁴

En dépit de ces accusations, le Comité rend hommage au directeur démissionnaire: «Grâce au dévouement du Père Koenig, l'orphelinat a pu poursuivre avec succès sa destinée vouée au bien moral et matériel des enfants qui lui étaient confiés.» ⁴⁵ Il prouve ainsi que ses membres ignorent tout de la réalité vécue par les orphelins dans l'institution, aveuglés qu'ils sont par la forte personnalité du directeur. Toutefois la polémique est telle que ledit comité se voit contraint d'ordonner une enquête interne. Il en ressort qu'«un éducateur, le Frère Drollet, convaincu de s'être livré à certains actes fort répréhensibles à l'égard de jeunes gens, a dû quitter l'établissement et le pays dans un délai de 24 heures. Le directeur, M. Koenig, dut prendre définitivement congé de ... ses petits protégés. Le Père Brochuz à son tour fut prié de quitter Sion.» ⁴⁶ En janvier 1940, les clés de l'institution sont remises à l'évêque.

Avec l'arrivée des Salésiens en 1941, la prise en charge des enfants placés à l'Institut Saint-Joseph subit un remaniement profond. L'organisation scolaire et éducative se fonde sur le système préventif de Don Bosco: la proximité avec les jeunes s'impose pour découvrir leurs qualités, les comprendre et les responsabiliser au travers d'activités scolaires, pédagogiques et culturelles. ⁴⁷ La pédagogie salésienne s'entend comme une pratique auprès de la jeunesse. Des démarches sont entreprises pour obtenir l'ouverture d'une classe dans l'institution, afin de soumettre tous les pensionnaires à ces nouvelles méthodes éducatives. Durant la période estivale, les pensionnaires demeurant dans l'institution participent aux travaux agricoles aussi bien dans les vignes que dans les champs. Cette participation est coutumière dans une société rurale où tous les bras, des plus petits aux plus grands, sont requis pour œuvrer au bien commun. ⁴⁸

La presse conservatrice, soucieuse de rétablir la bonne réputation de l'orphelinat, fait l'éloge du choix de Mgr Bieler. En faisant appel aux Salésiens, il a sélectionné «des hommes compétents, des éducateurs de première force de l'école de

43 AIDB/Sion, Protocole des séances du Comité de l'orphelinat Saint-Joseph du 27 novembre 1939.

44 *Le Confédéré*, 7 décembre 1939.

45 AIDB/Sion, Protocole des séances du Comité de l'orphelinat Saint-Joseph du 27 janvier 1940.

46 *Le Confédéré*, 12 avril 1940.

47 AES 422.6.001, Institut Saint-Joseph. Réflexions pastorales de janvier 1981, du Père Germain Lager.

48 Marie-France Vouilloz Burnier, *A l'ombre de la Dixence. Vie quotidienne des femmes dans l'arc alpin*. Sierre: Monographie, 2009.

Don Bosco». La personnalité du nouveau directeur, le Père Kreienbuhl, est mise en évidence: «Du pédagogue, il n'a que l'indispensable, du pion, il n'a absolument rien, du père, il a absolument tout.» A l'orphelinat, les enfants sont surveillés «de manière bienveillante», ils sont «propres, lavés, peignés, habillés convenablement» et «entièrement éduqués par l'Institution». Même les Sœurs de Saint-Joseph d'Annecy, pourtant étrangement silencieuses sous la fêrule des Frères de Saint-Vincent-de-Paul, sont associées aux louanges; considérées comme les mamans des petits, elles sont «patientes, bonnes, généreuses et dévouées». L'article se termine sur une note résolument positive et encourageante pour l'avenir: «L'orphelinat des garçons nouvelle formule n'est pas comparable à un établissement de relèvement. C'est une maison d'éducation et de bonne éducation.»⁴⁹

L'instruction à l'orphelinat

On sait peu de chose de l'enseignement donné aux enfants à l'orphelinat durant les premières années de son existence, sinon que quelques arrêts sont pris par le recteur pour régulariser l'instruction des enfants de l'institution.⁵⁰ Leur éducation passe par la participation aux travaux agricoles comme pour tous les enfants vivant dans des communautés paysannes d'alors.⁵¹ L'instruction des orphelins est soumise à diverses fluctuations dont l'absence de scolarisation régulière caractérise la période qui va jusqu'au début du XX^e siècle. Les pensionnaires participent aux tâches quotidiennes de la ferme et ne vont à l'école que sporadiquement. Sœur Stanislas met en évidence les manques de l'institution dans ce domaine et oblige le directeur à y remédier. Dès lors, la scolarisation des plus jeunes se régularise dans l'orphelinat lui-même alors que des notions d'agriculture sont enseignées aux plus âgés par la pratique directe dans les propriétés de l'Institut.

L'année 1886 marque un tournant qui révolutionne la formation offerte aux pensionnaires. Cinq d'entre eux sont envoyés chez des artisans pour apprendre le métier de boisselier, de vannier ou de tonnelier.⁵² Le directeur place les orphelins chez des patrons offrant des garanties au point de vue religieux et moral.⁵³ L'institution met un point d'honneur à établir ses meilleurs éléments chez des artisans, d'où ils ressortent en sachant exercer des états aussi divers que jardinier, tonnelier,

49 *Journal et Feuille d'avis du Valais et de Sion*, 13 avril 1942.

50 AIDB/Sion, Protocole des séances du Comité de l'orphelinat Saint-Joseph du 17 décembre 1866.

51 Anne-Françoise Praz, *De l'enfant utile à l'enfant précieux*, Lausanne: Antipodes, 2005.

52 AIDB/Sion, Protocole des séances du Comité de l'orphelinat Saint-Joseph des 19 novembre 1886, 18 février 1887 et 3 novembre 1892.

53 AIDB/Sion, Protocole des séances du Comité de l'orphelinat Saint-Joseph du 23 octobre 1898.

tailleur, étameur, pierriste, cordonnier, menuisier, serrurier, tailleur ou boulanger.⁵⁴ Le directeur Jean reste cependant très attentif à la situation que rencontrent les enfants dans leur emploi. Ainsi refuse-t-il d'en envoyer à la fabrique de tabac: «La paie de trois francs par jour est insuffisante si on compte que l'ouvrier doit payer le logement, la nourriture et les vêtements.»⁵⁵ En 1904, le Comité décide d'alléger les charges de l'Institut en envoyant les orphelins suivre leur scolarité dans les écoles de la ville de Sion.⁵⁶ Il pourra ainsi économiser sur le nombre de religieuses attachées à l'orphelinat, malgré l'augmentation du nombre d'enfants accueillis, qui passe de 38 en 1904 à 46 en 1934.⁵⁷

La cohabitation des pensionnaires de l'Institut avec les élèves de la ville ne va pas sans difficultés; objets des quolibets et des moqueries, les orphelins sont rapatriés à l'Institut après que les Pères de Don Bosco ont officialisé un enseignement privé, interne à la maison. Le canton «prend à sa charge le traitement de l'instituteur chargé de donner des cours particuliers aux enfants de l'institut».⁵⁸ Dès lors, l'Institut Don Bosco accueille une population de plus en plus diversifiée, où les orphelins côtoient les enfants de bonne famille. A la rentrée de 1950, ce ne sont pas moins de 70 élèves qui franchissent le seuil de l'établissement; 20 sont inscrits au cours préparatoire, 19 au cours supérieur, 19 au cours moyen et 10 au cours élémentaire.⁵⁹ En avril 1953 sont réunis les premiers élèves qui désirent apprendre le latin.⁶⁰ Dès 1961, l'Institut compte cinq classes, dont trois sont subventionnées par l'Etat et deux sont privées, gérées par les Salésiens. En 1970, 139 élèves fréquentent l'Institut. Mais les effectifs diminuent brutalement en 1974, consécutivement à l'introduction du cycle d'orientation dans le canton.⁶¹

A l'Institut, la scolarité est assurée par des maîtres agréés par le Département de l'instruction publique. Ils se chargent des classes d'observation de 5^e et 6^e primaires. Pour assumer la fonction éducative au sein de l'internat, l'Institut embauche des éducateurs approuvés par le Département. Ils assistent les enfants au dortoir, au réfectoire et dans leurs loisirs.⁶² Les difficultés auxquelles sont confrontés les 62 enfants de l'Institut, en 1979, relèvent de problèmes familiaux, sociaux, scolaires ou relationnels. Les effectifs ne cessent de fondre, et les élèves ne sont

54 AIDB/Sion, Protocole des séances du Comité de l'orphelinat Saint-Joseph du 11 février 1912 et du 13 avril 1913. Liste des orphelins sortis de l'orphelinat et placés comme apprentis.

55 AIDB/Sion, Protocole des séances du Comité de l'orphelinat Saint-Joseph du 13 avril 1913.

56 AIDB/Sion, Protocole des séances du Comité de l'orphelinat Saint-Joseph du 7 juin 1904.

57 AIDB/Sion, Protocole des séances du Comité de l'orphelinat Saint-Joseph du 13 mars 1934.

58 AEV, Fonds 1101-92, Décision du Conseil d'Etat du 14 août 1941.

59 ASCS, 1950-1951.

60 ASCS, 1952-1953.

61 ASCS, 1974-1975.

62 AES 422.6.001 Institut Saint-Joseph, L'organisation éducative et scolaire de l'Institut Saint-Joseph pour 1974-1975.

plus que 33 en 1985.⁶³ Pour enrayer cette baisse, le Père Voillat propose d'ouvrir les portes de l'institution au reste de la Suisse romande ou même aux filles!⁶⁴ Toutefois, les difficultés sont telles que les Salésiens décident de quitter la maison de Sion en 1986. Depuis cette date, la pédagogie salésienne est poursuivie par les laïcs en charge de l'éducation spécialisée à l'Institut Don Bosco.

Conclusion

L'histoire de l'orphelinat des garçons de Sion, abordée sous l'angle de la vie quotidienne et de l'instruction, lève un coin du voile sur le sort réservé aux enfants pauvres et abandonnés dans ce pays où «l'on respire l'air du catholicisme».⁶⁵ Elle est une illustration exemplaire des principes éducatifs dominants dans le monde agro-pastoral valaisan des XIX^e et XX^e siècles: obligation pour les enfants de participer aux travaux agricoles, soumission inconditionnelle à l'autorité des adultes, fréquentation de l'école en fonction des disponibilités familiales et banalisation des châtiments corporels. La vraie rupture intervient avec la première application des principes pédagogiques inspirés de Don Bosco, fondés sur l'écoute, le respect et la compréhension.

Les pratiques inadaptées, les violences physiques et le régime de terreur décrits dans la présente étude appartiennent aujourd'hui à une époque révolue. Pourtant, certaines congrégations religieuses, telles les Sœurs d'Ingenbohl, ont enquêté sur leurs agissements passés dans quelques-uns de leurs établissements. Les résultats les ont attristées; elles en ont conclu qu'avec leurs yeux d'aujourd'hui, elles devaient présenter des excuses pour «des souffrances causées à des enfants placés dans leurs institutions» d'autrefois et souligner leur volonté de considérer le rapport réalisé comme un «mémorial qui devrait aussi servir à la prévention».⁶⁶

63 ASCS, 1984–1985.

64 ASCS, Rapport du 3 mars 1985 du Père Voillat concernant la situation de l'école à l'Institut Saint-Joseph, Don Bosco de Sion.

65 *Nouvelle Gazette du Valais*, 22 septembre 1875.

66 *Le Courrier*, 25 janvier 2013.

«Brauchbare Glieder der Volksgemeinschaft».

Rezeption vereinsgetragener Fremdplatzierung anhand der Solothurner Armenerziehungsvereine, 1880–1930

Ernst Guggisberg

Wenn aber die Armuth eine gewisse Grenze überschreitet, wenn das Elend in erschreckender Progression zunimmt, wenn am Körper der menschlichen Gesellschaft die schmerzliche Wunde immer mehr um sich frisst und seine Kräfte hemmt und verzehrt, dann ist's nicht nur ein Gebot der Humanität, sondern auch der Selbsterhaltung, gegenüber dieser wachsenden Fluth des physischen und geistigen Elendes im Volksleben einen schützenden Damm aufzurichten.¹

Der reformierte Pfarrer Albert Merz² führte seinen Lesern mit diesen Worten die drohenden gesellschaftlichen Folgen der «progressiven» Pauperisierung illustrativ vor Augen. Der schützende Damm sollte nicht nur von jedem *Einzelnen*, sondern von *allen*, «denen die gedeihliche Entwicklung der menschlichen Gesellschaft am Herzen liegt, [...] auf dem Wege der Association»³ erstellt werden. Merz nahm die Bekämpfung der Armut und ihrer Folgen somit als gesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung wahr.

Im folgenden Beitrag, dem eine laufende Dissertation zugrunde liegt,⁴ soll anhand der Armenerziehungsvereine umrissen werden, wie diese *gesellschaftliche Aufgabe* und die daran gekoppelte *Verantwortung* wahrgenommen wurden. Auf welche Weise kamen diese beiden Aspekte vereinsintern zur Sprache, und wie wurden sie nach aussen kommuniziert und vertreten?

1 A. M. [Albert Merz]: Die Arbeit der Armenerziehungsvereine, in: *Zeitung für Gemeinnützigkeit und Armenerziehung. Unentgeltliches Publikationsmittel der Armenerziehungsanstalten, Armenbehörden und Hilfsvereine; Organ des thurgauischen; Sprechsaal des St. Gallischen, appenzellischen und bernischen Schutzaufsichtsvereins für entlassene Sträflinge; sowie Sprechsaal des schweizerischen Armenerziehervereins; Organ des thurgauischen Hilfsvereins für Gemüthskranke*, 3. Jg. (1884), Nr. 30, S. 1–2, hier S. 1.

2 Vgl. Willy Pfister, Immanuel Leuschner, Die reformierten Pfarrer im Aargau seit der Reformation 1528–1985, in: *Argovia*, 97. Band (1985), S. 140. Albert Merz von Menzikon war zwischen 1874 und 1887 reformierter Pfarrer in Oberentfelden und verstarb am 14. Oktober 1887.

3 A. M. [Albert Merz], *op. cit.*, S. 1.

4 Ernst Guggisberg, *Die deutschschweizerischen Armenerziehungsvereine (AEV) 1848–1965. Das Pflegekinderwesen im Spannungsfeld zwischen privater Initiative und öffentlich-rechtlichen Auftrag*. Die Arbeit wird begleitet durch Prof. em. Dr. Josef Mooser (Universität Basel) sowie Prof. Tit. Dr. Markus Furrer (Universität Freiburg, Pädagogische Hochschule Zentralschweiz). In der Dissertation werden rund 2600 Personendaten von Pflegekindern mit den Geburtsjahrgängen zwischen 1823 und 1970 ausgewertet.

Organisation und Aufgabe der Armenenerziehungsvereine

In den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Solothurn und Thurgau entstanden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf private Initiative hin Armenenerziehungsvereine.⁵ Bis auf den rein kantonale ausgeprägten Armenenerziehungsverein Thurgau agierten sie auf Bezirks- oder Amtei-Ebene und bildeten jeweils kantonale Delegiertenversammlungen. Sie setzten sich folgenden Vereinszweck:

Die Unterbringung und Erziehung armer verwahrloster Kinder. Er [AEV Olten-Gösigen] wird bestrebt sein, solche Kinder nur an rechtschaffene Familien oder Armenenerziehungsanstalten zu übergeben, wobei auf die Confession der betreffenden Kinder möglichst Rücksicht genommen werden soll.⁶

Die Vereine machten es sich aber nicht nur zur Aufgabe, die Pflegekinder bis zum Abschluss der Schulzeit zu begleiten, sondern auch für die «Heranbildung solcher Kinder zu einem bürgerlichen Berufe» zu sorgen.⁷ Für die Umsetzung dieser Ziele schufen sie verschiedene Organe wie die Generalversammlung, den Vorstand sowie die sogenannten 'Vertrauensmänner' (Verbindung zwischen Vorstand und kommunaler Armen- oder Waisenkommission). Die Vorstandsmitglieder kamen aus Verwaltung, Kirche, Schule, Politik und Wirtschaft. Unter dem 'Patronat' der Armenenerziehungsvereine standen im Jahr 1900 2062 Pflegekinder (1920: 2297, 1940: 1675).⁸ Einnahmen generierten die Vereine aus ordentlichen Mitgliederbeiträgen, Kostgeldbeiträgen der Gemeinden, Staatsbeiträgen sowie Schenkungen, Legaten oder Kollekten.⁹

5 1848 Armenenerziehungsverein (AEV) des Kantons Basel-Landschaft, 1849 AEV des Bezirks Arlesheim BL, 1849 AEV des Bezirks Liestal BL, 1849 AEV des Bezirks Waldenburg BL, 1855 Kinder-versorgungsverein des Bezirks Zofingen AG, 1855 AEV des Bezirks Sissach BL, 1857 AEV des Bezirks Brugg AG, 1859 AEV des Bezirks Aarau AG, 1861 AEV des Bezirks Lenzburg AG, 1861 AEV des Bezirks Bremgarten AG, 1862 Armenkinder-Erziehungs-Verein des Bezirks Muri AG, 1862 AEV des Bezirks Baden AG, 1864 AEV des Bezirks Zurzach AG, 1865 AEV des Bezirks Kulm AG, 1877 AEV Olten-Gösigen SO, 1877 Verband Aargauer AEV, 1880 AEV Thierstein SO, 1880 AEV Solothurn-Lebern SO, 1882 AEV des Kantons Thurgau, 1883 AEV des Bezirks Laufenburg AG, 1888 AEV Balsthal-Thal SO, 1889 AEV des Bezirks Rheinfelden AG, 1890 AEV Kriegstetten/Waseramt SO, 1892 AEV Bucheggberg SO (bestand bis 1899 in zwei Sektionen), 1894 AEV Gäu SO, 1898 Verband Solothurner AEV, 1901 Verband Schweizerischer AEV, 1906 AEV Dorneck SO.

6 Staatsarchiv Solothurn (StASO), Akzession 1995/9, Paragraph 1 der Statuten des Armenenerziehungsvereins der Amtei Olten-Gösigen vom 27. Dezember 1891.

7 *Ibid.*

8 Die Angaben stammen aus den Jahresberichten der Regierungsräte der Kantone Aargau und Solothurn sowie aus den Jahresberichten der Armenenerziehungsvereine der Kantone Baselland und Thurgau. Die Pflegekinder verteilen sich für die Stichjahre wie folgt auf die Kantone: 1900: AG 1225, BL 276, SO 350, TG 134; 1920: AG 1141, BL 383, SO 559, TG 214; 1940: AG 857, BL 342, SO 322, TG 154.

9 Die Solothurner Armenenerziehungsvereine hatten gemäss dem Bericht des Regierungsrates im Jahr 1920 Gesamteinnahmen von Fr. 137575,83 (davon Fr. 26165 allgemeine Staatsbeiträge aus dem Alkoholzehntel und der Bettagskollekte, der Rest aus Zinsen und Spenden) und Gesamtausgaben von Fr. 125999,45 (davon Fr. 105449,35 für Kostgelder, Fr. 910,40 für Lehrgelder, Fr. 10557 für Kleider, diverses) für insgesamt 559 Pflegekinder.

Der Verband Solothurner Armenerziehungsvereine und die Pflegekinderaufsicht

Die Solothurner Vereine wurden, verglichen mit denjenigen der angrenzenden Kantone Aargau und Basel-Landschaft, eher spät ins Leben gerufen (vor und nach der Bankenkrise von 1887 und der Verfassungsrevision, die die freiwillige Armenpflege ausdrücklich förderte).¹⁰ Im Zentrum der frühen Solothurner Armenerziehungsvereine standen etwa die Bekämpfung des «Haus- und Strassenbettels»¹¹ oder die Linderung der Folgen der Agrarkrise durch «Ankauf von Saatkartoffeln für arme Familien».¹² Die Vereine beschränkten sich somit nicht nur auf die Fremdplatzierung.

Die regionalen Vereine schlossen sich 1898 zu einem Kantonalverband zusammen, zum «Zwecke einer einheitlichen Entwicklung des freiwilligen Armen-Erziehungswesens» und «zur gemeinsamen Besprechung der dieses Gebiet berührenden Fragen».¹³ In der Gründungsversammlung wurde als eines von weiteren Zielen die «Besprechung über Unterdrückung der Mindersteigerungen, wo solche noch bestehen», festgehalten.¹⁴

Die Delegiertenversammlungen, an denen üblicherweise auch der Vorsteher des Armendepartements zugegen war, fanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Sie stellen somit eine nach innen gerichtete und 'nüchternere' Form der Besprechung der Vereinsaufgaben dar, im Gegensatz zu Kommunikationskanälen wie Jahresberichten oder Zirkularen, die letztlich ein möglichst werbewirksames Bild portieren sollten. Zudem wurden auf dieser Ebene, im Beisein eines Regierungsvertreters, andere Inhalte ausgetauscht, als in den Vorstandssitzungen der einzelnen regionalen Armenerziehungsvereine. Wie nahmen die Delegierten ihre gesellschaftliche Aufgabe und die damit einhergehende Verantwortung bezüglich einer ihrer zentralen Pflichten – der Pflegekinderaufsicht – wahr?

Oberamtmann Josef Bloch (1849–1913) aus der Amtei Balsthal-Thal unterbreitete im Jahr 1900 dem Verband den Vorschlag, die bislang von jedem Armen-

10 Im Artikel 68 der Verfassung aus dem Jahr 1887 «sagt der Staat der freiwilligen Armenpflege seine Förderung zu und stellt Beiträge in Aussicht an die berufliche Ausbildung armer Kinder». Marie Adam, *Die Bedeutung der Solothurnischen Armenerziehungsvereine mit besonderer Berücksichtigung der Sektion Solothurn-Lebern*, Diplomarbeit der Schweizerischen sozial-caritativen Frauenschule in Luzern, Oberdorf bei Solothurn 1935, S. 7. Vgl. auch Markus Angst, *Der Solothurner Bankkrach und die Verfassungsrevision von 1887*, in: *Jahrbuch für solothurnische Geschichte*, 60. Band (1987), S. 3–236.

11 StASO, Akzession 1994/25, Protokoll der Comitésitzung vom 9. März 1880 des Armenvereins (späterer Armenerziehungsverein) Thierstein.

12 *Ibid.*, Protokoll der Comitésitzung vom 8. Januar 1880.

13 StASO, Akzession 2010/15, Paragraph 1 der Statuten über die Organisation der Solothurner Armenerziehungsvereine vom 4. Juli 1898.

14 StASO, Akzession 2010/15, Protokoll der Delegiertenversammlung des Verbands Solothurner Armenerziehungsvereine vom 4. Juli 1898.

erziehungsverein selbst organisierte Pflegekinderinspektion zu vereinheitlichen und dafür eine hauptamtliche Stelle zu schaffen.¹⁵ Seiner Meinung nach würden einige Pflegeverhältnisse nicht so oft kontrolliert, «wie es notwendig wäre», und man erhalte «schlimme Nachrichten» darüber, so «dass man sich sagen müsse, die Pfleglinge seien nicht gut gehalten».¹⁶ Er schlug vor, dass die «Thätigkeit eines Inspektors [...] sich aber besonders über solche Kinder erstrecken [sollte], die von den Gemeinden verkostgeldet werden. Es komme vor, dass letztere Jahre lang nicht besucht werden, wiewohl sie schlecht placiert sind.»¹⁷

Bloch schwebte eine staatlich besoldete und gesetzlich abgesicherte Inspektorenstelle mit Beamtenstatus vor, deren Kontrollbereich sämtliche im Kanton platzierte Kinder umfassen sollte. In der anschliessenden Diskussion wurde bekräftigt, dass ein solches Berufsinspektorat «von Staatswegen gelöst werden» müsse und jedenfalls nur Sinn für Kinder mache, die von den Gemeinden versorgt würden. Einem staatlichen Inspektor wurde demnach das Recht abgesprochen, «in die Angelegenheit der A.E.V. hineinzuwirken».¹⁸ Das Thema der mangelhaften Aufsicht wurde von Bloch im folgenden Jahr erneut aufgeworfen:

Die von den Gemeinden aus finanziellen Gründen ohne Mitwirkung der A.E.V. versorgten Kinder werden gar nicht besucht. Unzählige, die in andere Verhältnisse versetzt werden sollten, entbehren der Wohlthat einer bessern Versorgung. Nach dem letzten Rechenschaftsbericht der Regierung müssen über 1000 Kinder unterstützt werden, unter der Obhut der A.E.V. stehen aber nur ca. 400.¹⁹

Der Kanton käme seiner Aufgabe – bei rund 600 Pflegekindern – somit nicht nach; es sei «ein Unrecht, Alles auf die Schultern der Gemeinnützigkeit abzuladen. Der Staat darf auch Ausgaben für das Armenwesen übernehmen».²⁰ Die Wahrnehmung einer gesellschaftlichen Verantwortung für die Pflegekinder wurde also nicht nur als zivilgesellschaftliches Engagement der freiwilligen Armenfürsorge betrachtet, sondern auch als eine staatlich kontrollierte und alimentierte Aufgabe.²¹

15 Ihm schwebte möglicherweise eine vom Verein besoldete Inspektorenstelle vor, wie es sie im Nachbarkanton Basel-Landschaft bereits seit 1874 gab.

16 *Ibid.*, Protokoll der Delegiertenversammlung vom 06. August 1900.

17 *Ibid.*

18 *Ibid.*

19 *Ibid.*, Protokoll der Delegiertenversammlung vom 23. August 1901.

20 *Ibid.*

21 Beate Althammer beschreibt eine ähnliche Situation für katholische Kongregationen in Deutschland, die besonders in ländlichen Gebieten «einziger Akteur neben der schwachen öffentlichen Armenpflege» waren. Im Falle der Armenerziehungsvereine bedeutete dies jedoch nicht, dass sie sich mit dieser Situation zufrieden gegeben hätten. Vgl. Beate Althammer, et. al., Religiös motivierte Armenfürsorge in der Moderne – Katholische Kongregationen im Rheinland und in Irland 1840–1930, in: Andreas Gestrich und Lutz Raphael (Hg.), *Inklusion/Exklusion, Studien zu Fremdheit und Armut von der Antike bis zur Gegenwart*, Frankfurt a.M. 2008, S. 553.

Auf diese provokativen Aussagen Blochs antwortete Regierungsrat Franz Josef Hänggi (1846–1908), dass die Zustände in einzelnen Gemeinden «beklagenswert, vielleicht noch schlimmer sind, als Hr. Bloch sie geschildert hat».²² Seiner Meinung nach müssten die Initiative und die Unterhaltung einer solchen Stelle aber von den Armenerziehungsvereinen ausgehen, der Staat würde sich «mit einem namhaften Betrag beteiligen».²³ Hänggi fügte hinzu, dass die Bevölkerung lieber mit einem von den Vereinen angestellten Inspektor verkehren würde als mit einem «staatlichen Armenvogt». Dass der Regierungsrat Handlungsbedarf sah, belegt sein Vorschlag, dass ein mehrköpfiges Inspektorat diese Aufgabe übernehmen solle. Von Vereinsseite wurde jedoch die Befürchtung geäußert, dass ein staatliches oder privates Berufsinspektorat die «Arbeitsfreudigkeit» der Vereinsmitglieder schmälern würde und letztendlich den Vereinen auch weniger Legate zukämen.²⁴

Der stockende Verlauf der Diskussion rund um die Frage eines einheitlichen Inspektorats wurde im Wesentlichen auf das Fehlen eines Armengesetzes und eines Verzeichnisses über alle Pflegekinder des Kantons zurückgeführt. In Hinblick auf Letzteres riet Regierungsrat Hänggi, «die künftige Aufsicht nicht zu bürokratisch zu handhaben; eines besondern Verzeichnisses bedürfe es nicht, da die A.E.V. in allen Gemeinden Vertrauensmänner hätten».²⁵ Hänggi wollte also an der bestehenden Situation nichts ändern und stützte sich vollends auf die private Initiative.

Einige Jahre später wurde der lang erwartete Armengesetzentwurf in der Delegiertenversammlung besprochen. Dieser sah vor, dass der Verband der Solothurner Armenerziehungsvereine Inspektoren zu wählen hätte, die in ihren Kreisen die «Verpflegung der Kinder» überwachen sollten.²⁶ Das Armengesetz von 1913 führte auf dem Papier dann die geforderten Inspektoren zur Aufsicht über sämtliche Pflegekinder ein; entsprechende Beamte wurden aber nie berufen. Die Armenerziehungsvereine erhielten mit der Nennung im Gesetz einen unklaren, parastaatlichen Status und konnten im Auftrag von Gemeinden auch 'deren' Kinder beaufsichtigen.²⁷

22 *Ibid.*

23 *Ibid.*

24 *Ibid.*

25 *Ibid.*, Protokoll der Delegiertenversammlung vom 18. August 1902.

26 *Ibid.*, Protokoll der Delegiertenversammlung vom 24. November 1906.

27 «Im allgemeinen ist anzunehmen, dass bei der Uebergabe von Kindern an Wohltätigkeits-, namentlich an Armenerziehungsvereine, zum Zwecke der Versorgung und Beaufsichtigung die betreffenden Vereine dadurch nicht zum amtlichen Organ werden.» Luise Briner, *Die Armenpflege des Kindes in der Schweiz*, Weinfelden 1925, S. 79. Zur gesetzlichen Verankerung der möglichen Weitergabe der Inspektionsbefugnis von Gemeinden an die Armenerziehungsvereine vgl. Artikel 8 des solothurnischen Armengesetzes vom 17. November 1912, zitiert in: Gotthold Appenzeller, *Das solothurnische*

Auch der Nachfolger von Regierungsrat Hänggi, Max Obrecht (1894–1965), schätzte sich «glücklich, dass Institutionen bestehen, die der privaten Hilfstätigkeit dienen und den Staat von diesen Aufgaben weitgehend entlasten. An der Gelegenheit, caritativ tätig zu sein, wird es nie fehlen».²⁸ Die kantonale Intervention in die Fremdplatzierungsverhältnisse blieb bescheiden, die Aufsicht geschah «in der Hauptsache durch die Armenerziehungsvereine».²⁹ Kinder, die von Gemeinden oder Privaten mit oder ohne Kostgeld in Pflege gegeben wurden, fielen unter keine Kontrolle.³⁰

Mitgliederwerbung zwischen ökonomischem Nutzen und Nächstenliebe

Die Jahresberichte der Armenerziehungsvereine richteten sich als zentraler Kommunikationskanal an die eingeschriebenen Vereinsmitglieder und Gemeindebehörden. Wie wurde hier die gesellschaftliche Verantwortung rezipiert?

Die dem Verein zur Obhut anvertrauten Kinder bedürfen einer sorgfältigen Pflege, um später nicht wieder durch sich selbst oder ihre Nachkommen ein Ballast für Gemeinden und gemeinnützige Vereine zu werden.³¹

Die Kinder stellten demnach aus Vorstandssicht eine potenzielle Gefahr dar, weil sie ihre schlechten Angewohnheiten weitervererben und somit die Armut potenzieren konnten (degenerative Armutsvererbung). Diese Botschaft sollte das Publikum auf einer Vernunftebene ansprechen. Die Armenerziehungsvereine hätten sich «schon vor 20 Jahren dieses Feldes bemächtigt, um durch Ausrottung der Unglückswurzeln zunächst unsern Gemeinden und im allgemeinen unserer Volkswohlfahrt aufzuhelfen».³² Das ökonomische Argument der Nachhaltigkeit wurde im Sinne einer Kosten-Nutzen-Analyse vorgebracht,³³ die besagte, dass sich die Bürgergemeinden von ihren geringen Investitionen einigen Gewinn versprechen konnten:

So sind Armenerziehungsvereine die Vermittler in der Ausübung der Pflichten der Bürgergemeinden gegenüber denjenigen Kindern, welche einer bessern Erziehung und Fürsorge benötigt sind. Wo eine Gemeinde das Vertrauen und die Einsicht hat in die grosse

Armenwesen. Vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Solothurn 1944, S. 217. Vgl. auch Nelly Vögli, Der Schutz des Pflegekinde in der Schweiz, in: *Gesundheit und Wohlfahrt*, Oktober 1939, S. 489.

28 *Ibid.*, Protokoll der Delegiertenversammlung vom 23. September 1946.

29 Vögli 1939, *op. cit.*, S. 488–490.

30 *Ibid.*, S. 537.

31 Jahresbericht des Armenerziehungsvereins des Bezirks Lebern für das Jahr 1912, S. 10.

32 O. Wyser über die Armenerziehungsvereine, in: Johann Kaufmann-Hartenstein, *Die humanitären und gemeinnützigen Bestrebungen im Kanton Solothurn*, Solothurn 1903, S. 152.

33 Vgl. Thomas David et al., Philanthropie und Macht, 19. und 20. Jahrhundert, in: *Traverse* 1/2006, S. 11.

Wichtigkeit dieser Aufgabe und das nötige Zutrauen in die Arbeit der Armenerziehungsvereine, wo die verhältnismässig geringen Opfer bereitwilligst dargebracht werden, da wird der Segen nicht ausbleiben und solche Gemeinden werden volkswirtschaftlich vorwärts kommen.³⁴

Neben den Gemeindebehörden als kostenbeteiligtem Ansprechpartner wurde auch der Kanton hinsichtlich einer angemessenen (Mit-)Verantwortung angesprochen: Da die Armenerziehung «hauptsächlich der gemeinnützigen Privatthätigkeit angehöre» und dem Staat – der sich nicht um alle Formen der sozialen Armut kümmern könne – die Arbeit erleichtere, trete an diesen die Pflicht heran, «auch seinerseits nicht müssig zu sein und namentlich die Armenerziehungsvereine mit immer grösseren Beiträgen zu unterstützen. Wir hoffen, unsere Regierung werde Mittel und Wege finden, uns mit ganz anderen Summen beizuspringen, als dieses bisher geschehen ist».³⁵

Neben dieser rationalen Ebene argumentierten die Vorstände auch auf einer emotionalen. Angesprochen wurde hier die spezifische Gruppe der Pflegeeltern und Vereinseinzelm Mitglieder: Die zentrale Aufgabe des Vorstands bestehe darin, die von den Gemeinden «zur Obhut anvertrauten Kinder» bei solchen Pflegeeltern zu platzieren, die nicht am materiellen Ertrag, sondern daran interessiert seien, «den Pflegling in jeder Beziehung – körperlich, geistig und moralisch – zu fördern».³⁶ Den möglicherweise anstehenden Schwierigkeiten im Pflegeverhältnis wurde eine umso grössere innere Befriedigung gegenübergestellt, die sich in der Zukunft angesichts des gelingenden Lebensweg des Kindes einstellen würde:

Schwer ist diese Aufgabe [Erziehung von Pflegekindern] und verlangt von Idealen durchgedrungene, ganze Menschen, die neue Begeisterung schöpfen aus den Erfolgen, wenn aus den Pfleglingen rechtschaffene, selbständige Menschen hervorgehen, und sich nicht entmutigen lassen von Misserfolgen. Es braucht aber auch den Zusammenschluss sämtlicher rechtdenkender, wohlthätiger Menschen, die freudig ihr Scherflein beitragen, wenn es gilt, Not und Elend unserer kleinen Mitmenschen zu mildern und ihnen ein Plätzchen an der Sonne zu sichern. Wer könnte sich da verschliessen, wenn es gilt, einem armen Würmchen zu helfen, wenn bittende, flehende Kinderaugen dem Wohltäter den Dank, den der Kindermund nicht auszusprechen vermag, beweisen.³⁷

Signifikant ist die veränderte Sprachwahl in der zweiten Hälfte des Zitats, welche den Übergang von *ratio* zu *emotio* nur ansatzweise glättet: Eingangs wird die stark humanistisch-philanthropische Rettungstätigkeit der Erziehung zum rechtschaffenen Menschen ins Zentrum gerückt, was jedoch anschliessend durch die Darstel-

34 Wyser 1903, *op. cit.*, S. 153.

35 Jahresbericht des Armenerziehungsvereins Olten-Gösgen über das Jahr 1885, S. 1.

36 Beide Zitate aus: Jahresbericht des Armenerziehungsvereins des Bezirks Lebern über das Jahr 1914, S. 4.

37 Jahresbericht des Armenerziehungsvereins des Bezirks Lebern über das Jahr 1919, S. 3–4.

lung der Pflegekinder im Diminutiv verniedlicht wird: Der zuvor «selbständige Mensch» mutiert zum «armen Würmchen». Die Argumentation des Vorstands mit Blick auf seine verantwortungsbewussten und idealisierten Wohltäter zielte demnach darauf ab, dass «möglichst alle Kinder durch richtige Fürsorge zu brauchbaren Gliedern der Volksgemeinschaft» heranzubilden seien.³⁸

Exkurs: Die Fremdplatzierungspraxis des Armenerziehungsvereins

***Balsthal-Thal*³⁹**

Die «Pflegekinder-Kontrolle»⁴⁰ Balsthal-Thal mit 265 Personendaten aus dem Zeitraum 1910 bis 1975 soll einen Einblick in die konkrete Aufgabenerfüllung bieten. Pro Pflegekind wurde eine Doppelseite, bestehend aus Stammdatenblatt und Fremdplatzierungs-Biografie mit Rechnungsführung, erfasst. Diese standardisierten Angaben ermöglichen eine quantitative Analyse.

Von den erfassten Kindern waren 169 (64 Prozent) männlich und 96 (36 Prozent) weiblich, 118 (44 Prozent) katholischer und 21 (8 Prozent) protestantischer Konfession.⁴¹ Die Zivilstandsangaben der leiblichen Eltern sagen aus, dass 137 (52 Prozent) Elternpaare bei der Fremdplatzierung ihres Kindes verheiratet, 13 (5 Prozent) geschieden waren und 26 (10 Prozent) Kinder einer 'ausserehelichen' Beziehung entstammten. 44 (16 Prozent) Kinder hatten einen verwitweten Elternteil, 7 (3 Prozent) Kinder waren Vollwaisen, bei 5 (2 Prozent) Kindern wurde nur die leibliche Mutter und bei 25 (9 Prozent) nur der leibliche Vater ohne Beziehungsstatus genannt.⁴² Der berufliche Hintergrund konnte bei 62 Prozent der leiblichen Väter (und einiger Mütter) festgestellt werden: Die meisten Väter arbeiteten in der Fabrik (22 Prozent) oder waren Hilfsarbeiter (10 Prozent), fast ebenso viele waren Handwerker (9 Prozent).⁴³ 6 Prozent arbeiteten als Bauarbeiter, 5 Prozent als Landwirte, 4 Prozent als Holzer, und 3 Prozent hatten andere Berufe.⁴⁴ Vier Mütter waren Haushälterinnen, und jeweils eine war als Dienstmädchen, Glätterin und Serviertochter tätig (insgesamt 3 Prozent).

38 Jahresbericht des Armenerziehungsvereins Balsthal-Thal über die Jahre 1921–1925, S. 3.

39 Für eine Einführung in die Vereinsgeschichte vgl. Fritz Dietiker, *100 Jahre Jugendfürsorgeverein Thal*, Balsthal 1989.

40 Vgl. Oberamt Thal-Gäu, JfV Thal 1, 3.1/2 Pflegekinderverzeichnis des Armenerziehungs-/Jugendfürsorgevereins Balsthal-Thal 1925–1975. Die Pflegekinder der Zeit zwischen der Gründung des Vereins 1888 und 1910 wurden nicht berücksichtigt.

41 Bei 126 (48 Prozent) Pflegekindern fehlt die Angabe.

42 Bei 8 (3 Prozent) Pflegekindern fehlt die Angabe.

43 Gärtner, Kaminfeger, Kannmacher, Korber, Maler, Schlosser, Schreiner, Schneider, Velomechaniker, Uhrenmacher, Wagner.

44 Briefträger, Hirte, Kalkulator, Hausierer, Versicherungsinspektor, Wirt.

Eintrittsalter	weiblich	männlich	Total	Total in %
0 bis 5	27	57	85	32
6 bis 10	36	57	93	35
11 bis 15	19	32	51	19
16 bis 20	9	15	24	9
k.A.	5	8	13	5

Austrittsalter	weiblich	männlich	Total	Total in %
0 bis 5	3	4	7	3
6 bis 10	10	18	28	11
11 bis 15	13	31	44	16
16 bis 20	43	71	114	43
21 bis 25	23	35	58	22
k.A.	4	10	14	5

Aufenthaltsdauer	weiblich	männlich	Total	Total in %
0 bis 5	31	64	95	36
6 bis 10	24	38	62	23
11 bis 15	22	25	47	18
16 bis 20	11	26	37	14
k.A.	8	16	24	9

Tabelle 1: Eintritts- und Austrittsalter sowie Aufenthaltsdauer in Jahren.

Die Kinder wurden üblicherweise über die Armen- oder Vormundschaftsbehörden dem Armenerziehungsverein Balsthal-Thal nach einem Vertragsabschluss übergeben. Zu diesem Zeitpunkt war der Entscheid über die bevorstehende Fremdplatzierung bereits auf kommunaler Ebene gefällt worden. 242 (91 Prozent) Pflegekinder stammten aus dem Kanton Solothurn, 21 (8 Prozent) aus anderen Kantonen und jeweils ein Kind aus Österreich und Italien (1 Prozent). Die meisten Kinder hatten ihren Heimatort – was der beitragspflichtigen Gemeinde entspricht – in Balsthal (17 Prozent), Holderbank (16 Prozent), Mümliswil (15 Prozent) oder Matzendorf (13 Prozent). Nur in ganz wenigen Fällen ist bekannt,

dass leibliche Eltern direkt bei einem Armenerziehungsverein um die Platzierung ihrer Kinder anfragten. Bei der Aufnahme (s. *Tabelle 1*) waren die meisten Pflegekinder im vorschul- oder schulpflichtigen Alter, 36 Prozent waren zwischen sechs und zehn Jahren. Nur 9 Prozent waren bei der Aufnahme zwischen 16 und 20 Jahren alt, für sie wurde insbesondere eine Berufsausbildung gesucht. 53 (58 Prozent) Kinder wurden bei ihrer Erstplatzierung in einer Anstalt untergebracht, 92 (35 Prozent) nach Unterzeichnung eines Pflegevertrags in einer Pflegefamilie.⁴⁵ 20 Kinder kamen zu Landwirten, 7 Kinder zu alleinstehenden Witwen und die übrigen zu Pflegevätern mit ähnlichen Berufen wie die leiblichen.

65 Prozent der Pflegekinder wurden zwischen dem 16. und 25. Altersjahr aus dem Verein 'entlassen'. Allerdings kann aufgrund der Quellenlage nur bei 39 (15 Prozent) der jungen Erwachsenen eine Berufsausbildung eruiert werden. Tätigkeitsfelder für junge Frauen waren Anstellungen als Dienstmädchen, Serviertochter und Glätterin; für junge Männer war das Angebot diversifizierter. Die finanzielle Unterstützung durch den Armenerziehungsverein Balsthal-Thal dauerte für die Mehrzahl der Pflegekinder 5 Jahre (36 Prozent). Ab den ausgehenden 1950er Jahren war eine Zuwendung von Seiten des Vereins nicht mehr zwingend gleichbedeutend mit einer Fremdplatzierung; der Armenerziehungsverein Balsthal-Thal gewährte immer mehr Familienunterstützungen.

Die Fremdwahrnehmung der Armenerziehungsvereine

Der Solothurner Politiker und Bankier Wilhelm Vigier (1839–1908) umschrieb die Tätigkeit der Armenerziehungsvereine als eine reine Heranbildung von Kindern zum Dienstbotenstand.⁴⁶ Um die Jahrhundertwende fand der Mönchaltorfer Pfarrer Albert Wild – langjähriger Präsident der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft – in seinem *Vademecum* für Armenpfleger noch deutlichere Worte, indem er den Vereinen Eigeninitiative absprach:⁴⁷

In verschiedenen Kantonen z.B. in Aargau, Solothurn, Baselland bestehen Bezirksarmen-erziehungsvereine, die eine ziemliche Tätigkeit entfalten, aber wol kaum viel anderes tun, als die Mittel der gesetzlichen Armeninstanz ergänzen, ohne ein eigenes fruchtbringendes System zu pflegen.⁴⁸

45 Bei 20 (7 Prozent) Pflegekindern fehlt die Angabe.

46 Wilhelm Vigier, *Die wohltätigen und gemeinnützigen Anstalten im Kanton Solothurn*, 25. Neujahrsblatt der Hilfsgesellschaft in Zürich, Zürich 1885, S. 18–19.

47 Vgl. auch Jacob Kuhn-Kelly, *Erziehungs-Verein oder Armen-Erziehungs-Verein, Ein friedliches Gefecht mit dem Tit. Armen-Erziehungs-Verein im Bezirk Kriegstetten im Kanton Solothurn*, St. Gallen 1904, S. 4.

48 Albert Wild, C. A. Schmid, Eintrag Armenerziehung, in: *Vademecum für Armenpfleger*, Zürich 1902, S. 58.

Marie Adam beschreibt in Ihrer 1935 an der Schweizerischen Sozial-Caritativen Frauenschule in Luzern verfassten Diplomarbeit ebenfalls nur die Übernahme eines Leistungsauftrags: «Im Auftrag von Gemeindebehörden bringen sie gefährdete oder verwahrloste Kinder und arme Waisen in gute Pflegefamilien.»⁴⁹ Adam bezeichnet die Tätigkeit der Vereine eher als sachlichen – doch ‘beseelten’ – Verwaltungsakt:

Der Vorstand jedes Vereins leistet mühsame Verwaltungsarbeit, bei der Schwierigkeiten und Enttäuschungen nicht erspart bleiben. Nur Idealismus erhält da den Helferwillen durch alle widerwärtigen Zwischenfälle hindurch aufrecht.⁵⁰

In wenigen Sätzen werden die Armenenerziehungsvereine auch in einem 2011 erschienenen Beitrag zur Solothurner Kantonsgeschichte erwähnt, der den Fokus ebenfalls auf die rein finanziellen Aspekte legt:

Die Arbeit der Armenenerziehungsvereine war nicht wirkungslos. Mit ihrer Tätigkeit entlasteten sie zumindest die Armenfonds der Gemeinden. [...] Der relativ gemässigte Anstieg der Ausgaben der Gemeindearmenfonds für die Verpflegung der Kinder ist damit auch auf die Tätigkeit der Armenenerziehungsvereine zurückzuführen. Aber letztlich konnten auch sie mit ihrem von viel humanitärem Pathos getragenen Engagement keine Lösung der Armutproblematik herbeiführen.⁵¹

Schlusswort

Die Analyse der *Aufgabe* und der *gesellschaftlichen Verantwortung* der vereinsgetragenen Fremdplatzierung wurde in vier Schritten vollzogen: Bei der internen Sichtweise der Verbandsprotokolle standen diese beiden Aspekte im Spannungsfeld zwischen freiwilliger und öffentlicher Fürsorge. Die selbstkritische Auseinandersetzung mit der eigenen Inspektionstätigkeit machte den Verband auf weitere Fremdplatzierungsverhältnisse aufmerksam, die gänzlich einer Kontrolle entbehrten. Aufgabe und Verantwortung beschränkten sich somit nicht nur auf die ‘eigenen’ Pflegekinder, sondern wurden aktiv und im Beisein des Vertreters des Armendepartements auch für diejenigen der Gemeinden eingefordert: Die Mitwirkung des Kantons in der Fremdplatzierung blieb grösstenteils eine indirekte, in Form von Staatsbeiträgen.

49 Adam, *op. cit.*, S. 1.

50 *Ibid.*, S. 30.

51 Albert Vogt, Am Rande der Gesellschaft, in: André Schluchter, *Geschichte des Kantons Solothurn 1831–1914, Landschaft und Bevölkerung – Wirtschaft und Verkehr – Gesellschaft – Kultur*, Vierter Band der Solothurnischen Geschichte, Teil 2, Regierungsrat des Kantons Solothurn (Hg.), Solothurn 2011, S. 434.

Die Kommunikation nach Aussen und die darin sichtbaren Kriterien *ratio* und *emotio* waren Thema des zweiten Teils. Beide Linien nahmen die Fremdplatzierung als Lösungsansatz für eine nachhaltige Verbesserung des Ist-Zustands auf. Während auf der Vernunftebene vor allem eine finanzielle Verantwortung in den Vordergrund gestellt wurde, konzentrierte sich die Emotionsebene auf eine moralische und christliche.

Der Exkurs zur quantitativen Erhebung von Pflegekindern des Armenenerziehungsvereins Balsthal-Thal führte indirekt vor Augen, wie die Aufgabenumsetzung durch die Vorstandsmitglieder vonstatten ging: Über die 265 Vereinsaufnahmen, Anstalts- und Familienplatzierungen, Lehrstellensuchen etc. entschieden die Mitglieder des Laiengremiums in ihrer Freizeit. Ihre Aufgabe bestand offensichtlich nicht darin, die aus der Unterschicht stammenden jungen Erwachsenen in eine höhere soziale Stellung zu befördern. Die beruflichen Hintergründe von Herkunft- und Pflegefamilie deckten sich in den nachweisbaren Fällen, und auch die Berufswahl der Pfleglinge wich davon nicht ab. Mit dem Zeitpunkt der Übergabe der Pflegekinder an den Verein traten die Gemeinden oftmals gänzlich die Verantwortung an die Vorstände ab und leisteten eine passive, finanzielle Beihilfe.

Obwohl die Armenenerziehungsvereine sich aktiv in die Gestaltung der Solothurner Fürsorgelandschaft einbrachten – ihr Einfluss zeigte sich beispielsweise bei der Gesetzgebung –, erscheint ihre Rolle in der Fremdwahrnehmung als passiv. Sie waren Unterstützungsorgan für Gemeinde und Kanton; ein eigenes ‘System’ wurde ihnen abgesprochen. Die positive Würdigung einer ehrenamtlichen (Pionier-) Laintätigkeit scheint im Professionalisierungsstreben der sozialen Berufe und der erstarkenden Verwaltung eine Relativierung erfahren zu haben.

Die Kindswegnahme und anschliessende Fremdplatzierung wurden im betrachteten Zeitraum von 1880 bis 1930 nie hinterfragt; es ging lediglich um die Qualität, Reichweite und Zuständigkeit der Aufsichtsfunktion über die Pflegekinder. Die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Verantwortung fand vor dem Hintergrund der Pauperisierung, einer drohenden degenerativen Armutsvererbung sowie einer aktiven Teilnahme im Sinne christlicher Nächstenliebe statt. In den vorgestellten Quellen war die Verantwortung immer eine *kollektive* – spannend wäre hierbei der Vergleich zu *individuellen* Motiven und Wertevorstellungen einzelner Vorstandsmitglieder, die im Rahmen dieses Beitrags nicht thematisiert werden konnten.

«Eine Art Hausverdienst in der bösen Winterszeit».

Das Engagement des Basler Frauenvereins (1900–1920) und wie aus Kostkindern Pflegekinder wurden

Mirjam Häsler

Die Industriestadt Basel um 1900

Basel erfuhr im 19. Jahrhundert eine massive Veränderung.¹ Die Einwohnerzahl verfünffachte sich, aus der Kleinstadt wurde eine Industriestadt mit über 100000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Die Textilindustrie, die chemische Industrie und immer mehr Fabriken boten Arbeit auch für unqualifizierte Arbeitskräfte, was Tausende in der Hoffnung auf ein besseres Leben aus umliegenden Gebieten in die Stadt zog. Der Wohnungsmarkt war durch die sprunghaft gestiegene Nachfrage komplett ausgetrocknet. Viele Wohnungen waren überfüllt, die meisten Menschen lebten bescheiden und insbesondere in den Gassen der heutigen Altstadt eng zusammengedrängt. Fabrikarbeiterinnen und Fabrikarbeiter machten mit Abstand den grössten Teil der neuen Bevölkerungsgruppe aus. In vielen Arbeiterfamilien war es überlebensnotwendig, dass auch die Frauen einer bezahlten Tätigkeit ausser Haus nachgingen. Für die Betreuung der Kinder musste deshalb eine Lösung ausserhalb der Familie gefunden werden. Auch unverheiratete Mütter, die sich als Dienstmägde oder Fabrikarbeiterinnen verdingten, waren auf einen Pflegeplatz für ihre unehelichen Kinder angewiesen. Die wenigen Kinderkrippen vermochten die Nachfrage nach Betreuungsplätzen nicht zu decken. Eine Möglichkeit war es deshalb, die Kinder in einer fremden Familie zu platzieren und den Pflegeeltern als Entschädigung für die Auslagen ein Kostgeld zu bezahlen. Bei Krankheit, Unfall oder Tod eines Elternteils gab es neben der Platzierung in einem Heim häufig keinen anderen Ausweg, als die Kinder in einer Pflegefamilie unterzubringen.²

1 Abschnitt basierend auf Regina Wecker, 1833 bis 1900: Die Entwicklung zur Grossstadt, in: Georg Kreis und Beat von Wartburg (Hg.), *Basel – Geschichte einer städtischen Gesellschaft*, Basel 2000, S. 196–224; Luca Trevisan, *Das Wohnungselend der Basler Arbeiterbevölkerung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, Basel 1989, S. 9–16 und S. 84–85; Anna-Katharina Schmid, *Die verwaltete Armut: Allgemeine Armenpflege in Basel 1898–1911*, unveröffentlichte Oberlehrerarbeit, Basel 1984, S. 3–23.

2 Ganzer Artikel basierend auf Mirjam Häsler, *In fremden Händen. Die Lebensumstände von Kost- und Pflegekindern in Basel vom Mittelalter bis heute*, Basel 2008. Quellen aus dem Staatsarchiv Basel-Stadt (StABS) zur Hauptsache: StABS Niederlassung H 5.1 Kostkinder überhaupt, Pflegekinderwesen (1850–1936), und StABS PA 882 Privatarchiv Basler Frauenverein am Heuberg (1882–1991).

«Wo soll nun das Kindchen gute Pflege finden?» Das Zufluchtshaus und die 'Fürsorgekommission für kleine Kostkinder'

F.M., eine unverheiratete Fabrikarbeiterin, schenkte 1906 im Basler Frauenspital einem Mädchen das Leben. Es war Winter, sie hatte keine Milch für ihr Kind, war mittellos und lebte in einer kalten Mansarde. Am Tag nach ihrer Entlassung aus dem Spital fand sie mit ihrem Säugling Unterschlupf im Zufluchtshaus des 'Frauenvereins zur Hebung der Sittlichkeit' an der Holeestrasse 119. Da sie gezwungen war, ihre Arbeit rasch wieder aufzunehmen, fand sie durch die Vermittlung der 'Fürsorgekommission' des Frauenvereins einen Kostort für ihr Kind. Das Mädchen wurde dort allerdings krank und die Pflegemutter war selber leidend, darum organisierte die Kommission einen geeigneteren Kostort, an dem sich das Mädchen erholen und 'gedeihen' konnte. Auch die leibliche Mutter war kränklich und verdiente wenig, so dass die 'Fürsorgekommission' mit Kinderwäsche und Windeln für das Mädchen aushalf.³

Für unverheiratete Frauen wie F.M., welche nach der Entlassung aus dem Spital kein Obdach hatten oder noch zu schwach zum Arbeiten waren, eröffnete der 'Frauenverein zur Hebung der Sittlichkeit Sektion Baselstadt'⁴ im Jahr 1903 ein Zufluchtshaus. Der Frauenverein selbst war zwei Jahre zuvor von der Pfarrersfrau Lily Zellweger-Steiger (1862–1914) ins Leben gerufen worden. Die Frauen des Vereins setzten sich neben der Hebung der Sittlichkeit für die «Erfüllung des Mutterberufes»⁵ ein, engagierten sich gegen die sexuelle Verfügbarkeit von Frauen als Prostituierte oder in der Ehe und bekämpften soziale Notstände. Dieses Engagement brachte sie unter anderem in Berührung mit den Nöten unverheirateter Mütter. Schon bald reifte der Wunsch, mit einem Zufluchtshaus eine «offene Tür für jedermann [sic]»⁶ und «eine Zufluchtsstätte für sittlich haltlose oder verkommene, aber arbeitsfähige weibliche Personen jeden Alters»⁷ zu eröffnen. Das Zufluchtshaus funktionierte auf freiwilliger Basis mit dem Ziel, denjenigen Frauen, die vom rechten Weg abgekommen waren, «die Liebe zur Arbeit, die Freude am Rechten und die Gottesfurcht» wieder einzupflanzen und ihnen die Gelegenheit zu bieten, «etwas zu lehren [sic], womit sie später ihr Brot ehrlich verdienen können».⁸ Mit Nähen, Flickern, Stricken, Waschen und Gartenarbeit sollten die Frauen an eine geordnete Tätigkeit und an ein regelmässiges Leben gewöhnt

3 StABS PA 882 B 2.1, Jahresbericht Frauenverein 1906, S. 8–9.

4 Ab 1915 nur noch Basler Frauenverein.

5 Jahresbericht Frauenverein 1902, S. 2.

6 Jahresbericht Frauenverein 1904, S. 1.

7 Jahresbericht Frauenverein 1903, S. 1.

8 *Ibid.*, S. 1.



Abbildung 1: Häuser an der Falknerstrasse, Rückseite der Häuser Weisse Gasse 6, 8 und 10 (Fotografie vor 1910). Bildnachweis: StABS AL 45, 4-61-1.

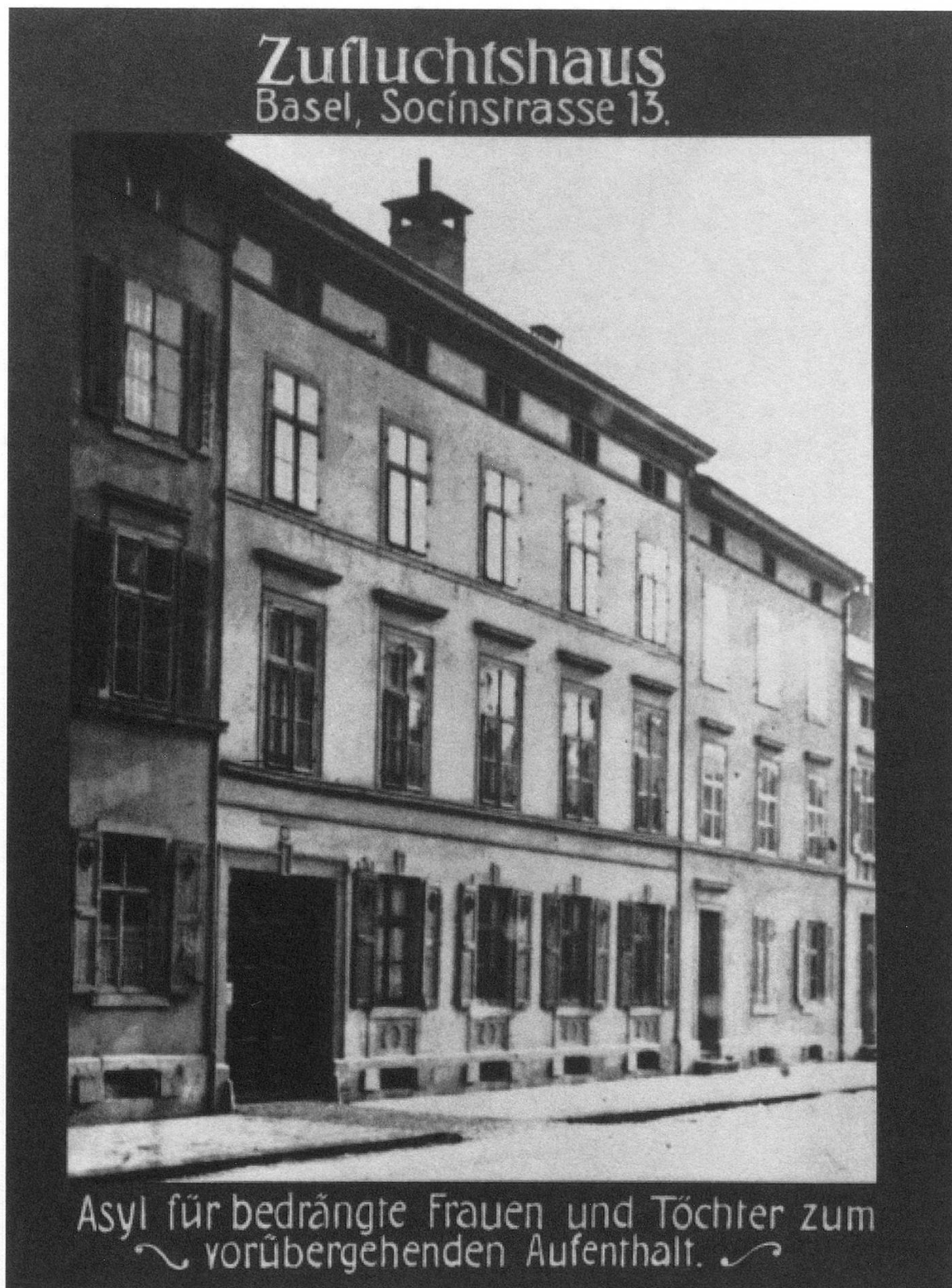


Abbildung 2: Der Frauenverein gründete im September 1903 ein Zufluchtshaus an der Holeestrasse 119. 1913 wurde es an die Socinstrasse 13 verlegt, wo es bis zu seiner Schliessung im Jahre 1947 verblieb. Fotografie aus einem Album, angefertigt anlässlich der Schweizerischen Landesausstellung 1914. Bildnachweis: StABS PA 882 D 1.1.

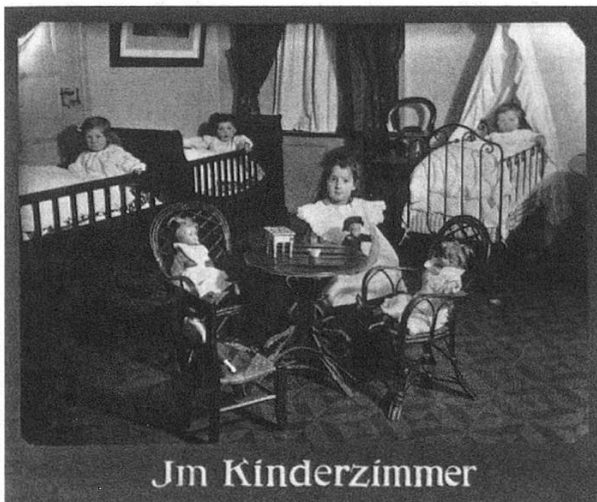


Abbildung 3: Im Kinderzimmer des Zufluchtshauses. Bildnachweis: StABS PA 882 D 1.1.

werden.⁹ «Arbeitsscheue Elemente oder solche, die körperlich unfähig sind, ihr Brot zu verdienen, werden, wenn immer möglich, in ihre Heimat abgeschoben.»¹⁰ Wenn es der Frauenverein mit in seinen Augen faulen, nachlässigen oder verschwenderischen Müttern zu tun hatte, forderte er ein energisches Eingreifen der Polizei, damit diese Frauen mit ihren Kindern in ihre Heimatgemeinden gebracht wurden. Die Hilfe sollte den gewissenhaften Frauen zukommen. Der Frauenverein leistete selektive Hilfe und beanspruchte für sich die Definitionsmacht, welche Mutter rechtschaffen und der Unterstützung würdig war und welche sich durch «Leichtsinn und Faulheit oder aus Unsittlichkeit»¹¹ eine solche verspielt hatte.

In kürzester Zeit zeigte es sich, dass es nicht genügte, die Schwierigkeiten junger Mütter unmittelbar nach der Geburt abzufedern:

Da sind in erster Linie die unehelichen Mütter mit ihren Kindern, für die der harte Kampf des Lebens erst recht beginnt, wenn sich Spital und Zufluchtshaus hinter ihnen geschlossen haben. Wo soll nun das Kindchen gute Pflege finden? Bei der Mutter kann es nicht bleiben, die muss ja das tägliche Brot für beide verdienen.¹²

Die Probleme, mit denen sich ledige Mütter bei der Suche nach einem Pflegeplatz konfrontiert sahen, veranlassten den Frauenverein bereits ein Jahr nach der Eröffnung des Zufluchtshauses, eine 'Fürsorgekommission für kleine Kostkinder' ins Leben zu rufen, welche sich ab 1904 um die Vermittlung geeigneter Kostorte für die kleinen Kinder und Säuglinge kümmerte. Denn «nicht alle [Kostfrauen] bieten Gewähr, dass das Kindchen bei ihnen auch wohl versorgt ist. Die arme Mutter kann nicht lange wählen; wenn sie nur auf sich angewiesen ist, übergibt sie eben

9 Jahresbericht Frauenverein 1903, S. 1–2.

10 Jahresbericht Frauenverein 1906, S. 3.

11 *Ibid.*, S. 6.

12 Jahresbericht Frauenverein 1905, S. 7.

ihr Kind der ersten besten Frau, die sich zur Pflege anbietet und sie ist meist nicht einmal in der Lage, genau nachzusehen, ob das Kind auch wirklich erhält, was ihm zukommt».¹³ In den drei Jahren von 1904 bis 1906 beschäftigte sich die 'Fürsorgekommission' fast ausschliesslich mit unehelichen Kindern, 1906 waren gar sämtliche der 75 Kinder, welche sich in ihrer Obhut befanden, illegitim.¹⁴

«Gross ist die Nachfrage nach Hausverdienst.»

Jedem Kind, das durch die Fürsorgekommission betreut wurde, war eine Fürsorgerin zugeteilt, welche sich um einen Kostort kümmerte und auch die Qualität der Pflege vor Ort überprüfte. Im Jahr 1905 betreute die Fürsorgekommission 64 Kostkinder. Das Angebot überstieg die Nachfrage allerdings bei weitem:

Gross ist die Nachfrage nach Hausverdienst. Das geht schon daraus hervor, dass sich über 200 Frauen für Kostkinder gemeldet haben. Die Notwendigkeit, den Verdienst ausser dem Hause zu suchen, die auch für Frauen besteht, ist leicht der Ruin des Familienlebens; darum sind alle Anstrengungen, Familienmüttern zu Hause Verdienst zu verschaffen, sehr zu begrüssen.¹⁵

Um die Wende zum 20. Jahrhundert setzte sich auch in den unteren Schichten der Basler Bevölkerung das bürgerliche Ideal durch, welches die Frau als Mutter, Gattin und Hausfrau definierte. Dieses Familienmodell blieb jedoch in vielen Fällen unerreicht, das geringe Einkommen vieler Familienväter aus der Unterschicht zwang die Frauen zu einer Erwerbsarbeit ausser Haus. Eine Heimarbeit ermöglichte es ihnen, trotz finanziellen Drucks zu Hause zu bleiben, weiterhin ihren Familienpflichten nachzukommen und die Kinder zu betreuen. Manche Ehefrau suchte durch 'Pflegekinderhaltung' einen finanziellen Zustupf für die Haushaltskasse. Zu Beginn wurde die 'Pflegekinderhaltung' als Heimverdienst noch gerne gesehen, weil sie den Frauen eine Alternative zum Verdienst ausser Haus bot. Häufig waren es Arbeiterfamilien aus der Unterschicht, ältere Witwen oder alleinstehende Frauen, welche fremde Kinder gegen ein Entgelt in ihre Obhut nahmen. In der Zeit zwischen 1904 und 1907 belief sich der durchschnittliche Kostgeldbetrag auf 25 Franken pro Monat.¹⁶

Es war nicht unüblich, die kleinen Kinder so lange an einem Kostort unterzubringen, bis sie alt genug zum Arbeiten waren. Frau Pfarrer Anna Herzog-Widmer, die Präsidentin der 'Fürsorgekommission für kleine Kostkinder', beklagte, wie

13 Jahresbericht Frauenverein 1905, S. 7.

14 *Bericht des Pflegekinderwesens des Basler Frauenvereins 1904–1954. 50 Jahre Pflegekinderwesen des Basler Frauenvereins*, Basel 1955, S. 3. Eine genaue Statistik wurde erst ab 1907 geführt.

15 Jahresbericht Frauenverein 1905, S. 9.

16 Jahresbericht Frauenverein 1907, S. 14.

häufig sich Mütter von ihren fremdplatzierten Kinder entfremdeten, wie schnell das Interesse am Kind abnehme und sie notgedrungen bloss noch das Kostgeld bezahlten:

Sie nimmt es von dem Orte, wo es Liebe genossen hat, ohne Grund weg, um es irgend wohin zu bringen, wo sie weniger bezahlen muss, oder sie bekümmert sich überhaupt nicht mehr um ihr Kind, bis die Zeit kommt, wo es arbeiten kann. Dann aber kommt es nicht selten vor, dass eine solche Mutter, die schlecht für ihr Kind gesorgt und ihm nie Liebe gegeben hat, ihre mütterliche Gewalt und mütterlichen Rechte benützt, um Nutzen aus seiner Arbeit zu ziehen.¹⁷

Die meisten Kinder, welche durch die Vermittlung der 'Fürsorgekommission für kleine Kostkinder' und später des 'Pflegekinderwesens' des Frauenvereins fremdplatziert wurden, waren Kleinkinder: Ende 1907 waren von den 452 durch das 'Pflegekinderwesen' vermittelten Kindern zwei Drittel (circa 300 Kinder) jünger als fünf Jahre, davon war mehr als die Hälfte unter drei Jahren. Eine detailliertere Statistik wurde nicht geführt.¹⁸ Die Altersstruktur der Kostkinder in Basel lässt aber vermuten, dass so manches der älteren Kinder als Arbeitskraft in ländlichere Gebiete der Schweiz versetzt und verdingt wurde.

«Raum, Licht, Luft und Reinlichkeit». Das Pflegekinderwesen wird ab 1907 staatlich geregelt

Die Sterblichkeit unter den Kostkindern war hoch. Im Jahr 1906 wandten sich 90 Personen mit der Bitte um Hilfe an die 'Fürsorgekommission für kleine Kostkinder', darunter 75 Mütter mit ihren unehelichen Kindern. Von diesen 75 Kindern verstarben im ersten Vierteljahr zwölf Kinder, was einer Sterblichkeit von 16 Prozent gleichkommt.¹⁹ Ein Jahr zuvor, 1905, starben 15 von 62 Kindern aufgrund von Säuglingskrankheiten oder vernachlässigter Pflege, das heisst beinahe jedes vierte Kind.²⁰ Über die Sterblichkeit an Pflegeplätzen, die selbst jenen auf Freiwilligkeit basierenden Kontrollmechanismus vermissen liessen, kann nur spekuliert werden. Diese Zustände veranlassten den Physikus (Arzt) des Sanitätsdepartements, mit Anna Herzog-Widmer, der Vorsteherin der 'Fürsorgekommission für kleine Kostkinder', in Kontakt zu treten. In der Folge wurde auf den 1. Januar 1907 mit einer kantonalen 'Verordnung betreffend das Halten von Schlaf- und Kostgängern, Zimmermietern und Pflegekindern' die gesetzliche Grundlage geschaffen,

17 Jahresbericht Frauenverein 1906, S. 7.

18 Jahresbericht Frauenverein 1907, S. 11.

19 Jahresbericht Frauenverein 1906, S. 6–7.

20 Elisabeth Cafader, Das Pflegekinderwesen des Basler Frauenvereins, in: *Wirtschaft und Verwaltung, Vierteljahreshefte herausgegeben vom Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt*, 1960, S. 11.

welche das sogenannte 'Halten von Pflegekindern' bewilligungspflichtig machte: Von nun an war es nicht mehr erlaubt, ohne Genehmigung des Sanitätsdepartements und ohne Kontrolle eines oder mehrere Pflegekinder bis zur Vollendung der Schulpflicht (das heisst bis zum 14. Altersjahr) in den Haushalt aufzunehmen.

Der Kanton Basel-Stadt nahm damit schweizweit eine Vorreiterrolle ein, konnten neben ihm doch nur Zürich (seit 1893) und St. Gallen (seit 1896 und 1905) kantonale Regelungen in Bezug auf das Pflegekinderwesen.²¹ Das 'Pflegekinderwesen' des Frauenvereins vermerkte 1919 stolz, dass Basel die erste Schweizer Stadt gewesen sei, welche eine Pflegekinderaufsicht in dem Umfang eingeführt habe, «dass das Wohl des Kostkindes zugleich in sanitärischer, rechtlicher und erzieherischer Hinsicht berücksichtigt wurde».²² In Zürich beschränkte sich die Aufsicht des Gesundheitsamtes auf die Kontrolle der hygienischen Gesichtspunkte in Pflegefamilien, welche aus der Pflege von Kostkindern eine Erwerbsquelle machten, und in St. Gallen fielen lediglich Kinder bis zum dritten Lebensjahr unter die Kontrollpflicht.²³ Im Jahr 1915 kannten nur sechs Kantone explizite Regelungen für das Pflegekinderwesen (AR, BS, BE, FR, SG und ZH). Andere Kantone führten lediglich Kontrollen über die von Waisen- oder Armenbehörden versorgten Kinder durch.²⁴ Von den rund 47000 Verding- und Pflegekindern, die es 1910 schätzungsweise in der Schweiz gab, standen nur zwei Drittel unter Kontrolle. Etwa 15000 Kinder entbehrten jeglicher Aufsicht an ihren Pflege- und Verdingplätzen.²⁵

Wer in Basel ab 1907 eines oder mehrere Kostkinder aufnehmen wollte, musste beim Sanitätsdepartement eine Bewilligung einholen. Dieses prüfte, ob «der Geschwister und seine Hausangehörigen einen guten Leumund besitzen und [ob] seine persönlichen und Familienverhältnisse, sowie die Wohnungsverhältnisse für eine gute Verpflegung und Beaufsichtigung der Kinder hinreichend Gewähr bieten».²⁶ Im Hinblick auf die vielen Missstände im Verding- und Pflegekinderwesen und die Rechtlosigkeit in vielen Gemeinden und Kantonen ist vor allem derjenige Passus im dazugehörigen Ausführungsreglement bemerkenswert, der ausdrücklich einen Entzug der Bewilligung vorsah, wenn «die leibliche, geistige und sittliche Wohlfahrt der Pflegekinder gefährdet» war.²⁷ Die Bewilligungsgesuche

21 Hans Weiss, *Das Pflegekinderwesen in der Schweiz*, Dissertation Universität Zürich 1920, S. 25.

22 StABS PA 882 DD 3.3, Jahresbericht Pflegekinderwesen 1919, S. 1–2.

23 Albert Wild, *Das Kostkinderwesen in der Schweiz*, in: *Jugendwohlfahrt* 1916, S. 132–134; Weiss 1920, *op. cit.*, S. 25.

24 Wild 1916, *op. cit.*, S. 113–117, S. 129–134 und S. 146–150.

25 Wild 1916, *op. cit.*, S. 149.

26 § 9 der Verordnung betreffend das Halten von Schlaf- und Kostgängern, Zimmermiethern und Pflegekindern vom 25. August 1906.

27 § 8 des Reglements zur Ausführung der Verordnung betr. das Halten von Schlaf- und Kostgängern, Zimmermiethern und Pflegekindern vom 25. August 1906.

[illegible]

Abbildung 4: Musterformular «Bewilligung zum Halten von Pflegekindern». StABS Niederlassung H 5.1.

wurden hinsichtlich des Leumundes vom Polizeidepartement geprüft, die 'Allgemeine Armenpflege' kontrollierte den Bezug von Geldern der öffentlichen Wohlfahrt. War das Zeugnis ungünstig, so konnte die Bewilligung verweigert werden. Ausserdem untersuchte der Physikus des Gesundheitsamtes die Gesundheits- und Wohnungsverhältnisse am Pflegeort, insbesondere «Raum, Licht, Luft und Reinlichkeit»²⁸ und prüfte, ob kein Familienmitglied namentlich an Tuberkulose erkrankt war. Für jedes Pflegekind war ein Luftraum von acht bis zehn Kubikmetern vorgeschrieben sowie ab 1920 explizit ein eigenes Bett erforderlich. Letztere Vorschriften sind im Lichte der extrem beengten Wohnverhältnisse vor allem der ärmeren Arbeiterschicht zu sehen, aus der ein grosser Teil der Pflegefamilien stammte. Im Falle einer günstigen Prüfung stellte das Sanitätsdepartement den Pflegefamilien eine schriftliche Bewilligung aus. Das sogenannte 'Halten' von

28 Jahresbericht Pflegekinderwesen 1921, S. 1.

Pflegekindern ohne Bewilligung war fortan strafbar und wurde beim Polizeigericht gemäss § 89 des Polizeistrafgerichtes verzeigt.²⁹

Die eigentliche Aufsichtsarbeit vor Ort in den Pflegefamilien delegierte das Sanitätsdepartement an den Frauenverein, welcher die bereits bestehende 'Fürsorgekommission für kleine Kostkinder' in das 'Pflegekinderwesen' umwandelte. Das Präsidium blieb in den Händen von Anna Herzog-Widmer. Das Aufgabengebiet des 'Pflegekinderwesens' erstreckte sich über sämtliche Pflegekinder im Kanton, von deren Anmeldung bis zum vollendeten Schutzalter bei Schulaustritt oder bis zur Abmeldung bei Kantonswechsel, Eintritt in ein Heim oder Rückkehr zu den leiblichen Eltern. Für die geleistete Arbeit erhielt das 'Pflegekinderwesen' eine Subvention des Sanitätsdepartements, im Jahr 1908 waren dies beispielsweise 2000 Franken, ab 1910 wurde der Betrag aufgrund der nachdrücklichen Bitte des 'Pflegekinderwesens' auf 3000 Franken erhöht. Allerdings musste das 'Pflegekinderwesen' 1910 knapp 10000 Franken alleine schon für Kostgeldbeiträge aufwenden, wenn eine ledige Mutter oder die Kindeseltern die Kosteltern nicht bezahlten. Diese Summe wurde nur teilweise durch Eltern, Vormundschafts- oder Armenbehörden oder die Heimatgemeinden rückerstattet. Weitere 4000 Franken wurden für die gemäss eigenen Aussagen äusserst knapp bemessene Entlohnung der Vorsteherin und der zwei Sekretärinnen aufgewendet.³⁰ Das 'Pflegekinderwesen' konnte die vom Staat übertragene Aufgabe nur bewältigen dank Beiträgen aus der Hauptkasse des Frauenvereins, dank Spenden und Legaten und dank zahlreicher freiwilliger Aufsichtsdamen, meist aus den gehobeneren Basler Schichten, die sich ein unentgeltliches Engagement leisten konnten.

Eine Sekretärin des 'Pflegekinderwesens' besuchte jeden neu angemeldeten Ort und erstattete schriftlichen Bericht an das Sanitätsdepartement. Danach sollte jeder Pflegeort viermal im Jahr, bei Kindern bis zu zwei Jahren alle zwei Monate, ohne Vorankündigung besucht werden. Zu diesem Zweck teilte das 'Pflegekinderwesen' je 15 bis 20 Pflegeorte in einen Rayon ein, jedem Rayon wurde eine freiwillige Aufsichtsdame zugeteilt. Diese übernahmen die periodisch wiederkehrenden Kontrollbesuche in den Pflegefamilien. Im Jahr 1911 besuchten beispielsweise 39 Aufsichtsdamen 1830 Pflegefamilien, die beiden Sekretärinnen und die Vorsteherin führten ihrerseits weitere 2294 Besuche durch und schrieben über 1500 Briefe. Für den Kanton war dies eine bequeme und kostengünstige Lösung, welche ohne den finanziellen Mehraufwand durch den Frauenverein nicht möglich gewesen wäre. Zwar stellte sich das Sanitätsdepartement auf den Standpunkt, dass die Subventionen für die Überprüfung der hygienischen Zustände in den Pflegefamilien aus-

29 § 89 des Polizeistrafgesetzes für den Kanton Basel-Stadt vom 23. September 1872.

30 StABS Niederlassung H 5.1.

reichten, das 'Pflegkinderwesen' wollte es aber nicht bei diesem «Pflichtmass»³¹ bewenden lassen und stellte auch den fürsorglichen Aspekt der Arbeit in den Vordergrund. Neben der Auswahl des Pflegeortes gehörten dazu etwa auch das Vermitteln von Bettchen und Wäsche, Kinderkleidern und Schuhen oder einer Büchse Ovomaltine bei «bleichen Schulkindern»³². Solange eine private Institution wie der Basler Frauenverein mit seiner Sektion 'Pflegkinderwesen' in so grossem Masse fürsorgerische Aufgaben übernahm, bestand für den Staat keine dringliche finanzielle Notwendigkeit, die rechtliche Situation zu ändern und beispielsweise Vaterschaftsklagen oder das Eintreiben von Kostgeldern aus Heimatgemeinden energischer durchzusetzen.

Der äusserlich messbare Effekt der Kontrollgänge in den Pflegefamilien zeigte sich in rapide sinkenden Raten der Kindersterblichkeit. Im Jahr 1921 starb ein einziges Kind, es war acht Monate alt und litt an Tuberkulose. Dieser Erfolg lag nicht zuletzt auch an den medizinischen Untersuchungen, die ein Arzt im Auftrag des 'Pflegkinderwesens' seit 1910 durchführte. Im Jahr 1916 fanden beispielsweise 714 solcher ärztlicher Konsultationen statt.³³ So manche Pflegefamilie hätte sich mit dem knappen Kostgeld im Krankheitsfalle kaum einen Arzt leisten können.

«Eine Art Hausverdienst in der bösen Winterszeit». Das Kostgeld als Einnahmequelle und wie aus Kostkindern Pflegekinder wurden

'Verdingkind', 'Kostkind', 'Pflegekind' – diese Terminologie spricht deutlich für das Empfinden der jeweiligen Zeiten, und wenn wir heute nur noch vom Pflegekind reden, so kommt schon im Wort 'Pflege' das Verantwortungsbewusstsein, das wir diesen Kindern schulden, zum Ausdruck.³⁴

In der Stadt Basel wurden fremdplatzierte Kinder als 'Kostkinder' bezeichnet. Die Art und Weise, wie fremdplatzierte Kinder benannt werden, widerspiegelt, wie die Gesellschaft sie wahrnimmt, dies kommt auch im obigen Zitat der späteren Vorsteherin des 'Pflegekinderwesens' Elisabeth Cafader zum Ausdruck. Das Inkrafttreten der Pflegekinderverordnung im Jahr 1907 bedeutete eine grosse Zäsur. Äusserliches Zeichen für den Wandel war die neue Begrifflichkeit, mit der die Behörden fremdplatzierte Kinder bezeichneten: Die 'Kostkinder' des 19. Jahrhunderts wurden zu den 'Pflegekindern' des 20. Jahrhunderts. Die Ansprüche an einen Pflegeort erschöpften sich nicht mehr nur in der Sicherstellung physischer Bedürfnisse wie genügender Kost, Bekleidung und Unterkunft. Mehr und mehr rückten

31 Jahresbericht Frauenverein 1907, S. 12.

32 Jahresbericht Pflegkinderwesen 1926, S. 3.

33 Jahresbericht Pflegkinderwesen 1916, S. 2.

34 Cafader 1960, *op. cit.*, S. 7.

«mütterliche Liebe und Pflege»³⁵ in den Mittelpunkt. Die Erfahrungen des 'Pflegekinderwesens' in den Pflegefamilien zeigten überdies, dass das Kostgeld für einen lohnenden Verdienst zu knapp bemessen war und nur zur Deckung der nötigsten Auslagen reichte:

Eine grosse Zahl meldet sich zur Aufnahme eines Pflegekindes. Viele Frauen denken sich dies als eine Art Hausverdienst in der bösen Winterszeit, oder wenn die Fabrikarbeit aufgegeben werden muss. Wir sind oft genötigt, der irrigen Auffassung, ein Pflegekind sei ein Verdienstobjekt, entgegenzutreten. Es gehört ebenso Liebe und Aufopferung dazu, einem fremden Kind die mütterliche Liebe und Pflege zu ersetzen und kann nicht als eine gewöhnliche Dienstleistung betrachtet werden, für die man bezahlt wird.³⁶

Die Wahrnehmung der Pflegekinder hatte sich in kurzer Zeit verschoben: War 1905 die 'Kostkinderhaltung' als Nebenverdienst noch begrüsst worden, dank der Müttern eine Alternative zur Arbeit ausser Haus geboten wurde, kam das 'Pflegekinderwesen' nur fünf Jahre später von dieser Auffassung ab. Hinzu kam, dass das Kostgeld an die Pflegeeltern oft nicht regelmässig ausbezahlt wurde oder bei einem Verdienstausschlag der leiblichen Mütter gar ganz ausblieb. Nicht zuletzt setzte sich immer mehr ein Konzept von Mütterlichkeit durch, das den Akzent auf den aufopfernden, uneigennützigen Charakter und auf die unentgeltliche Hausarbeit legte. Je höher die Ansprüche an die Pflegeplätze wurden, desto mehr versuchte das 'Pflegekinderwesen' die Kinder in Arbeiterfamilien mit sicherem Einkommen oder in Familien von «kleinen Beamten und Angestellten» unterzubringen.³⁷ Während in den Behördenstuben und beim Frauenverein der Mentalitätswandel rasch erfolgte, war das Hauptmotiv zur Aufnahme eines fremden Kindes auch im 20. Jahrhundert jedoch noch lange die Verdienstmöglichkeit durch das monatliche Kostgeld:

Alleinstehenden alten Frauen bot die Pflegekinderhaltung einen kleinen, oft den einzigen Verdienst und damit dieser für ihre Bedürfnisse ausreichte, nahmen sie gern gleich 3–4 Kinder zusammen auf.³⁸

Hier zeigt sich die Kluft zwischen der Perspektive der Behörden sowie der meist aus bürgerlichen Schichten stammenden Frauen des 'Pflegekinderwesens' und der Lebensrealität der Pflegemütter, welche die 'Pflegekinderhaltung' noch länger im Kontext der Kostgeberei betrachteten. Lag im 19. Jahrhundert in Bezug auf die gesundheitlichen und hygienischen Zustände manches im Argen, so änderten sich mit steigender Wohn- und Lebensqualität auch die Ansprüche an die Pflegeorte

35 Jahresbericht Pflegkinderwesen 1910, S. 3.

36 *Ibid.*

37 Bericht des Pflegekinderwesens 1904–1954, S. 5.

38 Jahresbericht Pflegkinderwesen 1920, S. 3, und Bericht des Pflegekinderwesens 1904–1954, S. 1.

und erzieherische Aspekte rückten mehr und mehr in den Vordergrund. Nicht zuletzt dank des Ausbaus der Sozialwerke und der Einführung der AHV (in Basel seit 1932 als obligatorische Altersversicherung) schwächte sich der Gedanke ab, dass mit dem ‘Halten’ von Pflegekindern Geld zu verdienen sei.

Hatte es lange Zeit für eine ledige Kindsmutter oder ein arbeitendes Elternpaar kaum eine andere Möglichkeit gegeben, als ihr Kind zur dauernden Pflege in fremde Hände zu geben, so entwickelten sich im Verlauf der Zeit immer mehr Alternativen. Dank sukzessiv neu eröffneter Tagesheime und Kinderkrippen nahm die Zahl der Kinder, mit denen sich das ‘Pflegekinderwesen’ beschäftigte, nach einem Maximum Mitte der 1960er Jahre kontinuierlich ab. Es änderte sich auch die Einstellung gegenüber ledigen Müttern; eine illegitime Geburt war mit der Zeit immer weniger stark mit einem gesellschaftlichen Stigma behaftet, und die unehe-lichen Kinder wuchsen vermehrt bei Familienangehörigen auf. Der Basler Frauenverein ist übrigens nach wie vor in der externen Kinderbetreuung tätig. Er betreibt seit 2011 unter dem neuen Namen ‘familea’ zahlreiche Kindertagesstätten und ist als Nachfolger des ‘Pflegekinderwesens’ im Auftrag des Erziehungsdepartements Basel-Stadt und der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion Basel-Landschaft noch immer als ‘Pflegefamiliendienst’ tätig – seit nunmehr über hundert Jahren.³⁹

39 <http://www.familea.ch/pflegefamiliendienst/angebot/> (Stand: 27. Februar 2013).

Le placement d'enfants dans le canton de Genève (1890–1950): genèse et fonctionnement d'un dispositif institutionnel

Joëlle Droux

Pour comprendre comment se sont mis en place les dispositifs de placement destinés aux jeunes classes d'âge dans le cadre genevois, il convient de les replacer dans le contexte de la construction des politiques suisses de la jeunesse, et plus globalement des évolutions suivies en la matière par l'ensemble des sociétés industrialisées au cours des deux derniers siècles.¹ Ainsi, les nouveaux dispositifs de protection de l'enfance adoptés par Genève dès la fin du XIX^e siècle, à la suite d'autres cantons, témoignent de ce double jeu de miroir.² On montrera ici comment cette préoccupation en faveur de l'enfance s'est progressivement constituée dans le cadre genevois, concourant à la mise sur pied de diverses institutions centrées sur sa prise en charge éducative, sanitaire et sociale. L'émergence d'une ambition de sauvegarde morale s'articule logiquement à ce projet protecteur, inspirant la création de juridictions dédiées à cet objectif. Après avoir détaillé la genèse de ce dispositif et les paradigmes sur lesquels il se fonde, on s'efforcera d'en saisir les modes de fonctionnement en mettant l'accent cette fois sur le rôle des différents acteurs qui ont été partie prenante de ce système. S'appuyant sur les fonds des services mandatés pour mettre en œuvre cette politique, et donc sur les intentions du législateur mises en pratique par les intervenants, ainsi que sur la marge de manœuvre des populations qui y étaient confrontées, cette contribution s'inscrit en complémentarité des récents ouvrages qui donnent à entendre les témoignages des enfants.³ Elle s'attache à démontrer les mécanismes qui ont pu contribuer à ériger le placement, institutionnel ou familial, comme la panacée des dispositifs occidentaux de protection de l'enfance et de la jeunesse.

1 Une grande partie des travaux présentés ici ont été réalisés grâce au soutien du FNS, subside n. 100011-105461/1 (septembre 2005 – janvier 2008).

2 Edouard Maier, *Contribution à l'étude de l'intervention des autorités de tutelle dans l'exercice de la puissance paternelle*, Lausanne 1920. Pour une perspective transnationale: Joëlle Droux, Une contagion programmée: La circulation internationale du modèle des tribunaux pour mineurs dans l'espace transatlantique (1900–1940), in: Martine Kaluszynski et al. (Eds), *Les sciences du gouvernement: circulation(s), traduction(s), réception(s)*, Paris 2013.

3 Geneviève Heller et al., *Enfance sacrifiée – Témoignages d'enfants placés entre 1930 et 1970*, Lausanne 2005. Marco Leuenberger, Loretta Seglias, *Enfants placés, enfances perdues*, Lausanne 2009.

Les fondements d'une politique de la jeunesse: éduquer l'enfant, préserver sa santé

La question de la protection de l'enfance se hisse au premier plan de l'agenda politique suisse dès la fin du XIX^e siècle, alimentant une variété de dispositifs législatifs. Ce sont tout d'abord des prescriptions rendant l'instruction obligatoire (révision constitutionnelle de 1874), suivies de dispositions relatives à la limitation du travail des enfants (la loi fédérale de 1877 sur les fabriques interdisant d'employer un mineur de moins de 14 ans à un travail régulier dans l'industrie ou le commerce).⁴ Comme dans l'ensemble des pays occidentaux, la hantise de la dégénérescence va ensuite inspirer un élargissement de ces mesures de protection dédiées aux jeunes classes d'âge. A Genève comme dans d'autres centres urbains, un dense réseau d'institutions privées et publiques de soin pour enfants se développe ainsi au début du siècle.⁵ Par la suite, la protection sociale va s'étoffer, notamment par l'intermédiaire du système scolaire qui permet de se saisir des enfants soumis à l'instruction obligatoire pour les faire bénéficier d'une forme de veille sanitaire et sociale (services médicaux scolaires, classes gardiennes, cuisines scolaires, etc.).⁶ Ces institutions nouvelles poursuivent une double finalité: faciliter la transition qui transformera ces jeunes en travailleurs productifs et rentables, tout en évitant qu'ils ne «courent les rues» et n'alimentent les bandes d'apaches. Assurer de concert l'essor économique tout en raffermissant les bases de l'ordre social et moral, telle est bien l'inspiration qui préside aux politiques de l'enfance qui se construisent progressivement dès la fin du XIX^e siècle, à Genève comme ailleurs.⁷

Or, le problème que représentent les parents dans ce processus va rapidement se poser, notamment lorsqu'on estime que leur mauvaise volonté se met en travers des efforts de régénération nationale. C'est ici la question de la puissance paternelle, et de la réforme du droit civil, qui est soumise à débats. Le cas du canton de Genève est à cet égard éclairant: la question de l'enfance malheureuse a été étudiée au cours du XIX^e siècle par les milieux philanthropiques, donnant lieu au développement d'un vaste réseau institutionnel (associations spécialisées, orphelinats, co-

4 Jean Marcel Lechner, *Le travail industriel de l'enfance en Suisse et sa protection légale jusqu'en 1874*, Genève 1942.

5 Alain Bosson, La lutte contre la mortalité des nourrissons en Suisse: enjeux et mesures de prévention (1876–1930), in: *Cahiers d'histoire* (2002) pp. 93–125; Joëlle Droux, Pédiatres et pédiatrie à Genève. L'enfance de l'art (1880–1950), in: Susan Suter (Ed.), *Âges et visages de la pédiatrie*, Genève 2001, pp. 43–60.

6 A Genève, 15 des élèves des écoles publiques en moyenne bénéficient des classes gardiennes entre 1899 et 1914 (Liliane Palandella, *Vive le parascolaire! Entre l'école et la famille à Genève depuis 1886*, Genève 2006, p. 47).

7 Joëlle Droux et Martine Ruchat, L'enfant-problème, ou l'émergence de figures problématiques de l'enfance dans la construction d'un dispositif de protection de l'enfance (Genève, 1890–1950), in: *Carnet de bord* (2008), pp. 14–27.

lonies agricoles).⁸ Mais les résistances des populations à l'action de moralisation qui les vise restent fortes, d'autant qu'elles se doublent d'une véritable impasse juridique. Ainsi, à moins que l'enfant n'ait commis un délit ou que les parents ne le demandent au titre de la correction paternelle, il est impossible de le retirer à sa famille sans l'accord parental, dans la pure tradition du code civil napoléonien.⁹ Un obstacle qui désole autorités policières et œuvres philanthropiques, persuadées que si l'on ne parvient pas à soustraire ces enfants aux parents défaillants, la mauvaise éducation reçue les conduira tôt ou tard à la délinquance.¹⁰

Les réactions protectionnelles

C'est précisément pour mettre fin à cette autorité éminente du *pater familias* que de nouveaux dispositifs interventionnistes de protection de l'enfance vont être mis en place. Les nouvelles lois sur l'enfance abandonnée et sur la puissance paternelle édictées à Genève entre 1891 et 1892¹¹ permettent ainsi à l'Etat de se substituer aux parents s'il estime que ceux-ci mettent en danger l'intégrité physique ou morale de leur progéniture. Elles construisent une nouvelle catégorie d'ayants droit à la solidarité nationale, celle des «enfants moralement abandonnés», présentés comme des victimes de leur milieu social et familial. Les objectifs restent identiques à ceux que poursuivaient auparavant les philanthropes: éradiquer ou réduire toute une palette d'attitudes et de situations jugées néfastes à la bonne éducation des futurs citoyens (imprévoyance, paresse, intempérance, immoralité sous toutes ses formes, délinquance, violence, grossièreté...). Ce qui change, ce sont les armes légales qui sont désormais fournies par la loi pour tenter d'y soustraire les jeunes générations.

Le dépistage de l'abandon moral est ainsi consacré grande cause nationale, susceptible de mobiliser l'ensemble de la population et des élites. Les cas de mauvaise éducation doivent être dépistés par le biais de comités de quartier bénévoles, appelés à surveiller le voisinage et à signaler toute anomalie éducative à une Commission Centrale de Surveillance de l'Enfance Abandonnée (elle-même recrutée au sein des autorités locales et cantonales). Celle-ci a pour mandat de recueillir ces signalements, et de diligenter des enquêtes afin de requérir au besoin l'intervention

8 Martine Ruchat, *L'oiseau et le cachot: naissance de l'éducation correctionnelle*, Genève 1993.

9 La République de Genève annexée à la France en 1798 avait été soumise au régime du code civil, et le conservera lors de son rattachement à la Confédération en 1815.

10 John Cuenoud, *La criminalité à Genève au XIX^e siècle*, Genève 1890.

11 Il s'agit de la «Loi concernant la puissance paternelle» du 20 mai 1891 et de la «Loi sur l'enfance abandonnée» du 30 mars 1892. Sur ce dispositif, voir Joëlle Droux (avec la collaboration de Martine Ruchat), *Enfances en difficulté: de l'enfance abandonnée à l'assistance éducative (1892–2012)*, Genève 2012.

de la force publique contre les mauvais parents. Ceux qui seront reconnus coupables de négligence peuvent dès lors être déchus de la puissance paternelle par un tribunal *ad hoc*, et leurs enfants placés dans des établissements d'éducation ou des familles dignes de confiance. Ainsi transplantés dans des milieux moralement favorables, ces mineurs pourront reprendre le droit chemin et être redressés de leurs propres défauts, autant que de ceux issus de leur milieu.

Ces placements sont censés s'organiser en fonction des dispositions de la Constitution fédérale, qui prévoient que les indigents d'autres cantons peuvent être renvoyés à leur commune d'origine en cas d'assistance durable. Les autorités genevoises en feront un large usage. On peut légitimement parler ici d'un véritable détournement des lois sur l'enfance abandonnée à des fins de protection de l'ordre social et moral. La tonalité xénophobe des débats sur les lois genevoises de protection de l'enfance ne laisse en effet aucun doute sur la volonté d'exclusion dont sont victimes les enfants et les parents d'origine «étrangère» (comprendre ici les non genevois), dans l'économie de ce dispositif. Ainsi, c'est à dessein que les auteurs du projet de loi évaluent à 550 le nombre des enfants moralement abandonnés résidant à Genève, en soulignant que parmi eux on trouverait plus de deux tiers de non genevois.¹² De fait, ils espèrent que ces nouvelles lois permettront aux autorités genevoises de transférer l'assistance d'une bonne part des cas dépistés vers d'autres cantons: avantage non négligeable pour un canton dont la population compte environ 31 % de Genevois, 27 % de Confédérés et 41 % d'étrangers).¹³

Les relents xénophobes du débat ont en outre contribué à construire par un constant glissement sémantique tout un déterminisme de la criminalité, qui attribue aux étrangers la responsabilité majeure des actes délinquants. Qu'on en juge plutôt: «Dans une ville de plus en plus cosmopolite comme la nôtre, où l'élément genevois proprement dit est en diminution sensible, il s'est inévitablement créé ce que l'on peut appeler une population d'enfants des rues. [...] Quelle source de démoralisation pour les enfants des classes peu aisées» martèle ainsi le rapport parlementaire.¹⁴ Les nouvelles lois sur l'enfance visent précisément à «prévenir le mal en empêchant que ces futurs citoyens ne deviennent un terrain trop bien préparé pour recevoir et faire fructifier les germes de la perversité et même du crime, ou ne soient un dangereux exemple et une funeste contagion pour d'autres enfants non abandonnés». ¹⁵ La volonté est claire de lutter contre la criminalité urbaine en repérant précocement les brebis galeuses, et en tentant de s'en débarrasser par le biais de placements ou de rapatriements vers les lieux d'origine.

12 *Mémorial du Grand Conseil*, ci-après *MGC*, Genève 1891, Annexes, p. 397.

13 Paul Bairoch et Jean Paul Bovée, *Annuaire statistique rétrospectif de Genève*, Genève 1986.

14 *MGC*, Genève 1892, Annexes, pp. 236–237.

15 *MGC*, Genève 1891, Annexes, p. 400.

Comme tel, ce dispositif suscite en tout cas un large consensus. L'ensemble des forces politiques représentées au Grand Conseil se rallient ainsi sans difficulté au modèle proposé. Consensus qui va du reste s'opérer également au niveau fédéral, et qui débouchera sur l'adoption du Code civil suisse en 1907. Celui-ci repose en effet sur les mêmes principes que les lois genevoises de 1891–1892 puisqu'il est articulé sur le double impératif d'assurer la protection «de l'enfant et l'intérêt de la société».¹⁶ Le texte fédéral diversifie cependant la gamme des moyens à disposition des autorités, en les proportionnant à la gravité des faits: retrait de garde voire déchéance de puissance paternelle pour les cas graves; remontrances et surveillance pour les cas plus légers; mesures révisables au bout d'un délai d'un an. L'article 284 envisage en outre que l'autorité puisse intervenir non pas seulement en faveur des enfants, mais aussi des parents, au cas où les mineurs s'opposeraient aux ordres parentaux. En vertu du droit de correction, les parents peuvent alors s'adresser aux autorités *ad hoc* pour faire placer leurs enfants dans un établissement approprié. Les objectifs du nouveau code sont donc doubles: encadrer la parentalité et organiser la rééducation des enfants, le tout afin de réduire les risques de délinquance.

Appelé à se doter des organes adaptés à cette codification, le canton de Genève transforme dès 1912 la Commission de l'Enfance Abandonnée en «Commission officielle de protection des mineurs», ci-après COPM, destinée à assumer «d'une façon très énergique son rôle d'instrument de préservation sociale et de préservation de l'enfance».¹⁷ Le changement de nom est ici révélateur: certes, le législateur délaisse l'appellation «enfant abandonné» au profit de celle de «protection des mineurs» avant tout pour éviter «de jeter un discrédit sur les familles mises en cause».¹⁸ Mais ce que révèle cette toilette sémantique, c'est aussi la volonté étatique de frapper plus large, et plus fort. On réaffirme ainsi clairement que désormais tous les mineurs, et donc toutes les familles, sont bien sous l'œil de l'Etat et de ses services. Cette aspiration à l'efficace se marque aussi dans la réorganisation interne de la COPM: un nombre de membres plus restreint pour concentrer les responsabilités (dont une femme); un effectif de fonctionnaires renforcé; l'engagement d'enquêteurs spécialisés. Et enfin de nouveaux mandats: réaliser les enquêtes pour l'autorité tutélaire (la Chambre des tutelles) et constituer les dossiers préalables à son action; exercer une surveillance sur les mineurs résidant dans le can-

16 Carl Ott, *La puissance paternelle du Code civil suisse*, Neuchâtel 1910, p. 18. Voir aussi Alfred Silbernagel-Caloyanni, *Le droit de l'enfant dans le code civil suisse en comparaison avec le droit des autres pays*, Genève, Lausanne 1928.

17 MGC, Genève 1912, p. 1310.

18 MGC, Genève 1912, Annexe, p. 723.

ton. A cette fin, la COPM est dotée d'un nouveau rouage d'une demi-douzaine d'employés, le service de Protection des mineurs (PDM).¹⁹

Cette action à l'encontre des mauvais parents se voit bientôt doublée d'un organe pénal destiné aux enfants récalcitrants, avec le vote, en octobre 1913, d'une loi portant création du premier tribunal genevois pour mineurs: la Chambre pénale de l'enfance. C'est le deuxième pilier des politiques publiques genevoises de protection de l'enfance. Au terme de ce texte, les mineurs de 10 à 18 ans sont soustraits à la justice et à la procédure ordinaire pour n'être plus justiciables que de l'intervention du tribunal pour enfants. Celui-ci mène seul l'instruction, décide seul des mesures et en surveille seul l'exécution.²⁰ La juridiction se veut paternelle et éducative, en rupture avec l'action répressive des anciens codes pénaux, le juge prononçant sa sentence non plus en fonction de la nature du délit, mais de la personnalité du jeune délinquant; et cette dernière ne doit pas viser à punir, mais bien à rééduquer. Car l'enfant délinquant n'est plus perçu comme un coupable mais bien, lui aussi, comme une victime que ses parents n'ont pas su (ou pas pu) éduquer. C'est donc aussi contre les parents négligents que la loi entend ici sévir, soit en se substituant à eux par une mesure de mise en liberté surveillée; soit en envoyant leur enfant délinquant en maison de correction pour le rééduquer. Le législateur genevois va même plus loin: au fil des débats, on permet au tribunal de se saisir d'un mineur avant même qu'il ne commette un délit, dès lors qu'il «se trouve sans logis, ni moyens de subsistance, ne fréquente pas l'école à laquelle son âge l'astreint ou a une mauvaise conduite persistante» (art. 28 de la loi du 4 octobre 1913). C'est pousser l'ambition préventive à son comble: au terme de ces prescriptions intentionnellement floues, ces mineurs tombent ainsi sous le coup d'une loi qui entend aussi bien les protéger que se protéger d'eux.

Articulée autour de ces deux piliers (tribunal civil contre les parents fautifs et tribunal pénal pour les enfants délinquants) et dotée des organes administratifs qui les alimentent, la politique genevoise en matière de protection de la jeunesse se fige désormais pour plusieurs décennies.

Des principes aux pratiques: la mise en œuvre des politiques de protection

L'intention de réagir fortement tout à la fois contre les défaillances parentales et les désordres juvéniles a été nettement affirmée. Reste à savoir de quelle ampleur s'est

19 Archives de l'Etat de Genève, Archives du DIP, ci-après AEG, ADIP, 1985 va 5.3.397, Rapport du directeur de la PDM, 3 février 1931.

20 Joëlle Droux, Un nouvel âge pour la justice des mineurs? La délicate transition entre dispositifs répressifs et juridictions éducatives en Suisse et à Genève (1890–1950), in: *Juger les jeunes: une problématique internationale, 1900–1960*, à paraître aux Presses Universitaires de Rennes. La loi de 1913 fera l'objet de nombreuses révisions, notamment suite à l'adoption du Code pénal fédéral en 1942.

avérée cette réaction. Ici, les données statistiques qui permettraient de la saisir manquent de précision, compte tenu des destructions opérées dans les archives (notamment les procédures de la Chambre pénale de l'enfance ou du Service de protection des mineurs). Mais les registres de l'autorité tutélaire genevoise, ainsi que certains documents conservés aux Archives cantonales de Genève, permettent d'analyser l'organisation des procédures, tout particulièrement pour la période 1912–1942.

Premier constat: le dispositif de prévention semble avoir bien fonctionné. Ainsi, les dossiers du tribunal genevois des tutelles montrent bien que la population s'avère relativement prompte à participer au dépistage précoce. Tel est par exemple le cas du jeune Jean Baptiste B., signalé en mars 1914 à la COPM comme étant un enfant abandonné moralement. De fait, sa mère a abandonné le logis familial, laissant le père, un maçon italien de 32 ans, et son fils âgé de 10 ans. Les enquêtes diligentées par la COPM auprès du voisinage révèlent que le père «part le matin pour son travail sans s'occuper des repas de son enfant et que ce sont les voisins qui lui donnent à manger»; quant aux instituteurs, ils affirment que le jeune B. «est malpropre, qu'il a été atteint de la gale, ce qui a nécessité la désinfection de l'école et la suspension de la classe pendant 6 jours, qu'il ne fréquente pas régulièrement l'école et que ses nombreuses absences l'ont retardé au point qu'il a fallu le changer de classe et le mettre avec les enfants arriérés».²¹

Divers intervenants participent ainsi au dispositif, qu'ils soient sollicités lors de l'enquête ou à l'origine du signalement. C'est ce que montre le tableau suivant: à partir d'un échantillon d'environ 10% des dossiers présentés devant l'autorité tutélaire genevoise,²² il évoque la diversité de cette juridiction:

	Années 1910	Années 1920	Années 1930	Années 1940*
Commission officielle de protection des mineurs	79	81	37	57
Parents	14	9	31	14
Autres	7	9	25	14

* Seulement de 1940 à 1943.

Table 1: Chambre des tutelles: Origine des signalements (1912–1942, en % de l'échantillon).

21 AEG, Archives du Département de justice et police, ci-après AEG, ADJP, 1986 va 23/8.2, Chambre des tutelles (1914–1915), dossier 23.

22 Les dossiers retenus pour cet échantillonnage sont ceux commençant par la lettre B, soit environ 10% des dossiers de sentences de la Chambre des tutelles (AEG, ADJP, 1986 va 23 (1912–1942)).

La COPM est certes l'acteur principal de cette histoire, mais pas le seul. Services publics ou œuvres privées destinés à l'enfance se joignent à cette veille protectionnelle assurée par le voisinage et le système scolaire ou parascolaire. Même si le cas demeure rare, un mineur peut lui aussi demander une mesure de protection: c'est ce que fait la jeune Suzanne B., battue copieusement par son père veuf et qui sollicite une intervention protectrice contre ses «brutalités continuelles».²³ Plus souvent, ce sont les parents qui saisissent la Chambre des tutelles pour solliciter de sa part une mesure de placement rééducatif contre un adolescent récalcitrant, au titre de la correction paternelle. C'est le cas de Louise B. qui réclame en mai 1918 une mesure contre son fils de 19 ans qui refuse de travailler, «ne veut recevoir aucune observation et à tout instant la frappe et la traite de ' salope et fumier' », faisant en outre pleuvoir les coups sur son vieux père et ses sœurs.²⁴ Ou encore de ces parents qui, en 1932, interviennent auprès du magistrat pour faire placer leur fille Georgette, elle aussi âgée de 19 ans, qui «mène une vie absolument déréglée, ne travaille pas, fait des dettes; on a l'impression qu'elle est atteinte de la maladie des grandeurs, elle achète des fourrures et autres marchandises de luxe sans évidemment avoir les moyens de les payer».²⁵ Autant de traces qui laissent penser qu'en matière de contrôle des comportements juvéniles à risque ou indisciplinés, les familles populaires partagent la même suspicion et le même désaveu que les institutions de contrôle.

Dès le premier signalement, les cas sont longuement suivis et étudiés par la COPM; tout d'abord, celle-ci diligente un des agents de la PDM pour mener une enquête de voisinage, en premier auprès des comités de quartier. Si elle conclut à une suspicion d'abandon moral ou matériel, la COPM convoque les parents pour tenter de remédier à la situation. Le ton des «conseils» ainsi prodigués, véritables sommations consignées dans ses registres, en dit long sur la position d'autorité morale que ses membres assument à l'égard des populations visées: «R.: Admonester le père et lui intimer l'ordre de faire suivre les classes gardiennes a ses enfants. L.: Convoquer la mère et l'informer quelle sera à l'avenir l'objet d'une surveillance spéciale du comité de quartier. R.: Le convoquer et le menacer d'expulsion. S.: Intimer aux grands-parents l'ordre de placer leur petit-fils et leur faciliter officieusement les démarches en ce sens.»²⁶

Pour venir à bout des récalcitrants, il n'est pas rare qu'on menace la famille d'une intervention plus lourde encore que celle de la COPM: «D.: Convoquer le père et le menacer de mesures administratives»; «Inviter Dame T. à placer son en-

23 AEG, ADJP, 1986 va 23/8.12, Dossier 85 (1934).

24 AEG, ADJP, 1986 va 23/8.4, Dossier 46 (1918).

25 AEG, ADJP, 1986 va 23/8.11, Dossier 68 (1932).

26 AEG, Procès-verbaux des séances de la COPM (1909-1913).

fant à défaut de quoi la déchéance de puissance paternelle sera demandée»; «C.: Convoquer la mère pour l'admonester et la menacer de mesures nouvelles»; «J.: signaler le cas à la Chambre pénale de l'enfance et prier le président de prendre les mesures nécessaires». ²⁷ Ce mélange de pressions, de conseils et de menaces aboutit à une forme de mise sous tutelle officieuse des familles, qui en viennent alors souvent à se dessaisir d'elles-mêmes de leur rôle en plaçant leurs enfants dans la famille, ou en recourant aux bons offices de la COPM pour une mise en apprentissage dans le canton d'origine («Chez un jardinier a Frauenfeld»; «Chez une couturière à Lucerne»; «en apprentissage chez un jardinier à Glaris»; «en apprentissage chez un forgeron à Zurich»).

La COPM n'ayant pas conservé ses dossiers de procédure, il est difficile de connaître avec exactitude l'ampleur de cette activité d'encadrement musclé à la parentalité. On sait néanmoins qu'en début d'année 1913, la Commission se réunit chaque semaine, traitant alors d'une vingtaine de cas, dont la moitié nouvellement signalés. Sur l'ensemble de ces dossiers, le règlement informel, sous forme d'admonestation ou de solution «à l'amiable», représente la majorité des cas; ainsi, au cours de ses 11 réunions de l'été 1912, la COPM a examiné 66 cas nouveaux, dont 48 ont fait l'objet d'une mesure «négociée» avec les parents visés. Seuls 18 cas ont «résisté» à ces diverses formes de pression et se sont conclus par la constitution d'un dossier de procédure devant la Chambre des tutelles (9 demandes de déchéance de puissance paternelle, 9 demandes de retrait de garde). ²⁸

En tout état de cause, l'activité des organes de protection des mineurs s'avère colossale, entre la surveillance générale des populations juvéniles, les enquêtes de terrain, le suivi assuré en amont ou en aval des interventions de l'autorité tutélaire. C'est ce dont témoignent les archives de la PDM. Constitué d'une équipe réduite de 7 à 9 employés au cours des années trente (dont 2 à 3 agents chargés des enquêtes), ce service fonctionne comme agent de renseignements de la COPM, de la Chambre des tutelles et de la Chambre pénale de l'enfance. ²⁹ Dès sa création, il est progressivement submergé par les mandats découlant des dispositifs de protection. Aux dires même de son directeur, la qualité des enquêtes réalisées s'en ressent. ³⁰ Ainsi le service, qui réalisait 380 enquêtes par an en 1912, n'en boucle pas moins de 1480 en 1934, ³¹ alors même que la classe d'âge des 0–19 ans passe de 30 à 22% de la population résidente.

27 AEG, Procès-verbaux des séances de la COPM (1924–1927).

28 AEG, Procès-verbaux des séances de la COPM (1909–1913), 27 septembre 1912.

29 AEG, ADIP, 1985 va 5.3.397, Rapport du directeur de la PDM au DJP, 3 février 1931.

30 AEG, ADIP, 1985 va 5.3.397, Correspondance du directeur de la PDM avec le chef du DJP, 3 février 1931.

31 AEG, ADIP, 1985 va 5.3.397, «Etude sur l'organisation de la protection de l'enfance», 1^{er} mai 1935.

Des services engorgés, des enquêteurs débordés, des dossiers constitués à la hâte: telle est la chaîne d'effets pervers accumulés dans le sillage d'un dispositif assailli de signalements. On le constate à la lecture des dossiers de procédure traités par la Chambre des tutelles. La COPM n'y traduit que les cas les plus graves, ou ceux dont elle ne parvient pas à infléchir le comportement par le jeu combiné des conseils et des menaces. Les motifs invoqués le plus souvent pour justifier cette intervention sont toujours les mauvais exemples familiaux (notamment les cas de concubinage), l'alcoolisme des parents, l'inconduite des mineurs sous toutes ses formes, les mauvais traitements envers les enfants, la pauvreté du logement, et enfin les cas de rejetons abandonnés. On constate ici une continuité forte dans la nature des causes d'inculpation retenues contre les «mauvais» parents depuis l'élaboration des premières lois de protection de l'enfance en 1891. Se dessine en creux le triste sort des classes populaires saisies dans l'étau de l'impératif éducatif qui désormais pèse sur elles, face à la faiblesse des moyens matériels à leur disposition, en l'absence de toute mesure légale de soutien à la parentalité.³² C'est le cas notamment pour les ménages disloqués par le veuvage ou le divorce, à l'image de la femme B., que son mari abandonne car elle est alcoolique, et que l'enquêteur de la COPM retrouve ivre morte en compagnie de cinq bouteilles de vin rouge et de cinq enfants «couverts de croûte par la tête, pleins de vermine, manquant des soins les plus élémentaires» dans une cuisine «d'une saleté repoussante».³³

Dès lors qu'elle est saisie d'un tel cas, l'autorité tutélaire convoque les intéressés et, à l'issue des enquêtes et des audiences, elle prononce sa sentence. L'examen des dossiers des premières années d'activité du tribunal, à partir d'un échantillon représentatif de dossiers, montre que, dans environ 20% des cas, la COPM est soit déboutée de sa demande, soit la mesure prononcée est amoindrie (demandes de déchéances rejetées, au profit d'un retrait de garde). Bien souvent, l'action de la COPM se trouve donc censurée par le tribunal des tutelles, situation paradoxale qui peut s'expliquer de diverses manières. Tout d'abord par le fait que les magistrats appelés à trancher des faits de droit n'ont pas forcément la même vision que les membres de la COPM. L'un d'eux se plaint, constatant «avec vif regret que les considérants de certains jugements et arrêts ne sont pas précisément une source d'encouragement pour les personnes qui cherchent un moyen de diminuer le nombre de situations irrégulières de certains ménages dont l'existence ne peut qu'être néfaste au point de vue moral, par exemple cet arrêt de la Cour où il est dit que 'le fait pour une personne de vivre en concubinage ne constituait nullement un exemple

32 A la différence de la France ou de la Belgique, le canton de Genève ne développera pas avant les années 1940 un système d'allocations familiales (voir Jacqueline Ancelin, *L'action sociale familiale et les caisses d'allocations familiales: un siècle d'histoire*, Paris 1997).

33 AEG, ADJP, 1896 va 23/8.4, Dossier 36 (1918).

immoral'». ³⁴ La discordance entre légalité et moralité peut ainsi être à la source de certains «ratés» dans le suivi des demandes de la COPM, prouvant que dans certains cas le tribunal n'a pas suivi l'esprit de la loi (moraliser à tout prix les classes populaires), préférant s'en tenir plus strictement à sa lettre.

Par ailleurs, les familles ne restent pas forcément passives. Ainsi, certains parents se rebellent face aux faits qui leur sont reprochés. C'est le cas de la famille B., frappée d'une requête en retrait de garde contre ses 4 enfants par la COPM, en raison de leur faiblesse physique et mentale qui les laisse «sans énergie pour diriger leurs enfants; le jeune Paul est paralysé, pénible, refuse obéissance à ses parents et change fréquemment de place». En outre le ménage serait mal tenu, et le père alcoolique. Or les parents, convoqués, produisent plusieurs témoins à décharge, dont l'employeur du père. Tous «s'accordent à dire que le ménage est propre, bien tenu et que les enfants sont propres et bien nourris, que le père est bon travailleur et n'a jamais été vu ivre». ³⁵ L'autorité tutélaire déboute au final la COPM et la condamne aux dépens. Résistance des parents, mauvaise préparation des dossiers, enquêtes bâclées: autant de phénomènes qui permettent aux parents de s'ériger, souvent avec succès, contre les décisions qui les frappent.

La qualité des dossiers soumis à l'autorité tutélaire ira s'améliorant au fil des années. A partir du milieu des années vingt, la Chambre des tutelles a en effet tendance à suivre plus systématiquement les demandes formulées par la COPM. Il faut y voir le résultat des menaces exercées sur les parents en amont du tribunal: ainsi, la COPM et ses agents s'efforcent de faire pression sur les parents pour qu'ils donnent leur accord préalable aux mesures requises contre eux, avant même le passage devant le juge. Pouvoir convaincre le juge que la mesure est réclamée par les parents incite celui-ci à sévir plus aisément. Il faut y voir aussi la marque de la pression conjointe des différents services, qui cumulent les menaces contre les familles pour leur extorquer cet accord, faute de quoi ils s'exposent à une pluie de sanctions (COPM, Tuteur général, Service médical des écoles, Chambre pénale). Accords dont la sincérité laisse bien des doutes, à l'image de cette veuve à qui on retire son fils unique: «J'ai besoin de mon fils et de son affection. En outre je ne pourrai pas vivre sans son apport financier. Réflexion faite et pour le bien de mon enfant, bien que ce soit très dur pour moi et s'il n'y a pas d'autre mesure possible, je suis d'accord que la garde me soit retirée et confiée au tuteur général pour que mon fils puisse apprendre un métier». ³⁶

La mise en réseau des différents services, et leurs pressions cumulées, n'éteint cependant pas la résistance des familles face au processus de mise au pas dont elles

34 AEG, Procès-verbaux des séances de la COPM (1909–1913), 14 mars 1913.

35 AEG, ADJP, 1896 va 23/8.2, Dossier 24 (1914–1915).

36 AEG, ADJP, 1896 va 23/8.16, Dossier 82 (1942).

sont la cible. Durant toute l'entre-deux-guerres, on en enregistre des signes révélateurs: familles qui quittent le canton plutôt que de se soumettre, parents qui contestent ou qui déposent des recours (souvent avec succès), ou encore, adolescents qui fuguent plutôt que de subir la mesure de correction qui les visent. Tout aussi significatif, le nombre élevé de parents qui n'hésitent pas, en vertu des articles du Code civil qui leur en donnent le droit, à rédiger, seuls ou assistés d'un avocat, des demandes de réintégration dans leurs droits parentaux. A l'image de la famille B., d'origine fribourgeoise: frappés en 1932 de retrait de garde sur leurs 5 enfants du fait de la mésentente au sein du foyer qui rejaillissait sur l'éducation de leur progéniture, les parents demandent et obtiennent leur réintégration l'année suivante; ils ont su témoigner auprès des enquêteurs de la COPM des efforts faits pour régulariser leur situation: la mère réintègre le foyer qu'elle avait quitté, deux des enfants ont été placés, les dettes s'amenuisent.³⁷

Bon nombre de dossiers présentés devant l'autorité tutélaire se concluent néanmoins par une sentence de retrait de garde ou de déchéance. La Chambre des tutelles doit alors désigner la personne ou l'institution chargée de mettre en œuvre la mesure décidée par elle (placement, surveillance, mise en apprentissage, etc.). Le plus souvent, la garde des mineurs est confiée au directeur de la COPM, ou à tout autre organisme apte à en assumer les fonctions (Hospice général pour les Genevois d'origine, ou œuvre de patronage organisée sur une base nationale ou cantonale pour les autres);³⁸ parfois encore à un membre de la famille. A partir de 1932, c'est le Tuteur général qui va progressivement assurer ce suivi.³⁹ Puis c'est le plus souvent l'étape du placement de l'enfant loin de ses géniteurs: confié à sa parenté chaque fois que c'est possible (collatéraux ou grands-parents), ou soumis à un placement extra-familial ou en institution «le plus loin possible des parents indignes».⁴⁰

En attendant que le placement le plus adapté soit trouvé, ce qui parfois réclame du temps et des démarches, notamment pour les enfants d'origine non genevoise, les mineurs retirés à leurs parents sont internés temporairement dans un des deux asiles gérés par la COPM, fondés respectivement en 1897 et 1903 pour les garçons et pour les filles. Véritables plateformes de triage, ces deux institutions reçoivent les mineurs avant leur placement définitif, mais aussi entre deux placements.

37 AEG, ADJP, 1986 va 23/8.11, Dossier 39 (1933).

38 Par exemple la Société française de protection de l'enfance pour les enfants d'origine hexagonale.

39 MGC, Genève, 1932, pp. 298-299: La «loi instituant un tuteur général» partage les tâches entre la COPM, qui garde les tutelles d'enfants dont les parents ont été déchus de la puissance paternelle, et les autres cas confiés au Tuteur général. A partir de 1937, le tuteur général exerce seul toutes les tutelles.

40 AEG, ADIP, 1985 va 5.3.397, Lettre de la COPM au Conseil d'Etat (circa 1912).

En dépit du gonflement de ses activités, la COPM ne va pas accroître le nombre de ses institutions, préférant placer ses pupilles hors de Genève pour faire jouer au mieux les dispositions fédérales en la matière (assistance par le canton d'origine pour les confédérés, rapatriement pour les étrangers). Ce sont notamment les difficultés liées à la crise qui incitent les plus hauts responsables de l'Etat à en faire usage: écoutons Adrien Lachenal, président du DIP en 1937, autorité de tutelle de la protection des mineurs: «Nous devons encourager le système de rapatriement de tous les enfants que nous ne sommes pas obligés de garder»; conseillant même pour ce faire de ne pas payer les allocations attendues par la COPM afin de la «forcer à activer ses démarches de rapatriement».⁴¹

Les asiles genevois de la COPM continuent donc de recevoir entre vingt et trente pupilles chacun durant l'entre-deux-guerres. Ainsi au Home des garçons, durant l'année 1947, 20 enfants ont séjournés, mais avec un roulement important, puisque 8 sont entrés et 7 sont sortis dans le courant de l'année. Pour le Home des filles, la fréquentation a été de 46 pupilles, avec 36 entrées dans l'année et 27 sorties.⁴² Ces deux établissements absorbent 17% des dépenses annuelles de la COPM, contre 35 % pour les pupilles placés⁴³, signe de la faveur dont jouit le système des placements dans la logique rééducative des institutions de protection de l'enfance. Au cours des années vingt et trente, ce sont en moyenne 230 enfants placés qui sont ainsi confiés à la surveillance de la COPM et de ses fonctionnaires⁴⁴, un grand nombre de ces placements s'opérant avec l'accord des familles, sans intervention de l'autorité tutélaire: celle-ci n'examine en effet qu'une moyenne annuelle de 20 à 30 demandes de déchéance, et prononce autant de retraits de garde.⁴⁵

La comparaison avec les dossiers du deuxième pilier de la protection de l'enfance genevoise, à savoir le tribunal des mineurs, est ici éclairante. Certes, on est moins bien renseigné sur le détail de ses activités du fait de la destruction de ses procédures. On peut néanmoins s'efforcer de reconstituer son volume d'activités à travers les statistiques officielles publiées. Le constat qui en découle est celui d'une institution qui fonctionne à plein régime. Alors que de 1887 à 1907, seuls 141 enfants délinquants avaient comparu devant les tribunaux ordinaires du can-

41 AEG, ADIP, 1985 va 5.3.397, Lettre du président du DIP au conseiller d'Etat Pugin, 6 janvier 1937.

42 AEG, ADIP, 1985.5.3.550. 1948, Rapport d'activité de la Fondation officielle de l'enfance pour 1947.

43 AEG, ADIP, 1985 va 5.3.397, Projets de budget pour la COPM, 1934–1935; les subventions de l'Etat à la COPM couvrent 45 000 fr. des 225 000 fr. du budget annuel de l'institution.

44 AEG, ADIP, 1985 va 5.3.397, Lettre de la PDM au DJP, 12 mars 1929.

45 *Rapports annuels du Conseil d'Etat sur sa gestion*; les autorités tutélaires se prononcent aussi sur les demandes de réintégration ou de modification, sur les placements en maison de correction au titre de la correction paternelle, diligente des enquêtes faites et entend des témoins: 128 témoins convoqués en 1916; ils seront 405 en 1936.

ton⁴⁶, la Chambre pénale instruit déjà 130 affaires concernant 177 mineurs dès sa première année de fonctionnement en 1914, puis 401 affaires et 540 inculpés en 1915. Après la guerre, les chiffres se stabilisent autour de 250 affaires instruites annuellement concernant environ 200 mineurs inculpés.⁴⁷ Ces chiffres, d'apparence modeste, dessinent en réalité une aggravation du mouvement répressif puisque, dans le même temps, la part des 5–19 ans dans la population résidente passe de 24 % en 1910 à 18 % en 1930.⁴⁸ Une population de jeunes adolescents moins nombreuse donc, mais soumise à une intensification des formes de contrôle social.

La volonté de prophylaxie sociale qui était celle du législateur s'est bel et bien cristallisée dans la pratique d'une juridiction qui n'hésite pas à sévir dès qu'une attitude contraire à la norme sociale et culturelle attendue des adolescents se fait jour. C'est le cas de la jeune Jeanne B., inculpée devant la Chambre pénale car «elle a une conduite déplorable, n'a jamais travaillé, ayant toujours profité de ce qu'elle était sans surveillance, sa mère étant occupée constamment hors de chez elle, pour aller vagabonder avec des filles de mauvaise conduite, ce qui lui a valu dans le quartier qu'elle habite, une réputation détestable. Depuis septembre dernier elle a fréquenté les cafés où l'on danse s'y faisant remarquer par sa mauvaise tenue, cela malgré la promesse formelle de se mieux conduire qu'elle avait faite au Président de cette Chambre. En janvier dernier elle est entrée au service d'une prostituée notoire, faisant croire à ses parents que cette dernière était une brave lingère qui lui apprenait à travailler et surtout s'occupait avec sollicitude de son éducation, qu'en ce faisant elle a fait preuve d'une hypocrisie peu commune. De plus, depuis un mois, elle vit avec une nommée Cécile C., habituée comme elle, de mauvais lieux, esquivant ainsi tout contrôle de ses parents.»⁴⁹

Pour de tels cas de «mauvaise conduite», un chef d'inculpation récurrent devant le tribunal, les statistiques officielles révèlent que le magistrat fait certes un large usage de la mesure de liberté surveillée symbolique du nouveau droit des mineurs, mais il n'hésite pas non plus à recourir à une sanction plus classique, celle de l'internement en maison de correction, alimentant ici une seconde filière de placements, pénale celle-ci, pour les adolescents en danger ou dangereux. Chaque année, ce sont ainsi des dizaines de jeunes qui sont acheminés vers les institutions de rééducation, témoignant des pratiques finalement bien répressives générées par une juridiction d'intention rééducative.

46 MGC, Genève 1908, pp. 1174 ss.

47 Les chiffres sont publiés dans la série des *Rapports annuels du Conseil d'Etat sur sa gestion*.

48 Bairoch, Bovée 1986, *op. cit.*

49 AEG, ADJP, 1986 va 23/21.2, Registres de sentences de la Chambre pénale des mineurs, audience du 24 mars 1915.

	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931
Mise en liberté surveillée	34	116	90	79	76	60	29	50	57	22	69	75	82	77	86	54	65	61
Placement en maison d'éducation	13	55	55	32	48	45	61	33	37	27	35	20	45	35	46	51	30	23

Table 2: Mesures de mise en liberté surveillée et d'internement prononcées par la Chambre pénale des mineurs de Genève (1914–1936).

Conclusion

Au final, l'action exercée par les services chargés de la protection de l'enfance à Genève se révèle pleine d'ambiguïté. Au-delà de l'intention affichée par le législateur avec constance depuis les premières lois de 1891–1892, et mises en œuvre avec non moins d'allant par les rouages de la protection des mineurs, les archives dépeignent un dispositif au fonctionnement complexe, au sein duquel l'autorité tutélaire genevoise semble plutôt avoir joué un rôle de frein et de modérateur, face à celle de la Commission officielle de protection des mineurs. Certes, le législateur a voté pour une politique de prévention, que la COPM et ses agents se sont efforcés de mettre en œuvre le plus amplement possible, avec le concours d'une population dûment sensibilisée aux souffrances de l'enfance moralement abandonnée. Il en a fallu cependant bien plus pour convaincre les magistrats de l'autorité tutélaire de prononcer une sentence de retrait ou de déchéance: gardiens du droit avant d'être sauveteurs de la morale, ils réclament des dossiers étoffés et argumentés, des lettres attestant l'accord des familles, des témoins de moralité en nombre, avant de trancher au détriment des parents en prononçant une mesure lourde de conséquences.

De fait, la plupart des placements opérés depuis Genève, et ils furent nombreux, sont plutôt le fruit d'une pression concertée des divers services publics ou privés qui, quotidiennement, intervenaient au sein des familles populaires à des titres divers, prodiguant à égale mesure encouragements, conseils et menaces lorsque des mineurs paraissaient en danger. Au premier rang de ces services, ceux de la PDM semblent avoir ici joué un rôle majeur dans cette incitation au placement/déplacement.

Le volet pénal du dispositif semble quant à lui avoir usé plus largement des mesures de placements correctifs que son homologue civil. Sans doute faut-il y voir le reflet d'une juridiction voulue plus autonome par le législateur, où l'appréciation arbitraire du juge paternel face aux phénomènes de délinquance était moins strictement limitée par les prescriptions légales qu'au civil. C'est peut-être aussi le signe d'une moindre tolérance de la société ambiante à l'encontre des comportements irréguliers de la jeunesse qu'aux errements éducatifs des parents.

Le placement des filles orphelines à l'Asile de Vevey

Marc Kiener

L'incroyable longévité d'une institution privée comme l'*Asile pour jeunes filles abandonnées de Vevey*, ouvert en 1829 et aujourd'hui encore actif sous le nom de *Fondation des Airelles*, est unique; elle permet d'envisager l'évolution d'une maison d'éducation sur près de deux siècles. La présente étude est consacrée à la période du XIX^e siècle. En effet, depuis ses origines jusqu'à l'introduction en 1888 de la *loi sur l'assistance des pauvres et l'éducation des enfants malheureux et abandonnés*, qui marque l'engagement de l'Etat dans les placements et la gestion de la misère, l'Asile de Vevey offre l'exemple d'une institution uniquement administrée par des familles de philanthropes. C'est cette histoire, qui traduit les préoccupations des bourgeois à l'égard des filles dites abandonnées et les principes de relèvement moral qu'ils mettent en œuvre, qui sera abordée dans ces lignes.

L'histoire de l'*Asile pour jeunes filles abandonnées de Vevey* dépend essentiellement des archives manuscrites privées. Celles-ci m'ont été transmises par M. Pierre Avanzino, historien, qui les tenait lui-même d'une descendante de la famille de philanthropes à l'origine de la fondation. Après leur traitement dans le cadre d'un travail de mémoire,¹ ces archives ont été déposées dans leur intégralité aux archives de la ville de Vevey. Les sources les plus remarquables sont les rapports mensuels du Comité de direction, ainsi que les rapports d'admission et les cahiers de notes sur les pensionnaires; couvrant l'entier de la période étudiée, elles traduisent la vie au quotidien dans l'Asile et les difficultés rencontrées dans la pratique.

Fondation et principes

Le 11 mai 1829, un asile d'un type particulier ouvre ses portes dans un modeste local, à l'actuelle rue du Torrent à Vevey. Destiné à accueillir les enfants abandonnés de la ville, l'établissement traduit une préoccupation croissante de quelques bourgeois fortunés et influents. Frappés par le nombre² et la misère de jeunes enfants privés de leurs parents ou délaissés, ces philanthropes – déjà à l'origine de nombreux établissements charitables à Vevey³ –, décident d'ouvrir un foyer des-

1 Marc Kiener, *Philanthropie et relèvement de l'âme au XIX^e siècle. L'Asile pour jeunes filles abandonnées de Vevey* (2 vol.), mémoire de licence, Université de Lausanne, 2005.

2 Les résultats d'une enquête sur le paupérisme montrent qu'il y a 279 orphelines en 1834 dans le canton. Parmi elles, les trois quarts sont délaissées.

3 Marc Kiener, La philanthropie vaudoise: l'exemple veveysan, in: *VIBISCUM. Annales veveysannes*, XII (2008) pp. 121–132.

tiné à accueillir les filles abandonnées et à leur procurer une éducation. Rappelons que, depuis le Moyen Âge, la distribution des secours publics appartient à l'autorité communale, chargée de l'administration de la caisse des pauvres. Le projet des philanthropes consiste alors à substituer à ces anciennes pratiques chrétiennes une véritable institution capable de sortir les fillettes de la misère et du vice en leur inculquant la norme, et en les aidant à se rendre utiles dans la société. L'Asile est dès lors envisagé comme une infrastructure éducative qui devrait assurer le contrôle de ces *populations à risque* (orphelines, abandonnées, déjà même *vicieuses*) en tenant compte, selon la triple mission affirmée par Diderot dans l'*Encyclopédie*, de leur santé, de l'instruction de leur esprit et de leurs valeurs morales. En cela, le texte inaugural de l'Asile pour jeunes filles abandonnées de Vevey est très clair:

Depuis longtemps, beaucoup de personnes animées d'un zèle religieux et éclairé pour le bien de leur pays, s'affligeoient d'y voir un nombre trop grand de jeunes enfants, privés de leurs parents, pauvres, délaissés, ne recevoir aucune éducation ou la voir recevoir proportionnée aux faibles secours que des communes peu aisées peuvent allouer à leur entretien. Souvent aussi, l'on gémissoit de ne pouvoir assigner aucun refuge pour d'autres enfants dans une situation quelquefois pire encore, c'est-à-dire pour ceux qui ont l'extrême malheur de vivre auprès de parents vicieux, ou dénués de tous principes religieux; [...] on s'étoit occupé de leur procurer une éducation religieuse; et des habitudes d'ordre et de travail.⁴

Le principe du placement des orphelins en asile n'a toutefois rien de nouveau en Suisse. Si le canton de Vaud voit naître au début du XIX^e siècle un premier établissement philanthropique réservé aux garçons à Echichens en 1828, son prototype a été créé une trentaine d'années plus tôt en Suisse alémanique. Il s'agit de l'Ecole des pauvres de Hofwyl fondée par Philippe-Emmanuel de Fellenberg, cousin d'une famille veveysanne de philanthropes: les Couvreu de Deckersberg. D'ailleurs, ce n'est pas un hasard si l'initiative de l'Asile de Vevey revient à ces derniers. Frédéric Couvreu de Blonay, alors conseiller communal de la ville, fait partie d'un des comités auxiliaires de l'Asile rural d'Echichens; chrétien, attaché au mouvement du Réveil qui mènera à la fondation de l'Eglise libre de Vevey, il évoque l'idée d'un Asile pour jeunes filles abandonnées à sa femme Emma qui réunit aussitôt un comité d'amies bourgeoises dévouées et passionnées, comme elle, de philanthropie.

A défaut de pouvoir réaliser une institution rurale sur le modèle d'Echichens, et sans pour autant y renoncer dans le futur, ces dames éclairées décident dans un premier temps de créer «une institution qui a pour but de recueillir des jeunes filles pauvres, orphelines ou abandonnées, pour les élever, leur donner une éducation chrétienne et les instruire de manière à ce qu'elles puissent de bonne heure gagner

4 Archives de Vevey, *Rapports mensuels du Comité*, 2 décembre 1828.

honorablement leur vie [comme] des domestiques sages et bonnes». ⁵ Pour une orpheline citadine du XIX^e siècle, les possibilités d'une activité rémunérée sont maigres. Surtout, aux yeux des philanthropes réveillés, la position et la fonction sociale de chaque individu sont considérées comme étant le fruit de la volonté divine et de l'hérédité. Il ne serait dès lors pas envisageable qu'une orpheline puisse sortir de sa position sociale. ⁶

Les formes de l'éducation

Outre le fait de soustraire les orphelines à la misère, l'établissement des Couvreur se propose de remplir trois objectifs cruciaux: l'éducation morale et religieuse, l'instruction scolaire, et surtout la formation professionnelle. Il s'agit avant tout de procurer à ces fillettes «une éducation religieuse, l'apprentissage des principaux ouvrages de leur sexe, la lecture, l'écriture, les éléments de calcul et de l'orthographe, la conduite du ménage et, si possible, la culture du jardin.» ⁷ Dès la première séance, les dames du Comité s'adressent à deux établissements à peu près semblables qui existent à Genève, afin de recueillir les informations nécessaires à la mise en place de leur structure d'accueil. Les noms de ces asiles genevois ne sont pas précisés, mais tout laisse à penser qu'il s'agit de l'Etablissement des orphelines et de la Pommière, qui sont les deux principaux foyers du genre dans le canton.

Largement tributaire du modèle d'Hofwyl et de sa déclinaison féminine à Genève, le Comité peut désormais élaborer un premier règlement. Celui-ci sera revu et adapté par la suite, en fonction d'observations pratiques et des expériences acquises au quotidien. Ce texte constitue une source de première importance; il définit les premiers statuts qui régiront l'Asile. Sur les douze articles du règlement, six concernent des principes d'admission sur lesquels nous reviendrons. Pour le reste, le code demeure très embryonnaire. L'article 1 reprend l'objectif général, celui de former des domestiques en leur donnant une instruction et une éducation élémentaire. Dans l'ordre des priorités, deux articles concernent la surveillance en particulier: parmi ceux-ci, l'article 2 définit le choix du local d'accueil qui devra être à proximité de Vevey – cette situation devant permettre aux Dames de visiter fréquemment la maison (art. 11). Les articles restants statuent sur la direction religieuse par les dames patronnesses (art. 9) et sur l'engagement permanent d'une gouvernante (art. 10).

5 *Ibid.*

6 A la fois influencés par Johann Gregor Mendel (lois de l'hérédité), Hippolyte Taine (déterminisme) et Jean Calvin (dogme du double décret ou prédestination), les philanthropes croient à l'influence du milieu et de l'hérédité sur l'individu. Ils croient donc à un déterminisme universel qui régit l'existence et la position de chaque être humain dans la société.

7 Archives de Vevey, Art. 1. du règlement de l'Asile pour jeunes filles abandonnées de Vevey.

Admission et profil des pensionnaires

Concernant l'admission des pensionnaires, pour qu'une jeune fille soit introduite au sein de l'Asile, elle doit être orpheline soit de père, soit de mère. Le tuteur de l'enfant doit impérativement produire des pièces précises: un acte de naissance prouvant que l'enfant n'a ni moins de 6 ans, ni plus de 10 ans, un acte d'origine garantissant la confession protestante, un engagement des municipalités, bienfaiteurs, parents ou tuteurs, assurant le paiement régulier de la pension convenue, un engagement des parents ou protecteurs de laisser l'enfant à l'Asile jusqu'à l'âge de 18 ans révolus et, finalement, une déclaration médicale constatant l'état de santé et la vaccination. Là-dessus, le Comité se réserve un mois d'essai avant d'accepter définitivement les nouvelles pensionnaires.

Sur les 250 filles placées entre 1828 et 1900, seules 158 ont une indication de statut.⁸ 149 d'entre elles sont orphelines. Parmi elles, on dénombre 71 orphelines de père, 61 orphelines de mère et 17 pensionnaires complètement orphelines. Douze fillettes admises ont toujours leurs deux parents. Restent 89 pupilles dont nous ignorons le statut. En tenant compte uniquement des identités que nous connaissons, il apparaît ainsi que le pourcentage des filles complètement abandonnées est relativement faible; la majorité d'entre elles ont encore au moins un parent en vie.

Dans la maison, le nombre de pensionnaires demeure invariable au fil du siècle. Cette stabilité s'explique principalement par l'espace exigu des locaux; le maximum de pensionnaires se trouvant ainsi limité à environ vingt-cinq. La moyenne d'âge d'entrée des orphelines est de 8 ans. Mais il est fréquent, malgré le règlement, que des filles entrent alors qu'elles ont plus de 10 ans. Cette dérogation peut s'expliquer lorsque deux filles de la même famille sont admises. L'aînée est acceptée afin de ne pas être séparée de sa sœur cadette.

Organisation et surveillance

Pour s'assurer des résultats de leur investissement, les dames du Comité s'occupent elles-mêmes de l'entreprise. A tour de rôle, elles inspectent la maison, s'assurant de l'ordre et de l'état matériel et moral de la maisonnée. En outre, diverses commissions sont chargées de la surveillance des études et des travaux de couture, de l'économie domestique et des leçons de religion. Durant tout le siècle, ces charges se transmettent de mères en filles ou belles-filles; et l'on constate qu'il est très rare qu'une tierce personne intervienne dans la gestion de l'Asile. Toutefois, si la création de l'établissement est intrinsèquement liée aux dames du Comité, l'intendance en est confiée à une gouvernante d'extraction modeste – sorte de

8 Le *Registre des admissions* ne donnant pas des informations systématiquement.

domestique relevée – subordonnée aux dames-philanthropes. Considérant le caractère pionnier d'une telle œuvre, il n'existe cependant aucune formation reconnue qui puisse garantir la compétence d'une gouvernante face à ces tâches éducatives. Ainsi, toute personne de bonne moralité, capable de lire, d'écrire et de s'occuper des travaux de couture est susceptible d'exercer la fonction de gouvernante.

Mlle Franel est la première gouvernante à être installée, le 11 mai 1829, avec à sa charge une seule fillette, Louise Duperthuis. Son traitement est fixé à 160 fr. par an,⁹ nourrie et logée. Mais les inscriptions se multiplient, et selon le principe fondateur de faire évoluer l'asile *petit à petit*, quatorze mois plus tard, la gouvernante quitte un institut en charge de huit enfants, pour fonder son propre foyer. Mlle Bontems, de Villeneuve, la remplace malgré une demande d'augmentation de traitement de 40 fr. par an. Cependant, la tâche devenant de plus en plus astreignante, le Comité doit lui adjoindre une aide salariée. Malgré ces aménagements, les changements de gouvernantes demeurent fréquents et se traduisent par de nombreux problèmes au sein de la maison.

Plusieurs renvois ont pour causes officielles des actes «répréhensibles» commis par les gouvernantes sur les enfants; certains à l'origine de fugues. Naturellement, le Comité hésite à garder la gouvernante lorsqu'elle «a trop d'indulgence avec les enfants et peu de fermeté»,¹⁰ mais celle qui se distingue «par ses mots blessants et les nombreuses punitions qu'elle inflige»¹¹ n'emporte pas pour autant la sympathie de la direction. Ainsi, de nombreuses gouvernantes quittent rapidement l'Asile, faute de compétences. Mais beaucoup sont également licenciées pour des raisons de santé. Il faut ajouter, sur ce point, que le cas des vacances n'est jamais officiellement évoqué; seules des demandes de congés peuvent avoir lieu, impliquant un tournus entre la gouvernante et l'aide. En 1834 seulement, les philanthropes décident d'accorder aux deux employées un congé pour aller se reposer dans leur famille. Pour le Comité, il faut surtout appliquer un traitement similaire aux autres asiles: quinze jours de vacances seront désormais autorisés dans le courant de l'année, toujours sous réserve d'une rotation.¹² En outre, au quotidien, les gouvernantes et leurs aides n'ont pas de temps ni d'espace pour une vie privée.¹³ Elles vivent une situation proche de Pestalozzi à Stans: elles sont seules avec les enfants du matin au soir.

9 Archives de Vevey, *Rapport mensuel du Comité*, 13 mars 1829. Ce traitement est supérieur à celui d'une domestique qui reçoit entre 80 et 120 fr. par an.

10 *Ibid.*, 2 juillet 1883.

11 *Ibid.*, 5 février 1881.

12 *Ibid.*, 4 août 1834.

13 En 1869, on apprend que les gouvernantes partagent toujours la même chambre (*ibid.*, 5 octobre 1867). Dix ans plus tard, cette situation demeure inchangée (*ibid.*, 2 juin 1877).

L'instruction des filles

En plus des gouvernantes, un régent est engagé afin de donner des leçons aux orphelines. M. Delafontaine, instituteur de l'école primaire de Vevey, occupe le poste depuis la création de l'œuvre jusqu'en 1858. Il transmet un savoir scolaire et représente un modèle masculin pour les jeunes filles.

Au début, quatre leçons d'une heure sont données par semaine au prix de 6 fr. les vingt leçons, dont une offerte. L'instruction est alors réduite à sa plus simple expression: seules l'orthographe et l'écriture sont dispensées aux filles. Du reste, il est précisé «que le but de l'Asyle n'est pas de former des institutrices, mais de bonnes domestiques; aussi le niveau de l'enseignement ne peut être élevé au-dessus de la moyenne de celui des écoles primaires». ¹⁴ Dès 1833, M. Delafontaine va parfaire ses connaissances à l'Ecole normale provisoire, instituée par l'arrêté du 19 février 1833. Pendant son absence, le Comité essaie autant que possible d'engager un personnel qualifié, capable de remplir les exigences en termes d'instruction. Les gouvernantes, les dames du Comité et les pasteurs, soucieux du niveau des élèves, assistent fréquemment aux leçons des remplaçants et – s'il leur apparaît que «la méthode du maître est vicieuse» ¹⁵ – ils n'hésitent pas à «le remplacer d'une manière satisfaisante», ¹⁶ et à l'envoyer accomplir une formation à l'Ecole normale provisoire. Durant cette période, les leçons ont toujours lieu quatre fois par semaine de 17 à 18 heures. Une prière est donnée avant le cours d'instruction.

Pour la première fois, le remplaçant du moment, M. Rambert, fait passer cette même année un examen d'évaluation aux fillettes afin d'estimer celles qui sont en âge d'entrer en classe: «Six d'entre elles suivent les leçons d'orthographe et onze d'arithmétique.» ¹⁷ Les plus jeunes sont ainsi dispensées de grammaire, d'histoire suisse et de géographie. Malgré ses compétences, M. Rambert doit également quitter l'Asile pour poursuivre une formation dans l'Ecole modèle de Lausanne. En 1837, M. Delafont et M. Delapraz sont retenus comme remplaçants; ils sont tous deux régents, respectivement de l'Ecole d'administration et de l'Ecole des dissidents. Ces changements constants, essentiellement dus aux réformes scolaires, entraînent de nombreux inconvénients au sein de l'établissement: «Le Comité pense que le changement si fréquent dans le personnel chargé de l'enseignement pourrait être nuisible». ¹⁸ Après une absence de quatre ans, M. Delafontaine reprend sa place de régent au sein de l'Asile. Les connaissances qu'il a acquises durant sa formation

14 Archives de Vevey, *Rapport annuel du Comité*, 1869, p. 2.

15 Pour la dame du mois, «le vice signalé provient essentiellement de la méthode employée qui sollicite trop peu l'intelligence et le développement personnel des enfants».

16 Archives de Vevey, *Rapport mensuel du Comité*, 4 avril 1833, à propos du remplaçant M. Vincent.

17 *Ibid.*, 3 février 1834.

18 *Ibid.*, 6 novembre 1858.

à l'Ecole normale profitent directement à l'établissement charitable. Ainsi, le principe de l'apprentissage par cœur est immédiatement remis en cause: «Il faut s'efforcer de développer davantage que par le passé l'intelligence de nos jeunes filles et ne pas se borner à la simple mémorisation»¹⁹ et le nombre d'heures est porté à six par semaine, non comprises les périodes de chant. Pour maintenir l'attention, les cours ont désormais lieu le matin de 10h30 à 11h30. En 1857, sur avis du médecin, les leçons sont déplacées avant le goûter de 17 heures, mais «à cause de l'insuffisance du jour dans la salle d'étude», elles seront finalement fixées «de 13 heures à 14 heures, et de 13 heures à 15 heures pendant l'hiver».²⁰

Parallèlement à ces leçons, les fillettes de l'Asile suivent une rigoureuse éducation religieuse. A Vevey, contrairement à d'autres asiles où le pasteur joue un rôle déterminant dès la fondation,²¹ ce ne sera qu'à partir de 1831 – sans doute pour des raisons liées à la situation politique qui marque l'arrivée des libéraux au pouvoir – que le Comité décide de s'adjoindre les services du pasteur Frédéric Chavannes. Les philanthropes lui demandent principalement de se charger de l'instruction religieuse des jeunes filles jusque-là délivrée par Emma Couvreur. En plus du culte dominical célébré à l'Asile, des leçons de religion sont données deux heures par semaine. Cet enseignement se base principalement sur la mémorisation et la lecture de psaumes choisis. Les orphelines de l'Asile commencent leur catéchisme à 14 ans. A partir de 1867, elles le suivent avec d'autres jeunes filles de l'Eglise libre de Vevey. Le catéchisme prépare la réception à la Sainte Cène qui conclut le séjour et garantit que l'éducation morale des filles est terminée. Les élèves ne sont pas autorisées à quitter l'Asile avant d'avoir été admises à la Sainte Cène. Les pupilles y sont acceptées dès qu'elles ont atteint l'âge de 16 ans. La rectification qui s'opère sur l'éducation des filles nécessite ainsi un temps prolongé et continu. Si l'enfant montre, comme Octavie Klemmer, «de bonnes dispositions sous le rapport religieux», s'il «aime les choses de Dieu» et «prie d'une manière touchante»,²² alors, il donne bien des espérances aux philanthropes.

Le relèvement par la discipline et les punitions

L'action pédagogique et l'apprentissage des valeurs morales nécessitent une certaine discipline qui peut passer par l'usage des punitions. En Suisse, au XVII^e siècle, les maîtres d'école sont encore autorisés à châtier, sans restrictions, les enfants par la verge. Le code de 1758 limite toutefois ce droit en précisant que les régents

19 *Ibid.*, 3 mai 1851.

20 *Ibid.*, 7 novembre 1857.

21 Comme c'est le cas dans les Ecoles de Charité de Lausanne et de l'Asile d'Echichens.

22 Archives de Vevey, *Cahiers de suivis*, Octavie Klemmer.

«le feront toujours avec modération et avec prudence. Si un maître d'école se laissait aller à des violences, il sera accusé devant les pasteurs et repris.»²³ Quelques années plus tard, les Ordonnances de 1773 marquent une étape cruciale dans ce domaine puisqu'elles somment les régents de «gagner les enfants principalement par la voie de la douceur».²⁴

Si nous connaissons, au travers des règlements, les méthodes utilisées dans les écoles primaires vaudoises, il est toutefois plus difficile d'envisager la question dans un établissement privé comme celui de Vevey. A la création de l'Asile, le règlement sur les punitions fait défaut.

Si toutes les occasions pour encourager les jeunes filles et les fortifier dans leurs bonnes résolutions ne doivent pas être négligées, d'un autre côté rien ne doit être épargné pour vaincre les mauvais penchants et les caractères rébarbatifs. Il faut se donner les moyens de faire respecter à l'enfant l'autorité et les lois établies, en faisant échouer toutes les tentatives de résistance, de rébellion ou d'évasion. Dans ce but, il convient de donner aux gouvernantes de l'établissement une entière liberté pour corriger comme elles l'entendent celles qui ont des tendances à l'insubordination et à la désobéissance. Les intendantes de l'Asile de Vevey sont les premières concernées par l'éducation des fillettes; elles sont donc également chargées de faire respecter l'ordre et la discipline. Mais ce lien direct qui les unit aux enfants empêche de connaître avec précision les mesures disciplinaires adoptées, les fautes légères ne faisant pas systématiquement l'objet d'un rapport aux philanthropes.

Pour ne pas interférer avec l'autorité des gouvernantes, le Comité se mêle le moins possible des questions de discipline et de punition, et ne mentionne pas la manière de gérer les conflits de moindre importance. Les philanthropes indiquent toutefois que le châtiment corporel et l'utilisation du fouet ne sont pas admis «en principe et ne pourront être employés que dans les cas exceptionnels et avec l'autorisation de la dame du mois, ou d'un membre du Comité».²⁵ Les responsables de l'Etablissement restent vigilants et dénoncent à plusieurs occasions les «initiatives un peu promptes».²⁶ En cas d'abus de pouvoir flagrants, le Comité prend immédiatement la relève en menant une enquête:

Il ressortait de ces différentes dépositions que la cause première du mauvais esprit régnant dans la maison provenait d'un levain d'amertume amassé dans les cœurs par le fait de la trop grande sévérité de Mademoiselle Grosjean, de ses mots blessants et des punitions incessantes qu'elle inflige.²⁷

23 *Ordonnances ecclésiastiques*, 1758, titre onzième, art. VIII.

24 *Ibid.*, 1773, titre septième, art. VI.

25 Archives de Vevey, *Rapport mensuel du Comité*, 5 avril 1879.

26 *Ibid.*, 5 février 1881.

27 *Ibid.*, 2 mars 1888.

Dans ces situations délictueuses, le Comité officie en tant que modérateur. Il adresse d'abord à la responsable une observation sur la nature des punitions à employer, puis convoque les pensionnaires incriminées. En cas de récidive de la part de la gouvernante ou du personnel enseignant, le Comité n'hésite pas à se servir du renvoi immédiat.

Concernant les fautes graves, le Comité a la faculté de punir selon la nature du délit et le caractère de l'enfant. Les indisciplinées sont amenées à comparaître devant les membres du Comité. En présence du coupable, le directeur, soutenu par l'ensemble des philanthropes, statue sur son cas. La punition qui en résulte correspond donc au plus près à la nature du délit. Bien souvent, la suppression du «plat doux à goûter quotidien» ou une nuit passée au galetas suffit.

Si l'enfant persiste dans ses fautes, alors les philanthropes le convoquent, en présence des autres pupilles, et le président ou le pasteur procède à des «admonestations et des exhortations». Ces humiliations manifestes font espérer que «voyant le Comité prendre la chose sérieusement en main, les enfants seront ramenées dans une meilleure voie; et les maîtresses, se sentant bien appuyées dans les cas graves, seront plus disposées à fermer les yeux sur les petites fautes journalières pour lesquelles trop de punitions et de réprimandes remplissent les cœurs d'irritation et d'amertume».²⁸

Dans les cas extrêmes, la punition peut aller jusqu'à la réclusion cellulaire. En 1879, «l'institution d'une prison est décidée, le local destiné à cet usage sera organisé dans ce but».²⁹ Dix ans plus tard, certains membres craignent cependant «des conséquences graves» pour les plus jeunes «si elles venaient à avoir une frayeur pendant la nuit».³⁰ Malgré ces réserves, dans les rapports destinés au public, le silence persiste au sujet du cachot.

Quand on a épuisé toutes les punitions, pour les enfants ayant des caractères particulièrement difficiles – ceux qui ne rentrent pas dans la norme –, il reste, en cas de besoin, l'ultime solution, soit l'exclusion de l'Asile et l'isolement dans des foyers à la campagne, sous la surveillance spéciale du pasteur de l'endroit.

Ce qu'elles deviennent

Une fois que les pensionnaires ont reçu une instruction et des valeurs religieuses, elles peuvent commencer, conformément à leur position sociale, à gagner leur vie comme domestiques, femmes de chambre, tailleuses ou lingères. Cependant, les fillettes, une fois sorties de la pension, restent sous le patronage implicite des

28 *Ibid.*, 26 janvier 1888.

29 *Ibid.*, 5 avril 1879.

30 *Ibid.*, 6 octobre 1888.

dames du Comité qui veillent sur elles, en cherchant encore à les préserver des dangers environnants. Les orphelines sont ainsi maintenues dans les principes religieux inculqués, aidées dans leur conduite, et entretenues dans la simplicité et la modestie de leur éducation. Chaque dame du Comité est responsable du suivi d'une dizaine d'anciennes pensionnaires pour qui un journal de sortie est établi. Suivant cet objectif, les philanthropes sont chargées de correspondre aussi souvent que possible, directement avec les jeunes filles, avec les pasteurs des communes où elles demeurent, ainsi qu'avec les bourgeois pour qui elles travaillent. Par ce biais, les philanthropes continuent leur bienveillance bien après le départ des pupilles et fournissent les preuves des résultats obtenus par l'éducation en Asile.

Sur la totalité des filles qui achèvent leur séjour en pension à l'Asile même,³¹ 129 quittent le foyer entre 16 et 17 ans, soit en dessous de l'âge limite fixé par le règlement. Ce chiffre représente une majorité et indique que la plupart des élèves sont au niveau des exigences en matière d'instruction. Seules 46 pensionnaires ont plus de 18 ans lorsqu'elles terminent leur formation. Ces dernières demeurent dans la pension le temps de parfaire leur éducation.³² A ce propos, les formations complémentaires de type apprentissage ne sont pas financées par les membres du Comité. C'est aux parents ou aux tuteurs qu'incombent ces frais d'apprentissage.³³ S'ils se trouvent dans l'incapacité de le faire, ils peuvent toujours s'adresser aux communes ou aux bourses des pauvres administrées par les pasteurs. Toutefois, les membres du Comité, qui sont réticents lorsqu'il s'agit de faire appel à l'aide publique, interviennent volontiers pour prendre contact avec une de leurs connaissances dans l'espoir de placer leurs protégées et de trouver des contributions financières.

La première pensionnaire à quitter l'Asile est Marie Descloux en février 1836, à l'âge de 18 ans. Elle entre, selon les souhaits du Comité, en tant que domestique au service du pasteur Morel à Lignerolle. A sa sortie, le Comité lui remet 50 fr., fruit de son travail, placés à la Caisse d'Epargne.

Sur le total des 250 orphelines pour la période étudiée, seuls 239 suivis sont connus. Au sujet des pupilles dont le parcours immédiat est connu, 13 quittent l'Asile pour des raisons de santé, 28 retournent chez leurs parents³⁴ et 2 pensionnaires sont déplacées à l'Asile de Nyon.³⁵ La direction ne s'est dès lors pas intéressée à leur carrière professionnelle. Finalement, 18 pensionnaires sont décédées

31 Non compris les départs pour raisons de santé, les retraits prématurés et les décès.

32 C'est le cas par exemple de Louise von Grünigen qui entre à l'Ecole professionnelle et continue de vivre à l'Asile jusqu'à ses 21 ans.

33 Dans les *Recueils d'admission des pensionnaires*, les décisions des apprentissages sont systématiquement prises par un parent ou un tuteur. Les apprentissages durent en principe 18 mois et coûtent entre 60 et 70 fr.

34 Dans les cas où un des parents se serait remarié.

35 Pour éviter l'influence néfaste et les visites trop nombreuses de certains parents habitant Vevey.

alors qu'elles séjournent à l'Asile ou peu après leur départ. Toutes les autres achèvent leur formation dans l'établissement charitable ou en pension à l'extérieur.

Après leur départ, les changements de places des pensionnaires sont fréquents; en effet, il est rare qu'une fille reste plus d'une année au même poste. Le Comité s'inquiète de cet état de fait: «Madame Grenier fait observer à l'occasion d'une ancienne élève de l'Asile la peine qu'elles ont en général à se soumettre aux exigences qu'on est en droit d'attendre dans les places où elles se trouvent, exigences qui ne permettent pas de les garder.»³⁶ Pour pallier ces difficultés de placement, le Comité vote une motion selon laquelle les filles, une fois sorties de l'Asile, ne sont plus sous leur patronage. Il incombe dès lors au tuteur légal de trouver une place ou un apprentissage à sa protégée.

Finalement, seules les pensionnaires les plus chanceuses, celles qui se distinguent par une intelligence mieux développée, sont encouragées à poursuivre une formation pour devenir régente. Certaines entrent à l'Ecole normale des institutrices de Lausanne, suivant une vocation que leur ont sans doute suscitée leurs gouvernantes ou leurs régents. Or les philanthropes déplorent ces changements de statut comme l'indique cette remarque dans les suivis: «Je ne la crois pas gâtée dans le mauvais sens du mot, au contraire, elle me plaît, mais elle est plus ou moins sortie de sa position; voilà le mal.»³⁷ La volonté des bienfaiteurs consiste donc bien de maintenir les pupilles dans un métier de subalterne, conformément à la position initiale dans laquelle ils les avaient recueillies et dont elles sont les héritières.

Cette vocation quasi unique n'est d'ailleurs pas exempte de critiques. Après la révolution radicale de 1846, de nombreux partisans contestent l'hégémonie des philanthropes sur l'éducation et la formation des pauvres. James Fazy³⁸ reproche aux institutions charitables de former uniquement des domestiques et de maintenir les rapports subordonnés de maîtres et de valets. Un exposé au Grand Conseil, datant de 1852, dénonce à ce propos que «les enfants y reçoivent une éducation uniforme et le plus souvent contraire à leur caractère particulier; que la surveillance et la discipline qu'on y exerce répugnent aux sentiments d'indépendance et de liberté innés chez la plupart des enfants, et produisent l'hypocrisie et la dissimulation, ou la révolte».³⁹ Il résulte de ces accusations un décret du 21 mai 1852 instituant des commissions paroissiales chargées, entre autres objets de bienfaisance, de surveiller les orphelins placés dans les institutions philanthropiques. Pour l'Etat, c'est au

36 Archives de Vevey, *Rapport mensuel du Comité*, 3 décembre 1859.

37 Archives de Vevey, *Cahiers de suivis*, Sylvie Charbonney.

38 James Fazy (1794–1878) est un homme politique suisse, fondateur du parti radical et auteur de la Constitution genevoise de 1847. Il facilite l'implantation d'industries nouvelles, établit l'école laïque et l'instruction primaire gratuite et crée l'hôpital cantonal et l'asile des vieillards de Genève.

39 Emmanuel Solomiac, Rapport sur la question de l'éducation des enfants pauvres et abandonnés, in: *Journal de la Société vaudoise d'utilité publique*, VII (1857) p. 167.

nom de l'égalité, et aussi d'une plus grande rationalité, que l'assistance doit devenir une branche de l'administration publique. Ce principe débouchera, le 24 août 1888, par la sanction au Grand Conseil de la première loi cantonale sur «l'assistance des pauvres et l'éducation des enfants malheureux et abandonnés».

L'action philanthropique doit être comprise comme un ensemble de tentatives visant à améliorer les conditions sociales, économiques et culturelles de la population. Issue des idéaux des Lumières, elle aspire au progrès, et non plus seulement à la charité. Elle a pour mission de prévenir plutôt que de guérir, de fournir du travail au lieu d'une aumône. Elle sera mise en œuvre par ces familles de bienfaiteurs qui vont fonder écoles, hôpitaux et caisses d'épargne pour les pauvres. Parce qu'elle se veut garante du progrès social, la philanthropie vaudoise pose ainsi des jalons dont on ne retient trop souvent que le caractère utilitariste.⁴⁰ Malheureusement, les enquêtes sur les discours et pratiques des philanthropes vaudois du début du XIX^e siècle sont encore rares. Elles permettraient pourtant de comprendre la philanthropie comme un stade embryonnaire de la question sociale, récupérée au XX^e siècle par la politique et l'Etat-providence.

40 L'historiographie marxiste, prolongée par la critique foucauldienne, a envisagé la question de la philanthropie comme un dispositif de contrôle social visant à discipliner les classes populaires, ceci dans le but de préserver et faire fructifier les acquis des bourgeois.